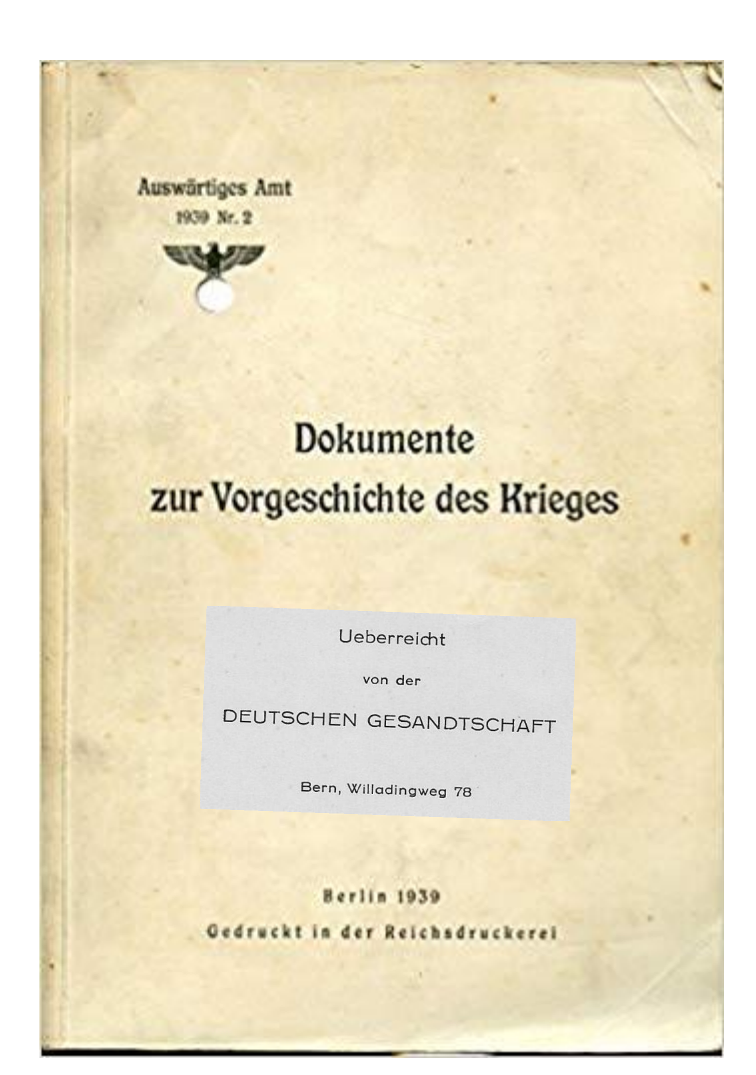
100 DOKUMENTE ZUR VORGESCHICHTE DES KRIEGES

AUSWAHL AUS DEM AMTLICHEN DEUTSCHEN WEISSBUCH

PREIS RM -.80



HERAUSGEGEBEN
VON DER DEUTSCHEN INFORMATIONSSTELLE

DEUTSCHER VERLAG • BERLIN

Druck: Deutscher Verlag, Berlin

Inhaltsverzeichnis

Nt. Seite

2. Kapitel
Die englische Kriegspolitik seit dem Münchener Abkommen. – Deutschlands Versuch einer gütlichen Lösung der Danzig- und Korridorfrage. Dokumente

Nr. Seile

3. Kapitel

Polen als Werkzeug des englischen Kriegswillens

Nr. Seite

Nr. Seite

Nr. * Seite

Der Blick des deutschen Volkes ist unter der Führung Adolf Hitlers in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit gerichtet. Aber der uns aufgezwungene Kampf, den wir jetzt um das künftige Schicksal Deutschlands durchfechten, macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, uns in jedem Augenblick bewusst zu bleiben, wie es zu diesem Kampf gekommen ist und wo seine letzten Ursachen zu suchen sind. Das liegt zwar für jeden, der sehen will, seit langem offen zutage und ist von massgebender deutscher Seite schon oft genug, vor allem durch die Reden unseres Führers, öffentlich klargestellt worden. Da aber die verlogene Propaganda unserer Feinde beharrlich bemüht ist, den wahren Sachverhalt immer wieder zu verschleiern und die Weltöffentlichkeit sowohl über die Ursachen des Krieges als auch über die von ihnen verfolgten Ziele irrezuführen, ist es wichtig, durch authentische amtliche Dokumente noch einmal den unwiderleglichen Nachweis zu erbringen, daß es ausschliesslich und allein England war, das den Krieg verschuldet und ihn gewollt hat, um Deutschland zu vernichten.

Nachdem das Auswärtige Amt bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch in einem Weissbuch die Urkunden veröffentlicht hat, die über die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise Aufschluss geben, legt es nunmehr eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten vor, die sich nicht auf die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorhergehende Zeit beschränken, sondern die wesentlichsten politischen Ereignisse umfassen, aus denen sich zunächst der Konflikt mit Polen und dann der Konflikt mit England und Frankreich entwickelt hat.

Die 100 Dokumente, die in den Anlagen abgedruckt sind, sprechen eine so deutliche Sprache, dass sie keines Kommentars bedürfen. In ihrer diplomatischen Nüchternheit geben sie ein unmittelbares und ungeschminktes Bild von der politischen Entwicklung der letzten Jahre, ein Bild, das auch den, der diese Entwicklung in nächster Nähe miterlebt hat, immer wieder von neuem erschüttert und aufrüttelt. Sie zeigen den systematischen Ausrottungskampf, den die Polen seit dem Weltkrieg gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig geführt haben; sie zeigen das grosszügige und unendlich geduldige staatsmännische Bemühen des Führers, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine dauerhafte, den Interessen beider Teile gerechtwerdende Grundlage zu stellen; sie zeigen demgegenüber die kurzsichtige Verständnislosigkeit der polnischen Machthaber, die die ihnen von Deutschland immer wieder gebotene Möglichkeit, zu einem endgültigen Ausgleich zu kommen, unichte machen. Vor allem aber sehen wir, wie unmittelbar nach der Konferenz von München der Kriegswille Englands immer deutlicher offenbar wird, und wie die Britische Regierung dann schliesslich die von ihr selbst absichtlich herbeigeführte Verblendung der Polnischen Regierung benutzt, um den seit langem geplanten Krieg gegen Deutschland zu entfesseln. Zwar würde es, um das heuchlerische und frevelhafte Vorgehen der englischen Politik in seinem ganzen Umfang zu entlarven, einer Darstellung der gesamten Nachkriegszeit bedürfen, in der sich England jedem Versuche Deutschlands, sich aus den Fesseln des Versailler Diktats zu befreien, hemmend in den Weg gestellt und jede Möglichkeit, die Revision dieses Diktats auf dem Verhandlungswege herbeizuführen, immer wieder vereitelt hat. Aber es genügt, an Hand der in dies m Weissbuch zusammengestellten Dokumente die kurze Epoche seit dem Herbste 1938 ins Auge zu fassen, um zu erkennen, dass England von vornherein entschlossen war, mit Gewalt den Weg des Führers zu durchkreuzen, dessen genialer Staatskunst es gelungen war, schlimmste Verbrechen

von Versailles ohne jedes Blutvergiessen und ohne jeden Eingriff in die Interessen Englands zu beseitigen, und der in der gleichen Weise auch eine friedliche Lösung der deutsch-polnischen Frage erzielt haben würde, wenn England nicht Polen als Werkzeug seines Kriegswil ens missbraucht und durch diese verbrecherische Politik Europa in den Krieg gestürzt hätte.

Diese für immer feststehende historische Tatsache ist aufs neue dadurch erhärtet worden, dass England das grosszügige letzte Friedensangebot, das ihm der Führer noch einmal in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober gemacht hat, mit einer unverschämten und beleidigenden Herausforderung Deutschlands beantwortet hat. Im unerschütterlichen Bewusstsein seines Rechts und in unbeirrbarer Überzeugung seines Endsieges hat das deutsche Volk d ese Herausforderung angenommen und wird nun die Waffen nicht früher aus der Hand legen, als bis es sein Ziel erreicht hat. Dieses Ziel ist: Die militärische Vernichtung der Gegner und dann die Sicherstellung des dem deutschen Volke zukommenden Lebensraumes gegen jede zukünftige Bedrohung.

Berlin, den 5. Dezember 1939.
von Ribbentrop
Reichsminister des Auswärtigen

Vorwort

Die nachfolgenden Dokumente geben ein Bild von der Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges. Sie beschränken sich nicht auf die dem Kriegsausbruch vorausgehenden Wochen, sondern ermöglichen darüber hinaus die Bildung eines unabhängigen Urteils über die weiter zurückliegenden Ursachen des Konfliktes.

Das Weissbuch des Auswärtigen Amtes (**1939** Nr. 2) «Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges» enthält nicht weniger als 482 Dokumente. Um eine wirklich vollständige Übersicht sowohl über die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen wie über die britische Kriegspolitik und schliesslich über die deutsch-polnische Krise des Jahres 1939 zu geben, war es notwendig, ein lückenloses Aktenmaterial zu veröffentlichen. Eine grössere Zahl der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Dokumente braucht jedoch nicht herangezogen zu werden, wenn man einen Überblick über die wesentlichsten politischen Vorgänge gewinnen will. Aus diesem Grunde wird in dem vorliegenden Buche eine Auswahl derjenigen Teile des amtlichen Weissbuches über die Vorgeschichte des Krieges gegeben, aus denen sich die grossen Linien der Ereignisse am besten ersehen lassen. Diese handlichere Ausgabe der deutschen Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges gibt jedem Leser die Möglichkeit, sich rasch mit den wichtigsten Tatsachen vertraut zu machen, die zum Ausbruch des gegenwärtigen Krieges führten. Durch verbindende Zwischentexte ist der Inhalt der in dieser Ausgabe nicht abgedruckten Dokumente so wiedergegeben, dass das Gesamtbild scharf hervortritt.

Die Dokumente begleiten im ersten Kapitel die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen von Versailles bis in die Zeit vor dem Münchener Abkommen. Im zweiten Kapitel wird die Entwicklung der englischen Kriegspolitik – die Einkreisung Deutschlands und die Aufhetzung Polens – geschildert wie auch der Versuch der Reichsregierung, eine gütliche Lösung der Danzig- und Korridorfrage zu erreichen. Das dritte Kapitel zeigt Polen als Werkzeug des englischen Kriegswillens. Die Wirkung der britischen Garantie äussert sich nun in dem Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe in Polen. Hieran schliesst sich die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise, in der die britische Politik zur Auslösung des Konfliktes führt.

(Die in Klammern gegebenen Ziffern bezeichnen jeweils die Nummern im amtlichen deutschen Weissbuch.)

ERSTES KAPITEL

Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen

A) Die polnische Frage auf der Versailler Konferenz

Die deutsch-polnischen Beziehungen standen seit dem Augenblick der Wieder aufrichtung eines selbständigen polnischen Staates in Versailles unter einem mehrfachen Verhängnis. Erstens erklärte sich Polen unter Berufung auf eine angeblich tausendjährige Mission zum Erbfeind der Deutschen. Es begründete damit nicht nur seine Ansprüche auf deutsches Reichsgebiet, sondern geradezu seine Existenzberechtigung und empfahl sich so den Siegermächten als zuverlässigen, jederzeit einsatzfähigen Alliierten zur Niederhaltung Deutschlands. Zweitens: Es wurde in dieser Funktion von den Westmächten bestätigt und durch Einbeziehung zunächst in das französische Bündnissystem zum östlichen Glied im Ring um Deutschland gemacht; nach dem Ausfall Russlands sollte es dessen Rolle in der Fortsetzung von Deutschlands Zweifrontenlage übernehmen. Das deutsch-polnische Verhältnis wurde drittens von Anfang an durch die Überlassung einer starken deutschen Volksgruppe an Polen vergiftet, die sofort dem schärfsten Polonisierungszwang unterworfen war. Viertens stellten die Abtretungen deutschen Reichsgebietes im Osten die grössten Ungerechtigkeiten des Friedensdiktats dar. Sie wurden nicht nur vom deutschen Volk, sondern auch von massgebenden alliierten Staatsmännern als so unhaltbar empfunden, dass sich jedermann darüber einig war, dass an dieser Stelle die erste Wiedergutmachung ein setzen musste, wenn nicht hier der nächste kriegerische Konflikt in Europa ausbrechen sollte.

Lloyd George hat in einer Denkschrift für die Konferenz in Versailles am 25. März 1919 auf diese künftige Kriegsursache ebenso aufmerksam gemacht wie die deutsche Friedensdelegation.

Nr. 1 (1)

Aus dem Memorandum
des Britischen Premierministers Lloyd George,
25. März 1919

«Einige Erwägungen für die Friedenskonferenz,
ehe sie ihre Bedingungen endgültig festsetzt»

(Übersetzung)

... Die Aufrechterhaltung des Friedens wird davon abhängen, dass keine Ursachen zur Verzweiflung vorhanden sind, die dauernd den Geist des Patriotismus, der Gerechtigkeit oder des «fair play» aufstacheln. Unsere Bedingungen dürfen hart, sogar grausam und selbst erbarmungslos sein, um Genugtuung zu erlangen, aber gleichzeitig können sie so gerecht sein, dass das Land, dem sie auferlegt werden, in seinem Herzen fühlen wird, dass es kein Recht zur Klage hat. Aber Ungerechtigkeit und Anmassung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergessen und vergeben werden.

Aus diesen Gründen bin ich auf das schärfste dagegen, mehr Deutsche, als unerlässlich nötig ist, der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen. Ich kann mir keine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg vorstellen, als dass das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Staaten umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine stabile Regierung aufgestellt haben, aber jeder breite Massen von Deutschen einschliesst, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2‘100‘000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muss meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen ...

Nr. 2 (2)

*Aus den Bemerkungen der Deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen, 29. Mai 1919**

.. . Durch die in Artikel 27 und 28 vorgesehene Regelung der territorialen Fragen im Osten werden dem polnischen Staat mehr oder minder grosse Teile der preussischen Provinzen Ost- und Westpreussen, Pommern, Posen und Schlesien zugeteilt, die nicht von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt werden. Unbekümmert um ethnographische Gesichtspunkte werden zahlreiche deutsche Städte, weite rein deutsche Landstrecken zu Polen geschlagen, nur damit Polen günstige militärische Grenzen gegen Deutschland oder wichtige Eisenbahnknotenpunkte erhält. Unterschiedslos werden Gebiete, die in verschiedenen Jahrhunderten von Polen losgelöst sind oder in denen es überhaupt nie geherrscht hat, jetzt ihm zugesprochen. Die Annahme der vorgeschlagenen Regelung würde deshalb eine Vergewaltigung von grossen unbestreitbar deutschen Gebieten bedeuten. Eine solche Regelung würde ausserdem den Wilsonschen Grundsätzen widersprechen, dass bei Ordnung der nationalen Fragen vermieden werden soll, «neue Elemente des Zwistes und der Gegnerschaft zu schaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören würden» ...

** Anlage zur Note des Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Versailles an den Präsidenten der Konferenz von Versailles vom 29. Mai 1919.*

Nr. 3 (13)

*Aus den Bemerkungen der Deutschen Friedensdelegation Zu den Friedensbedingungen, 29. Mai 1919**

... Insbesondere steht die in den Artikeln 100 bis 108 verlangte Preisgabe der rein deutschen Hansestadt Danzig

und ihrer ebenfalls rein deutschen Umgebung in schroffstem Gegensatz zu allen in den Erklärungen des Präsidenten Wilson gegebenen Zusicherungen. Danzig wies nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 eine verschwindende polnisch sprechende Minderheit von 3,5 v. H. auf, der Kreis Danziger Niederung 1 v. H., der Kreis Marienburg 3 v. H., auch der Kreis Danziger Höhe hatte nur 11 v. H. Selbst die Polen bestreiten nicht ernstlich, dass Danzig stets deutschen Charakter gehabt hat. Der Versuch, Danzig zu einer Freien Stadt zu machen, sein Verkehrswesen und die Vertretung seiner Rechte nach aussen dem polnischen Staat auszuliefern, würde zu heftigem Widerstand und zu einem dauernden Kriegszustand im Osten führen. Dabei sind die wirtschaftlichen Massnahmen so getroffen, dass für Danzig jeder Verkehr mit Deutschland aufs Äusserste erschwert wird – offenbar zu dem Zweck, dieses rein deutsche Gebiet im Laufe der Zeit durch wirtschaftlichen Druck zu polonisieren. Die Deutsche Regierung muss darum die beabsichtigte nationale Vergewaltigung Danzigs ablehnen und die Forderung erheben, Danzig und Umgegend beim Deutschen Reich zu belassen ...

** Anlage zur Note des Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Versailles an den Präsidenten der Konferenz von Versailles vom 29. Mai 1919.*

Selbst der Vorsitzende des Obersten Rates, Clemenceau, hat in dem bekannten Brief an Paderewski vom 24. Juni 1919 Polen auf die Bedeutung der Volkstumshypothek des neuen polnischen Staates hingewiesen und den Abschluss und die Einhaltung eines entsprechenden Minderheitenschutzvertrages zur Voraussetzung dafür gemacht, dass Polen die deutschen Gebiete erhielt. Damit war zugleich die feierliche Verpflichtung der Alliierten Mächte festgelegt, die Einhaltung dieses Grundgesetzes der deutschen und übrigen Volksgruppen in Polen sicherzustellen. Der Wortlaut des Vertrages lässt keinen Zweifel darüber, wozu sich Polen gegenüber den mehr als 40 v. H. nichtpolnischen Einwohnern des neuen Staates verpflichtet hat. Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1919 ist aber, wie

die hier vorgelegten Urkunden zeigen, zur Geschichte einer permanenten Verletzung dieses Vertrages durch Polen und ztir Geschichte einer stillschweigenden Mittäterschaft des Völkerbundes und der Garantiemächte geworden. Schon am 20. November 1920 sah sich die Deutsche Regierung genötigt, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten und der Polnischen Regierung eine umfassende Beschwerde zu überreichen. Sie musste feststellen, dass «der Deutsche in Polen vogelfrei» sei. Diese Beschwerde hatte ebensowenig Erfolg wie die zahlreichen Beschwerden und Vorstellungen der deutschen Volksgruppenvertreter in Polen selbst.

Die polnische Regierung gab klar zu erkennen, dass sie sich durch die feierlich eingegangenen Minderheitenschutzyerpflichtungen in keiner Weise gebunden fühle. Am 10. April 1923 z.B. kündigte der damalige Ministerpräsident General Sikorski in öffentlicher Rede als Regierungsprogramm «die Liquidation deutscher Güter und die Entdeutschung der westlichen Provinzen» an und erging sich in scharfen Äusserungen gegen Danzigs Mitte 1929 hatte die Austreibung der Deutschen bereits einen ausserordentlichen Umfang angenommen. Polnische Massnahmen gegen den deutschen Grundbesitz, wie sie z.B. der Ständige Internationale Gerichtshof in seinem Gutachten vom 10. September 1929 als «nicht im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Polnischen Regierung stehend» bezeichnete, verstärkten den Zwang zur Abwanderung. Im September 1991 wurde von polnischer Seite zugegeben, dass bereits rund eine Million Deutsche aus Polen verdrängt waren. Weder die Garantiemächte noch der Völkerbund, der inzwischen nicht nur von der deutschen, sondern auch von der ukrainischen Volksgruppe immer wieder um Schutz gegen die ständige Verletzung der Minderheitenbestimmungen durch Polen angerufen worden war, sind indessen ihrer Pflicht nachgekommen.

Die Polonisierungspolitik setzte sofort auch gegen die Freie Stadt Danzig ein. Die Deutsche Friedensdelegation hatte unter Berufung auf die Erklärungen des Präsidenten Wilson vergebens gegen die Abtrennung Danzigs protestiert. Polen betrachtete den neuen Status in Danzig von Anfang an nur als Ausgangsstellung für die endgültige Polonisierung. Es zog mit 24 Behörden in Danzig ein und sah in jeder

von ihnen eine polnische Zelle und Wachstumsspitze. Aus einer Feststellung des Oberkommandos der Wehrmacht nach Abschluss des polnischen Kriegs geht hervor, dass die wichtigsten dieser Behörden zu militärischen Stützpunkten ausgebaut worden waren. Die Freie Stadt Danzig hat unablässig den Völkerbundskommissar bzw. den Völkerbundsrat gegen polnische Aktionen anrufen müssen. Unter Missbrauch seiner in Versailles hinsichtlich Danzigs eingeräurhten Privilegien, insbesondere durch Anwendung wirtschaftlicher Druckmittel, versuchte Polen von Anfang an, Danzig zur Unterwerfung unter seine Interessen zu zwingen, wo diese Druckmittel nicht auszureichen schienen, schreckte Polen vor Eingriffen in Danzigs Hoheitsrechte nicht zurück. Während Polen so seine Stellung in Danzig mit allen Mitteln zu erweitern suchte, wurde gleichzeitig durch die Errichtung und einseitige Begünstigung des polnischen Konkurrenzhafens Gdingen dem Danziger Hafen durch Polen schwerster Schaden zugefügt.

In dem für die Schaffung Polens verantwortlichen Lager der Weltkriegsgegner Deutschlands erkannte man sehr bald, dass die ständigen Rechtsbrüche Polens gegenüber der ihm einverleibten deutschen Volksgruppe sowie gegenüber Danzig eine schwere Gefahr für den europäischen Frieden dar st eilten. Zahlreiche Äusserungen insbesondere führender englischer Politiker, Unterhausdebatten und Publikationen gaben diesem Gefühl Ausdruck. So sprach sich im November 1932 Winston Churchill im britischen Unterhaus für die ,,Behebung der gerechtfertigten Beschwerden der Besiegten» aus, unter besonderer Hervorhebung des «Danziger Korridors». «Sonst könnten», so sagte er, «wir wider unseren Willen und wider unsere bessere Einsicht in einen Krieg verwickelt werden, der geführt würde, um gerade die' Ungerechtigkeiten und Beschwerden aufrecht zu erhalten, die heute Europa Zerreissen.» Doch geschah nichts, um rechtzeitig eine Änderung herbeiZuführen. Bis zur Machtübernahme der nationalsozialistischen R<?-*gierung in Deutschland hatten die Verhältnisse eine immer gefährlichere Entwicklung angenommen.*

B) Deutschlands Bemühen um eine Verständigung mit Polen, 1933 bis 1939

So entschloss sich der Führer schon bald nach der Machtübernahme, zum Besten des nachbarlichen wie des europäischen Friedens, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine ganz neue Grundlage zu stellen und zu diesem Zwecke eine Verständigung mit Polen herbei-Zuführen. Diese Bemühungen setzten im Mai 19)) ein und dauerten bis Ende August 1939. Einige aus der Fülle des Aktenmaterials ausgewählte Dokumente geben Zeugnis von diesen deutschen Verständigungsbemühungen.

Nr. 4 (26)

Aufzeichnung
des Reichsministers des Auswärtigen über eine Unterredung des Führers mit dem Polnischen Gesandten

Berlin, den 2. Mai 1933

Der Herr Reichskanzler empfing heute Morgen in meiner Gegenwart den Polnischen Gesandten, der im Auftrage seiner Regierung darauf hinwies, dass in Polen seit der Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialistische Partei in Deutschland eine wachsende Unruhe Platz gegriffen hätte, die teilweise einen panikartigen Umfang angenommen habe. Der Gesandte betonte das Interesse Polens an einem freien Ausgang zum Meer, das von keiner Polnischen Regierung mehr aufgegeben werden könne. Aus diesem Grunde müsse Polen sein Recht auf Danzig aufrechterhalten, und er sei beauftragt, vom Herrn Reichskanzler eine Zusicherung zu erhalten, dass man deutscherseits nicht beabsichtige, irgend etwas an dem jetzigen Zustand in Danzig zu ändern.

Der Kanzler erwiderte Herrn Wysocki, dass er zunächst ein besonderes Recht Polens auf Danzig zurückweisen müsse. Wenn in Polen eine Beunruhigung bestehe, so könne er nur sagen, dass man deutscherseits wesentlich mehr Anlass zu einer solchen Beunruhigung habe und sich durch die Vorgänge in

Oberschlesien, durch Zusammenziehung von Militär an der Grenze, durch die Besetzung der Westerplatte in Danzig dauernd bedroht fühle. Die Grenze zwischen Polen und Deutschland sei durch die Kurzsichtigkeit der Staatsmänner, durch Unverstand und durch Übelwollen in einer Weise gezogen, dass ein ruhiges Nebeneinanderleben der zwei Nationen, solange diese Grenzziehung bestehe, so gut wie undenkbar sei. Er achte jede Nationalität und er betrachte Polen als eine Realität, die er als solche berücksichtige. Allerdings verlange er, dass auch polnischerseits Deutschland als Realität behandelt würde. Wenn zurzeit des Abschlusses des Vertrages von Versailles die Gemüter nicht völlig verwirrt gewesen wären, so hätte polnischerseits der Errichtung eines Korridors durch das deutsche Gebiet niemals zugestimmt werden dürfen, denn es sei klar, dass dadurch eine dauernde Spannung zwischen Deutschland und Polen entstehen musste. Es wäre wesentlich klüger gewesen, den Zugang zum Meer, von dem der Gesandte als von einem unveräusserlichen Recht der Polen gesprochen habe, auf der anderen Seite von Ostpreussen zu suchen. In diesem Falle würde wohl schon längst ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bestehen und auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung gegeben gewesen sein. Er, der Kanzler, möchte nur wünschen, dass die zwischen Deutschland und Polen schwebenden politischen Fragen einmal von den beiderseitigen Staatsmännern leidenschaftslos geprüft und behandelt würden. Er sei überzeugt, dass sich dann auch ein Ausweg aus der jetzigen unhaltbaren Lage ergeben könnte. Deutschland wolle den Frieden. Eine gewaltsame Enteignung polnischen Gebiets liege ihm ferne. Es behalte sich aber vor, diejenigen Rechte, die ihm vertragsgemäss zustünden, jederzeit und nach Gutdünken in Anspruch zu nehmen ...

Frhr. von Neurath

Nr. 5 (35)

Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Gesandten in Warschau
Telegramm

Berlin, den 24. November 1933

Der Herr Reichskanzler ist mit dem Ihnen hier bereits persönlich übergebenen Entwurf einer deutsch-polnischen Erklärung einverstanden*. Der Herr Reichskanzler ist ferner damit einverstanden, dass Sie diesen Entwurf in einer Audienz dem Marschall Pilsudski im Namen des Herrn Reichskanzlers übergeben. Ich bitte Sie, sofort diese Audienz in geeigneter Form nachzusuchen und auf schnelle Anberaumung des Termins zu drängen.

Ich bitte bei der Audienz etwa folgendes auszuführen: Der Herr Reichskanzler erwidere mit bestem Dank die Grüsse des Marschalls. Er habe mit Genugtuung die Stellungnahme des Marschalls begrüsst, dessen Ideen von ihm durchaus geteilt würden, wie sich aus dem vereinbarten Pressecommuniqué** ergebe. Der Reichskanzler sei der Ansicht, dass es zweckmässig sei, es nicht bei diesem Communiqué zu belassen, sondern eine Form zu finden, welche die Gedanken und die Willensrichtung der beiden Regierungen klarer präzisiere und einen nachhaltigeren politischen Effekt habe. Sie seien deshalb beauftragt, den Entwurf einer Erklärung zu überreichen, wie sie von beiden Regierungen abgegeben werden könnte, um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Zur Begründung dieses Entwurfs wäre

---

** Es handelt sich um einen Vorentwurf der unter Nr. 7 abgedruckten Erklärung vom 26. Januar 1934.*

*** Das Communiqué hat folgenden Wortlaut: «Der Reichskanzler empfing heute vormittag den Polnischen Gesandten, der ihm seinen Antrittsbesuch machte. Die Aussprache über die deutsch-polnischen Beziehungen ergab volle Übereinstimmung beider Regierungen in der Absicht, die die beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten.»*

weiter auszuführen, dass es dem Herrn Reichskanzler gut erscheine, nicht mit den hergebrachten alten Begriffen und schon etwas abgegriffenen Formulierungen zu operieren, sondern anstattdessen eine Form zu wählen, die den politischen Entschluss der beiden Regierungen unzweideutig in Erscheinung treten lasse und auf die Öffentlichkeit einen stärkeren Eindruck machen würde als die nicht mehr in besonderem Ansehen stehende übliche Paktform. Dabei wäre aber zu betonen, dass die in dem Entwurf gewählte Form nichts an dem bindenden Charakter der Abmachungen ändere, wie sich schon aus der am Schluss vorgesehenen Ratifizierung ergäbe.

Zu Ihrer Information möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Fassung der von uns vorgeschlagenen Erklärung in keiner Weise die Anerkennung der heutigen deutschen Ostgrenzen in sich schliesst, sondern im Gegenteil zum Ausdruck bringt, dass mit dieser Erklärung eine Grundlage für die Lösung aller Probleme, also auch der territorialen Probleme, geschaffen werden soll.

Neurath

Nr. 6 (54)

Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt
Telegramm

Warschau, den 28. November 1933

Empfang bei Marschall Pilsudski hat heute Nachmittag stattgefunden. Die Unterredung, bei der Aussenminister Beck zugegen war und die etwa 1% Stunde dauerte, trug einen betont freundlichen Charakter, wie überhaupt die für hiesige Verhältnisse ungewöhnlich schnelle Anberaumung des Empfangs als besondere Aufmerksamkeit zu werten ist.

Der Marschall, der in Unterhaltung gern vom sachlichen Thema abschweift, um persönliche Erinnerungen, meistens

militärischer Art, einzuflechten, macht einen geistig frischen, körperlich aber über seine Jahre hinaus gealterten und fast gebrechlichen Eindruck. Seine Grundeinstellung zu dem erörterten Fragenkomplex war gekennzeichnet durch eine immer wieder zum Ausdruck kommende sympathische Anerkennung der Persönlichkeit des Reichskanzlers, dessen aufrichtigen Friedenswillen er im Laufe der Unterhaltung wiederholt unterstrich.

Ich begann die Unterredung mit Übermittlung der Grüsse des Reichskanzlers, die Pilsudski mit sichtlicher Befriedigung entgegennahm. Nach der weisungsgemäss erfolgten Darlegung über die von uns gewählte Form der «Erklärung» habe ich diese dem Wunsch des Marschalls entsprechend auf deutsch vorgelesen und durch Erläuterungen in der ihm geläufigeren französischen Sprache ergänzt.

Pilsudski äusserte sich zustimmend zu Grundgedanken des deutschen Vorschlags. Er billigte insbesondere, und zwar in der ihm eigenen drastischen Ausdrucksweise, die Wahl einer neuartigen Formulierung und den ihm besonders sympathischen Verzicht auf die verhassten Paragraphen, liess aber vorsichtshalber durchblicken, dass manchmal auch althergebrachte Formen und Paragraphen ihren Wert hätten. Er erklärte, dass er naturgemäss nicht in der Lage sei, zu Einzelheiten des Entwurfs Stellung zu nehmen, dass er aber ein besonderes Bedenken schon jetzt hervorheben wolle, und zwar die Bezugnahme auf den Schiedsvertrag von Locarno, der in Polen einen schlechten Klang habe. Hinsichtlich des weiteren Prozedere setzte der Marschall des längeren auseinander, wem alles der Entwurf zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt werden müsse, und wies wiederholt darauf hin, dass dieses Verfahren geraume Zeit in Anspruch nehmen würde. Im weiteren Verlauf der Unterredung unterstrich Pilsudski den Wunsch, die deutsch-polnischen Beziehungen auch seinerseits auf eine freundnachbarliche Basis zu bringen, betonte aber mit einer Deutlichkeit, wie ich sie bisher von polnischen Politikern

kaum gehört habe, dass sich aus der tausend Jahre alten Deutschfeindlichkeit des polnischen Volkes grosse Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser Politik ergeben würden. Diese Politik dürfe infolgedessen nicht auf Gefühlsmomente, sondern nur auf Erwägungen der Vernunft aufgebaut werden. Seiner Behauptung, dass die Verhältnisse in Deutschland ähnlich lägen, widersprach ich und betonte unter Hinweis auf Vorfälle der letzten Zeit die Notwendigkeit, eine planmässige Verständigungspolitik einzuleiten, wie das bereits von Seiten Deutschlands z.B. auf dem Gebiet der Presse in wirksamer Weise geschehen sei. Meine Darlegungen beantwortete Pilsudski, indem er seiner grenzenlosen Verachtung für die Presse Ausdruck verlieh, mit der er nichts zu tun haben wolle, gab aber zu, dass es nützlich sei, auf die politischen Organisationen einzuwirken.

Abschliessend erwähnte ich den Wunsch des Reichskanzlers, auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu normalen Beziehungen zu gelangen. Pilsudski erwiderte, dass seinerzeit nur ein einziger Minister im polnischen Ministerium dem Zollkrieg widersprochen habe, während heute sich wohl kaum ein Minister finden würde, der die Fortführung dieses unseligen Krieges gutheisse. Allerdings sei Polen, das sich ohne jegliche Reserve durch die Wirtschaftskrise durchgekämpft habe, darauf angewiesen, einen wirtschaftlich tragbaren Ausgleich zu suchen.

Moltke

Die deutschen Bemühungen, denen in der Person des grossen polnischen Staatsmannes Marschall Pilsudski ein gleichgerichteter Wunsch auf Verständigung mit dem westlichen Nachbarn gegenüberstand, schienen von Erfolg begleitet. Am 26. Januar 1934 kam eine beiderseitige Erklärung zustande, die berufen schien, die Beziehungen beider Staaten und Völker auf eine neue Grundlage zu stellen.

Nr. 7 (37)

Erklärung der Deutschen und der Polnischen Regierung
26. Januar 1934

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen.

Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, dass die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 enthaltenen Grundsätze zu stützen, und wollen, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, dass die von ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden. Sie stellen ferner fest, dass diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschliesslich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund

gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die grosse Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Überzeugung, dass sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht.

Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von zehn Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regierungen sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alsdann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934

Für die Deutsche Regierung:
C. Freiherr von Neurath

Für die Polnische Regierung:
Jozef Lipski

Diese feierliche Erklärung drückte die Absicht der beiden Regierungen aus, ihre Beziehungen unter Ausschluss der Gewaltanwendung und unter Ausschluss derEinmischung Dritter durch zweiseitige diplomatische Methoden zu lösen. Auf der Basis eines solchen gut nachbarlichen Verhältnisses sollten dann für «Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art» Lösungen gefunden werden. Es handelte sich also um einen Vertrag zur Lösung von Problemen, nicht aber zur Verewigung des zwischen Deutschland und Polen bestehenden Status quo.

Die Erwartung, dass dieser Vertrag die Beziehungen zwischen beiden Staaten und Völkern auf eine neue, schöpferische Grundlage stellen würde, wurde freilich bald enttäuscht.

Die Hoffnung, dass die deutsch-polnische Erklärung auch zu einer Besserung der Behandlung der deutschen Volksgruppe in Polen führen und Richtschnur des Handelns für die polnischen Behörden ihr gegenüber werden würde, erwies sich alsbald als trügerisch. In der Annahme, dass Deutschland und die deutsche Presse im Sinne des Verständigungsabkommens stillhalten würden, leitete die polnische Regierung hinter dem Vorhang eben dieses Abkommens einen Feldzug Zur kalten Liquidierung der deutschen Volksgruppe ein, wobei höchstens die formal noch bestehende Kontrolle des Versailler Minderheitenschutzvertrages lästig sein konnte. Deshalb kündigte Polen am 13. September 1934 vor der Versammlung der Genfer Liga die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund bei der Durchführung des Minderheitenschutzvertrages. Auf die deutschen Vorbehalte gegen diesen Schritt gab der polnische Aussenminister die ausdrückliche Erklärung ab, dass die Minderheitenrechte weiterhin durch die polnische Verfassung geschützt würden.

Diese Erklärung entsprach nicht den Tatsachen. Durch Agrarreform und Arbeiterentlassungen, Einschränkung der kulturellen Betätigung, Boykottmassnahmen und Terrorakte wurde der Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe weitergeführt. Der deutsch-polnische Pressefrieden wurde nicht eingehalten. Die deutschen Vertretungen in Polen müssen in ihren Berichten feststellen, dass seit dem Verständigungsabkommen keine Besserung, sondern auf allen Gebieten eine Verschlechterung festzustellen ist.

Nr. 8 (73)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen
mit dem Polnischen Aussenminister Beck
Aufzeichnung

Berlin, den 20. Januar 1937

Der Polnische Aussenminister Herr Beck suchte mich heute vormittag bei seiner Durchreise nach Genf auf. Bei dieser Gelegenheit besprachen wir u.a. die Haltung der polnischen Presse.

Ich machte Herrn Beck darauf aufmerksam, dass auch ein grosser Teil der polnischen Presse, die der Regierung nahestehe, in den letzten Monaten eine sehr unfreundliche Sprache gegenüber Deutschland geführt hat. Von unserer Seite sei der deutschen Presse äusserste Zurückhaltung diesem unfreundlichen Konzert gegenüber auferlegt worden. Ich möchte ihn aber bitten, darauf hinzuwirken, dass die Tonart der polnischen Regierungspresse eine andere werde. Herrn Beck war diese Frage offensichtlich peinlich. Er versuchte, die gerügten Verhältnisse unter Hinweis auf die polnischen innerpolitischen Schwierigkeiten zu entschuldigen. Frhr. von Neurath

Im Frühjahr 1937 machte Deutschland angesichts des bevorstehenden Ablaufes der Genfer Konvention über Oberschlesien (welche der beiderseitigen Grenzbevölkerung für eine Übergangszeit von fünfzehn Jahren gewisse Erleichterungen sicherte), den Versuch, mit Polen Zn einem zweiseitigen Minderheitenabkommen zii gelangen. Polen lehnte jedoch einen derartigen Vorschlag zweimal ab, da es darin eine Beschränkung seiner Souveränitätsrechte sah. Darauf war Deutschland bereit, auf einen förmlichen Vertrag Z» verzichten und sich mit einer gleichlautenden beiderseitigen Erklärung zufriedengeben. Darüber berichtet der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt:

Nr. 9 (88)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Bericht

Warschau, den 1. Juni 1937

Ich habe heute bei Herrn Beck die mir aufgetragene Demarche ausgeführt unter Überreichung des anliegenden Memorandums, das ich eingehend mündlich erläuterte. Herr Beck hörte sehr aufmerksam zu, gab aber während meiner Ausführungen weder Zeichen der Zustimmung noch der Ablehnung zu erkennen. Als ich abschliessend darauf hinwies, dass der mir von Herrn von Neurath erteilte Auftrag vom Führer und Reichskanzler angeordnet worden sei, zeigte Herr Beck sich sichtlich beeindruckt und erwiderte, dass Wünsche des Führers hier immer einer besonders ernsten Beachtung sicher seien. Er werde selbstverständlich die von mir vorgetragene Angelegenheit unverzüglich dem Ministerpräsidenten bzw. dem Kabinett unterbreiten und behielte sich vor, demnächst die Stellungnahme der Polnischen Regierung mitzuteilen.

Im Übrigen beschränkte sich Herr Beck auf einige kurze Bemerkungen, in denen er zunächst zum Ausdruck brachte, dass in der Tat unsere verständnisvolle Haltung gelegentlich des Vorstosses der Polnischen Regierung in Genf vom Herbst 1934 hier seinerzeit grosse Befriedigung ausgelöst habe. Herr Beck fand dann einige Worte der Verteidigung-gegenüber meinen Darlegungen bezüglich der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit in Polen, ohne aber hierbei in das Detail zu gehen, und brachte zum Ausdruck, dass bei eigenmächtigem Vorgehen der untergeordneten Behörden der Ministerpräsident sicherlich bereit sein würde, mit der ihm eigenen Energie einzuschreiten. Herr Beck versuchte, die Schwierigkeiten des gesamten deutsch-polnischen Minderheitenproblems mit der Verschiedenheit der inneren Kon-

struktion der beiden Staaten zu erklären, wie denn überhaupt nach seiner Ansicht das ganze Minderheitenproblem ausserordentlich komplex sei. Herr Beck wiederholte nicht seine früheren Argumente gegen unseren Vorschlag, kam aber auch mit keinem Wort auf die heute von mir weisungsgemäss vorgebrachten prinzipiellen Gesichtspunkte zu sprechen.

von Moltke

In dem Memorandum, auf welches sieb der Bericht bezieht, gibt die Reichsregierung zunächst ihrer Enttäuschung über die Ablehnung der bisherigen deutschen Vorschläge durch Polen Ausdruck. Wenn die polnische Regierung formale Prozeduren und Vertragsinstrumente ablehne, ihren Wert für die Volksgruppen selbst gering veranschlage und freundschaftlicher Verständigung über jeweils auftauchende Einzelfragen den. Vorzug gebe, so sei dies zjvar weitgehend auch die deutsche Auffassung, doch sei es wohl schwer, einer allgemeinen grundsätzlichen Abmachung über die Behandlung eines so wichtigen Problems zu entraten. Sie schlägt daher eine übereinstimmende öffentliche Erklärung der beiden Regierungen über den Schutz der auf ihrem Gebiet lebenden deutschen bzw. polnischen Minderheiten vor. Das Memorandum sagt dazu wörtlich:

Aus dem Memorandum der Reichsregierung
Zur deutsch-polnischen Minderheitenfrage vom 1. Juni 1937

5. Neben den vorstehend angedeuteten prinzipiellen Gesichtspunkten und noch stärker als diese drängt aber die Entwicklung der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit in Polen darauf hin, dass es zu einer Verständigung zwischen den beiden Regierungen über das ganze Minderheitenproblem kommt. Zu ihrem eigenen Bedauern sieht die Deutsche Regierung gerade in dieser tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit ein unabweisbares Argument gegen die polnische These, dass die Minderheit am besten führe, wenn ihre Behand-

lung dem ungebundenen Ermessen der Landesbehörden überlassen bliebe. In der Tat lassen seit längerer Zeit, insbesondere aber im letzten Jahre, die Beobachtungen leider keinen Zweifel, dass mit Unterstützung amtlicher Stellen und behördlich geförderter privater Organisationen planmässig daran gearbeitet wird, das wirtschaftliche Fundament der deutschen Minderheit in Polen zu erschüttern und alle diejenigen, die sich zum Deutschtum bekennen, zu einer Änderung in ihrer Einstellung zum Deutschtum zu veranlassen.

6. Es ist nicht beabsichtigt, schon jetzt in die Erörterung von Einzelheiten einzutreten. Um aber die deutsche Beschwerde nicht als vage und unsubstanziiert erscheinen zu lassen, sei kurz auf folgende Punkte hingewiesen:

auf die übermässige Heranziehung des deutschen Grundbesitzes zur Bodenabgabe auf Grund der Agrarreform, wie sie vor allem im letzten Jahr erfolgt ist;

auf die fortschreitende Polonisierung des seit Generationen in deutscher Hand befindlichen Grundbesitzes durch Ausübung des Wiederkaufs- und des Vorkaufsrechtes;

auf die praktisch in erster Linie gleichfalls gegen das Deutschtum gerichtete Auslegung der Grenzzonengesetzgebung*;

auf die Tatsache, dass seit einiger Zeit Angehörige der deutschen Minderheit nur noch in Ausnahmefällen die behördliche Genehmigung zur Eröffnung von Läden, Geschäften und wirtschaftlichen Betrieben erhalten und dass deutschstämmigen Ärzten, Apothekern und Rechtsanwälten von den Behörden grösste Schwierigkeiten bei der Eröffnung ihrer Praxis gemacht werden;

** Durch die Grenzzonenverordnung vom 2). Dezember 1927 und die dazu erlassenen Ausführungsverordnungen wurden Beschränkungen des Aufenthaltes und des Erwerbs von Grundbesitz innerhalb einer bestimmten Zone eingeführt. Zu dieser Zone gehörte ganz Pommerellen, also das gesamte Korridorgebiet, fast die ganze Provinz Posen und ganz Oberschlesien. Trotz dieser deutschen Vorstellungen wurde die Grenzzonenverordnung am 1. Juli weiter verschärft.*

auf die ebenso offenkundige Tatsache, dass deutsche Angestellte und Arbeiter unter dem Druck polnischer Organisationen entlassen werden und keine Anstellung finden, solange sie noch deutschen Vereinigungen angehören oder ihre Kinder in deutsche Schulen schicken;
auf die traurige Situation der jungen Leute, die die vom polnischen Staat zugelassenen deutschen Schulen absolviert haben, dann aber bei der Vorbereitung für einen Beruf so grossen Schwierigkeiten ausgesetzt sind, dass ein unverhältnismässig hoher Prozentsatz der deutschstämmigen Jugend bisher noch nicht in das Berufsleben hat eingestellt werden können;
auf den neuerdings sogar öffentlich verkündeten Boykott aller deutschen Geschäfte in den abgetrennten Gebieten.

Selbstverständlich ist in Deutschland die Tatsache, dass die Angehörigen der deutschen Minderheit in immer grösserem Umfange ihre Existenzbasis verlieren, bei den vielen persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen der Grenzbevölkerung nicht unbemerkt geblieben. Mit wachsender Erregung wird an die Reichsregierung die Forderung gestellt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und den Angehörigen der polnischen Minderheit in Deutschland, die bislang völlig unbehindert ihren Beruf ausüben, den Lebensraum einzuengen. Die Reichs regierung hat selbstverständlich den Wunsch, gegenüber Polen nicht den Weg von Repressalien beschreiten zu müssen, kann aber andererseits nicht die Augen davor verschliessen, dass der auf dem Deutschtum in Polen lastende, ständig zunehmende Druck Befremden und Unwillen im Reich hervorruft und dass die Volkstümlichkeit einer grosszügigen Verständigungspolitik mit Polen unter diesen Massnahmen nachgeordneter polnischer Stellen schweren Schaden erleidet.

7. Die Reichsregierung bittet daher mit allem Nachdruck, die Minderheitenfrage unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte noch einmal zu prüfen. Sie hofft, dass die Polnische Regierung sich doch noch zu Besprechungen über

die eine oder die andere Form einer grundsätzlichen Regelung entschliesst, und dass sie ausserdem möglichst bald Massnahmen ergreift, um den in den polnischen Westprovinzen vorhandenen Chauvinismus zu zügeln, der die ernste Gefahr in sich schliesst, die so glücklich eingeleitete Zusammenarbeit zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung an einer fruchtbaren Weiterentwicklung zu hindern.

Am 5. November 1937 kam dann auch tatsächlich eine «Übereinstimmende Erklärung» beider Regierungen zustande. Auf Grund der polnischen Weigerung jedoch, einem Vertrag mit genauen Verpflichtungen beiderseits zustimmen, war auch diese Erklärung in der Praxis zu weitgehender Wertlosigkeit verurteilt.

Mit den polnischen Gewaltmassnahmen gegen die deutschen Volksgruppen gingen ständige antideutsche Provokationen Hand in Hand. Dass am Ende der polnischen Politik gegen Daneflg die Eingliederung der Freien Stadt in den polnischen Staat stehen müsse, kam klar in einer nationalpolnischen Kundgebung zum Ausdruck, über die der Generalkonsul des Deutschen Reiches in Danzig an das Auswärtige Amt berichtet:

Nr. 10 (192)

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt
Bericht

Danzig, den 15. November 1937

Anlässlich des Jahrestages der polnischen Unabhängigkeitserklärung am 11. November fanden am letzten Sonntag in den von polnischen Minderheiten bewohnten Dörfern des Freistaates Danzig Feiern statt. Diese wurden von zahlreichen Vertretern des Polentums aus Danzig besucht.

Bemerkenswert an der Feier im Dorfe Gross-Trampken sind Ausführungen in der Rede des Diplomatischen Vertreters

der Republik Polen in Danzig, Minister Chodacki. Er hat hierbei u.a. erklärt: «Ich kann mich noch genau an die Zeit erinnern, wie ich in den Krieg zog mit der Hoffnung auf das Auferstehen Polens. Ebenso sollen die Polen hier in Danzig in der Hoffnung sein und warten, dass sie in kürzester Zeit auf polnischem Boden wohnen werden.» von Luckwald

Das Jahr 1918 brachte eine weitere Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen, woran nicht zuletzt die herausfordernde Haltung der polnischen Presse die Schuld trug. Hierüber berichtet der deutsche Botschafter in Warschau:

Nr. 11 (117)

Der deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Bericht

Warschau, den 2. September 1938

Die Haltung der polnischen Presse und anderer Faktoren der polnischen Öffentlichkeit Deutschland gegenüber ist in der letzten Zeit unverkennbar schlechter geworden. Sie war niemals befriedigend und blieb stets hinter den Erwartungen zurück, die deutscherseits vielfach an das politische Abkommen und an die Presseabrede von 1934 geknüpft worden waren. Die dem Polnischen Aussenministerium nahestehenden Zeitungen und sonstigen meinungspolitischen Faktoren zeigten zwar meist ein korrektes Verhalten und in manchen, besonders aussenpolitischen Fragen öfters auch eine positiv zu beurteilende Einstellung, aber nicht einmal das sogenannte Lager der Nationalen Einigung, d.h. die zwecks Gewinnung der «Massen» für das herrschende System geschaffene regierungsparteiliche Organisation, verzichtet darauf, im Wettbewerb mit den übrigen politischen Gruppen antideutsche Schlagworte auszuspielen, um dadurch an Popularität zu gewinnen.

Die Polnische Regierung verhält sich diesen Vorgängen gegenüber reichlich reserviert; jedenfalls sind Anzeichen für eine energischere Gegenwirkung nicht vorhanden. Es mag zugegeben werden, dass die polnischen Behörden in ihren Einflussmöglichkeiten auf die Presse beschränkt sind, aber eine so weitgehende Passivität kann doch wohl nur dadurch erklärt werden, dass die Regierung sich scheut, ihre Machtmittel zum Schutz der unpopulären deutschen Belange einzusetzen, während sie für ihre eigenen Interessen eine weit grössere Energie aufbringt. Und dass man z.B. nicht in der Lage sein sollte, die wiederholten aufreizenden Demonstrationen in den Städten der Westgebiete, die von dem der Regierung nahestehenden Westmarkenverband in Szene gesetzt werden, zu verhindern, scheint wenig glaubwürdig.

Es kann der Regierung nicht verborgen sein, dass diese passive Haltung allmählich eine Atmosphäre entstehen lässt, die mit der deutsch-polnischen Verständigungspolitik immer schwerer in Einklang zu bringen ist. Freilich hat man hier Deutschland gegenüber niemals sehr herzliche Töne angeschlagen, und namentlich in kritischen Momenten wurde von jeher Wert daraufgelegt, die Beziehungen nicht zu eng erscheinen zu lassen. Aber dass jetzt z.B. vor einem deutschen Generalkonsulat ungehindert der Hassgesang des «Rota»-Liedes ertönen konnte, ist doch immerhin ein Vorgang, der seit 1934 nicht mehr zu beobachten war. Es ist offensichtlich, dass die Becksche Politik heute noch weniger populär ist als früher und dass der Aussenminister selbst sich Zurückhaltung auferlegen muss. Wir haben ja in dem bekannten Fall des deutschen Gymnasiums in Bromberg, wo ganz offenbar das mit Beck abgeschlossene gentlemen-agreement von Seiten der inneren Verwaltung sabotiert worden ist, ein deutliches Anzeichen für die inneren Spannungen gehabt, die hier vorhanden sind. Und in der Tat scheint in der Regierung gerade hinsichtlich der Deutschlandpolitik Becks eine nicht ganz einheitliche Beurteilung vorzuliegeö. Jedenfalls ist mit Wahr-

scheinlichkeit anzunehmen, dass sowohl der Kriegsminister wie Marschall Smigly-Rydz die Becksche Politik nicht mit ganzem Herzen mitmachen. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass selbst ein alter Vorkämpfer der Verständigung mit Deutschland, wie der Chefredakteur des Wilnaer «Slowo», Mackiewicz, unlängst in einem fast sensationell wirkenden Artikel Becks Politik angegriffen hat, mit dem Vorwurf, dass er über der Freundschaft mit Deutschland die Beziehungen zu Frankreich und England vernachlässige und aus dem Zusammengehen mit Deutschland keine entsprechenden Vorteile für Polen gewonnen habe.

Ich habe die ungünstige Entwicklung der hiesigen öffentlichen Meinung und die besonders deutschfeindlichen Kundgebungen der letzten Zeit, nachdem ich bereits vor einigen Tagen das gleiche Thema bei dem Stellvertretenden Vizeminister Arciszewski angeschnitten hatte, gestern auch noch Herrn Beck gegenüber in ernster Form zur Sprache gebracht. Herr Beck bestritt nicht, dass die Lage unbefriedigend sei; er habe gleich nach seiner Rückkehr vom Urlaub von sich aus den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht und bei diesem volles Verständnis gefunden. Auf meine Bemerkung, dass wir nicht verstehen könnten, warum nicht wenigstens den wiederholten Demonstrationen des Westverbandes ein Riegel vorgeschoben werde, erwiderte Herr Beck, es sei nicht zweckmässig, lediglich mit Verboten vorzugehen, sondern manchmal besser, ein Ventil zu öffnen. Man hätte sich deshalb darauf beschränkt, die sehr viel weitergehenden Absichten der Demonstranten auf ein geringeres Mass zurückzuschrauben. Im Übrigen versuchte Herr Beck die gegen Deutschland gerichteten Angriffe in ihrer Bedeutung abzuschwächen und versicherte, dass die Regierung sich in keiner Weise durch die Nervosität der öffentlichen Meinung beeinflussen lasse, sondern an der alten politischen Linie festhalte.

Wenn Herr Beck diese Äusserung auch in sehr bestimmter Form machte, so wird man sich doch nicht darüber täuschen

dürfen, dass hier bereits jetzt eine für uns unfreundliche Stimmung vorhanden ist, die die Entschlussfreiheit der Regierung in entscheidenden Fragen immerhin beeinflussen könnte.

von Moltke

Die wachsende antideutsche Hetze erreichte dann einen ersten Höhepunkt Ende Februar 1939, als ohne ersichtlichen Anlass polizeilich kaum unterdrückte Hass-Demonstrationen vor der deutschen Botschaft in Warschau und deutschen Konsulaten in der Provinz stattfanden. Fanatisierende Massen sangen deutsch-feindliche Lieder, liessen das «polnische Danzig» hochleben, schmähten die «deutschen Hunde» und warfen Fensterscheiben ein. Zwar liess die polnische Regierung offiziell ihre Entschuldigung aussprechen – aber dies konnte die alarmierenden Symptome wachsender polnischer Aggressivität nicht übertünchen.

ZWEITES KAPITEL

Die englische Kriegspolitik seit dem Münchener Abkommen – Deutschlands Versuch einer gütlichen Lösung der Danzig- und Korridorfrage

A) Der Beginn der Kriegshetze in England – Das deutsche Angebot an Polen

Nr. 12 (217)

Gemeinsame Erklärung des Führers und des Britischen Premierministers Chamberlain, München, 30. September 1938

Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, dass die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir sehen das gestern Abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen.

Adolf Hitler Neville Chamberlain

Die obenstehende deutsch-englische Erklärung von München schien endlich nach vielen Jahren einseitiger deutscher Bemühungen um die englische Freundschaft jene Wendung in den Beziehungen beider Länder berbeigeführt zu haben, die seit jeher in dem aller Welt bekannten

aussenpolitischen Programm des Nationalsozialismus gewünscht wurde. Das Münchener Abkommen hatte die tschechische Krise aus der Welt geschafft. Der Führer sah nunmehr die Möglichkeit für gegeben an, die Beziehungen zu England in dauerhafter Form zu stabilisieren und somit seinem eigenen wie allen anderen Völkern Europas eine lange Periode des Friedens zu gewährleisten. Um so grösser war die Enttäuschung, als schon drei Tage später der britische Premierminister Chamberlain im Unter hause die Aufrüstung Englands um jeden Preis verkündete. Diese Rede, aus der nachstehend ein Auszug wiedergegeben wird, wurde begleitet von masslosen Angriffen gegen Deutschland durch die englische Opposition.

Nr. 13 (218)

Aus der Rede des britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 3. Oktober 1938
(Übersetzung)

... Ich glaube, es gibt viele, die mit mir der Ansicht sind, dass eine solche von dem deutschen Reichskanzler und mir unterzeichnete Erklärung etwas mehr ist als nur eine fromme Meinungsäusserung. In unseren Beziehungen zu anderen Ländern hängt alles davon ab, dass auf beiden Seiten Aufrichtigkeit und guter Wille vorhanden sind. Ich glaube, dass hier Aufrichtigkeit und guter Wille auf beiden Seiten vorhanden sind. Das ist der Grund, warum die Bedeutung dieser Erklärung für mich weit über ihren tatsächlichen Wortlaut hinausgeht. Wenn es eine Lehre gibt, die wir aus den Ereignissen dieser letzten Wochen ziehen können, so ist es die, dass ein dauernder Friede nicht dadurch erreicht werden kann, dass wir stillsitzen und auf ihn warten. Um ihn zu erlangen, bedarf es aktiver und positiver Bemühungen. Ich werde zweifellos viele Kritiker haben, die sagen, dass ich mich eines leichtfertigen Optimismus schuldig mache und dass ich besser täte, kein einziges Wort zu

glauben, das von den Regierenden anderer grosser europäischer Staaten geäussert wird. Ich bin zu sehr Realist, um zu glauben, dass wir unser Paradies in einem Tag erringen. Wir haben nur den Grundstein des Friedens gelegt. Mit dem Oberbau ist noch nicht einmal begonnen worden.

Wir sind in diesem Land bereits während eines langen Zeitraums mit einem grossen Wiederaufrüstungsprogramm beschäftigt, das in Tempo und Umfang ständig zunimmt. Niemand soll glauben, dass wir es uns infolge der Unterzeichnung des Münchener Abkommens zwischen den vier Mächten leisten können, unsere Anstrengungen im Hinblick auf dieses Programm in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu verringern. Die Abrüstung kann seitens dieses Landes nie wieder eine einseitige sein. Wir haben das einmal versucht und haben uns dabei fast ins Unglück gestürzt. Wenn die Abrüstung kommen soll, so muss sie schrittweise kommen, so muss sie durch Übereinkommen und die aktive Mitarbeit anderer Länder kommen. Und bis wir dieser Mitarbeit sicher sind, bis wir uns über die tatsächlich zu unternehmenden Schritte geeinigt haben, müssen wir auf unserer Hut bleiben ...

Diese abermalige, dem Sinn und Buchstaben des Münchener Abkommens durchaus widersprechende Haltung sowohl des britischen Premierministers wie vor allem der Opposition nötigte den Führer am 9. Oktober 1918 in Saarbrücken Z» einer Antwort, in der er darauf hinwies, in England könne statt Chamberlain Herr Duff Cooper oder Herr Eden oder Herr Churchill zur Macht kommen, und schon wäre die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass ein neuer Weltkrieg entfesselt würde, da dies das offen zugegebene Ziel dieser Männer sei. Am nächsten Tage schon antwortete hierauf der britische Kriegsminister Höre Belisha mit einer Rede, in der er weitere englische Aufrüstungsmassnahmen bekanntgab. Diese sind dann während der folgenden Monate in steigendem Tempo auf offensive Waffen und Ziele – Schaffung eines Expeditionsheeres für den Kontinentalkrieg – eingestellt worden. Gleichzeitig trieb England den französischen Ver-

bündeten zu weiteren Rüstungsanstrengungen, vor allem in der Luft, an. Dass die Warnung des Führers in Saarbrücken nur allzu berechtigt war, ergab sich dann wieder einige Tage später, als Winston Churchill eine Rundfunkrede nach Amerika hielt, die es im alten kriegshetzerischen Tone deutlich machte, dass diese Kreise der englischen Politik nicht beabsichtigten, sich an das Münchener Abkommen zu halten.

Nr. 14 (223)

Aus der Rede Winston Churchills für den Rundfunk der Vereinigten Staaten von Amerika, 16. Oktober 1938

(Übersetzung)

... Wir müssen aufrüsten! Haben wir uns durch unseren ernsten Friedenswillen in eine nachteilige Lage gebracht, so müssen wir dies durch doppelte Anstrengungen und, wenn es erforderlich sein sollte, durch Standhaftigkeit im Ertragen von Leiden wiedergutmachen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, dass wir aufrüsten werden.

Grossbritannien wird seine jahrhundertealten Gepflogenheiten aufgeben und seinen Bewohnern die nationale Wehrpflicht auferlegen. Das britische Volk wird aufrecht allem entgegensehen, was auch kommen mag. Aber, um mit Präsident Wilson zu sprechen, das Instrument der Waffen als solches genügt nicht. Wir müssen die Kraft der geistigen Einstellung hinzufügen.

Es gibt Menschen, die sagen, wir sollten uns nicht in einen theoretischen Gegensatz zwischen Nazitum und Demokratie hineinziehen lassen. Dieser Gegensatz besteht aber schon heute.

Das, was den freien Ländern einen grossen Teil ihrer Stärke verleiht, ist gerade der Gegensatz in den geistigen und moralischen Ideen ...

Das helle Licht des Fortschritts mit seiner Duldsamkeit und

seinem Zusammenwirken, seiner Würde und seinen Freuden ist oft in der Vergangenheit zum Erlöschen gebracht worden.

Und doch lebe ich in dem Glauben, dass wir nun schliesslich die Barbarei soweit überwunden haben, um sie im Zaume halten und abwehren zu können. Wenn wir uns klar darüber sind, worum es jetzt geht, müssen wir beizeiten unsere Entschlüsse fassen. Wir werden das ja schliesslich auch tun. Aber je länger wir warten, um so grösser wird unsere Mühe sein!

Ist dies ein Aufruf zum Krieg? Ich erkläre, dass es die einzige Gewähr für den Frieden darstellt. Die rasche und entschlossene Sammlung aller Kräfte, um nicht nur militärischen, sondern auch moralischen Angriffen zu begegnen; die entschlossene und nüchterne Anerkennung ihrer Pflichten durch die englisch sprechenden Völker und alle grossen und kleinen Nationen, die mit ihnen Zusammengehen wollen; ihre treue und eifrige Kameradschaft würde fast schon zwischen Nacht und Morgen den Weg zum Fortschritt frei machen und aus unser aller Leben die Furcht verbannen, die schon für Hunderte von Millionen Menschen das Licht der Sonne verdunkelt...

Schon in diesen ersten Wochen nach dem Abschluss des Münchener Abkommens fiel in der englischen Presse unausgesetzt das Stichwort Polen. Auf der anderen Seite hatte Polen eben mit deutscher Hilfe das Olsagebiet gewonnen und betrieb die Verwirklichung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze- Der Zeitpunkt schien infolgedessen günstig, um endlich eine für beide Teile ehrenvolle Lösung des deutsch-polnischen Grundproblemes, der Danzig- und Korridorfrage Zu erreichen. Dass beide Fragen gelöst werden mussten, ergab sich aus den im ersten Kapitel dargestellten, sich immer wiederholenden Rückschlägen in den deutsch-polnischen Beziehungen ebenso wie aus der trotz des bestehenden deutsch-polnischen Abkommens sich zusehends weiter erschwerenden Lage der deutschen Volksgruppe in Polen. Deutschland beabsichtigte indes die Lösung nicht gegen, sondern mit Polen auf der Grundlage der 19)4 eingeleiteten Verständigung zu suchen. Die deutschen Forderungen wurden auf ein Mindestmass, ja bis an die

Grenzen des überhaupt Vertretbaren herabgesetzt. Hiervon ZeuLt die nachstehende Unterredung des Reichsaussenministers mit dem polnischen Botschafter, in der zum erstenmal die deutschen Vorschläge formuliert wurden. Sie haben sich in ihrer Substanz niemals geändert.

Nr. 15 (197)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, Berchtesgaden, 24. Oktober 1938
Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hewel

Zu Beginn der Aussprache entwickelte der Herr Reichsaussenminister dem Polnischen Botschafter ein Bild der augenblicklichen Lage.

Herr Lipski erläutert sodann den Anlass seines Besuches: Polen sei interessiert an der Stabilisierung des Donauraumes. Die Karpatho-Ukraine mit ihrer Unordnung, ihren 80 v. H. Analphabeten, sei ein Herd für alle nur denkbaren politischen Strömungen, ein wahres Kommunistenzentrum. Sie habe zusammen 650‘000 Einwohner, davon etwa 250’000 Ungarn und Juden und 400‘000 Ruthenen. Wegen dieses Unruheherdes habe Polen schon manchen scharfen Notenwechsel mit Prag gehabt. Beck habe ihm gesagt, er wolle, dass aus dieser Krise etwas Vernünftiges herauskomme. Eine Angliederung an Ungarn sei der Wunsch Polens.

Im Übrigen sei eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze von grossem Wert als Abriegelung gegen den Osten. Die Gerüchte von der Blockbildung gegen Deutschland seien Unsinn, sie wären durch die Haltung Polens gegenüber Sowjetrussland während der Krise mehr als widerlegt worden. Die polnische Politik sei gewesen, die Ungarische Regierung in der slowakischen Frage zur Mässigung und in der karpatho-ukrainischen Frage zum Angriff zu bewegen. Er, Lipski, hoffe, dass eine Lösung in dem erwähnten Sinne den deutschen Interessen nicht entgegenlaufe.

Der Herr Reichsaussenminister erklärt dem Botschafter, ihm seien diese Ideen etwas neu und er wolle sie sich einmal in Ruhe überlegen. Er habe wohl Verständnis für die polnischen Wünsche, aber er sehe auch gewisse Schwierigkeiten, die wir zu berücksichtigen hätten.

Der Herr Reichsaussenminister kommt nun auf das grosse allgemeine Problem, weswegen er Herrn Lipski nach Berchtesgaden gebeten habe und das er einmal ganz vertraulich, nur für Lipski, Beck und ihn bestimmt, anschneiden wolle. Er bittet den Botschafter, mündlich Herrn Beck über das Besprochene zu berichten, da sonst die Gefahr des Heraussickerns, besonders an die Presse, zu gross sei. Der Botschafter sagt dies zu. Mit der Einleitung verbindet der Herr Reichsaussenminister auch eine Einladung an Herrn Beck, der ihn doch einmal im Laufe des nächsten Monats besuchen möge. Die polnischen Freunde hätten hiermit eine Dauereinladung nach Deutschland. Der Botschafter nimmt dieses mit Freude an und will Herrn Beck benachrichtigen.

Der Herr Reichsaussenminister führt nun aus, dass er glaube, es sei an der Zeit, zwischen Deutschland und Polen zu einer Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zu kommen. Dies wäre eine Krönung des vom Marschall Pilsudski und dem Führer eingeleiteten Werkes. Er zieht unser Verhältnis zu Italien zum Vergleich heran, wo der Führer auch um einer Generalbereinigung willen und aus tiefer Erkenntnis heraus den Verzicht auf Südtirol geleistet habe. Eine solche Übereinkunft sei auch mit Polen und auch für Polen erstrebenswert und läge in der Richtung der Politik des Führers, zu allen Nachbarn in ein klares Verhältnis zu kommen. Nicht ausgeschlossen sei, dass auch einmal mit Frankreich noch klarere Abmachungen, über die Erklärung des Führers bezüglich der Grenze hinaus, getroffen würden. Mit Polen sei hier zunächst über Danzig zu sprechen, als Teillösung einer grossen Regelung zwischen den beiden Nationen. Danzig sei deutsch – sei immer deutsch gewesen und werde auch immer deutsch

bleiben. Er, der Reichsaussenminister, denke sich eine Lösung im Grossen wie folgt:

1. Der Freistaat Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.
2. Durch den Korridor würde eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Strasse oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.
4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen (Garantie) oder die beiderseitigen Territorien.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird um 10 bis 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.

Der Polnische Botschafter nimmt diese Anregung zur Kenntnis. Obwohl er natürlich erst mit Herrn Beck sprechen müsse, möchte er doch bereits jetzt sagen, dass es falsch sei, Danzig als ein Produkt von Versailles, etwa wie das Saargebiet, zu betrachten. Man müsse die historische und geographische Entstehungsgeschichte Danzigs verfolgen, um die richtige Einstellung zu dem Problem zu bekommen.

Der Herr Reichsaussenminister erklärt, er wolle jetzt keine Antwort hören. Der Botschafter solle sich dies alles einmal durchdenken und so bald wie möglich mit Herrn Beck darüber sprechen. Schliesslich dürfe man eine gewisse Reziprozität bei diesen Betrachtungen nicht ausschalten. Für den Führer sei eine endgültige Anerkennung des Korridors innerpolitisch sicherlich auch nicht leicht. Dazu müsse man säkular denken – und Danzig sei nun einmal deutsch und würde es immer bleiben.

Herr Lipski verspricht, dies alles genauestens mit Herrn Beck zu besprechen. Er werde Donnerstag etwa nach Warschau

fahren und könne etwa Anfang der nächsten Woche zurück sein. Seine Hauptbitte sei der Gedankenaustausch über die Ungarnfrage. Herr Beck lasse sagen, Polen sei bereit, falls der Wunsch Ungarns nach einem Schiedsspruch der drei Länder Deutschland, Italien und Polen seitens der ersten beiden Länder angenommen werde, sich zu beteiligen.

Der Herr Reichsaussenminister weist demgegenüber auf das mit einem Schiedsspruch verknüpfte Risiko hin.

Bei einer zweiten kurzen Aussprache erwähnt der Herr Reichsaussenminister die Karpatho-Ukraine. Der Botschafter betont, dass Polen kein Interesse an einem Gebietszuwachs dort unten habe, sondern dass es ausschliesslich der Wunsch Polens sei, mit Ungarn eine gemeinsame Grenze zu erhalten.

Der Herr Reichsaussenminister verspricht, diesen Komplex noch einmal durchzudenken, und meint hierzu, dass, wenn man zwischen Deutschland und Polen zu einer Globallösung komme, auch sicher für dieses Problem ein günstiges Arrangement gefunden werden könne.

terredung verlief in sehr freundschaftlichem Tone.

Hewel

Etwa drei Wochen nach dieser Unterredung meldete sich Botschafter Lipski bei Reichsaussenminister v. Ribbentrop. Er brachte aber nur eine teils ausweichende, teils hinhaltende Antwort auf die deutschen Vorschläge. Dies wurde mit innerpolitischen Schwierigkeiten begründet.

Es ist in höchstem Masse bezeichnend, dass weder bei dieser Unterredung noch bei einem darauffolgenden Gespräch des deutschen Botschafters mit Beck, das am 14. Dezember in Warschau stattfand, noch auch bei der denkwürdigen Unterhaltung Becks mit dem Führer am 5. Januar 1939 Polen auch nur annähernd das Gefühl eines Bedrohtseins verriet.

Die drei nachstehenden Dokumente geigen vielmehr völlig deutlich, dass auch am 26. Januar 1939 noch, als der Reichsaussenminister mit

Beck nochmals in Warschau sprach, Polen die gemässigten und sachlichen deutschen Vorschläge stets ohne irgendeinen Protest aufnahm und reifliche Erwägung versprach. Aus den fünf Unterredungen, die Zwischen dem 24. Oktober 1938 und dem 26. Januar 1939 zwischen dem Führer, bzw. dem Reichsaussenminister und Botschafter v. Moltke einerseits und Lipski und Beck andererseits geführt wurden, in denen von deutscher Seite immer wieder unsere gemässigten Vorschläge ohne irgendwelche Drohungen vorgebracht wurden, ergibt sich, dass zwar Polen offensichtlich versuchte, die Verhandlungen mit Deutschland zii verschleppen, dass aber andererseits bis zu jenem Zeitpunkt durchaus noch Aussichten zu bestehen schienen, eine beiden Teilen gerecht werdende friedliche Lösung zu finden. Insbesondere die Unterredung des Führers mit Aussenminister Beck am 5. Januar 1939 gibt hiervon Zeugnis. In ihr wurde der grosse freundschaftliche Rahmen entwickelt, in dem sich der Führer künftig das deutsch-polnische Verhältnis und die Regelung der Danzig- und Korridorfrage dachte. Es war eine Regelung, bei der auch Polen gewonnen und die auch jede Konfliktsmöglichkeit für die Zukunft ausgeschlossen hätte.

Nr. 16 (198)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 19. November 1938
Aufzeichnung

Ich empfing heute um 1 Uhr den Polnischen Botschafter Lipski.

Herr Lipski erklärte mir, er habe Aussenminister Beck über den Inhalt unseres Gesprächs in Berchtesgaden vom 24. Oktober informiert und er sei nunmehr in der Lage, mir die Stellungnahme Becks hierzu mitzuteilen. Herr Lipski las alsdann von einem Zettel Teile seiner Instruktionen vor.

1. Aussenminister Beck sei der Auffassung, dass das deutsch-polnische Verhältnis im Allgemeinen seine Probe bestanden

habe. Während der tschechischen Krise habe sich gezeigt, dass das deutsch-polnische Abkommen auf einer dauerhaften Grundlage aufgebaut sei. Aussenminister Beck glaube, dass die geradlinige polnische Politik für Deutschland bei der Gewinnung des oudetengebietes von Nutzen gewesen sei und wesentlich dazu beigetragen habe, diese Frage einer glatten Lösung im deutschen Sinne zuzuführen. Die Polnische Regierung habe während dieser kritischen Tage alle Sirenen-klänge, die von gewisser Seite ertönt seien, unbeachtet gelassen.

Ich erwiderte Herrn Lipski, dass sich auch meiner Auf-fassung nach das deutsch-polnische Abkommen als hieb- und stichfest erwiesen habe. Durch die Aktion des Führers gegen die Tschecho-Slowakei habe Polen die Möglichkeit gehabt, das Olsagebiet zu gewinnen und eine Anzahl sonstiger Grenz-wünsche zu befriedigen. Im Übrigen stimme ich mit ihm über-ein, dass auch die polnische Haltung für Deutschland die Dinge erleichtert habe.

2. Herr Lipski machte alsdann weitschweifige Aus-führungen, um die Wichtigkeit und Bedeutung Danzigs als freie Stadt für Polen zu beweisen.

Auch aus innerpolitischen Gründen sei es für Aussen-minister Beck schwer, einer Eingliederung Danzigs in das Reich zuzustimmen. Aussenminister Beck habe sich nun über-legt, wie man ein für allemal alle Reibungspunkte, die über Danzig zwischen Deutschland und Polen möglicherweise entstehen würden, beseitigen könnte. Er habe sich gedacht, dass man das Danziger Völkerbundsstatut durch einen deutsch-polnischen Vertrag, in dem alle Danziger Fragen behandelt würden, ersetzen könne. Als Basis für diesen Vertrag denke sich Beck, dass man einmal Danzig als rein deutsche Stadt anerkenne mit allen Rechten, die hieraus resultierten, anderer-seits aber Polen und der polnischen Minderheit alle wirtschaft-lichen Rechte gleichfalls sicherstelle, wobei der Charakter Danzigs als Freistaat und die Zollunion mit Polen erhalten bleibe.

Ich erwiderte Herrn Lipski, dass ich den Standpunkt von Aussenminister Beck bedauere. Die Anregung für eine säkulare Lösung des deutsch-polnischen Problems, bei der Danzig zu Deutschland kommen solle, möge wohl eine innerpolitische Belastung für Herrn Beck mit sich bringen, andererseits sei aber nicht zu verkennen, dass auch der Führer es nicht leicht haben werde, eine Garantie des polnischen Korridors vor dem deutschen Volke zu vertreten. Meiner Anregung habe die Absicht zugrunde gelegen, das deutsch-polnische Verhältnis auf eine eherne Dauerbasis zu stellen und alle nur denkbaren Reibungspunkte zu beseitigen. Ich hätte nicht die Absicht gehabt, ein kleines diplomatisches Gespräch zu führen. Wie er, Lipski, aus den Reden des Führers ersehen könne, behandelte dieser die deutsch-polnische Frage stets von einer hohen Warte. Vor der internationalen Presse hätte ich noch kürzlich in seinem Beisein ausgeführt, dass ein gutes deutsch-polnisches Verhältnis mit zum Fundament der deutschen Aussenpolitik gehöre.

Botschafter Lipski bedankte sich für diese Ausführungen und kam dann wieder auf den Vorschlag eines zweiseitigen Vertrages über Danzig zurück.

Ich erklärte ihm, dass ich nicht abschliessend hierzu Stellung nehmen wolle, dass mir der Vorschlag nicht leicht-realisierbar erscheine.

3. Ich frug alsdann Herrn Lipski, wie sich Herr Beck zu der Frage einer exterritorialen Autobahn und einer ebenso exterritorialen doppelgleisigen Eisenbahn durch den polnischen Korridor stelle.

Herr Lipski erwiderte mir, dass er zu dieser Frage nicht eingehend und nicht offiziell Stellung nehmen könne. Rein persönlich könne er sagen, dass ein solcher deutscher Wunsch vielleicht in Polen nicht auf unfruchtbaren Boden zu fallen brauche und dass sich vielleicht in dieser Richtung Lösungsmöglichkeiten böten.

4. Ich sprach Herrn Lipski dann noch auf die gerade

herausgegebenen polnischen Freimarken an, die für den Danziger Verkehr bestimmt seien und Danzig gewissermassen als polnische Stadt darstellten. Er könne verstehen, dass dies wiederum die Gefühle der deutschen Bevölkerung Danzigs verletze.

Herr Lipski erklärte mir, über die Angelegenheit nicht Bescheid zu wissen, er wolle aber gleich Erkundigungen einziehen.

Abschliessend erklärte ich Herrn Lipski, dass es der Mühe lohne, die deutschen Vorschläge zu dem Gesamtkomplex der deutsch-polnischen Beziehungen ernsthaft zu überlegen. Man wolle hier ja etwas Dauerhaftes schaffen und eine wirkliche Stabilität herbeiführen. Das könne natürlich von heute auf morgen nicht geschehen. Wenn sich Herr Beck in Ruhe unsere Anregungen überlege, so würde er vielleicht doch zu einer positiven Einstellung gelangen. von Ribbentrop

Nr. 17 (200)

Unterredung des Führers mit dem Polnischen Aussenminister Beck im Beisein des Reichsministers des Auswärtigen, des Deutschen Botschafters in Warschau und des Polnischen Botschafters in Berlin, Berchtesgaden, 5. Januar 1939
Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Oberst Beck unterstrich einleitend die Tatsache, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in der Septemberkrise ihre Probe voll und ganz bestanden hätten. Wenn sich in den letzten Monaten vielleicht ein gewisses Absinken von dem hohen Niveau der Septembertage bemerkbar gemacht hätte, so solle man sich nach Ansicht der Polnischen Regierung auf beiden Seiten bemühen, die Ursachen einiger Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich in der letzten Zeit ergeben hätten. Als eine dieser Schwierigkeiten erwähnte Herr Beck

die Danziger Frage und betonte dabei, dass hier nicht nur die Deutsche und die Polnische Regierung, sondern auch dritte Parteien, wie unter anderem auch der Völkerbund, in Frage kämen. Was hätte z.B. zu geschehen, falls sich der Völkerbund aus seiner Danziger Rolle einmal zurückzöge? Auch sonst gäbe es noch einige weitere Fragen, in denen bestehende Missverständnisse beseitigt werden sollten, u.a. die Garantierung der tschecho-slowakischen Grenze, und zwar ob sie sofort erfolgen solle oder, wenn überhaupt, zu welchem Zeitpunkt sie in Aussicht genommen wäre. Besonders sei Polen in diesem Zusammenhang an der Karpatho-Ukrainischen Frage interessiert. Er erinnere an ein Wort Pilsudskis «von der Balkanisierung Mitteleuropas». Polen erkenne in den Agitatoren, die sich auf dem jetzigen karpatho-ukrainischen Territorium betätigten, alte Feinde wieder und fürchte, dass die Karpatho-Ukraine sich möglicherweise einmal zu einem Herd derartiger Beunruhigung für Polen entwickeln könne, dass sich die Polnische Regierung zu einem Einschreiten veranlasst sehen würde, aus dem sich weitere Komplikationen ergeben könnten. Dies sei der hauptsächlichste Grund für das Streben Polens nach einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn gewesen.

Der Führer erwiderte, dass zur Bereinigung aller bestehenden Schwierigkeiten zunächst einmal auf die Grundtendenz des deutsch-polnischen Verhältnisses zurückgegriffen werden müsste. Von deutscher Seite könne er betonen, dass sich in dem Verhältnis Deutschlands zu Polen, wie es sich auf Grund der Nichtangriffserklärung vom Jahre 1934 darstelle, nicht das geringste geändert habe. Was insbesondere die Frage der Karpatho-Ukraine angehe, so könne er im Hinblick auf die Deutschland in der Weltpresse unterschobenen Absichten erklären, dass Polen in dieser Hinsicht nicht das geringste zu befürchten hätte. Deutschland hätte jenseits der Karpathen keine Interessen und es sei ihm gleichgültig, was die an diesen Gebieten interessierten Länder dort täten. Die im Zusammenhang mit dem Wiener Schiedsspruch von Deutschland in der ukrai-

nischen Frage eingenommene Haltung, die in Polen vielleicht zu gewissen Missverständnissen geführt habe, erkläre sich aus der historischen Entwicklung dieser Angelegenheit. Dieser Schiedsspruch sei nach Anhörung beider Parteien auf der Grundlage der ungarischen Forderungen durchgeführt worden. Sein (des Führers) Wunsch, auf keinen Fall einen internationalen Konflikt zuzulassen, sei letzten Endes der ausschlaggebende Grund für seine Haltung in der ukrainischen Frage gewesen.

Was das deutsch-polnische Verhältnis im Einzelnen angehe, so wolle er noch einmal wiederholen, dass sich an der deutschen Einstellung gegenüber Polen seit 1934 nichts geändert habe. Um zu einer endgültigen Bereinigung der zwischen beiden Ländern noch schwebenden Fragen zu gelangen, dürfe man sich nicht auf die mehr negative Abmachung vom Jahre 1934 beschränken, sondern müsse die einzelnen Probleme einer endgültigen vertraglichen Regelung zuzuführen suchen. Von deutscher Seite gäbe es ausser der Memelfrage, die ihre Regelung in deutschem Sinne finden würde (es habe den Anschein, dass die Litauer an einer vernunftgemässen Lösung mitwirken wollten), im direkten deutsch-polnischen Verhältnis das für Deutschland gefühlsmässig sehr schwierige Problem des Korridors und Danzig zu lösen. Man müsse seiner Ansicht nach von alten Schablonen abweichend hier Lösungen auf ganz neuen Wegen suchen. So könne man sich im Falle Danzig z.B. eine Regelung denken, nach der diese Stadt politisch wieder, dem Willen ihrer Bevölkerung entsprechend, der deutschen Gemeinschaft zugeführt würde, wobei selbstverständlich die polnischen Interessen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, voll und ganz gewahrt werden müssten. Dies sei ja auch Danzigs Interesse, denn Danzig könne wirtschaftlich ohne Hinterland nicht leben, und so dächte er, der Führer, an eine Formel, nach der Danzig politisch zur deutschen Gemeinschaft gelange, wirtschaftlich aber bei Polen bliebe.

Danzig sei deutsch, werde stets deutsch bleiben und früher oder später zu Deutschland kommen.

Bezüglich des Korridors, der, wie erwähnt, für Deutschland ein schweres psychologisches Problem darstelle, wies der Führer darauf hin, dass für das Reich die Verbindung mit Ostpreussen, ebenso wie für Polen die Verbindung mit dem Meer, lebenswichtig sei. Auch hier könne man vielleicht beiden Interessen durch Verwendung völlig neuer Lösungsmethoden gerecht werden.

Wenn es gelänge, auf dieser vernünftigen Grundlage eine endgültige Bereinigung der Einzelfragen herbeizuführen, wobei selbstverständlich jeder der beiden Partner zu seinem Recht kommen müsse, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, auch Polen gegenüber die mehr negative Erklärung von 1934 in einem positiven Sinne ähnlich den Abmachungen mit Frankreich dadurch zu ergänzen, dass nunmehr von deutscher Seite eine klare, vertraglich festgelegte Grenzgarantie an Polen gegeben würde. Polen würde dann den Vorteil erhalten, seine Grenze mit Deutschland einschliesslich des Korridors – der Führer unterstrich noch einmal die psychologische Schwierigkeit des Problems und die Tatsache, dass nur er es einer solchen Lösung zuführen könne – vertraglich gesichert zu bekommen. Es sei für ihn (den Führer) nicht ganz einfach, eine derartige Garantie des Korridors zu geben, und er würde deshalb sicherlich, besonders von der bürgerlichen Seite, ziemlich kritisiert werden. Aber als Realpolitiker glaubt er doch, dass eine derartige Lösung die beste wäre. Genau so wenig wie man heute von Südtirol oder von Elsass-Lothringen spreche, würde man dann vom polnischen Korridor hören, wenn Deutschland einmal seine Garantie gegeben hätte.

Der Polnische Aussenminister Beck dankte dem Führer für die Darlegung des deutschen Standpunktes und erklärte, dass auch Polen absolut an seiner bisherigen Einstellung Deutschland gegenüber festhalte.

Polen würde die Linie der unabhängigen Politik verfolgen, die es bereits in früheren Jahren geübt hätte, als man Polen dazu veranlassen wollte, sich auf dem Wege über einen Ostpakt

näher mit Russland zu verbinden. Polen sei zwar in Bezug auf die Erhöhung seiner Sicherheit nicht so nervös wie Frankreich und halte qichts von den sogenannten «Sicherheitssystemen», die nach der Septemberkrise endgültig abgewirtschaftet hätten, was einen Wendepunkt der Geschichte bedeute. Er wisse aber die in der vom Führer soeben abgegebenen Erklärung erneut zum Ausdruck gebrachte deutsche Einstellung sehr wohl zu würdigen. Er halte auch seinerseits an der alten Linie Deutschland gegenüber fest.

Was das deutsch-polnische Verhältnis angehe, so nehme er von den vom Führer ausgesprochenen Wünschen Kenntnis. Die Danziger Frage erscheine ihm jedoch ausserordentlich schwierig. In diesem Zusammenhang müsse man besonders die öffentliche Meinung in Polen in Rechnung stellen. Dabei sehe er ganz von der Haltung der «Kaffeehausopposition» ab. Während seiner siebenjährigen Amtszeit habe er sich nicht im Geringsten um die Kaffeehausmeinung gekümmert und sei immer noch im Amt. Er müsse jedoch auf die wirkliche Meinung des Volkes Rücksicht nehmen und sehe hier allerdings Schwierigkeiten für eine Lösung der Danziger Frage. Er wolle jedoch das Problem gern einmal in Ruhe überlegen.

Auf die übrigen vom Führer aufgeworfenen deutsch-polnischen Fragen ging Oberst Beck nicht näher ein, sondern beschloss seine Ausführungen mit der erneuten Bekräftigung, dass in der allgemeinen Einstellung Polen nach wie vor der seit 1934 befolgten Linie treu bleiben würde.

Schmidt

Nr. 18 (201)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Aussenminister Beck, München, 6. Januar 1939
Aufzeichnung

Berlin, den 9. Januar 1939

In etwa anderthalbstündiger Aussprache mit Herrn Beck kam dieser sofort wieder auf das Danziger Problem zu sprechen. Er sagte, dass auch Polen bestrebt sei, in freundschaftlich-nachbarlichem Verhältnis mit Deutschland zu leben und dieses zu vertiefen. Das einzige Problem, das hierbei sich demnächst störend auswirken könne, sei die Danziger Frage. Zwei Möglichkeiten könnten sich ergeben, dass wir zu dem Problem Stellung nehmen müssten:

1. dass der Völkerbund sich vielleicht an der Danziger Frage desinteressieren und das Kommissariat aufgeben würde, dann, müssten Deutschland und Polen sich selbst mit der Frage auseinandersetzen;
2. dass die Polen durch neue Entwicklungen in Danzig gezwungen würden, Stellung zu nehmen.

Das Problem läge tatsächlich sehr schwierig und er habe sich schon den Kopf zerbrochen, wie man eine Lösung finden könne, aber bisher ohne Resultat.

Beck wies zum Schluss nochmals darauf hin, dass Danzig in der Mentalität des ganzen polnischen Volkes einen Prüfstein für die deutsch-polnischen Beziehungen darstelle und dass es sehr schwer sein würde, dies irgendwie zu ändern.

Ich habe daraufhin Herrn Beck folgendes auseinandergesetzt:

1. Wie der Führer schon gesagt hat, stände über allem der absolute Wunsch auf deutscher Seite nach einer endgültigen und umfassenden, grosszügigen Konsolidierung des gegenseitigen Verhältnisses.

2. Zwei Probleme schienen hierfür von Bedeutung:

a) die unmittelbaren deutsch-polnischen Beziehungen. Hier dächte ich mir folgende Lösung:

Rückgliederung Danzigs an Deutschland. Dagegen Sicherstellung aller wirtschaftlichen Interessen Polens in dieser Gegend, und zwar in grosszügigster Weise. Verbindung Deutschlands zu seiner Provinz Ostpreussen durch eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn. Hierfür als Gegenleistung seitens Deutschlands Garantierung des Korridors und des gesamten polnischen Besitzstandes, also endgültige und dauernde Anerkennung der gegenseitigen Grenzen.

b) die tschechisch-karpatho-ukrainische Frage.

Hier habe ich wiederholt, dass in München ethnographische Grenzen festgesetzt seien. Sollte hier von irgendeiner Seite das Prinzip der politischen Grenzen aufgeworfen werden, könne Deutschland sich natürlich nicht desinteressieren. Wenn an sich auch das deutsche politische Interesse nicht über die Karpathen hinausginge, so könne Deutschland ein Desinteressement an einer Grenzverschiebung auch darüber hinaus an der Tschecho-Slowakei und der Karpatho-Ukraine nicht aussprechen, denn es könne durch solche Ereignisse leicht in einen Konflikt hineingezogen werden. Der Wiener Schiedsspruch müsse eingehalten werden, und unsere Grundauffassung sei es, dass, wenn andere Wünsche irgendwie hier aufkämen, solche mit den deutschen Interessen in Übereinstimmung gebracht werden müssten.

Am Schluss der Unterhaltung habe ich dann Herrn Beck gegenüber noch die Behandlung unserer deutschen Minoritäten beanstandet, vor allem im Olsagebiet, und in diesem Zusammenhang auf Grazynskis dauernde antideutsche Machenschaften eindrücklichst hingewiesen. Herr Beck sagte mir, dass er dieser Frage bereits ernste Aufmerksamkeit geschenkt habe

und dass er seinerseits alles tun werde, um diese Dinge in eine ruhigere Bahn zu bringen.

Ich habe dann Herrn Beck noch für seine Einladung nach Warschau gedankt und diese prinzipiell angenommen. Datum wurde noch nicht festgesetzt. Es wurde vereinbart, dass Herr Beck und ich uns den Komplex eines möglichen Vertragswerkes zwischen Polen und uns noch einmal eingehend durch den Kopf gehen lassen wollten. Durch Lipski und Moltke sollte dann in den nächsten Wochen weiter verhandelt werden, und der Besuch sollte auf alle Fälle noch in diesem Winter stattfinden.

von Ribbentrop

Nr. 19 (202)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Aussenminister Beck, Warschau, 26. Januar 1939
Aufzeichnung

Berlin, den 1. Februar 1939

1. Ich bin Herrn Beck gegenüber in Anknüpfung an die mit ihm am 6. Januar in München geführte Besprechung auf den bekannten deutschen Vorschlag (Rückgliederung Danzigs unter Sicherstellung der dortigen Wirtschaftsinteressen Polens und Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und seiner Provinz Ostpreussen, dafür als deutsche Gegenleistung Garantie der deutsch-polnischen Grenze) zurückgekommen, wobei ich erneut darlegte, dass es der Wunsch des Führers sei, durch ein entsprechendes Vertragswerk zu einer umfassenden Befriedung der deutsch-polnischen Beziehungen zu gelangen. Herr Beck müsse verstehen, dass die deutschen Wünsche ausserordentlich massvoll seien, denn die Abtrennung wertvollster deutscher Landesteile durch den Versailler Vertrag zugunsten Polens

werde noch heute von jedem Deutschen als ein grosses Unrecht empfunden, das nur in einer Zeit tiefster deutscher Ohnmacht möglich gewesen sei. Wenn man 100 Engländer oder Franzosen fragen würde, so würden 99 ohne Weiteres zugeben, dass die Rückgliederung Danzigs und zum mindesten auch des Korridors eine selbstverständliche deutsche Forderung sei.

Herr Beck zeigte sich von meinen Darlegungen beeindruckt, berief sich aber erneut darauf, dass innerpolitische Widerstände zu erwarten seien; immerhin wolle er sich unsere Anregung weiterhin reiflich überlegen.

Ich habe mit Herrn Beck verabredet, dass, wenn sich der Völkerbund von Danzig zurückziehen sollte, bevor zwischen uns und Polen ein Vertrags werk, das auch Danzig einschliesst, zustande gekommen wäre, wir uns mit ihm in Verbindung setzen würden, um eine Lösung zur Überbrückung dieses Zustandes zu finden.

2. Ich habe Herrn Beck gegenüber erneut die Behandlung unserer deutschen Minderheit beanstandet und mit ihm vereinbart, dass die seit langem geplanten Besprechungen zwischen leitenden Beamten der beiden Innenministerien sofort aufgenommen werden.

von Ribbentrop

Während die Reichsregierung seit Ende Oktober in unermüdlichen Verhandlungen versuchte, mit Polen zu einer freundschaftlichen Regelung zu gelangen und dadurch den Frieden Europas zu stabilisieren, ging in England die durch Chamberlains Unterhauserklärung vom 3. Oktober 1938 eingeleitete Kriegs- und Aufrüstungshetze ununterbrochen weiter. Hiervon yeugt B. eine Unterhausrede des britischen Sekretärs für Überseehandel Hudson vom 30. November 1938, in der dieser gegen die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in Mittel- und Südosteuropa polemisierte. Noch viel deutlicher wurde der ehemalige Erste Lord der Admiralität Duff Cooper in einem Vortrag in Paris am 10. Dezember. An jenem selben 5. Januar, an dem in Berchtesgaden Aussenminister Beck vom Führer auf das Freundschaftlichste empfangen wurde, sah sich der deutsche Botschafter in

London gezwungen, gegen die sich wild steigernde Kriegshetze der englischen Presse und weithin bekannter englischer Schriftsteller zuprotestieren.

Nr. 20 (229)

Rede des Sekretärs des Britischen Amts für Überseehandel R. S. Hudson im Unterhaus, 30. November 1938
Auszug (Übersetzung)

... Schliesslich kommen wir zu dem Kapitel Deutschland. Ein ehrenwertes Mitglied des Hauses hat gefragt, warum wir es wie die Vereinigten Staaten von Amerika nicht abgelehnt haben, die Meistbegünstigungsklausel auf Deutschland auszudehnen. Meine Antwort darauf lautet, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sich geweigert haben, die Meistbegünstigungsklausel auf Deutschland anzuwenden, weil dieses die amerikanischen Waren in Deutschland nachteilig behandelt. Deutschland lässt britischen Waren in Deutschland keine nachteilige Behandlung zuteil werden. Wir haben uns darüber zu beklagen, dass Deutschland durch seine Methoden den Handel in der ganzen Welt zerstört. Es liegt also kein Grund vor, die Meistbegünstigungsklausel fallen zu lassen, was davon abhängt, wie unsere Waren in Deutschland behandelt werden. In Frage steht das viel umfassendere Problem, wie man der neuen Form der deutschen Konkurrenz in der ganzen Welt entgegentritt.

.. . Soweit wir feststellen können – denn es ist schwierig, sich wirklich genaue Auskunft darüber zu beschaffen, wie die Dinge eigentlich in Deutschland vor sich gehen – besteht die Grundlage für die wirtschaftliche Stellung Deutschlands darin, dass es den Erzeugern von Waren in Zentral- und Südosteuropa bei weitem mehr bezahlt, als der Weltmarktpreis beträgt. Es ist klar, dass Deutschland dies auf Kosten seines

eigenen Volkes tut. Wie es sein eigenes Volk behandelt, ist Sache der Deutschen Regierung. Wir werden aber auch davon berührt.

... Ich versuche Ihnen klarzumachen, dass Deutschland durch solche Methoden in den Ländern dieses Teiles von Europa eine Erdrosselungsstellung erlangt, und zwar eine solche unwirtschaftlicher Art, die auf Kosten seines eigenen Volkes geht, weil nämlich solche Methoden eine Steigerung der Lebenshaltungskosten des eigenen Volkes und tatsächlich die Ausfuhr von Waren zu einem geringeren Preis als dem Selbstkostenpreis bedeuten. Verschiedene ehrenwerte Mitglieder fragten, was da die Lösung sei?

. .. Wir haben alle möglichen Verfahren, die wir ergreifen könnten, geprüft. Der einzige Weg, den wir sehen, ist der, dass wir unsere Industrien so organisieren, dass sie in die Lage versetzt werden, als eine geschlossene Einheit den entsprechenden deutschen Industrien entgegenzutreten und ihnen zu sagen: «Wenn Ihr nicht bereit seid, mit Euren jetzigen Methoden ein Ende zu machen und ein Abkommen zu treffen, wonach Ihr Euch verpflichtet, Eure Waren zu Preisen zu verkaufen, die einen vernünftigen Gewinn gewährleisten, dann werden wir Euch bekämpfen und Euch mit Euren eigenen Mitteln schlagen.» Unser Land ist, was die finanzielle Seite anlangt, unendlich viel stärker als, ich möchte sagen, irgendein anderes Land in der Welt, aber auf alle Fälle stärker als Deutschland, und deswegen geniessen wir grosse Vorteile, die, wie ich glaube, dazu führen werden, dass wir den Kampf gewinnen. Hierfür ist aber notwendige Voraussetzung, dass unsere eigenen Industrien organisiert werden . ..

Nr. 21 (232)

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt
Bericht

Paris, den 10. Dezember 1938

Herr Duff Cooper hat am 7. Dezember im hiesigen «Theätre des Ambassadeurs» einen Vortrag über das Thema «Die französisch-britische Freundschaft und der Frieden» gehalten. Der Redner betonte in seinen kriegshetzerischen Ausführungen, die in jeder Hinsicht – mitunter auch in verletzender Form – gegen Deutschland gerichtet waren, die Notwendigkeit einer französisch-englischen Koalition zur Verteidigung der beiderseitigen Interessen. Wenn Deutschland auch stark sei, so seien die beiden Völker zusammen ihm ebenbürtig, und der Ausgang eines eventuellen Konfliktes brauche durchaus nicht zugunsten Deutschlands auszufallen. Duff Cooper tröstete sich damit, dass Amerika im Falle eines Konfliktes als der grosse Freund der westlichen Demokratien im Hintergrund stehen würde. Ein neuer Krieg würde weniger das Schicksal Englands und Frankreichs, als das der gesamten Zivilisation aufs Spiel setzen. Alle vergangenen Zivilisationen, so meinte er im Hinblick auf Deutschland, seien von kulturell minderwertigeren, zahlenmässig aber stärkeren Völkern zerstört worden.

Im Auftrag

Bräuer

Nr. 22 (233)

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt
Telegramm

London, den 5. Januar 1939

Ich habe den angeordneten Schritt erst heute ausgeführt, um den bisher auf Weihnachtsurlaub abwesenden Lord Halifax persönlich sprechen zu können. Ich habe schärfste Verwahrung

gegen die in dem Aufsatz von Wells im «News Chronicle» ausgesprochenen schweren Beleidigungen des Führers und leitender Staatsmänner Deutschlands eingelegt und darauf hingewiesen, dass die Botschaft in den letzten Monaten leider in immer grösserem Umfange derartige Beschwerden wegen Verunglimpfungen des Führers hätte Vorbringen müssen; ich führte Lord Halifax diese Beschwerden und ihren Anlass vor Augen, indem ich die einzelnen Fälle zitierte. Die schwerste Beschimpfung aber enthalte der Neujahrsaufsatz von Wells im «News Chronicle», der weniger von der Absicht einer Kritik auszugehen schiene, die Beleidigungen nicht scheue, als lediglich zu dem Zweck geschrieben schiene, eine Häufung von schweren Kränkungen auf den Führer und Reichskanzler und auf dessen nächste Mitarbeiter auszusprechen.

Es sei mir bekannt, dass die Englische Regierung die Möglichkeiten einer unmittelbaren Einflussnahme auf die Presse als nicht gegeben ablehne und dass sie auch auf den Mangel an gesetzlichen Handhaben hinweise. Ich hätte auch gesehen, dass die beiden Aufsätze von Wells nicht einmal vor einer herabsetzenden Kritik des englischen Königspaares haltmachten und dass sie Chamberlain schwer beleidigten.

Diese Tatsachen aber könnten nichts an der Feststellung ändern, dass die zahlreichen Schmähungen des deutschen Staatsoberhauptes und die Unmöglichkeit einer entsprechenden Genugtuung das deutsche Volksempfinden schwer verletzten und nachteilige Folgen auf die englisch-deutschen Beziehungen haben müssten. Ich wollte daher erneut die Frage zur Erörterung stellen, ob nicht wenigstens für die Zukunft in irgendeiner Form Abhilfe geschaffen werden könnte.

Lord Halifax erwiderte, dass er nicht anstehe, den genannten Artikel, der ihm bekannt sei, als die empörendste Schmähung des Führers zu kennzeichnen, die er bisher in der Presse gelesen habe. Er wolle mir daher auch sein uneingeschränktes Bedauern über diese Beleidigung des Führers aussprechen und bäte mich, dieses Bedauern der Deutschen Regierung zum

Ausdruck zu bringen. Es sei höchst bedauerlich, dass in den letzten Monaten wieder zahlreiche Entgleisungen zu verzeichnen gewesen seien; eine Erklärung, wenn auch keine Entschuldigung dafür, sei in der Tatsache zu suchen, dass derartige Schmähartikel, wie z.B. auch der vorliegende, vorwiegend aus innerpolitischen Gründen geschrieben seien, um die Englische Regierung zu treffen. Auch die allgemeinpolitische gereizte Stimmung, die jetzt vorherrsche, sei in Betracht zu ziehen.

Ich erwiderte Lord Halifax, dass der bisherige Zustand nicht so fortdauern könne. Ich müsse ernstlich ersuchen, auf irgendeine Weise eine Besserung herbeizuführen, um unerfreuliche politische Folgerungen zu vermeiden.

Lord Halifax stellte in Aussicht, dass er sein Möglichstes im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten tun wolle, um in Zukunft solche Beschimpfungen des Führers zu unterbinden.

Dirksen

Diese Dokumente beweisen hinlänglich, dass die planmässige Vorbereitung des Krieges durch England längst vor dem Vorwand, den später die endgültige Auflösung der Rest-Tschecho-Slowakei bieten sollte, begonnen hat. Bereits am 7. Dezember hatte der englische Staatssekretär für Kolonien es für notwendig gefunden, das Münchener Abkommen durch ein unmotiviertes Nein in der Kolonial- und Mandatsfrage zu entwerten und Deutschland auf diesem Gebiete den Weg zu Verhandlungen zu versperren. Ende Januar hielt es Chamberlain für richtig, zu erklären, dass er gegenüber dem Deutschland Adolf Hitlers unter Umständen die gleiche Rolle spielen müsse, wie der jüngere Pitt gegenüber Napoleon. Besonders bezeichnend für diese Periode sind aber zwei Berichte deutscher Gesandtschaften, aus denen hervorgeht, dass die Einkreisungsbestrebungen auch in weit von Europa entfernten Gebieten bereits voll im Gange waren. Hiervon zeugen die nachstehenden Berichte aus Ankara und aus Teheran.

Nr. 23 (240)

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in Birmingham, 28. Januar 1939
Auszug (Übersetzung)

... Wir können nicht vergessen, dass, wenn auch wenigstens zwei dazu gehören, Frieden zu schliessen, einer allein einen Krieg anfangen kann. Und solange wir nicht zu klaren Abmachungen gelangt sind, durch die jede politische Spannung beseitigt wird, müssen wir uns in eine Stellung bringen, wo wir uns gegen Angriffe verteidigen können, seien es nun Angriffe gegen unser Land und Volk oder gegen die Grundsätze der Freiheit, mit denen unser Dasein als Demokratie eng verbunden ist und die uns die höchsten Begriffe menschlichen Lebens und menschlicher Geisteshaltung zu umschliessen scheinen.

Es ist zu diesem Zweck für die Verteidigung und nicht für den Angriff, dass wir uns weiter der Aufgabe unserer Aufrüstung mit nicht erlahmender Kraft und mit völliger Billigung des Landes widmen.

... Ich kann jedoch nicht umhin, noch einmal mein Bedauern darüber festzustellen, dass es notwendig ist, so viel Zeit und einen so gewaltigen Teil der Einkünfte des Landes für kriegsmässige Vorbereitungen statt für jene mehr auf innerem Gebiet liegende Fragen aufzuwenden, die mich in das politische Leben geführt haben, wie die Volksgesundheit, die Wohnungsverhältnisse, die Verbesserung der äusseren Lebensbedingungen des Volkes, die Sorge für seine Erholung in der Freizeit und das Wohlergehen von Industrie und Landwirtschaft.

Keines dieser Gebiete ist vernachlässigt worden. Es ist aber ganz natürlich, dass ihre Entwicklung durch die Erfordernisse der nationalen Sicherheit gehemmt und verlangsamt wurde.

Wenn ich mir diese Dinge überlege, so erinnere ich mich an das Geschick eines der Grössten meiner Vorgänger, des jüngeren Pitt. Seine Interessen lagen in der Heimat, in der Wiederherstellung der Finanzen und in innerpolitischen Reformen. Aber aussenpolitische Ereignisse durchkreuzten diese seine Bestrebungen. Widerstrebend und, nachdem er sich lange gegen sein Schicksal gewehrt hatte, wurde er in einen Krieg verwickelt, der sich dann zu dem bis zu jenem Zeitpunkte grössten unserer Geschichte entwickelt hat. Verbraucht durch den Kampf starb er, bevor der Erfolg, zu dem er durch seine Entschlossenheit und seinen Mut so viel beigetragen hatte, unsere Bemühungen belohnte.

Ich vertraue darauf, dass mein Los glücklicher sein wird als das seine und dass wir unser Ziel eines internationalen Friedens noch erreichen können.

Unsere Haltung haben wir schon so oft klargestellt, dass über sie kein Missverständnis bestehen kann. Ich bin der Ansicht, dass es nun für andere an der Zeit ist, ihren Beitrag zu leisten für ein Ergebnis, das alle mit Wohltaten überschütten würde. Die Luft ist heutzutage voll von Gerüchten und Verdächtigungen, die man gar nicht bestehen lassen sollte. Der Friede vermag ja nur durch eine Herausforderung in Gefahr gebracht werden, wie sie der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner Neujahrsbotschaft im Auge hatte, nämlich den Anspruch auf Weltherrschaft durch Gewalt. Einem solchen Anspruch müssen sich die Demokratien unweigerlich entgegenstellen, wie dies der Präsident angedeutet hat und wie ich es selbst auch bereits erklärt habe ...

Nr. 24 (236)

Der Deutsche Geschäftsträger in Ankara an das Auswärtige Amt
Bericht

Ankara, den 17. Januar 1939

Der hiesige Britische Botschafter, Sir Percy L. Loraine, der seit dem 15. Februar 1934 in der Türkei akkreditiert war, ist, wie die Presse bereits gemeldet hat, zum Britischen Botschafter in Rom ernannt worden. Er wird in etwa 5 bis 6 Wochen Ankara verlassen, um sich zunächst einige Zeit auf Reisen zu begeben, und im April seinen neuen Posten antreten. Zum Nachfolger Sir Percy Loraines ist der frühere Britische Botschafter in China Sir Hughes Montgomery Knatchbull-Hugessen K. C. M. G. ernannt worden.

Sir Percy Loraine hat während seiner hiesigen fünfjährigen Tätigkeit zweifellos eine hervorragende Rolle gespielt. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, die türkische Politik fest an England zu binden. Aus der Erkenntnis heraus, dass hierzu eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit unumgängliche Voraussetzung sei, hat er zäh und beharrlich versucht, Englands wirtschaftlichen Einfluss in der Türkei auszubauen. Sir Percy Loraine hat geglaubt, dass dies auf die Dauer nur durch Zurückdrängung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses möglich sei, und er hat sich in der Tat alle Mühe gegeben, die beherrschende wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Türkei zu unterminieren.

Kroll

Nr. 25 (245)

Der Deutsche Gesandte in Teheran an das Auswärtige Amt
Bericht

Teheran, den 4. März 1939

Seit einigen Monaten ist hier eine zunehmende Aktivität der englischen Politik festzustellen, die nicht zum wenigsten gegen Deutschland und unsere Position in Iran gerichtet ist.

Noch vor Jahresfrist war hier von einer nach aussen in die Erscheinung tretenden englischen Betätigung auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturpolitischem Gebiet nicht viel zu spüren. Auch der aufmerksame Beobachter musste den Eindruck gewinnen, dass die englische Aussenpolitik, die in früheren Jahren gerade in diesem Sektor eine besonders rührige Tätigkeit entfaltet hatte, die weitere Entwicklung der Dinge in dem schnell aufstrebenden Staatswesen zwar aufmerksam verfolgte, sich aber im Übrigen starker Zurückhaltung befleissigte. Diese Zurückhaltung erfuhr auch keine sichtbare Änderung, als andere europäische Mächte, in erster Linie Deutschland, anfingen, dem neuen Iran besonderes Interesse zuzuwenden und ihre Beziehungen zu diesem Lande, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, zu festigen und auszubauen. So nahm man es auch mit Gleichmut hin, dass Deutschland als Lieferant und als Abnehmer Irans binnen weniger Jahre vom fünften auf den zweiten Platz vorrückte und England, das noch 1936/37 den zweiten Platz behauptet hatte, auf die vierte Stelle verwies. Selbst die Einrichtung einer deutschen Luftverbindung nach dem Nahen Osten, die sich bis hart an die Grenze Indiens, nach Afghanistan, erstreckte und nach dem ursprünglichen Plan unter Berührung wichtiger englischer Interessensphären in Zentralasien bis nach China vorgetrieben werden sollte, begegnete auf englischer Seite anfänglich nur geringem Widerstand. Die Beziehungen zwischen der deutschen und der englischen Vertretung, ebenso wie das Verhältnis zwischen den beiderseitigen Kolonien waren die denkbar

herzlichsten und Äusserungen der Sympathie und Bewunderung für das neue Deutschland aus englischen Kreisen nicht selten.

Eine starke Abkühlung brachte dann zunächst die Heimkehr Österreichs ins Reich, die mit offensichtlichem Missbehagen aufgenommen wurde. Während die Vertretungen anderer Länder ihrer Genugtuung darüber Ausdruck gaben, dass Volk sich wieder zu Volk gefunden hatte und eine ernste Bedrohung des europäischen Friedens ohne Blutvergiessen behoben werden konnte, wurde von englischer Seite scharfe Kritik an den Methoden des deutschen Vorgehens geübt und diese in weite Kreise bis in massgebende Regierungsstellen hineingetragen. Die Lösung des sudetendeutschen Problems, die Feuerprobe der Achse Berlin-Rom und der von aller Welt anerkannte grosse Erfolg der deutschen Staatskunst als Ergebnis der Münchener Besprechungen löste in den hiesigen englischen Kreisen eine direkt feindselige Stimmung gegen Deutschland aus, die auch bei Gesprächen mit dem Personal der Gesandtschaft, vom Gesandten angefangen, bei aller Korrektheit in der Form, unverhohlen zum Ausdruck kam.

Seither hat sich die antideutsche Stimmung der hiesigen englischen Kreise noch erheblich verstärkt. Die englische Vertretung und Kolonie entwickeln sich zum Herd einer Kriegspsychose, die ihre Fäden weit über das eigentliche Interessengebiet hinaus spinnt. Der gesamte Apparat der üblichen Rüstungshetze, wie er heute in der englischen Presse, im Rundfunk, in öffentlichen Reden der Wortführer der Kriegspartei mit der Frontstellung gegen Deutschland in die Erscheinung tritt, findet in der hiesigen englischen Vertretung und Kolonie sein getreues Spiegelbild. Wenn man in Gesprächen mit Engländern auf das Verwerfliche und Gefährliche dieser Methoden aufmerksam macht, begegnet man ablehnendem Achselzucken oder dem frostigen Hinweis, dass das Wettrüsten der Völker eines Tages zum Kriege führen müsse. Die Herren Eden, Churchill und Duff Cooper sind für

diese Leute die eigentlichen Vertreter der englischen Nation und ihre künftigen Führer.

Die Auswirkungen dieser offenkundig gegen Deutschland gerichteten Stimmungsmache für unsere Arbeit und unsere Stellung in Iran sind nicht zu unterschätzen. Wenn es den hier zwar gefürchteten, aber keineswegs beliebten Engländern auch nicht so leicht gelingen wird, unsere günstige Position auf wirtschaftlichem und kulturpolitischem Gebiet ernstlich zu gefährden, so erzielen sie doch mit der Schaffung einer Kriegspsychose in den massgebenden iranischen Kreisen einen Zustand der Unsicherheit und Besorgnis vor kommenden Dingen, der sich auf die Bereitwilligkeit der Iranischen Regierung, sich mit uns in grössere und länger befristete wirtschaftliche oder verkehrspolitische Unternehmungen einzulassen, störend und hemmend auswirken kann.

Auch auf mancherlei anderen Gebieten macht sich neuerdings eine stärkere, gegen uns gerichtete Aktivität der Engländer bemerkbar. So wird heute nicht nur jeder neue Vorstoss der deutschen Wirtschaft in Iran mit Hilfe eines vorzüglich organisierten Nachrichtendienstes bis in alle Einzelheiten verfolgt und bespitzelt, sondern auch, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet, sabotiert.

Smend

B) Die britische Einkreisungspolitik seit Februar 1939
Die Ablehnung der deutschen Vorschläge durch Polen

Schon im Laufe des Februar verstärkten sich diese feindlichen und ausgesprochen kriegshetzerischen Bestrebungen führender englischer Kreise gegen Deutschland zu einem Neuerwachen der aus der Zeit vor dem Weltkriege bekannten britischen Einkreisungspolitik. Zunächst wurde die Allianz Englands mit Frankreich fester geknüpft. Bezeichnenderweise waren gleichzeitig Tendenzen erkennbar, die Beziehungen Polens zu den französisch-englischen Bündnispartnern wieder enger zu gestalten.

Nr. 26 (267)

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 6. Februar 1939
(Übersetzung)

Mr. A. Henderson fragt den Premierminister, ob die kürzlich abgegebene Erklärung des Französischen Aussenministers, dass die Streitkräfte Grossbritanniens im Kriegsfälle Frankreich zur Verfügung stehen würden, ebenso wie alle Streitkräfte Frankreichs zur Verfügung Grossbritanniens stünden, mit den Ansichten der Regierung Seiner Majestät in Einklang steht?

Der Premierminister: Nach den mir zugegangenen Informationen stellte Herr Bonnet in der Kammer am 26. Januar fest, dass im Fall eines Krieges, in den die beiden Länder verwickelt würden, alle Streitkräfte Grossbritanniens Frankreich ebenso zur Verfügung stehen würden wie alle Streitkräfte Frankreichs zur Verfügung Grossbritanniens ständen. Das steht in völligem Einklang mit den Ansichten der Regierung Seiner Majestät. Es ist unmöglich, alle die sich vielleicht ergebenden hypothetischen Fälle im Einzelnen zu prüfen, aber ich fühle mich verpflichtet, klarzustellen, dass die Solidarität der Interessen, durch die Frankreich und unser Land verbunden sind, von der Art ist, dass jede Bedrohung der Lebensinteressen Frankreichs, von welcher Seite sie auch kommen mag, den sofortigen Beistand dieses Landes nach sich ziehen muss.

Nr. 27 (268)

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt
Bericht

Paris, den 28. Februar 1939

Der Botschaft sind in letzter Zeit, noch vor Bekanntgabe der antideutschen Ausschreitungen in Polen, von durchaus zuverlässiger Seite Nachrichten zugegangen, die auf gewisse

Tendenzen im Sinne einer Neubelebung der französisch-polnischen Allianz und parallel hierzu auf die Absicht einer allmählichen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen schliessen lassen. Als Hauptgrund hierfür wird von dem Vertrauensmann der starke Eindruck angeführt, den die Vertiefung der Entente cordiale zwischen Frankreich und England sowie die verschiedenen Erklärungen Chamberlains hinsichtlich einer englischen Hilfeleistung für Frankreich auf die Polnische Regierung gemacht hätten, wozu noch eine bemerkenswerte englische Aktivität in Polen trete. Welczeck

Hiermit sind wir bereits bei der wichtigsten Phase der Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges angelangt. Die britischen Einkreisungsbestrebungen wurden seit dem Zerfall der Tschechoslowakei nun ganz offen zur Schau getragen und zur Regierungspolitik erklärt. Bemerkenswert ist dabei die Haltung, die England zur Auflösung der Tschechoslowakei selbst einnahm. Am 15. März, d.h. nach der Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Abkommens, erklärte Chamberlain im Unterhaus, dass die englische Garantie für die Tschechoslowakei nicht zur Anwendung kommen könne, weil der Staat, dessen Grenzen England zu garantieren beabsichtigt hätte, von innen her zerbrochen sei und so die geplante Garantie ein Ende gefunden habe. «Seiner Majestät Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden halten.» Diese amtliche englische Feststellung deckt sich nicht nur mit der deutschen Auffassung, sondern auch mit der historischen Tatsache, dass am 14. März mittags durch die Unabhängigkeitsproklamation des slowakischen Landtags die Tschechoslowakei bereits auseinandergebrochen war.

In diesem Augenblick setzte die englische Kriegspartei zum Gegenstoss an und behielt die Oberhand. Chamberlain warf seine eigene Politik über Bord und kapitulierte vor der Opposition, die von nun an, im Einvernehmen mit der Bürokratie des Foreign Office, die aussenpolitische Führung übernahm. Polen, das bis dahin zumindest noch geschwankt hatte, ob es sich endgültig von dem Weg der gütlichen Vereinbarung mit Deutschland abbringen lassen wolle, schwenkte jetzt

endgültig in die nun entstehende Einkreisungsfront ein. Erst durch die Verkoppelung des polnischen Komplexes mit der britischen Einkreisung wurden zwar an sich nicht einfache, aber durchaus lösbare Fragen wie Danzig und der Korridor mit jenem Dynamit geladen, der den Frieden zunächst in Ost- und dann in Westeuropa in die Luft sprengen musste. Mit Chamberlains Rede in Birmingham kündigt sich die endgültige Unterwerfung des Premierministers unter die aussenpolitischen Ansichten der Opposition an, die die Vernichtung Grossdeutschlands zu ihrem Ziel erhoben hatte. Die bereits planmässig vorbereitete Einkreisungspolitik setzte nunmehr in vollem Umfange ein.

Nr. 28 (269)

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in Birmingham, 17. März 1939
Auszug *(Übersetzung)*

... Am vergangenen Mittwoch fand eine Debatte im Unterhause statt. Es war derselbe Tag, an dem die deutschen Truppen in der Tschecho-Slowakei einmarschierten, und wir alle, ganz besonders aber die Regierung, waren im Nachteil, weil die uns zur Verfügung stehenden Nachrichten nur teilweiser, zum erheblichen Teile nichtamtlicher Art waren. Wir hatten keine Zeit, diese Nachrichten zu prüfen, noch viel weniger aber, uns darüber eine wohlerwogene Meinung zu bilden. Daraus ergab sich zwangsläufig, dass ich, im Namen der Regierung sprechend, angesichts der Verantwortung, die mit dieser Stellung verbunden ist, mich gezwungen sah, mich auf eine stark zurückhaltende und vorsichtige Darlegung dessen zu beschränken, über das ich seinerzeit, wie ich glaubte, nur geringe Erläuterungen geben konnte. Und vielleicht war es auch ganz natürlich, dass diese etwas kühle und sachliche Erklärung Grund zu einem Missverständnis gab und dass einige Leute

glaubten, dass meine Kollegen und ich, weil ich ruhig sprach und meinen Gefühlen nur beschränkten Ausdruck gab, uns von der Angelegenheit nicht stark beeindruckt fühlten. Ich hoffe, diesen Irrtum heute Abend berichtigen zu können ... Ich habe in Wirklichkeit keinen Grund, für meine im letzten Herbst stattgefundenen Besuche in Deutschland Entschuldigungen vorzubringen; denn welche Wahl hatten wir? Nichts von dem, was wir hätten unternehmen können, nichts von dem, was Frankreich oder Russland hätten unternehmen können, wäre dazu angetan gewesen, die Tschecho-Slowakei vor einem Einmarsch und der Vernichtung zu bewahren. Selbst wenn wir später zum Kriege geschritten wären, um Deutschland für sein Vorgehen zu strafen, und wenn wir nach den furchtbaren Verlusten, die allen Teilnehmern an einem Kriege zugefügt worden wären, schliesslich siegreich gewesen wären, würde es uns niemals möglich gewesen sein, die Tschecho-Slowakei in derselben Form wieder aufzurichten, die sie durch den Frieden von Versailles gefunden hatte.... Deutschland hat unter seinem gegenwärtigen Regime der Welt eine Reihe unangenehmer Überraschungen bereitet. Das Rheinland, der österreichische Anschluss, die Abtrennung des Sudetenlandes, alle diese Vorkommnisse haben die öffentliche Meinung der ganzen Welt vor den Kopf gestossen und beleidigt. Welche und wieviel Anstände wir aber auch an den in jedem dieser Fälle angewendeten Methoden hätten nehmen können, jedenfalls liess sich auf Grund der Rassenzugehörigkeit oder gerechter Ansprüche, denen zu lange Widerstand geleistet worden war, etwas zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung in der bestehenden Lage sagen.

Die Ereignisse aber, die im Laufe dieser Woche . .. Platz gegriffen haben, scheinen mir in eine andere Klasse zu fallen und müssen uns alle veranlassen, an uns selbst die Frage zu richten: «Ist das das Ende eines alten Abenteuers oder ist es der Anfang eines neuen?»

«Ist es der letzte Angriff gegen einen kleinen Staat oder

werden ihm weitere folgen? Ist dies in Wirklichkeit ein Schritt in der Richtung eines Versuchs zur Weltherrschaft durch Gewalt?»

Das sind schwerwiegende und ernste Fragen. Ich werde diese Fragen heute Abend nicht beantworten. Ich bin aber überzeugt, dass sie die tiefernste und gewissenhafte Erwägung nicht nur durch Deutschlands Nachbarn, sondern auch durch andere Mächte, vielleicht sogar solche jenseits der Grenzen Europas, notwendig machen würden. Schon jetzt liegen Anzeichen dafür vor, dass dieser Prozess eingesetzt hat, und es ist augenscheinlich, dass er nunmehr voraussichtlich einen schnelleren Verlauf nehmen wird.

Wir selbst werden uns selbstverständlich zunächst unsern Partnern in der britischen Gemeinschaft der Nationen und Frankreich zuwenden, mit denen wir so eng verbunden sind; ich bezweifle aber nicht, dass auch andere, die wissen, dass wir nicht uninteressiert an dem sind, was in Südosteuropa vor sich geht, den Wunsch haben werden, mit uns zu konsultieren und unseren Rat einzuholen.

Wir alle in unserem eigenen Lande müssen die Lage mit dem Sinn für Verantwortlichkeit überprüfen, den ihr Ernst erfordert. Von dieser Überprüfung darf nichts ausgeschlossen bleiben, was auf die nationale Sicherheit Bezug hat. Jede Phase unseres nationalen Lebens muss wieder einmal von diesem Standpunkt aus einer Prüfung unterzogen werden .. .

Nr. 29 (271)

Aus der Rede des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Lord Halifax im Oberhaus, 20. März 1939 (Übersetzung)

... Wenn und zu dem Zeitpunkt aber, an dem es den Staaten klar wird, dass es augenscheinlich keine Garantie gegen einander folgende Angriffe gibt, die der Reihe nach gegen alle

diejenigen gerichtet sind, die ehrgeizigen Weltherrschaftsplänen im Wege stehen, dann schlägt die Waagschale sofort nach der anderen Richtung aus, und man wird voraussichtlich in allen betroffenen Kreisen einer weit grösseren Bereitschaft begegnen, Erwägungen darüber anzustellen, ob nicht zwecks gegenseitiger Unterstützung die Übernahme ausgedehnter gegenseitiger Verpflichtungen geboten erscheint, wenn auch nur aus dem Grunde der Notwendigkeit der Selbstverteidigung. Die Regierung Seiner Majestät hat es nicht unterlassen, aus diesen Ereignissen die Lehre zu ziehen und hat keine Zeit dabei versäumt, nicht nur mit den Dominions, sondern auch mit anderen Regierungen, die von den so plötzlich offenkundig gewordenen Fragen betroffen werden, in enge und praktische Konsultation zu treten ...

Nr. 30 (272)

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt
Telegramm

London, den 20. März 1939

Erklärungen, die Chamberlain und Halifax soeben im Unterhaus abgegeben haben, bringen noch keine Klärung über die Absichten der Britischen Regierung. Lord Halifax beschränkt sich auf eine teilweise bittere Darstellung der Ereignisse der letzten Tage. Er sprach von «weiterreichenden gegenseitigen Garantien», die zweckmässig wären. Aus Mitteilungen zuverlässiger Gewährsleute ergibt sich etwa folgendes Bild über den gegenwärtigen Stand: Britische Regierung hat Initiative für Besprechungen fest in der Hand. Sie wünscht mit der Festlegung der zu befolgenden Politik voranzugehen, um zu vermeiden, dass die anderen Staaten konditionelle Erklärungen abgeben, die nach britischer Ansicht ihren Zweck

nicht erreichen würden. Gedacht ist von britischer Seite offenbar an Festlegung einer Demarkationslinie, die insbesondere Rumänien einschliesst und deren Überschreitung durch einen Angreifer den Kriegsfall darstellen würde. Folgende Staaten sollen in der Garantiefrage zur Teilnahme aufgefordert worden sein: Russland, Polen, Türkei und Jugoslawien. Es stehe einwandfrei fest, dass man sich nicht an Ungarn gewandt habe. Es sei Polen überlassen worden, mit Litauen, Estland und Lettland Fühlung aufzunehmen; dasselbe gelte für die Türkei mit Bezug auf Griechenland. Wegen Bulgarien sei man noch zweifelhaft.

Kordt

Nr. 31 (274)

Der Deutsche Geschäftsträger in London
an das Auswärtige Amt
Telegramm

London, den 22. März 1939

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich folgendes über den Inhalt der von England in Paris, Warschau und Moskau gemachten Vorschläge:

Die vorgeschlagene Deklaration sieht vor, dass im Falle einer befürchteten Aggression die Unterzeichner der Deklaration sich zu sofortiger Konsultation verpflichten, «to resist aggression».

Soweit bisher abzusehen, hat Polen Bedenken gegen englischen Vorschlag. Moskau hat noch nicht geantwortet.

Falls diese Deklaration durch die beteiligten Staaten angenommen wird, will England als zweiten Schritt Generalstabsbesprechungen mit dem Ziele militärischer Abmachungen in Vorschlag bringen,

Kordt

Nr. 32 (277)

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt
Bericht

London, den 29. März 1939

In der Unterhaussitzung vom 28. März richteten die der Arbeiterpartei angehörenden Abgeordneten Greenwood und Dalton Anfragen an den Premierminister, in denen sie nähere Aufklärung über den Stand der von der Britischen Regierung mit anderen Regierungen zurzeit geführten Besprechungen erbaten.

Der Abgeordnete Greenwood wollte wissen, ob die Deklaration, die gewissen Mächten vorgelegt worden sei, sich nur auf Konsultation beziehe, oder obgegenseitiger Beistand, unter Umständen auch militärischer Art, vorgesehen sei.

Der Premierminister antwortete, es sei ausserordentlich schwierig und delikat, jetzt schon alle Karten auf den Tisch zu legen, doch könne aus dem, was er früher in diesem Zusammenhang gesagt habe, ohne Weiteres geschlossen werden, dass das, was die Regierung im Sinne habe, sehr viel weiter gehe als Konsultation. («It will, at any rate, be readily understood, from what I have said previously, that what the Government have in mind, goes a graet deal further than consultation”.)

Der Abgeordnete Dalton wollte wissen, ob man Polen gegenüber klargemacht habe, dass die Britische Regierung willens sei, gemeinsam mit anderen Regierungen Polen für den Fall, dass es das nächste Opfer «deutscher Aggression» sein würde, zu Hilfe zu kommen. Der Premierminister antwortete, dass er in dieser Hinsicht noch gewisse Zurückhaltung wahren zu müssen glaube, doch sei er bereit zu sagen, dass die Britische Regierung den anderen Regierungen, mit denen sie in Konsultation stände, eindeutig klargemacht habe, was die Britische Regierung unter bestimmten Umständen zu tun bereit sei.

Im Auftrag
von Selzam

Von nun ab lässt sich unschwer erkennen, dass die englische Einkreisungspolitik mit einer ausgesprochen provozierenden polnischen Haltung völlig parallel ging. Noch immer war das deutsche Angebot von Polen nicht beantwortet worden. Am 21. März 1939 empfing deshalb der Reichsaussenminister wiederum den polnischen Botschafter, um noch einmal auf die deutschen Vorschläge hinzuweisen und um ihm zu sagen, dass der Führer eine weitere Aussprache mit Beck begrüssen würde. Obwohl zu diesem Zeitpunkt die englische Einkreisungspolitik bereits offiziell in Gang gekommen war, und obwohl, wie die Dokumente 29 und 30 (292 und 293) beweisen, das Stichwort Polen im Unterhaus schon gefallen war, blieb also die Reichsregierung bei ihren gemässigten Vorschlägen. Polen war keinerlei Anlass gegeben, sich in irgendeiner Weise von Deutschland bedroht zu fühlen. Andererseits hatte Botschafter v. Moltke schon am 9. März mit Aussenminister Beck ein sehr ernstes Gespräch über polnische Ausschreitungen führen müssen. Trotzdem begann Polen einige Tage später bereits mit Teilmobilmachungen und am 26. Alärz übergab schliesslich der polnische Botschafter dem Reichsaussenminister ein Dokument, das als glatte Ablehnung der deutschen Vorschläge anzusehen war. Am nächsten Tage schon musste der Reichsaussenminister Klage wegen schlimmer Ausschreitungen in Bromberg gegenüber dem polnischen Botschafter führen. Die von Deutschland bisher betriebene Politik eines friedlichen Ausgleichs mit Polen war von Warschau zunichte gemacht worden, wie die weiteren Berichte und Aufzeichnungen der deutschen Diplomaten aus diesen Tagen beweisen. Polen hatte sich den britischen Einkreisungsplänen restlos zur Verfügung gestellt und liess nunmehr den provokatorischen Ausschreitungen gegen die deutsche Volksgruppe freien Lauf, über die im dritten Kapitel eingehend berichtet wird.

Nr. 33 (155)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Bericht

Warschau, den 9. März 1939

In einer Unterredung, die ich gestern mit Herrn Beck hatte, bin ich noch einmal auf die Kundgebungen vor der Deutschen Botschaft zurückgekommen, wobei ich besonders auf das offensichtliche Sympathisieren der Polizei mit den Demonstranten verwiesen habe, sowie darauf, dass ein höherer polnischer Offizier einem Gewährsmann gegenüber diese Demonstration als durchaus berechtigt bezeichnet habe. Ich erklärte Herrn Beck, dass diese beiden Feststellungen sowie andere Beobachtungen solcher Art bedauerlicherweise gezeigt hätten, wie schmal die Basis sei, auf der hier in Polen die Verständigungspolitik betrieben werde. Ausser ihm selbst und etwa einem halben Dutzend anderer Persönlichkeiten gebe es hier in Polen eigentlich niemand, der sich ernstlich für diese Angelegenheit interessiere. Man könne sich auch nicht wundern, wenn die Stimmung Deutschland gegenüber sich hier dauernd verschlechtere; denn die Presse höre nicht auf zu hetzen. Tagtäglich erschienen unfreundliche Artikel, und zwar nicht nur in der Oppositionspresse, sondern auch in den provinziellen Regierungsorganen und nur die beiden in Warschau erscheinenden offiziösen Zeitungen verhielten sich einigermassen korrekt. Noch schlimmer sei aber die Agitation des Westverbandes, der in ausserordentlich sinnfälliger Weise durch verschiedene planmässige Aktionen die Bevölkerung gegen alles Deutsche aufhetze. Geradezu ungeheuerlich sei im August v. J. die während dreier Wochen durch das ganze Land gehende Demonstrationswelle gewesen, mit der gegen die angebliche Brutalität der Deutschen protestiert wurde, und zwar anlässlich des bedauernswerten Unglücksfalles eines polnischen Eisenbahners, der auf der Strecke Danzig-Gdingen

aus dem Zuge gefallen war, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. Die damalige Hetze sei von der Regierung geduldet worden, obwohl ihr bekannt war, dass der den Deutschen zur Last gelegte Unfall lediglich durch Verschulden des betreffenden polnischen Eisenbahnbeamten selbst herbeigeführt worden war, ohne dass irgendein Deutscher dabei beteiligt gewesen wäre. Das sei der unglaublichste Fall von Verhetzung gewesen, der mir je vorgekommen sei.

Herr Beck schien über diese Ausführungen recht betroffen und erklärte nochmals, wie sehr er die Vorfälle vor der Deutschen Botschaft bedauert hätte. Er gab zu, dass die Polizei versagt habe und erklärte, dass der schuldige Polizeioffizier vor Gericht gestellt werden würde. Im Übrigen meinte er, man dürfe die Dinge auch nicht zu pessimistisch ansehen. Die Verständigungspolitik sei in der Tat nicht immer leicht durchzuführen, und er verhehle sich keineswegs ihre Schwierigkeiten. Er habe namentlich im Jahre 1936 schwere Kämpfe bestehen müssen, um diese von Pilsudski inaugurierte Politik zur Anerkennung zu bringen; seither begegne er aber in politischen Kreisen wachsendem Verständnis dafür. Die Gründe für die Verschlechterung der Stimmung während der letzten Monate sehe er hauptsächlich in der karpatho-ukrainischen Frage, da man Deutschland die Schuld zuschiebe, dass es nicht zu einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze gekommen sei.

Ich verwies darauf, dass dieser Behauptung durch die sehr klaren Erklärungen von Berchtesgaden der Boden entzogen worden wäre und dass es doch wirklich an der Zeit sei, etwas gegen die Brunnen Vergiftung zu unternehmen. Wir könnten es jedenfalls nicht verstehen, wenn die Pressehetze von der Regierung geduldet werde und wenn man dem Westverband für seine deutschfeindlichen Aktionen freie Hand gebe.

von Moltke

Nr. 34 (203)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 21. März 1939 Aufzeichnung

Ich bat heute auf 12 Uhr den Polnischen Botschafter Lipski zu mir. Ich schilderte Herrn Lipski zunächst die Entwicklung der tschecho-slowakischen Frage und erklärte ihm, dass es mir angesichts der sich überstürzenden Ereignisse nicht möglich gewesen sei, die fremden Vertreter hier so zu unterrichten, wie ich es gewünscht hätte. Ich habe aber Botschafter von Moltke, der sich gerade in Berlin aufhielt, eingehend informiert und ihn beauftragt, seinerseits Aussenminister Beck ins Bild zu setzen. Ich schilderte sodann die Vorgänge im Enzelnen, die den Führer zu seinem Eingreifen veranlasst hätten.

Es sei uns aufgefallen, dass sich in der Rest-Tschecho-Slowakei der Benesch-Geist wieder geregt habe. Alle Warnungen des Führers an Herrn Chvalkovsky seien ungehört verhallt. In der letzten Zeit habe die Prager Regierung versucht, diktatorisch in der Karpatho-Ukraine und in der Slowakei vorzugehen. Auch die Drangsalierung der Deutschen in den Sprachinseln habe wieder begonnen.

Ich nehme an, dass die Regelung, die die karpatho-ukrainische Frage inzwischen gefunden habe, grösste Zufriedenheit in Polen ausgelöst habe. Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren bedeute eine endgültige Befriedigung dieses Raumes, die historischen Grundsätzen entspräche und schliesslich allen zugutekomme.

Botschafter Lipski äusserte sich alsdann besorgt wegen der Übernahme des Schutzes der Slowakei durch Deutschland. Diese Mitteilung habe in Polen stark eingeschlagen, denn der Mann auf der Strasse könne einen solchen Schritt nur als in erster Linie gegen Polen gerichtet betrachten. Die Slowaken seien ein sprachverwandtes Volk. Die polnischen Interessen

in diesem Gebiet seien auch historisch bedingt, und rein realpolitisch müsse man zugeben, dass die Erklärung des Schutzverhältnisses nur als Schlag gegen Polen empfunden werden könne.

Ich wies Botschafter Lipski auf die Tatsache hin, dass die unabhängige Slowakische Regierung Deutschland um seinen Schutz angerufen habe. Sicherlich sei die Erklärung des Schutzverhältnisses nicht gegen Polen gerichtet. Hierbei gab ich deutlich zu verstehen, dass man die Frage gemeinsam einmal beraten könne, «falls das allgemeine deutsch-polnische Verhältnis eine befriedigende Entwicklung nehme; man könne hierbei an eine Teilnahme Polens an der Garantierung des slowakischen Staates denken. Leider habe ich jedoch feststellen müssen, dass sich in dem deutsch-polnischen Verhältnis eine allmähliche Versteifung bemerkbar mache. Diese Entwicklung habe bereits seit einigen Monaten begonnen. Es sei hier aufgefallen, welch merkwürdige Haltung Polen in der Minoritätenkommission eingenommen habe. Die durch polnische Studenten provozierten Danziger Zwischenfälle hätten ebenfalls zu denken gegeben. Botschafter Lipski bestritt auf das energischste, dass derartige Zwischenfälle durch polnische Studenten hervorgerufen worden seien. Auch meine Bemerkung, dass nach Auffassung des Führers die Schilder, die zu den Zwischenfällen geführt hätten, von polnischen Studenten angebracht worden seien, bestritt Herr Lipski auf das lebhafteste und behauptete, dass hieran polnische Studenten in keiner Weise beteiligt gewesen seien.

Weiterhin machte ich den Polnischen Botschafter auf die dauernden Presseangriffe aufmerksam, auf die deutschfeindlichen Demonstrationen anlässlich des Ciano-Besuchs und auf die heute bestehende offene Pressefehde. Diese Pressefehde scheine mir in jeder Richtung unberechtigt zu sein. Der Führer habe immer auf einen Ausgleich und auf eine Befriedung mit Polen hingearbeitet. Auch jetzt verfolge der Führer noch dieses Ziel. In zunehmendem Masse sei aber der Führer über

die polnische Haltung verwundert. Bisher habe ich die deutsche Presse gegenüber Polen zurückgehalten, wie der Polnische Botschafter sich selber durch einen-Blick in die deutsche Presse vergewissern könne. Es würde mir aber nicht möglich sein, auf die Dauer derartige Angriffe unbeantwortet zu lassen. Aus einer derartigen beiderseitigen Pressefehde könne dann bald ein Zustand entstehen, bei dem unsere Beziehungen auf dem Nullpunkt ankämen. Es erschiene mir erforderlich, dass man einen neuen Versuch unternehme, die deutsch-polnische Politik in das richtige Geleise zu bringen, und es erschiene mir richtig und zweckmässig, wenn bald einmal eine persönliche Aussprache zwischen deutschen und polnischen Staatsmännern stattfände.

Ich würde mich freuen, wenn Aussenminister Beck demnächst einen Besuch in Berlin abstatten würde. Wie mir der Führer gesagt habe, würde auch er eine solche Aussprache warm begrüssen. Auf den möglichen Inhalt einer solchen Aussprache eingehend, erklärte ich Herrn Lipski zunächst, er müsse zugeben, dass Deutschland an der Schaffung und der heutigen Existenz Polens nicht unbeteiligt sei und dass Polen seine heutige territoriale Ausdehnung dem schwersten Unglück Deutschlands verdanke, nämlich der Tatsache, dass Deutschland den Weltkrieg verloren habe.

Allgemein werde die Korridor-Regelung als die schwerste Belastung des Versailler Vertrags für Deutschland empfunden. Keine frühere Regierung sei in der Lage gewesen, auf die deutschen Revisionsansprüche zu verzichten, ohne dass sie nicht innerhalb von 48 Stunden vom Reichstag fortgefegt wäre. Der Führer denke anders über das Korridor-Problem. Er erkenne die Berechtigung des polnischen Anspruchs auf einen freien Zugang zum Meer an. Er sei der einzige deutsche Staatsmann, der einen endgültigen Verzicht auf den Korridor aussprechen könne. Voraussetzung hierfür sei aber die Rückkehr des rein deutschen Danzig zum Reich sowie die Schaffung einer exterritorialen Bahn- und Autoverbindung zwischen dem

Reich und Ostpreussen. Nur hierdurch würde für das deutsche Volk der Stachel beseitigt, der in der Existenz des Korridors liege. Wenn die polnischen Staatsmänner in Ruhe den realen Tatsachen Rechnung trügen, dann könne man auf folgender Basis eine Lösung finden: Rückkehr Danzigs zum Reich, exterritoriale Eisenbahn- und Autobahnverbindung zwischen Ostpreussen und dem Reich und hierfür Garantie des Korridors. Ich könnte mir vorstellen, dass man in einem solchen Falle die slowakische Frage im erwähnten Sinne zu behandeln in der Lage wäre.

Botschafter Lipski versprach, Aussenminister Beck zu informieren und alsdann Nachricht zu geben.

Ich schlug vor, dass Botschafter Lipski zur mündlichen Berichterstattung nach Warschau führe. Ich wiederholte noch einmal, wie nützlich mir ein endgültiger Ausgleich zwischen Deutschland und Polen gerade im jetzigen Stadium erschiene. Dies sei auch wichtig, weil der Führer bisher über die merkwürdige Haltung Polens in einer Reihe von Fragen nur verwundert sei; es käme darauf an, dass er nicht den Eindruck erhalte, dass Polen einfach nicht wolle.

von Ribbentrop

Nr. 35 (204)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Ami
Telegramm

Warschau, den 24. März 1939

Kurzfristige Reservisteneinziehung, drei bis vier Jahrgänge, und zwar 19 n bis 1914, ferner 1906 und 1907, örtlich verschieden, sicher bestätigt. Reserveoffiziere technischer Truppen eingezogen.

Moltke

Nr. 36 (206)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Telegramm

Warschau, den 24. März 1939

Bereits gemeldete Reservisteneinziehungen deuten darauf hin, dass militärische Kreise auf Leitung polnischer Aussenpolitik wachsenden Einfluss gewinnen. Zwar scheint einstweilen Position des Aussenministers noch stark zu sein, wie auch aus Verhaftung des prominenten Redakteurs Mackiewicz hervorgeht, der, obwohl Pilsudskist, sich zu scharfem Gegner Becks entwickelt hat, doch steht zu besorgen, dass Beck schärferen Kurs mitmachen wird, wenn er durch bedrohende nationalistische Welle dazu gezwungen würde.

Über englische Anregungen, deretwegen in letzten Tagen wiederholte Besuche des Englischen Botschafters in hiesigem Aussenministerium stattgefunden haben, ist etwas Bestimmtes bisher nicht zu erfahren gewesen. Es lässt sich deshalb noch nicht beurteilen, ob etwa die polnischen Mobilmachungsmassnahmen durch diese englische Aktion beeinflusst worden sind. In diesem Zusammenhang scheint mir eine Äusserung berichtenswert, die Unterstaatssekretär Arciszewski hier einigen Diplomaten gegenüber getan hat. Unter abfälligen Bemerkungen über England und Frankreich, die immer wieder, ohne eigenes Risiko einzugehen, Polen für fremde Zwecke missbrauchen wollen, erklärte er, dass Polen sich niemals lediglich für Interessen anderer Mächte schlagen werde. Auch sonst kann man nach den Richtlinien der Beckschen Politik wohl annehmen, dass Polen sich nur ungern dazu bereitfinden würde, in irgendeine generelle Kombination einzutreten oder sich in Aktionen verwickeln zu lassen, die es zwingen würden, seine Position vorzeitig und sichtbar festzulegen. Das bedeutet natürlich nicht, dass Polen nicht zugreifen würde, wenn sich gelegentlich dieser Verhandlungen die Möglichkeit bieten sollte, feste Zusagen von englischer Seite zu erhalten, die seine Sicherheit erhöhen würden.

Moltke

Nr. 37 (207)

Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 25. März 1939

Das Oberkommando des Heeres rief mich heute 11 Uhr an und. teilte mir über die polnischen Mobilisierungsmassnahmen folgendes mit:

1. Bei Gdingen seien etwa 4'000 Mann polnische Truppen zusammengezogen.
2. Die Truppe einer Garnison, die bisher im südlichen Korridor stationiert gewesen sei, sei in die unmittelbare Nähe der Danziger Grenze verlegt worden.
3. Polen habe drei Jahrgänge mobil gemacht.

Alle diese Massnahmen bezögen sich nur auf den nördlichen Teil Polens, in den anderen Gebieten des Landes sei der Umfang der militärischen Massnahmen noch nicht klar erkennbar.

Fürst von Bismarck

Nr. 38 (208)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 26. März 1939
Aufzeichnung

Ich empfing den Polnischen Botschafter Lipski heute um 12 Uhr 30.

Botschafter Lipski übergab mir das in der Anlage beigefügte Memorandum der Polnischen Regierung, das ich in seiner Gegenwart durchlas.

Nachdem ich von dem Inhalt Kenntnis genommen hatte, erwiderte ich Botschafter Lipski, dass nach meiner persönlichen Auffassung die polnische Stellungnahme keine Basis für eine

deutsch-polnische Lösung tiarsteilen könne. Die einzig mögliche Lösung des Problems müsse in der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich und der Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und Ostpreussen bestehen. Herr Lipski entgegnete, er habe die unangenehme Pflicht, darauf hinzuweisen, dass jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie eine Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeute.

Ich wies darauf Botschafter Lipski auf die vorliegenden Meldungen über polnische Truppenzusammenziehungen hin und warnte ihn vor möglichen Konsequenzen. Die polnische Haltung schiene mir eine merkwürdige Antwort auf mein kürzliches Angebot einer endgültigen Befriedung des deutsch-polnischen Verhältnisses darzustellen. Wenn die Dinge in dieser Richtung weiterliefen, so könne in Kürze eine ernste Situation entstehen. Ich könne Botschafter Lipski mitteilen, dass z.B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde.

Botschafter Lipski bestritt energisch jede militärische Absicht Polens in Bezug auf Danzig. Die von Polen vorgenommenen Dislokationen von Truppen verbänden stellten lediglich Vorsichtsmassnahmen dar.

Ich legte Botschafter Lipski alsdann die Frage vor, ob nicht die Polnische Regierung, sobald sich die Situation etwas beruhigt habe, den deutschen Vorschlag erneut erwägen wolle, damit man auf der von uns vorgeschlagenen Basis der Wiedervereinigung Danzigs und der exterritorialen Eisen- und Autobahnverbindung zu einer Lösung kommen könne. Botschafter Lipski antwortete hierauf ausweichend, indem er sich erneut auf das von ihm übergebene Memorandum bezog.

Ich erwiderte Botschafter Lipski, dass ich dem Führer zunächst Bericht erstatten würde. Mir komme es dabei vor

allem darauf an, zu vermeiden, dass beim Führer der Eindruck entstehe, Polen wolle einfach nicht.

Botschafter Lipski bat mich, doch auch von deutscher Seite die Fragen erneut nach jeder Richtung hin studieren zu lassen, und er frage sich, ob nicht Aussicht bestehen könne, vielleicht zu einer Lösung auf Grund der polnischen Gedankengänge zu gelangen. Er fügte hinzu, dass Aussenminister Beck unserer Anregung entsprechend gerne in Berlin einen Besuch abstatten werde, es scheine ihm aber zweckmässig, dass vorher die Fragen diplomatisch vorbereitet worden seien.

Ich liess Botschafter Lipski zum Schluss unserer Unterredung keinen Zweifel darüber, dass die polnischen Vorschläge meiner Auffassung nach vom Führer nicht als befriedigend angesehen werden könnten. Nur eine klare Rückgliederung Danzigs, eine exterritoriale Verbindung mit Ostpreussen und ein 2 5 jähriger Nichtangriffs vertrag mit Grenzgarantien und eine Zusammenarbeit in der slowakischen Frage in Form eines von den Anrainern zu übernehmenden gemeinsamen Schutzes des Gebietes könnten nach deutscher Auffassung zu einer endgültigen Bereinigung führen.

von Ribbentrop

Nr. 39 (209)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen
mit dem Polnischen Botschafter, 27. März 1939
Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen stellte den Polnischen Botschafter wegen der Ausschreitungen in Bromberg zur Rede und bemerkte, dass diese neuen Ausfälle in Deutschland einen katastrophalen Eindruck gemacht hätten, da man hier den Eindruck hätte, dass sie mit einer gewissen Duldung

der polnischen Behörden vor sich gingen. Wieder sei es der Westverband gewesen, gegen den Deutschland bei Polen schon so oft Beschwerde geführt habe. Man sei deutscherseits der Ansicht, dass die Polnische Regierung, wenn sie guten Willens wäre, wohl in der Lage sein müsse, derartige Zwischenfälle zu verhindern. Der Herr Reichsaussenminister bedauerte eine derartige Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf das lebhafteste und betonte, die Deutsche Regierung müsse die Polnische Regierung für derartige Vorkommnisse voll verantwortlich halten.

Der Polnische Botschafter erklärte, von den erwähnten Vorgängen keine Kenntnis zu haben, versprach aber, sich sofort zu informieren. Auch er bedauerte die Ausschreitungen, erklärte sie jedoch mit der zurzeit in Polen herrschenden Nervosität. Im Übrigen versprach er, von sich aus alles tun zu wollen, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse abzustellen.

Als der Polnische Botschafter die Behauptung aufstellte, dass auch bei deutschen Vereinsveranstaltungen ähnliche, gegen Polen gerichtete Zwischenfälle vorkämen, erwiderte ihm der Herr Reichsaussenminister sofort, dass die Provokationen bisher immer nur von polnischer Seite ausgegangen seien.

Auf die Frage des Polnischen Botschafters, ob man nicht ein paar «Worte der Beruhigung für die beiden Völker» finden könne, erwiderte der Herr Reichsaussenminister, dass etwas Derartiges in keiner Weise der Lage entspräche, da, wie gesagt, die Provokationen und Presseangriffe bisher lediglich von polnischer Seite ausgegangen seien. Wenn – was wohl bald nicht mehr aufzuhalten sein würde – die deutsche Presse auf die polnischen Angriffe nunmehr antworte, so würde sie es gründlich tun.

Abschliessend bemerkte der Herr Reichsaussenminister, er könne die Polnische Regierung nicht mehr verstehen. Auf den grosszügigen Vorschlag, den Deutschland an Polen gemacht

habe, sei eine ablehnende Antwort erfolgt. Jedenfalls könne der gestern vom Polnischen Botschafter überbrachte Vorschlag vom Herrn Reichsaussenminister als keine Basis für eine Regelung der Fragen angesehen werden. Die Beziehungen beider Länder entwickelten sich daher stark abschüssig.

Bei der Verabschiedung sagte der Polnische Botschafter seinerseits zu, alles in seinen Kräften Stehende tun zu wollen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Schmidt

Nr. 40 (349)

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau
Erlass

Berlin, den 27. März 1939

Nach einem Bericht der Deutschen Passstelle in Bromberg haben am 26. März mittags in Bromberg von dem berüchtigten polnischen Westverband veranstaltete deutschfeindliche Kundgebungen stattgefunden, an denen etwa 10'000 Personen teilgenommen haben. Insbesondere haben sich an diesen Kundgebungen paramilitärische Organisationen Brombergs, u.a. der Eisenbahn- und Postbeamten, beteiligt. Im Verlaufe dieser Kundgebung ist in zwei Reden sowohl gegen das Deutsche Reich als auch gegen das Volksdeutschtum in Polen schärfstens gehetzt worden. Von den Teilnehmern wurden Rufe wie: «Weg mit Hitler», «Wir wollen Danzig», «Wir wollen Königsberg» ausgestossen. Nach Angabe der Passstelle ist es der polnischen Polizei mit Mühe gelungen, deutsches Eigentum vor Übergriffen der erregten Menge zu schützen.

Ergänzend wird bemerkt, dass die Volksdeutschen in der Woiwodschaft Thorn ständig zunehmenden Anfeindungen ausgesetzt sind. Insbesondere hat der vom Westverband und anderen Organisationen systematisch vorbereitete Boykott der

Deutschen in den letzten Tagen ein bisher nicht gekanntes Ausmass angenommen. Die polnischen Behörden versuchten hierbei zwar Ausschreitungen gegen Einzelne zu verhüten, die Boykottaktionen als solche erfreuen sich aber offenbar ihrer Duldung.

Unter Bezugnahme auf die bereits früher wiederholt wegen des Verhaltens des Westverbandes bei der Polnischen Regierung erhobenen Beschwerden bitte ich, auch wegen der letzten Boykotte nachdrückliche Vorstellungen zu erheben.

Im Auftrag Bergmann

Nr. 41 (210)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Bericht

Warschau, den 28. März 1939

Die erregte Stimmung, die in Polen seit einiger Zeit herrscht, hat noch erheblich zugenommen. In der Bevölkerung sind die wildesten Gerüchte verbreitet, so z.B., dass in Oderberg Kämpfe zwischen deutschen und polnischen Truppen stattgefunden hätten, dass Minister Beck verhaftet worden sei und ähnliche phantastische Nachrichten. Von ernsterer Bedeutung ist das Entstehen einer Kriegsstimmung, die durch die Presse, durch antideutsche öffentliche Kundgebungen – besonders in der Provinz –, die bereits vielfach zu Zwischenfällen geführt haben, und zum Teil auch durch eine säbelrasselnde offiziöse Propaganda gefördert wird. In weiten Kreisen glaubt man heute, dass der Krieg unvermeidlich geworden sei und unmittelbar bevorstehe.

Die praktischen Massnahmen der Regierung tragen dazu bei, die vorhandene Kriegspsychose zu steigern. Im Laufe der

letzten Woche haben Einberufungen von Reservisten der drei Jahrgänge 1912, 1913 und 1914 stattgefunden, zum Teil – für Spezialformationen – auch Einberufungen aus anderen Jahrgängen, ausserdem sind Requisitionen von Pferden und Lastkraftwagen erfolgt. Ferner hat die Regierung die gegenwärtige Situation als Anlass benutzt, um eine innere Staatsanleihe zwecks Ausbaus der Luftwaffe und der Luftabwehr-Artillerie auszuschreiben.

Für die Art der offiziellen Wehrpropaganda ist besonders ein vielfach nachgedruckter Artikel des Militärblatts «Polska Zbrojna»: «Wir sind bereit» charakteristisch. Darin wird u.a. ausgeführt, dass die Polen, zum Unterschiede von den Tschechen, kein Gefühl der Unterlegenheit gegenüber den mächtigen Völkern dieser Erde empfänden. Die Zahl der fremden Divisionen schrecke die Polen nicht, denn seine eigene Armee, deren Ausrüstung und der kriegerische Geist des polnischen Volkes reichten dazu aus, um Polen den Sieg zu sichern. Zahlreiche andere Veröffentlichungen, die seither täglich in der Presse erscheinen, sind im gleichen Geist und in der gleichen Tonart gehalten.

In dieser Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, liegt im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr. Dass es sich hierbei nicht nur um Pressepropaganda handelt, zeigt eine verbürgte Äusserung, die der Vizekriegsminister Gluchowski in einer seriösen Unterhaltung getan hat, wobei er ausführte, die deutsche Wehrmacht sei ein grosser Bluff, denn Deutschland fehlten die ausgebildeten Reserven, um seine Einheiten aufzufüllen. Auf die Frage, ob er glaube, dass Polen im Ernst Deutschland militärisch überlegen sei, antwortete Gluchowski: «Aber selbstverständlich.»

Kennzeichnend für die Stimmung in politischen Kreisen war auch eine in der letzten Vollsitzung des Senats veranstaltete antideutsche Demonstration. Die erste Lesung des polnisch-litauischen Handelsvertrags, der der Litauische

Gesandte Saulnys in der Diplomatenloge beiwohnte, gab dem Senator Katelbach Veranlassung, Litauen im Namen des Senats zu versichern, dass Polen die schweren Erlebnisse, die Litauen soeben habe durchmachen müssen, aufs stärkste mitempfunden habe. An dem «langdauernden stürmischen» Beifall, den diese Erklärung hervorrief, beteiligten sich auch die beiden zu der Sitzung erschienenen Minister und Vizeaussenminister Graf Szembek.

von Moltke

Nr. 42 (211)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Telegramm

Warschau, den 29. März 1939

Aussenminister Beck bat mich gestern Abend zu sich, um mir folgendes mitzuteilen: Der Herr Reichsaussenminister habe in der Unterredung vom 26. März dem Botschafter Lipski erklärt, dass ein polnischer Gewaltakt gegen Danzig den Casus belli bedeuten würde. Diese Mitteilung zwinge ihn, seinerseits die Erklärung abzugeben, dass, falls deutscherseits ein Versuch unternommen werden sollte, das Statut der Freien Stadt einseitig abzuändern, Polen hierin den Casus belli sehen würde. Das gleiche gelte auch, wenn etwa der Danziger Senat einen solchen Versuch unternehmen würde. Herr Beck fügte hinzu, dass die Polnische Regierung die eingetretene Verschärfung bedauere.

Ich erwiderte Beck, dass die Verschärfung nicht durch uns, sondern lediglich durch die polnischen Mobilmachungsmassnahmen hervorgerufen worden sei, die jeder Berechtigung entbehrten und überdies einen in seiner Auswirkung höchst bedenklichen Schritt darstellten. Schon jetzt sei infolge der

hierdurch eingetretenen Kriegsstimmung, die durch Presse und Propaganda in unverantwortlicher Weise gesteigert würde, eine Lage entstanden, die ernste Gefahren in sich schliesse. Die schweren Zwischenfälle in Pommerellen seien ein deutlicher Beweis dafür. Ich verwies insbesondere auf die unerhörten Ausschreitungen in Bromberg und Liniewo und behielt mir vor, nach Eingang genauerer Informationen noch auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Beck versuchte die Mobilmachungsmassnahmen damit zu rechtfertigen, dass die gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt hinsichtlich Danzigs erhobene Forderung nach den Vorgängen in der Tschecho-Slowakei und in Memel polnischerseits als Alarmsignal aufgefasst worden sei. Die Sorge, dass durch die getroffenen Massnahmen Schwierigkeiten entstehen könnten, sei unbegründet. Von den Vorfällen in Liniewo wisse er noch nichts. Der Vorfall von Bromberg, bei dem die Polizei übrigens energisch durchgegriffen habe, sei zum Gegenstand einer Ministerbesprechung gemacht worden. Der Ministerpräsident habe darauf strengste Weisung an alle Verwaltungsbehörden gehen lassen, alles zu vermeiden, was zu Zwischenfällen Anlass geben könnte, insbesondere Versammlungen und Umzüge zu verbieten.

Beck hinzufügte, er wolle mir nicht verhehlen, dass er immer mehr den Eindruck gewinne, als ständen wir an einem Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen. – Ich erinnerte demgegenüber an die Besprechung von Berchtesgaden, in der der Führer die Aufrechterhaltung der Verständigungspolitik in den Vordergrund gestellt hätte, und legte dar, dass die jetzigen Vorschläge gerade das Ziel verfolgten, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine gesunde und dauerhafte Grundlage zu stellen, wobei wir allerdings mehr Einsicht von polnischer Seite erwarten müssten.

Moltke

[Nr. 43](#) (354)

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt
Bericht

Thorn, den 30. März 1939

Die neuerliche Verschärfung der Stimmung gegen das Deutschtum in Pommerellen findet ihren Ausdruck in einer steigenden Boykottbewegung, einer fortgesetzten Hetze und zahlreichen Tätlichkeiten. Der Wirtschaftsboykott macht sich besonders in den Städten Graudenz und Bromberg bemerkbar und hat nach Angabe von Volksdeutschen bereits zu spürbaren Schädigungen deutscher Gewerbetreibender geführt. In Bromberg ist von verschiedenen polnischen Militärverbänden ein Aufruf erlassen worden, der zum lückenlosen wirtschaftlichen und kulturellen Boykott gegen das Deutschtum – auch gegen deutsche Einflüsse in Film und Presse – auffordert.

Bei den Demonstrationen, die in diesen Tagen stattfanden und bei denen oft Polizeibeamte mitmarschierten, wurden wiederholt Forderungen wie «Schmeisst die Deutschen heraus» und «Danzig und Flatow müssen zu Polen kommen» laut. Vielerorts wurden auch den Deutschen die Fensterscheiben eingeschlagen, wobei sich auch Beamte – wie Gemeindevorsteher – beteiligt haben. Ein solcher Gemeindevorsteher hat auf die Vorstellungen eines Deutschen hin zur Antwort gegeben, dass er nichts dafür könne und dass er solche Demonstrationen nicht von sich aus veranlasse, sondern dass Befehl dazu vorläge. Von vorn verhandelten die hohen Herren in Berlin und Warschau und von hinten gäben sie den Befehl aufzuräumen.

In Vertretung Graf

Nr. 44 (355)

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt
Bericht

Posen, den 31. März 1939

Seit Monaten arbeitet die polnische Presse in den Westgebieten auf feine Vergiftung der öffentlichen Meinung gegen die Deutschen hin. Bald fordert sie scharfe Massnahmen gegen die deutsche Volksgruppe in Polen, bald fordert sie zum Boykott deutscher Waren und deutscher Geschäfte auf, bald richtet sie allgemeine Angriffe gegen die Volksdeutschen und die Politik des Reichs. Diese deutschfeindliche Stimmungsmache, die besonders seit der Septemberkrise des letzten Jahres stetig gewachsen ist, hat jetzt, offenbar im Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen Lage in Europa, zu einer Entladung geführt. Die Presse äussert hemmungslos ihre deutschfeindlichen Gefühle, und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Posener Blätter irgendeinen mehr oder weniger aggressiven Artikel oder ausfallende Bemerkungen gegen das Deutschtum bringen. Obwohl die Ausschreitungen in Posen nur etwa eine Woche lang anhielten, kann von einem Abflauen der deutschfeindlichen Haltung nicht die Rede sein. In der Stadt Posen ist eine äusserliche Beruhigung eingetreten, wenigstens haben tätliche Angriffe im Allgemeinen aufgehört; vorgestern wurden einige Fensterscheiben einer deutschen Bank, deutscher Buchhandlungen und eines evangelischen Pfarrhauses zertrümmert. Das Generalkonsulat steht noch unter verstärktem polizeilichem Schutz. Es sind jedoch in anderen Städten und auf dem Lande weiterhin Ausschreitungen zu verzeichnen, es wurden deutschen Kaufleuten die Fensterscheiben eingeschlagen, die deutschen Aufschriften übermalt, Hauswände verunreinigt und Volksdeutsche Versammlungen gestört. In einzelnen Fällen wurden Boykottposten aufgestellt. Die feindliche Haltung ist bis ins letzte Dorf vorgedrungen.

Walther

Nr. 45 (212)

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 6. April 1939

Der Polnische Botschafter leitete heute bei einem Gespräch, zu welchem ich ihn hierher gebeten hatte, von sich aus über die Beckschen Unterhaltungen in London. Lipski behauptete, im Detail nicht unterrichtet zu sein, jedoch gewisse Grundsätze mir gegenüber feststellen zu können.

1. Polen wünsche an dem Abkommen von 1934 festzuhalten.
2. Bei den polnisch-englischen Abreden handelt es sich um einen bilateralen und rein defensiven Akt; von dem Beitritt Polens zu einem Block sei nicht die Rede.

Ich habe diese Äusserungen von Lipski mit einigem Lächeln entgegengenommen und ihm dann etwa folgendes erwidert: Mir sei die Entwicklung der polnischen Politik in der jüngsten Zeit nicht mehr begreiflich. Lipski wisse so gut wie ich, unter welcher Belastung unser Verhältnis vor der Machtergreifung gestanden hätte. Niemand in Deutschland als der Führer hätte die grossen Konzeptionen des Jahres 1934 haben und mit Polen zur Durchführung bringen können. Unsere Beziehungen hätten von da an einen erfreulichen ständigen Aufschwung genommen. Im Sinne dieser guten Nachbarschaft habe der Führer dann bekanntlich Gespräche mit Polen eingeleitet und nicht nur die letzten Differenzpunkte zwischen uns ausräumen, sondern in grosszügiger Weise die Korridorgrenze für Polen sichern wollen. Polen habe dieses Angebot offenbar nicht verstanden. Statt mit Freuden zuzugreifen und das Werk von 1934 zu vollenden, hätten wir plötzlich in Polen ein merkwürdiges Säbelrasseln vernommen. Das habe uns zwar nicht aufgeregt, stehe aber in seltsamem Kontrast zu der Antwort, die wir von Warschau erwarten durften. Auftragsgemäss sagte ich, das Angebot des Führers an Polen sei ein einmaliges gewesen. Eine Art von Antwort auf das Angebot, welche die Polnische Regierung uns habe erteilen wollen, sei ihm –

Lipski – durch den Herrn Reichsaussenminister am 27. März bekanntlich bereits dahin charakterisiert worden, dass sie keine Grundlage zur Regelung der aufgeworfenen Frage darstelle. (Später im Laufe des Gesprächs wiederholte ich, dass die polnische Antwort für uns keine Diskussionsgrundlage sei.) Ob Polen mit dieser Haltung gut beraten gewesen sei, werde ja die Zukunft lehren. Ich fuhr fort, dass ich die für heute Nachmittag angekündigte Mitteilung Chamberlains im Unterhaus noch nicht gelesen hätte. Treffe aber das zu, was man schon jetzt in der Presse über die Beckschen Gespräche finde, so wisse ich nicht, wie das polnische Verhalten mit dem Sinn des Abkommens von 1934 noch vereinigt werden könnte.

Zu dem letzteren Punkte wollte Lipski erwidern, dass auch das polnisch-französische Vertragsverhältnis sich mit dem Abkommen von 1934 habe vereinigen lassen. Die polnischen Truppenkonzentrationen in der Gegend von Danzig wollte Lipski als eine begreifliche Parallelerscheinung mit Truppenbewegungen anderer Länder – wie Ungarn, Rumänien, ja selbst Norwegen – hinstellen. Vor allem aber erklärte Lipski, in den Tagen um den deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei ganz ohne Kontakt mit uns gelassen worden zu sein, woraus im Gegensatz zum September v. J. sich eine begreifliche polnische Nervosität entwickelt habe. Das von Deutschland an Litauen gerichtete Ultimatum habe die polnischen Sorgen noch entsprechend vermehrt.

Ich schnitt Lipski das Wort ab, als er von einem «Ultimatum» an Litauen sprach, machte seine Ausführungen über Truppenbewegungen anderer – die niemals gegen Polen gerichtet waren – lächerlich und erklärte ihm, es wäre mir verständlich gewesen, wenn er sich bei uns jetzt dafür bedankt hätte, dass wir dem heissen Wunsche Warschaus nach einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze kein Hindernis bereitet haben. Kurzum, ich wies Lipskis Redensarten mit den naheliegenden Argumenten gelassen zurück, worauf wir uns trennten.

Weizsäcker

Die Ablehnung des deutschen Angebots durch Polen war nicht nur von der polnischen Anmassung, sondern hauptsächlich von der britischen Absicht diktiert, Polen zum entscheidenden Faktor der Einkreisungspolitik zu machen. Das Zusammenspiel zwischen London und Warschau funktionierte lückenlos. Am 17. März hatte sich Chamberlain in Birmingham offen zur antideutschen Politik bekannt (Nr. 28); am 20. März sprach Halifax von den bereits auf genommenen Besprechungen mit den Mächten, die als Glieder der Einkreisungskette vorgesehen waren und unter denen Polen eine wichtige Rolle zugedacht war (Nr. 29); am 24. März berichtete der Deutsche Botschafter in Warschau von seit einigen Tagen andauernden Besuchen des englischen Botschafters im polnischen Aussenministerium (Nr. 36); am 26. März war die polnische Ablehnung der deutschen Vorschläge erfolgt (Nr. 39). In Warschau ging man dazu über, diese massvollen deutschen Vorschläge, durch die sich Polen bisher nicht im geringsten bedroht gefühlt hatte, nunmehr plötzlich als «Bedrohung» zu erklären und eine provokatorische Sprache zu führen (Nr. 41). Am 31. März aber erhielt Polen auch formell durch Chamberlain seinen Blankoscheck. Der englische Premierminister gab im Unterhaus iene berüchtigte Erklärung ab, durch die, wie Duff Cooper damals schrieb, das Schicksal des englischen Empire, die Frage von Krieg und Frieden «einer Handvoll unbekannter Leute in Polen anvertraut wurde».

Nr. 46 (279)

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus (31. März 1939)
(Übersetzung)

Wie ich diesen Morgen erklärte, besitzt Seiner Majestät Regierung keinerlei amtliche Bestätigung für die Gerüchte irgendeines geplanten Angriffes auf Polen. Es darf daher nicht angenommen werden, dass die Regierung diese Gerüchte für wahr hält.

Ich freue mich, diese Gelegenheit zu ergreifen, um erneut die allgemeine Politik der Regierung darzulegen: Seiner Majestät Regierung hat sich ständig für den Ausgleich, und zwar auf dem Wege freier Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien, von jeder Streitigkeit eingesetzt, die sich zwischen ihnen ergeben mag. Sie hält dies für den natürlichen und angemessenen Weg dort, wo Streitigkeiten vorhanden sind. Ihrer Ansicht nach sollte es keine Frage geben, die nicht durch friedliche Mittel zu lösen wäre, und sie würde daher keinerlei Rechtfertigung dafür finden, wenn Gewalt oder Drohung mit Gewalt an die Stelle der Methoden der Verhandlung gesetzt werde. Wie dem Hause bekannt ist, finden zurzeit gewisse Konsultationen mit anderen Regierungen statt. Um die Haltung Seiner Majestät Regierung in der Zwischenzeit völlig klarzustellen, bevor diese Konsultationen abgeschlossen sind, fühle ich mich veranlasst, dem Hause mitzuteilen, dass während dieser Zeitdauer für den Fall irgendeiner Aktion, die klarerweise die polnische Unabhängigkeit bedroht und die die Polnische Regierung daher für sö lebenswichtig ansieht, dass sie ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand leistet, Seiner Majestät Regierung sich verpflichtet fühlen würde, der Polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren. Sie hat der Polnischen Regierung eine derartige Zusicherung gegeben.

Ich kann hinzufügen, dass die Französische Regierung mich autorisiert hat, darzulegen, dass sie die gleiche Haltung in dieser Frage einnimmt wie Seiner Majestät Regierung.

Bereits am 29. März hatte Beck gegenüber dem Deutschen Botschafter davon gesprochen, er gewänne immer mehr den Eindruck, «als ständen wir an einem Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen» (Nr. 42). Auch in London war man sich des grundsätzlichen Wandels der englischen Politik und des Risikos, das England mit dem polnischen Freibrief übernommen hatte, bewusst. Am April erklärte Chamberlain im Unterhause u.a. das Folgende:

Nr. 47 (283)

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 3. April 1939
Auszug (Übersetzung)

.. . Wenn, wie ich hoffe, das Ergebnis dieser Aussprache das ist, darzutun, dass grundsätzlich und im Allgemeinen dieses Haus einmütig die Erklärung billigt, die ich am Freitag abgegeben habe, und dass es einig und entschlossen ist, alle Massnahmen, die zur Wirksammachung dieser Erklärung nötig sein mögen, zu ergreifen, so kann die Aussprache einen sehr grossen Nutzen haben. Die von mir am Freitag abgegebene Erklärung ist mit einem sehr geschickten und deshalb weithin übernommenen Ausdruck als Deckungszusage bezeichnet worden, die im Voraus vor dem vollständigen Versicherungsschein ausgegeben worden sei. Ich selbst betonte nachdrücklich ihren vorübergehenden oder zeitweiligen Charakter, und ihre Bezeichnung als Deckungszusage ist durchaus nicht schlecht, soweit ein solcher Vergleich zutreffen kann; aber ich glaube, dass dieser Vergleich ganz und gar unvollständig in folgendem Punkte ist: Während naturgemäss die Ausgabe einer Deckungszusage in sich schliesst, dass ihr etwas mehr ins Einzelne gehende nachfolgt, ist es gerade die Art des vollständigen Versicherungsscheines, die eine so ungeheure Abweichung von allem darstellt, was dieses Land bisher unternommen hat.

Es bildet dies wirklich ein neues Moment – ich möchte sagen eine neue Epoche – in dem Verlaufe unserer auswärtigen Politik.

... So weit von unseren traditionellen Ideen in dieser Hinsicht abgewichen zu sein, wie ich es im Auftrag Seiner Majestät Regierung am Freitag getan habe, bildet in der Tat einen so wichtigen Markstein in der britischen Politik, dass ich mit Sicherheit sagen zu können glaube, dass dieser Entschluss ein Kapitel für sich erhalten wird, wenn es einmal zum Schreiben der Geschichtsbücher kommt...

In ähnlichem Sinne äusserte sich am selben Tage Schatzkanzler Sir John Simon:

Nr. 48 (284)

Aus der Rede des Britischen Schatzkanzlers Sir John Simon im Unterhaus, 3. April 1939
(Übersetzung)

... Mit ein oder zwei Ausnahmen, die nur die allgemeine Einigkeit unterstreichen, dürfen wir diesen Tag, an dem diese ungeheuer wichtige Erklärung von allen Teilen des Hauses angenommen und gebilligt worden ist, als einen Markstein in unserer Geschichte bezeichnen. Ich bin nicht geneigt, die Bedeutung der Erklärung zu verkleinern. Die Erklärung verpflichtet uns ausdrücklich in einem Teil der Welt, in dem wir bisher von besonderen Verpflichtungen befreit gewesen sind, und sie lässt auch Verpflichtungen in anderen Teilen der Welt voraussehen. Sie schreibt ein Kapitel in unserer Geschichte, das uns weiter führt als die Reihe der Verpflichtungen, die mein sehr ehrenwerter Freund in einer klassischen Rede in Leamington aufgeführt hat. Wir stellen hier fest, dass das Land in seiner Gesamtheit, indem es diesen Standpunkt einnimmt, geeinter ist als in irgendeiner anderen politischen Frage der Gegenwart. Dies ist eine überaus gewaltige Tatsache, der wir alle uns künftig zu erinnern Gelegenheit haben werden, und ich betrachte es als unser aller Pflicht, diesen Wechsel nicht irgendwie zu verkleinern, sondern ihn in dem vollen Umfang seiner Anwendung zu würdigen und anzuerkennen. Die Erklärung verkündet einen endgültigen Kurs des Handelns, wenn Handeln notwendig sein wird, und von dieser Entscheidung kann man nicht nach rückwärts blicken.

Es ist die allerernsteste Verpflichtung, weil sie nicht etwa nur die Möglichkeit eines Krieges aus Anlass bestimmter Ereignisse androht, sondern weil sie uns in gewissen Fällen verpflichtet, Krieg zu führen . ..

Die Verpflichtung, Krieg zu führen, war absichtlich von England dort eingegangen worden, wo man sie als Vorwand für die Kontrolle Ost- und Mitteleuropas und für die Auslösung eines Präventivkrieges brauchte. Dies wurde am 6. April in einer Ober- und Unterhaus-Sitzung in vollem Umfange bestätigt. Gleichzeitig wurde ein Besuch Becks in London dazu benutzt, u,n die einseitige Garantierung Polens durch England vom 31. März in eine zweiseitige zu verwandeln. Noch einmal wurde hierdurch in vollem Bewusstsein der Tragweite die Entscheidung über Krieg und Frieden bedingungslos in die Hand Polens gelegt. Gleichzeitig gingen die Bemühungen Englands, über Polen hinaus weitere Staaten in die Einkreisungsfront einzubeziehen, weiter. So erfolgte am 13. April 1939 eine einseitige Garantieerklärung Englands zugunsten Griechenlands und Rumäniens. Unter lebhaftem Beifall von Eden und Churchill begannen ferner in jenen Tagen die Versuche, Russland in die Einkreisungsfront einzubeziehen. Das rumänisch-polnische Bündnis, das bisher nach Osten gerichtet war, sollte nunmehr auch gegen Deutschland spielen.

Im Laufe des Monats April war die Einkreisungspolitik Englands und der polnische Verzicht auf einen friedlichen Ausgleich mit Deutschland so offen Zutage getreten, dass nunmehr die Reichsregierung sich genötigt sah, nach beiden Seiten hin die Konsequenzen zu ziehen, die durch diese englisch-polnische Politik unausweichlich geworden war.

In seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 sah sich infolgedessen der Führer veranlasst, sowohl das englische Flottenabkommen mit Deutschland wie den deutsch-polnischen Vertrag vom Jahre 19)4 als durch England und Polen einseitig ausser Kraft gesetzt ZU erklären. Die wichtigsten auf Polen und England sich beziehenden Stellen aus der Rede des Führers seien hier im Wortlaut wiedergegeben:

Nr. 49 (214 und 295)

Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 28. April 1939
Auszug: Polen

... Über das deutsch-polnische Verhältnis ist wenig zu sagen. Der Friedensvertrag von Versailles hat auch hier, und zwar natürlich mit Absicht, dem deutschen Volk die schwerste Wunde zugefügt. Durch die eigenartige Festlegung des Korridors Polens zum Meer sollte vor allem auch für alle zukünftigen Zeiten eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland verhindert werden. Das Problem ist, wie schon betont, für Deutschland vielleicht das allerschmerzlichste. Allein, trotzdem habe ich unentwegt die Auffassung vertreten, dass die Notwendigkeit eines freien Zugangs zum Meer für den polnischen Staat nicht übersehen werden kann und dass überhaupt grundsätzlich auch in diesem Falle die Völker, die nun einmal von der Vorsehung dazu bestimmt oder meinetwegen verdammt sind, nebeneinander zu leben, sich zweckmässigerweise nicht künstlich und unnotwendig das Leben noch verbittern sollten.

Der verstorbene Marschall Pilsudski, der derselben Meinung anhing, war daher bereit, die Frage einer Entgiftung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu überprüfen und endlich das Abkommen abzuschliessen, durch das Deutschland und Polen in der Regelung ihrer beiderseitigen Beziehungen entschlossen waren, auf das Mittel des Krieges endgültig zu verzichten. Diese Abmachung hatte allerdings eine einzige Ausnahme ; sie wurde praktisch Polen zugestanden. Es wurde festgestellt, dass die von Polen schon bisher getroffenen Beistandspakte, es war dies der Beistandspakt mit Frankreich, dadurch nicht berührt werden sollten. Es war aber selbstverständlich, dass sich dies ausschliesslich auf den bereits vorhandenen Beistandspakt beziehen konnte und nicht auf beliebig neu abzuschliessende.

Tatsache ist, dass das deutsch-polnische Abkommen zur ausserordentlichen Entspannung der europäischen Lage beitrug.

Immerhin war zwischen Deutschland und Polen eine Frage offen, die früher oder später ganz natürlich gelöst werden musste, die Frage der deutschen Stadt Danzig. Danzig ist eine deutsche Stadt, und sie will zu Deutschland. Umgekehrt hat diese Stadt vertragliche Abmachungen, die ihr allerdings aufgezwungen waren durch die Versailler Friedensdiktatoren, mit Polen. Da nun ausserdem der Völkerbund früher als grösster Unruhestifter nunmehr mit einem allerdings ausserordentlich taktvollen Hohen Kommissar vertreten ist, muss spätestens mit dem allmählichen Erlöschen dieser unheilvollen Institution das Problem Danzig so oder so erörtert werden. Ich sah nun in der friedlichen Lösung dieser Frage einen weiteren Beitrag für eine endgültige europäische Entspannung. Denn dieser Entspannung dient man sicherlich nicht durch die Hetze wahnsinnig gewordener Kriegstreiber, sondern durch die Beseitigung wirklicher Gefahrenmomente. Ich habe nun der Polnischen Regierung, nachdem das Problem Danzig schon vor Monaten einige Male besprochen worden war, ein konkretes Angebot unterbreiten lassen. Ich teile Ihnen, meine Abgeordneten, nunmehr dieses Angebot mit, und Sie werden sich selbst ein Urteil bilden, ob es nicht im Dienste des europäischen Friedens das gewaltigste Entgegenkommen darstellt, das an sich denkbar war. Ich habe, wie schon betont, die Notwendigkeit eines Zuganges dieses Staates zum Meere stets eingesehen und damit auch in Rechnung gestellt. Ich bin ja kein demokratischer Staatsmann, sondern ein realistischer Nationalsozialist. Ich hielt es aber auch für notwendig, der Warschauer Regierung klarzumachen, dass so, wie sie einen Zugang zum Meere wünscht, Deutschland einen Zugang braucht zu seiner Provinz im Osten. Es sind dies nun einmal schwierige Probleme. Dafür ist nicht Deutschland verantwortlich, sondern jene Zauberkünstler von Versailles, die in ihrer Bosheit und in ihrer Gedankenlosigkeit in Europa hundert Pulverfässer herumstellten, von denen jedes Einzelne ausserdem noch mit kaum auslöschbaren Lunten versehen worden war.

Man kann nun diese Probleme nicht nach irgendeinem alten Schema lösen, sondern ich halte es für notwendig, dass man hier neue Wege geht. Denn der Weg Polens zum Meer durch den Korridor und umgekehrt ein deutscher Weg durch diesen Korridor haben überhaupt keine militärische Bedeutung. Ihre Bedeutung liegt ausschliesslich auf psychologischem und wirtschaftlichem Gebiet. Einem solchen Verkehrsstrang eine militärische Bedeutung zuweisen zu wollen, hiesse sich einer militärischen Naivität von seltenem Ausmass ergeben.

Ich habe nunmehr der Polnischen Regierung folgenden Vorschlag unterbreiten lassen:

1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.
2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Strasse und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, als der Korridor ihn für Polen besitzt. Dafür ist Deutschland bereit:

1. sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen,
2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Grösse und bei vollständigem freiem Zugang sicherzustellen,
3. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen als gegebene hinzunehmen und zu akzeptieren,
4. einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschliessen, also einen Pakt, der weit über mein eigenes Leben hinausreichen würde, und
5. die Unabhängigkeit des slowakischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen, was den praktischen Verzicht auf jede einseitige deutsche Vormachtstellung in diesem Gebiet bedeutet.

Die Polnische Regierung hat dieses mein Angebot abgelehnt und sich

1. nur bereit erklärt, über die Frage des Ersatzes des Völkerbundskommissars zu verhandeln und
2. Erleichterungen für den Durchgangsverkehr durch den Korridor zu erwägen.

Ich habe diese mir unverständliche Haltung der Polnischen Regierung aufrichtig bedauert. Jedoch das allein ist nicht das Entscheidende, sondern das Schlimmste ist, dass nunmehr ähnlich wie die Tschecho-Slowakei vor einem Jahr auch Polen glaubt, unter dem Druck einer verlogenen Welthetze Truppen einberufen zu müssen, obwohl Deutschland seinerseits überhaupt nicht einen einzigen Mann eingezogen hat und nicht daran dachte, irgendwie gegen Polen vorzugehen. Wie gesagt, dies ist an sich sehr bedauerlich, und die Nachwelt wird einmal entscheiden, ob es nun wirklich so richtig war, diesen von mir gemachten einmaligen Vorschlag abzulehnen. Dies – wie gesagt – war ein Versuch von mir, eine die ganze deutsche Nation innerlich bewegende Frage in einem wahrhaft einmaligen Kompromiss zu lösen, und zwar zu lösen zugunsten beider Länder.

Meiner Überzeugung nach war Polen bei dieser Lösung aber überhaupt kein gebender Teil, sondern nur ein nehmender; denn dass Danzig niemals polnisch werden wird, dürfte wohl ausser Zweifel stehen.

Die Deutschland nunmehr von der Weltpresse einfach angedichtete Angriffsabsicht führte in der Folge zu den Ihnen bekannten sogenannten Garantieangeboten und zu einer Verpflichtung der Polnischen Regierung für einen gegenseitigen Beistand, der also Polen unter Umständen zwingen würde, im Falle eines Konflikts Deutschlands mit irgendeiner anderen Macht, durch den wieder England auf den Plan gerufen würde, nun seinerseits gegen Deutschland militärisch Stellung zu nehmen.

Diese Verpflichtung widerspricht der Abmachung, die ich seinerzeit mit dem Marschall Pilsudski getroffen habe.

Denn in dieser Abmachung ist ausschliesslich Bezug genommen auf bereits, also damals bestehende Verpflichtungen, und zwar auf die uns bekannten Verpflichtungen Polens Frankreich gegenüber.

Diese Verpflichtungen nachträglich zu erweitern, steht im Widerspruch zur deutsch-polnischen Nichtangriffspakt-erklärung.

Ich hätte unter diesen Umständen damals diesen Pakt nicht abgeschlossen. Denn was haben Nichtangriffspakte überhaupt für einen Sinn, wenn sich der eine Partner praktisch eine Unmenge von Ausnahmefällen offen lässt I Es gibt entweder kollektive Sicherheit, d.h. kollektive Unsicherheit und ewige Kriegsgefahr, oder klare Abkommen, die aber auch grundsätzlich jede Waffenwirkung unter den Kontrahenten ausschliessen.

Ich sehe deshalb damit das von mir und dem Marschall Pilsudski seinerzeit geschlossene Abkommen als durch Polen einseitig verletzt an und damit als nicht mehr bestehend !

Ich habe dies der Polnischen Regierung mitgeteilt. Ich kann aber auch hier nur wiederholen, dass dies keine Änderung meiner grundsätzlichen Einstellung zu den angeführten Problemen bedeutet. Sollte die Polnische Regierung Wert darauf legen, zu einer neuen vertraglichen Regelung der Beziehungen zu Deutschland zu kommen, so werde ich das nur begrüssen, allerdings unter der Voraussetzung, dass eine solche Regelung dann auf einer ganz klaren und gleichmässig beide Teile bindenden Verpflichtung beruht. Deutschland ist jedenfalls gerne bereit, solche Verpflichtungen zu übernehmen und dann auch zu erfüllen . ..

Wie aufrichtig der Wunsch der Deutschen Reichsführung nach einer Freundschaft mit England auch zu einer Zeit noch war, da dieses England seinem Vernichtungswillen gegen Deutschland durch die Garantie an Polen bereits offen Ausdruck gegeben hatte, beweisen die Stellen derselben Führerrede, die sich mit England befassen:

... Ich habe während meiner ganzen politischen Tätigkeit immer den Gedanken der Herstellung einer engen deutscli-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit vertreten. Ich fand in meiner Bewegung ungezählte gleichgesinnte Menschen. Vielleicht schlossen sie sich mir auch wegen dieser meiner Einstellung an. Dieser Wunsch nach einer deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit deckt sich nicht nur mit meinen Gefühlen, die sich aus der Herkunft unserer beiden Völker ergeben, sondern auch mit meiner Einsicht in die im Interesse der ganzen Menschheit liegende Wichtigkeit der Existenz des Britischen Weltreiches.

Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, dass ich im Bestände dieses Reiches einen unschätzbaren Wertfaktor für die ganze menschliche Kultur und Wirtschaft sehe. Wie immer auch Grossbritannien seine kolonialen Gebiete erworben hat – ich weiss, es geschah dies alles durch Gewalt und sehr oft durch brutale Gewalt –, so bin ich mir doch darüber im Klaren, dass kein anderes Reich auf anderem Wege bisher entstanden ist und dass letzten Endes vor der Weltgeschichte weniger die Methode als der Erfolg gewertet wird, und zwar nicht im Sinne des Erfolges der Methode, sondern des allgemeinen Nutzens, der aus einer solchen Methode entsteht.

Das angelsächsische Volk hat nun ohne Zweifel eine unermessliche kolonisatorische Arbeit auf dieser Welt vollbracht. Dieser Arbeit gehört meine aufrichtige Bewunderung. Der Gedanke an eine Zerstörung dieser Arbeit erschiene und erscheint mir von einem höheren menschlichen Standpunkt aus nur als ein Ausfluss menschlichen Herostratentums. Allein dieser mein aufrichtiger Respekt vor dieser Leistung bedeutet nicht einen Verzicht auf die Sicherung des Lebens meines eigenen Volkes.

Ich halte es für unmöglich, eine dauernde Freundschaft zwischen dem deutschen und dem angelsächsischen Volk herzustellen, wenn nicht auch auf der anderen Seite die Erkenntnis vorhanden ist, dass es nicht nur britische, sondern auch deutsche

Interessen gibt, dass nicht nur die Erhaltung des Britischen Weltreiches für die britischen Männer Lebensinhalt und Lebenszweck ist, sondern für die deutschen Männer die Freiheit und Erhaltung des Deutschen Reiches ! Eine wirklich dauernde Freundschaft zwischen diesen beiden Nationen ist nur denkbar unter der Voraussetzung der gegenseitigen Respektierung.

Das englische Volk beherrscht ein grosses Weltreich. Es hat dieses Weltreich gebildet in einer Zeit der Erschlaffung des deutschen Volkes. Vordem war Deutschland ein grosses Weltreich. Es beherrschte einst das Abendland. In blutigen Kämpfen und religiösen Streitigkeiten sowie aus den Gründen einer inneren staatlichen Aufsplitterung ist dieses Reich an Macht und Grösse gefallen und endlich in tiefen Schlaf gesunken. Allein als dieses alte Reich sein Ende zu nehmen schien, da wuchs bereits der Keim zu seiner Wiedergeburt. Aus Brandenburg und Preussen entstand ein neues Deutschland, das Zweite Reich, und aus ihm wurde nunmehr endlich das deutsche Volksreich.

Es möchten nun alle Engländer begreifen, dass wir nicht im Geringsten das Gefühl einer Inferiorität den Briten gegenüber besitzen. Dazu ist unsere geschichtliche Vergangenheit zu gewaltig !

England hat der Welt viele grosse Männer geschenkt, Deutschland nicht weniger. Der schwere Kampf um die Lebensbehauptung unseres Volkes hat im Laufe von drei Jahrhunderten nur in der Verteidigung des Reiches von uns Blutopfer gefordert, die weit darüber hinausgingen, was andere Völker für ihre Existenz zu bringen hatten. Wenn Deutschland als ewig angegriffener Staat dabei trotzdem seinen Besitzstand nicht zu wahren vermochte, sondern viele Provinzen opfern musste, dann nur infolge seiner staatlichen Fehlentwicklung und der daraus bedingten Ohnmacht ! Dieser Zustand ist nun überwunden. Wir haben daher als Deutsche nicht im Geringsten die Empfindung, dem britischen Volk

etwa unterlegen zu sein. Die Achtung vor uns selbst ist genau so gross wie die eines Engländers vor England. Die Geschichte unseres Volkes hat in ihrer nunmehr fast 2000-jährigen Dauer Anlässe und Taten genug, um uns mit einem aufrichtigen Stolz zu erfüllen.

Wenn nun England für diese unsere Einstellung kein Verständnis aufbringt, sondern in Deutschland glaubt vielleicht einen Vasallenstaat erblicken zu können, dann ist allerdings unsere Liebe und unsere Freundschaft an England umsonst dargeboten worden. Wir werden deshalb nicht verzweifeln oder verzagen, sondern wir werden dann – gestützt auf das Bewusstsein unserer eigenen Kraft und auf die Kraft unserer Freunde – die Wege finden, die unsere Unabhängigkeit sicherstellen und unserer Würde keinen Abbruch tun.

Ich habe die Erklärung des Britischen Premierministers vernommen, nach der er meint, in Versicherungen Deutschlands kein Vertrauen setzen zu können. Ich halte unter diesen Umständen es für selbstverständlich, dass wir weder ihm noch dem englischen Volk weiterhin eine Lage zumuten wollen, die nur unter Vertrauen denkbar ist.

Als Deutschland nationalsozialistisch wurde und damit seine Wiederauferstehung einleitete, habe ich im Verfolg meiner unentwegten Freundschaftspolitik England gegenüber von mir aus selbst den Vorschlag einer freiwilligen Begrenzung der deutschen Seerüstung gemacht. Diese Begrenzung setzte allerdings eines voraus, nämlich den Willen und die Überzeugung, dass zwischen England und Deutschland niemals mehr ein Krieg möglich sein würde. Diesen Willen und die Überzeugung besitze ich auch heute noch.

Ich muss aber nunmehr feststellen, dass die Politik Englands inoffiziell und offiziell keine Zweifel darüber lässt, dass man in London diese Überzeugung nicht mehr teilt, sondern im Gegenteil der Meinung ist, dass, ganz gleich, in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Grossbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müsste.

Man sieht also dort den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches an. Ich bedauere dies tief; denn die einzige Forderung, die ich an England stellte und immer stellen werde, ist die nach Rückgabe unserer Kolonien. Ich liess aber keine Unklarheit darüber, dass dies niemals der Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung sein würde. Ich war immer des Glaubens, dass England, für das diese Kolonien keinen Wert haben, einmal Verständnis für die deutsche Lage aufbringen würde und die deutsche Freundschaft dann höher bewerten müsste als Objekte, die keinerlei realen Nutzen für England abwerfen, während sie für Deutschland lebenswichtig sind.

Ich habe aber, davon abgesehen, nie eine Forderung gestellt, die irgendwie britisches Interesse berührt haben würde oder die dem Weltreich hätte gefährlich werden können und mithin für England irgendeinen Schaden bedeutet haben könnte. Ich habe mich immer nur im Rahmen jener Forderungen bewegt, die auf das engste mit dem deutschen Lebensraum und damit dem ewigen Besitz der deutschen Nation Zusammenhängen. Wenn nun England heute in der Publizistik und offiziell die Auffassung vertritt, dass man gegen Deutschland unter allen Umständen auftreten müsste und dies durch die uns unbekannte Politik der Einkreisung bestätigt, dann ist damit die Voraussetzung für den Flottenvertrag beseitigt. Ich habe mich daher entschlossen, dies der Britischen Regierung mit dem heutigen Tage mitzuteilen.

Es handelt sich dabei für uns nicht um eine materielle Angelegenheit – denn ich hoffe noch immer, dass wir ein Wettrüsten mit England vermeiden können –, sondern um einen Akt der Selbstachtung. Sollte die Britische Regierung aber Wert darauflegen, mit Deutschland über dieses Problem noch einmal in Verhandlungen einzutreten, dann würde sich niemand glücklicher schätzen als ich, um vielleicht doch noch zu einer klaren und eindeutigen Verständigung kommen zu können.

Im Übrigen kenne ich mein Volk – und ich baue darauf. Wir wollen nichts, was uns nicht einst gehört hat, kein Staat

wird von uns in seinem Eigentum jemals beraubt werden, allein jeder, der Deutschland glaubt angreifen zu können, wird eine Macht und einen Widerstand vorfinden, gegenüber denen die des Jahres 1914 unbedeutend waren . . .

Mit der Reichstagsrede vom 28. April war durch den Führer ein Strich unter sechs Jahre ehrlichen und geduldigen Bemühens um die polnische Freundschaft gezogen. Trotzdem streckte der Führer in diesem Augenblick Polen noch einmal die Hand entgegen und erklärte sich auch jetzt noch für Deutschland zu einer neuen vertraglichen Regelung bereit. Polen hat davon keinen Gebrauch gemacht, sondern mit der hochfahrenden Rede Becks vom 5. Mai, mit einer Steigerung der antideutschen Hetze und mit einer nicht mehr abreissenden Kette von hetzerischen Reden und Pressestimmen geantwortet. Von massgebender polnischer Seite wurde schliesslich bestätigt, dass Beck nicht nur der Gefangene des polnischen Chauvinismus, sondern auch der englischen Einkreisungsbemühungen geworden war.

Nr. 50 (216)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Bericht

Warschau, den 23. Mai 1939

Ich hatte dieser Tage Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Arciszewski, aus der mir folgendes bemerkenswert zu sein scheint:

Herrn Arciszewski lag offenbar daran, klarzustellen, dass die Schwenkung der polnischen Politik, wie sie durch die englisch-polnische Garantieerklärung zum Ausdruck gekommen sei, nicht auf die persönliche Initiative des Ministers Beck zurückgeführt werden könne. Herr Beck habe diese ganze Politik mit innerem Widerstreben unter dem Druck der Militärs und der öffentlichen Meinung mitgemacht. Schliesslich

sei er nicht mehr in der Lage gewesen, das englische Angebot zurückzuweisen. Er habe aber die ihm schon mit Rücksicht auf die hiesige Stimmung inopportun erscheinende Erörterung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit immer wieder hinausgeschoben, bis er durch die Führerrede zu einer Entgegnung gezwungen worden sei. Seine Antwort vor dem Sejm, in der er notgedrungen eine Politik habe vertreten müssen, die nicht die seine sei, sowie die Begeisterung, die seine Rede in der hiesigen Öffentlichkeit ausgelöst habe, hätten Herrn Beck nur mit Bitterkeit erfüllt. Herr Arciszewski schilderte dann in dramatischer Form, wie Herr Beck am Tage nach der Sejmrede einen ganzen Stoss von Huldigungstelegrammen mit einem Wutausbruch in die Ecke geworfen habe. Herr Beck sei auch heute noch im Grunde genommen Anhänger der alten Politik. Insbesondere erscheine es ihm aber auch unsinnig, dass gerade die beiden verhältnismässig so armen Länder Deutschland und Polen sich schlagen sollten, was letzten Endes doch nur im Interesse der reichen Länder gelegen sei.

Diese Darstellung mag etwas gefärbt sein. Immerhin stimmen doch verschiedene Beobachtungen darin überein, dass Herr Beck im Laufe der letzten Monate in der Verfolgung der von Marschall Pilsudski uns gegenüber eingeschlagenen Linie immer weniger Gefolgschaft hatte. Als sich dann die Möglichkeit ergab, eine englische Garantie für die polnischen Westgrenzen zu erhalten, sind es offenbar die militärischen Kreise gewesen, die diese Schwenkung der Politik herbeigeführt haben. Herr Beck hat sich dann gezwungen gesehen, diese Politik mitzumachen, schon weil er sich sonst nicht hätte halten können.

von Moltke

Von Polen war das Angebot eines gütlichen Übereinkommens endgültig im Mai zurückgewiesen worden. Aber auch auf englischer Seite geschah nunmehr durch vier Monate hindurch nichts, wodurch Polen veranlasst worden wäre, überhaupt von sich aus auf Verhandlungen mit Deutschland hinzuwirken. Im Gegenteil, die polnische

Überheblichkeit wurde nun sichtlich von England ermutigt. Anfang Mai fand über diese Sachlage zwischen dem Französischen Botschafter Coulondre und Staatssekretär Weizsäcker eine Unterhaltung statt, in der dies von deutscher Seite deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Inzwischen wurde aber die britische Einkreisungspolitik gegen die Achse mit aller Macht weitergetrieben. Bereits am 12. Mai konnte Chamberlain im Unterhause mit einer Erklärung über einen vorläufigen englisch-türkischen Beistandspakt hervortreten, während andererseits das Werben Englands und Frankreichs um die Sowjetunion bis zur Selbsterniedrigung verstärkt wurde. In jener Zeit sandte der deutsche Generalkonsul in New York ein Telegramm an das Auswärtige Amt, aus dem eindeutig hervorging, dass man auch in amerikanischen Kreisen bereits davon überzeugt war, dass England in jedem Falle loszuschlagen beabsichtige.

Nr. 51 (304)

Der Deutsche Generalkonsul in New York
an das Auswärtige Amt
Telegramm

New York, den 25. Mai 1939

Führender amerikanischer Geschäftsmann gab nach Rückkehr von Europareise vertraulich Freunden gegenüber Ansicht Ausdruck, dass eine Kriegsgefahr gegenwärtig viel mehr von England her als durch Deutschland bestehe. Die Englische Regierung sei heute endgültig entschlossen, anhaltende internationale Spannung mit Gefahrenmomenten für Sicherheit Imperiums zu beenden, und werde erste Gelegenheit, die Deutschland gebe, ergreifen, um Entscheidung zu erzwingen. Voraussetzung sei lediglich erfolgreicher Abschluss Paktes mit Sowjetrussland. Vertrauliche Mitteilung wurde mit Empfehlung verbunden, möglichst bald dieser Lage Rechnung tragende geschäftliche Dispositionen zu treffen.

Geschäftsmann soll von September als günstigem Termin für englische Aktion gesprochen haben, während andere Nachrichten aus Wallstreet etwas späteren Termin, etwa Oktober, nennen.

Kürzliche Erklärung Britischen Schatzkanzlers im Unterhaus, die englische Geschäftswelt vor Fortsetzung Kapitalanlagen in amerikanischen Wertpapieren warnt, um daraus resultierende Entblössung britischen Kapitalmarktes zu verhindern, wird in Kreisen, die Wallstreet nahestehen, als Bestätigung dieser Auffassungen angesehen.

Gleiche Kreise finden auch Artikel amerikanischen Journalisten Demaree Bess aus Paris in «Saturday Evening Post» beachtlich, wonach bereits im vergangenen Winter hoher britischer Marineoffizier erklärte, gewollte Herausforderung Deutschlands sei Englands einziger Ausweg,eine Auffassung,die nach Bess' Erklärung seit Errichtung böhmischen Protektorats in London erheblich an Boden gewonnen habe.

Borchers

Tatsächlich haben sich führende britische Politiker seit Anfang 1939 einer in der britisch-deutschen Geschichte kaum je dagewesenen Methode bewusster Beleidigungen und Herausforderungen Deutschlands und seines Führers befleissigt.

Im Laufe des Juni erfolgte die endgültige Einigung zwischen Chamberlain, bzw. der Britischen Regierung und der Churchill-Eden-Opposition, die nur auf der Basis eines von England aus führenden Präventivkrieges gegen Deutschland möglich war. Am 23. Juni schliesslich wurde eine französisch-türkische Erklärung über die gegenseitige Hilfeleistung abgegeben, die die englisch-türkische vom 12. Mai ergänzte. Ende Juni hielt dann Halifax seine bekannte Rede im Chatham-House in London, in der er offiziell die Kriegsbereitschaft Englands mitteilte, während gleichzeitig Generalstabsbesprechungen zwischen Frankreich und England stattfanden, bei denen über den gemeinsamen Oberbefehl im kommenden Kriege gesprochen wurde.

Nr. 52 (313)

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt
Bericht

London, den 29. Juni 1939

Der Besuch des Generals Gamelin in London Anfang Juni hat zweifellos dazu gedient, u.a. Fragen des gemeinsamen Oberbefehls zu besprechen. Hierbei sind die einzelnen wahrscheinlichen Kriegstheater (Westeuropa, westliches Mittelmeer, Naher Osten, Ferner Osten) besprochen worden.

Ein abschliessendes Ergebnis ist nicht bekanntgeworden. Es darf jedoch mit Fug und Recht angenommen werden, dass der Oberbefehl zu Lande in Westeuropa in französischen Händen liegen wird. Die Frage der Verantwortlichkeit dieses Oberbefehlshabers einer interalliierten Körperschaft gegenüber ist jedoch augenscheinlich noch nicht geklärt. Auf sie wird von englischer Seite, wie Anfragen im Parlament beweisen, grosser Wert gelegt. Der Premierminister selbst hat sich am 14.6. im Parlament nur zu einer sehr vorsichtigen Auskunft herbeigelassen, aus der hervorgehen könnte, dass die Frage des Oberbefehls zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig geklärt war. Wie man hört, sollen sich die Franzosen in den betreffenden Verhandlungen sehr schwierig und anspruchsvoll gezeigt haben, so dass die Engländer keineswegs restlos befriedigt sind.

Zu den Verhandlungen mit Frankreich sind auch die soeben abgeschlossenen Generalstabsbesprechungen in Singapore zu zählen, bei denen neben der Regelung des gemeinsamen Oberbefehls, der voraussichtlich in englischer Hand liegen dürfte, die Benutzung der britischen See- und Luftstützpunkte durch Frankreich behandelt wurde. Auch hier ist ein endgültiges Ergebnis noch nicht bekanntgeworden.

Im Auftrag
von Selzam

Nr. 53 (252)

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt
Bericht

London, den 10. Juli 1939

Die Hetzkampagne wegen eines angeblich geplanten deutschen Handstreichs gegen Danzig ist nach einigen Tagen an ihrer Verlogenheit zusammengebrochen.

Damit wäre an sich dieses neue Kapitel der Bemühungen unserer Feinde, Deutschland in einen Weltkrieg zu verwickeln, abgeschlossen. Aber diese wenigen Tage haben eine stimmungsmässige Lage der englischen Öffentlichkeit enthüllt, die ernste Aufmerksamkeit verdient.

Durch eine Reihe von verschiedenen Faktoren: durch die gegen Deutschland gerichtete Einkreisungsaktion der Regierung, durch die Aufrüstungspropaganda, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Luftschutzorganisation, vor allem durch die Flut antideutscher Propaganda in Presse, Kino, Theater und Rundfunk, ist die für emotionelle Reaktionen empfängliche öffentliche Meinung Englands in einen Geisteszustand versetzt worden, der den Begriff «Krieg» zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche macht. Schattierungen bestehen nur in der Beantwortung der Frage: Ist der Krieg unvermeidlich oder nicht? Die Mehrzahl der Durchschnittsengländer bejaht diese Frage gefühlsmässig; eine nachdenklichere Minderheit verneint sie in der Erkenntnis, dass im Rahmen der deutsch-englischen Beziehungen alle vorhandenen Streitfragen bei gutem Willen lösbar sein müssten und dass auch ein siegreicher Krieg niemandem Vorteile bringen würde. Aber auch diese an sich vernünftigen Kreise werden beeinflusst durch die Kenntnis der von der britischen Wehrmacht getroffenen Massnahmen: Bereitschaft der Flotte für Ende Juli, Ausrichtung der militärischen Ausbildung und organisatorischer Massnahmen für denselben Termin.

von Dirksen

Mitte Juli tauchte in London zum erstenmal die Befürchtung auf, die Einkreisungspolitik könnte durch die Sowjetunion ztifn Scheitern gebracht werden. Es war bezeichnend, dass man in London zu fürchten begann, hierdurch könne Polen doch noch zii Verhandlungen mit Deutschland schreiten, wodurch der so sorgfältig angelegte Plan eines Präventivkrieges ins Wasser gefallen wäre.

Nr. 54 (319)

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt
Telegramm

London, den 15. Juli 1939

Nach Mitteilung aus sehr zuverlässiger Quelle soll in massgebenden hiesigen politischen Kreisen die Besorgnis vor dem Zustandekommen eines deutsch-russischen Ausgleichs sich letzthin erheblich gesteigert haben. Man befürchtet vor allem, dass die logische Folge eines solchen Ausgleichs das Bestreben der Polen sein würde, sich ihrerseits nunmehr Deutschland zu nähern, nachdem die russische Rückendeckung weggefallen sei.

Innerpolitisch befürchtet man hier insofern von einem deutsch-russischen Ausgleich und einer Abmilderung des deutsch-polnischen Gegensatzes unerfreuliche Rückwirkungen, als dann die Wahlparole der Regierung wesentlich beeinträchtigt würde. Die Wählerschaft würde die Frage stellen, warum die Regierung so viele Monate Kriegsstimmung entfacht und eine politische Front gegen Deutschland zu bilden versucht habe, trotzdem die innere Begründung für ein solches Vorgehen durch das Eintreten einer ruhigen Atmosphäre in den Beziehungen Deutschlands zu Russland und Polen fehle.

Dirksen

Ende Juli erklärte sich England, um das sowjetrussische Bündnis auf jeden Fall zu sichern, dazu bereit, militärische Verhandlungen aufzunehmen, ehe die politischen zum Abschluss gekommen waren. Dies war ein Vorgang, von dem Chamberlain im Unterhaus erklärte, er sei einzigartig.

Nr. 55 (323)

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt
Telegramm

Paris, den 28. Juli 1939

Zu Moskauer Verhandlungen erfahre ich aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen folgendes:

I. Wenn England und Frankreich jetzt nicht nur darauf einzugehen bereit sind, militärische Besprechungen vor Einigung über politischen Vertrag zu führen, sondern diese mit besonderem Eifer betreiben, so sind drei Erwägungen dafür massgebend:

1. England und Frankreich wünschen um jeden Preis Vertagung oder Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden, weil sie glauben, dass, solange Verhandlungen im Fluss sind, Deutschland in Danzig nichts unternehmen wird. Politische Verhandlungen waren zu gewissem Abschluss gelangt, nachdem Einigung über alle Punkte bis auf Definition indirekten Angriffs und Modalitäten Hilfeleistung erfolgt war. Bei letzterem Punkt spielen so viele militärische Gesichtspunkte hinein, dass ohne gleichzeitige militärische Besprechungen nicht weiter zu kommen ist.

2. Mit Entsendung zweier repräsentativer Militärmissionen nach Moskau glaubt man Atmosphäre zum Abschluss auch politischen Vertrags günstig beeinflussen zu können.

3. Mit einer eventuellen Einigung der Militärs hoffen auch Politiker Druck zur Überwindung letzter Schwierigkeiten aus-

üben zu können, wenn man sich auch nicht verhehlt, dass in militärischen Besprechungen von russischer Seite ausser dem Problem der Randstaaten das schwierige Problem der Duldung militärischen Beistands durch Polen und Rumänien angeschnitten werden wird.

II. Abschluss englisch-japanischen Abkommens soll von Engländern in Moskauer Verhandlungen in folgendem Sinne verwertet worden sein: England habe Verhandlungen über Tientsin durch eine auf die Dauer des Konflikts beschränkte Anerkennung japanischer Interessen in China teuer erkauft. Es sei dazu gezwungen worden, weil es Hände in Europa frei haben müsse, solange nicht in Moskauer Verhandlungen Vertrag zustande komme. Sollte dies scheitern, so werde England bezüglich seiner Position in Ostasien in schwierige Lage kommen und Russland auf die Dauer immer stärker japanischem Druck ausgesetzt sein.

III. Im Zusammenhang mit Moskauer Verhandlungen soll Bestehen des deutsch-russischen Vertrags von 1926 auf französischer und englischer Seite erörtert worden sein. Man habe die Frage geprüft, ob von Russen Kündigung des Vertrags oder Erklärung über seine Bedeutungslosigkeit verlangt werden könne, habe die Frage aber anscheinend zurückgestellt, um die Verhandlungen nicht noch mehr zu erschweren.

IV. Französische Militärmission, die bereits zusammengestellt wird, soll von General Doumenc, Chef der 2. Region in Lille, geführt werden. Dieser ist Artillerist und gilt als besonders befähigter Offizier; er war im Krieg Organisator des Kraftfahrwesens und vor Übernahme Frontkommandos in Lille, wo er zuerst 1. Division befehligte, stellvertretender Generalstabschef unter Weygand.

Welczek

Der Abschluss des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes versetzte der britischen Einkreisungspolitik den Todesstoss. Dieses gegen Deutschland gerichtete Unternehmen war in der Konzeption jedenfalls, die es durch Lord Halifax erhalten hatte, missglückt. Aber England

hatte alle Brücken zu einer friedlichen Regelung mit voller Absicht hinter sich abgebrochen und liess dem Verhängnis nunmehr freien Lauf. Inzwischen war Polen längst zum Werkzeug der englischen Kriegspolitik, geworden und nichts wurde mehr von England getan, um in letzter Stunde noch eine bremsende Wirkung auszuüben.

DRITTES KAPITEL

Polen als Werkzeug des englischen Kriegswillens

A) Die Wirkung der britischen Garantien

Polens Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe und Danzig

Durch die Ablehnung der letzten deutschen Vorschläge einer friedlichen Lösung war Polen nunmehr auch äusserlich wieder in die 1919 übernommene und auch 19)4 innerlich nie auf gegebene Rolle eines Erbfeindes Deutschlands zurückgekehrt. Gedeckt durch das britische Garantieversprechen, liess die Polnische Regierung die letzten Hemmungen fallen und leitete, alsbald einen Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe ein, der alles Bisherige übertraf und das klar erkennbare Ziel der völligen Entrechtung und schliesslichen Ausrottung des deutschen Elements verfolgte. Hand in Hand damit ging eine Politik immer unverhüllterer Herausforderungen sowohl gegen Danzig, dessen Eingliederung in den polnischen Staat allmählich zum Programmpunkt der offiziellen Politik erhoben wurde, als auch gegen Deutschland selbst. Polens Aussenminister Beck wurde immer mehr Zum Gefangenen der britischen Einkreisungspolitik und des von ihr genährten polnischen Chauvinismus, denen er sich unter Preisgabe seiner bisherigen eigenen politischen Linie unterwarf. Polen hatte endgültig für die Einkreisungspolitik gegen Deutschland optiert und hatte begonnen, seinen Beitrag hierzu im Kampf gegen die deutsche Volksgruppe auf seinem eigenen Staatsboden in weitestem Ausmasse zu erbringen.

Während die deutschen diplomatischen und konsularischen Vertreter in Polen ihrer Regierung immer neue polnische Rechtsverletzungen und Ausschreitungen gegen die deutsche Volksgruppe berichten müssen, versuchten die Vertreter der deutschen Volksgruppe nochmals in einer Eingabe an den polnischen Staatspräsidenten eine Abstellung der ärgsten Missstände zu erreichen.

Nr. 56 (369)

Eingabe der Vertreter der deutschen Volksgruppe an den Polnischen Staatspräsidenten

den 12. Mai 1939

Im Namen der deutschen Volksgruppe in Polen unterbreiten wir Ihnen, Herr Präsident, dem Inhaber der einheitlichen und unteilbaren Staatsgewalt, die Bitte, den der deutschen Volksgruppe in der Verfassung und den Gesetzen verbürgten Rechten Achtung und Geltung zu verschaffen. Wir sind zu diesem Schritt gezwungen, weil die fast unzähligen schriftlichen und mündlichen, mit schlüssigen Beweisen belegten Vorstellungen bei der Regierung erfolglos geblieben sind, und in der Erinnerung an die Worte, die Sie, hochzuverehrender Herr Präsident, am 5. November 1937 aus Anlass der Vereinbarung zwischen der Polnischen und der Deutschen Regierung über die Behandlung der beiderseitigen Volksgruppen an die Unterzeichneten richteten. Sie betonten damals als wichtigste Voraussetzung für das harmonische Zusammenleben zwischen Polen und Deutschen die Achtung vor dem Volkstum des andern.

Die Lage der deutschen Volksgruppe war immer schwer. Die aus dem weltpolitischen Geschehen entstandenen Spannungen entladen sich seit Wochen in unverhülltem leidenschaftlichem Hass und überaus zahlreichen Gewalttätigkeiten gegen die deutsche Volksgruppe und ihre einzelnen Angehörigen. Wir haben von der Regierung die mündliche Versicherung erhalten, dass sie deutschfeindliche Ausschreitungen missbillige und Anweisungen erteilt habe, Aufreizungen und Ausschreitungen zu verhindern. Wirksamen Schutz hat die deutsche Volksgruppe nicht gefunden. Sie ist bis zur Vernichtung gefährdet. Die Zahl der arbeitslosen Deutschen ist erschreckend hoch. Sie nimmt besonders in den Industriegebieten ständig zu. Die Organe des Arbeitsrechts versagen

Deutschen den Schutz. Deutschen ist die Einreihung in den Arbeitsprozess so gut wie verschlossen.

Für die Agrarreform wird der deutsche Grundbesitz in unverhältnismässig höherem Masse herangezogen als der polnische, während die Zuweisung von Siedlungsflächen an Deutsche eine geradezu auffallende Ausnahme ist. Selbst im unmittelbaren Erbgange kann der Deutsche Grund und Boden nicht ohne Weiteres verlangen.

Die Pflege der kulturellen, geistigen, wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen und der Verkehr mit unserem Muttervolke wird behindert. Das Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung wird als staatsfeindlich verdächtigt. Katholischen Deutschen wird die Ausübung der religiösen Pflichten in ihrer Muttersprache durch deutschfeindliche Elemente vielfach erschwert und sogar unmöglich gemacht, ohne dass sie den Schutz der Sicherheitsbehörden finden. Auf dem Gebiete der evangelischen Kirchen, namentlich der evangelisch-unierten in Oberschlesien und der evangelisch-augsburgischen, wurden die Deutschen entrechtet, obwohl sie die bei weitem überwiegende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes darstellen.

An den öffentlichen deutschen Schulen werden polnische Lehrkräfte in einem Ausmasse beschäftigt, dass diese Schulen den Charakter als deutsche verloren haben. Für den deutschen Lehrernachwuchs besteht keine deutsche Anstalt. Das deutsche Privatschulwesen stösst auf die mannigfachsten Erschwernisse. Die Schliessung deutscher Privatschulen, besonders in Wolhynien, nimmt der deutschen Volksgruppe die wichtigsten Bildungsstätten. Der schlesische Sejm hat über die Staatsgesetze hinausgehende Sonderbestimmungen erlassen, auf Grund deren die Genehmigung zur Errichtung einer neuen deutschen Privatschule versagt und der Besuch deutscher Privatschulen verhindert wird. In der Woiwodschaft Schlesien werden Sprachprüfungen durchgeführt, denen eine Rechtsgrundlage fehlt. Deutsche Eltern, die sich weigern, ihre Kinder

der polnischen Schule zuzuführen, erleiden harte Geldstrafen und Freiheitsstrafen. Die Frage der Lehrbücher für die deutschen Privatschulen ist trotz jahrelanger Bemühungen offen. Die Erteilung der Unterrichtserlaubnis für Lehrkräfte wird vielfach versagt. Die Schulaufsicht wird ausschliesslich durch Polen ausgeübt. Die Schulaufsichtsbehörden zeigen für die Eigenart der deutschen Schule kein Verständnis und tragen ihr keine Rechnung.

Eine Zusammenfassung unserer deutschen Jugend in einen geschlossenen Verband zu erzieherischer und kultureller Betätigung ist bis heute an dem Widerstand der Behörde gescheitert. Unsere deutschen Kinder sind gerade in dem Alter, wo sie für die Erziehung am zugänglichsten sind, sich vollständig selbst überlassen.

Über diese Punkte, die in gedrängtester Kürze zusammengefasst sind, liegen der Regierung seit Jahren eingehend begründete Denkschriften und Anträge vor. Sie ist über die Anliegen der deutschen Volksgruppe im Einzelnen genau unterrichtet. Seit der Verkündung der Verfassung vom 17. März 1921 haben die Vertreter der deutschen Volksgruppe bei der Regierung und in den gesetzgebenden Körperschaften vergeblich den Erlass von Ausführungsgesetzen zu Art. 109* angestrebt. Der vorbildliche Gedanke des Art. 109 ist rein deklaratorisch geblieben. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind auf das Fehlen einer klaren Rechtsordnung für die Volksgruppe zurückzuführen.

** Artikel 109 der polnischen Verfassung lautete:*

Jeder Bürger hat das Recht, seine Nationalität zu bewahren und seine Sprache und nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen.

Besondere staatliche Gesetze sichern den Minderheiten im polnischen Staat die volle freie Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden öffentlich-rechtlichen Charakters im Umfang der Verbände der allgemeinen Selbstverwaltung.

Der Staat wird hinsichtlich ihrer Tätigkeit das Recht der Kontrolle und der Ergänzung ihrer finanziellen Mittel im Fall der Bedürftigkeit haben.

Die deutsche Volksgruppe ist auf das tiefste davon durchdrungen, dass ihre Behandlung der Verfassung und in sehr vielen Fällen den Absichten des Gesetzgebers widerspricht.

Aus der Verantwortung, die wir der Republik Polen ebenso wie unserer Volksgruppe schulden, halten wir uns für berechtigt und verpflichtet, Sie, hochzuverehrender Herr Präsident, unmittelbar zu unterrichten und um die Sicherung der durch die Verfassung verbürgten Rechte der deutschen Volksgruppe und die Sicherung der unterschiedslosen, lediglich durch das Recht bestimmten Anwendung der Gesetze zu bitten.

In ehrerbietiger Hochachtung
Namens der deutschen Volksgruppe:
Senator Erwin Hasbach Dipl.-Ing. Rudolf Wiesner

Nr. 57 (370)

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt
Bericht

Lodz, den 15. Mai 1939

Sehr schwere Ausschreitungen, die man als Deutschenpogrom bezeichnen kann, ereigneten sich am vergangenen Samstag, dem 13., und Sonntag, dem 14. Mai, in der Stadt Tomaschow-Mazowiecki (etwa 42‘000 Einwohner, davon etwa 3‘000 Deutsche), bei denen zahlreiche deutsche Existenzen vollständig vernichtet wurden. Dem Deutschen Schmiegel wurde der Schädel gespalten und eine Frau, deren Namen ich bisher nicht erfahren konnte, wurde bei ihrer Flucht auf einem Felde totgeschlagen. Der Sohn des Schmiegel, der aus einem Fenster des 2. Stockwerks eines Hauses geworfen wurde, liegt schwerverletzt darnieder.

Die Ausschreitungen begannen am Sonnabend, dem 13. Mai. Einige Tage vorher hatte der der Regierungspartei nahe-

stehende «Verband der Polnischen Berufsverbände» in gross plakatierten Aufrufen eine «Demonstration gegen die Deutschen» für Sonnabend, den 13. Mai, angekündigt. Diese begann durch Ansprachen vom Balkon eines Gebäudes aus, in dem der genannte Verband, die Regierungspartei OZON und dessen Jugendorganisation «Mloda Polska» («Das junge Polen») ihre Geschäftsräume hatten. In den Reden vor einer grossen Menschenmenge wurde in übelster Weise gegen Deutschland gehetzt und behauptet, die Polen würden im Reich sehr schlecht behandelt, man bräche ihnen Füsse und Hände, vernichte ihre Schulen und Kirchen und dergleichen mehr. Als der Pöbel genügend aufgewiegelt war, übergaben die Leiter der Demonstration Formulare an verschiedene zweifelhafte Elemente, die in Begleitung der Volksmenge von den Fabrikleitungen die sofortige Entlassung aller Deutschen und die Unterzeichnung der diese Erklärung enthaltenden Formulare fordern sollten. Dies geschah dann auch. Unter dem Druck der Strasse mussten sich die Firmen dazu bereit erklären, und man trieb daraufhin die deutschen Arbeiter aus den Fabriken. Nachdem dies erreicht war, fing die Menge an, alle deutschen Geschäfte und Privatwohnungen systematisch vollständig zu demolieren. In einer wilden Raserei vernichteten sie ziemlich alles deutsche Privateigentum. Die Deutschen wurden wie Freiwild gejagt, sie flüchteten sich auf das Land hinaus und kehrten erst bei Tagesanbruch wieder zurück. Viele wurden durch Messerstiche und Stockhiebe erheblich verletzt.

Während des Sonntags war dann zunächst Ruhe. Am Abend begannen die Ausschreitungen aber von neuem und die Menge vernichtete alles deutsche Privateigentum, das vom vorherigen Tage noch heil geblieben war. Besonders hervorzuheben ist, dass die Polizei mit den Demonstranten mitmarschiert war und nichts tat, um das Leben und Eigentum der Deutschen zu schützen. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Ausschreitungen unter Duldung der Regierung

erfolgt sind, wenn nicht sogar auf ihre Veranlassung hin. Jetzt, nach den abgeschlossenen Terrorakten, patrouillieren, um den Schein zu wahren, Polizeikommandos mit aufgepflanztem Seitengewehr in den Strassen der Stadt.

In Lodz wurden am Sonnabendabend die Fensterscheiben der Ruppertschen Buchhandlung in der Petrikauer Strasse, die deutsche Bücher und Zeitschriften verkauft, eingeschlagen, ferner die Fenster des Lokals des (völlig unpolitischen) Berufsverbandes Deutscher Angestellter. Weiterhin erfolgten am gestrigen Sonntag Ausschreitungen im Kinotheater «Stylowy» während des deutschen Films «Land der Liebe», wobei Terroristen das Publikum zum Verlassen der Vorstellung zwangen und vor dem Theater mit Latten, in denen Nägel steckten, auf die flüchtenden Menschen eingeschlagen haben.

Da zunächst kein Grund zur Annahme besteht, dass die Terrorakte eingestellt werden, wird die Lage von den hiesigen Deutschen als sehr ernst angesehen. In zunehmendem Masse entschliessen sich diese zur Abwanderung und zum Verkauf ihres Grundeigentums, da sie ihre Existenz in Polen als gefährdet ansehen. Man fürchtet die Polen, die, wenn alle Hemmungen bei ihnen beseitigt sind, vor keinem Roheitsakt zurückschrecken und von der hiesigen deutschen Bevölkerung viel schlimmer eingeschätzt werden als die schlimmsten Terroristen der früheren russischen Zeit.

von Berchem

Nr. 58 (385)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Bericht

Warschau, den 19. Juni 1939

Die Lage der deutschen Volksgruppe hat sich im Verlauf der letzten Wochen ganz wesentlich verschlechtert und die Verhetzung hat Ausmasse angenommen, wie ich sie während

meiner langjährigen hiesigen Tätigkeit noch nicht habe beobachten können.

Am Dienstag, dem 13., war Senator Hasbach bei dem Ministerpräsidenten, um noch einmal auf diesem Wege den Versuch zu machen, eine Besserung der Zustände herbeizuführen. Unmittelbar darauf erfolgte der bisher schwerste Schlag gegen das Deutschtum mit der Enteignung des Deutschen Hauses in Bromberg, der Schliessung und Beschlagnahme des Deutschen Hauses in Lodz, des evangelischen Vereinshauses in Posen und des Deutschen Hauses in Tarnowitz. Über die umfangreichen Schliessungen von Organisationen in Wolhynien sind noch Erhebungen im Gange.

Ich werde selbstverständlich auch diese ausserordentlich schwerwiegenden behördlichen Massnahmen im Aussenministerium zur Sprache bringen, zweifle allerdings nach den Erfahrungen der letzten Zeit, ob dort Geneigtheit zu einer Änderung in der Einstellung gegenüber der deutschen Volksgruppe zu finden sein wird. Schon bei meiner letzten Unterredung mit Graf Szembek, über die ich am 15. Juni berichtet habe, habe ich die bedrohliche Zuspitzung der Gesamtsituation und die ungeheuer schwere Lage der Minderheit mit allem Nachdruck zur Sprache gebracht und meinem Befremden darüber Ausdruck gegeben, dass bei der an sich schon vorhandenen und immer wieder zu Zwischenfällen führenden deutschfeindlichen Stimmung der Bevölkerung nunmehr auch noch die Behörden sich mit rigorosen Verwaltungsmassnahmen an der Bedrückung der Minderheit beteiligen.

Graf Szembek verwies auf die Beschlagnahme des Polnischen Hauses in Ratibor, worauf ich ihm erwiderte, er wisse doch genau, dass es sich hierbei nur um eine Repressalie gegenüber den Beschlagnahmen der deutschen Heime in Karwin und Oderberg handle und dass wir sofort bereit sein würden, die Beschlagnahme in Ratibor rückgängig zu machen, wenn polnischerseits die Schliessung von Karwin und Oderberg wieder aufgehoben würde. Wir befänden uns auf einer ab-

schüssigen Bahn, und man könne hinsichtlich der weiteren Entwicklung nur ernste Sorgen haben. Auf meine Frage, ob er es nicht für angezeigt halten würde, der gefährlichen Politik der inneren Behörden Einhalt zu gebieten, antwortete Graf Szembek nur mit einem resignierten Achselzucken. Er verwies zwar mit dem Ausdruck des Bedauerns auf die rapide Verschlechterung der Lage, zeigte aber keinerlei Initiative, um, meiner Anregung entsprechend, einen Abbau der Kampfmassnahmen herbeizuführen.

Es ist ein bedauerliches Zeichen, wenn selbst Graf Szembek, bei dem wir immer auf verständnisvolle Bereitschaft zur Beseitigung der auftretenden Schwierigkeiten rechnen konnten, jetzt offenbar keine Möglichkeit mehr sieht, der gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Ob es sich hierbei darum handelt, dass das Auswärtige Ministerium nicht eingreifen will, oder ob es sich gegenüber den nationalistischen Strömungen der Militärs nicht durchsetzen kann, ist schwer zu entscheiden. Ich habe in früheren Berichten wiederholt darauf hingewiesen, wie schwierig die Situation des Aussenministers Beck sich in den letzten Monaten gestaltet hat und wie die militärischen Kreise immer stärkeren Einfluss auf die polnische Aussenpolitik gewonnen haben. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich an dieser Lage etwas geändert hat. von Moltke

Nr. 59 (400)

Der Deutsche Konsul in Lemberg an das Auswärtige Amt
Bericht

Lemberg, den 15. Juli 1939

Im Laufe des Monats Juni haben die polnischen Behörden scharfe Massnahmen gegen die deutschen Organisationen in Wolhynien durchgeführt. Wirtschaftlich wurden die Deutschen durch die Schliessung zahlreicher deutscher Genossen-

schaften getroffen. Besonders brutal ist das Vorgehen der polnischen Polizei gegen die deutschen Organisationen, die mit den gleichen Mitteln bekämpft werden, wie die politischen und wirtschaftlichen Körperschaften der Ukrainer. Das Vorgehen der polnischen Polizei spielt sich meistenteils so ab, dass die Führer der Ortsgruppe so lange misshandelt werden, bis sie sich schriftlich zu einer Auflösung der Ortsgruppe verpflichten. Besonders grausamen Misshandlungen war der Leiter der Ortsgruppe in Harazdze bei Luck ausgesetzt. Ähnliche Fälle sind mir aus folgenden deutschen Siedlungen in Wolhynien bekanntgeworden: Wicentöwka, Stanislawka, Stary Zapust, Podhajce und Ochocin. Seelos

Nr. 60 (407)

Der Deutsche Konsul in Lemberg an das Auswärtige Amt
Bericht

Lemberg, den 9. August 1939

Das lebensstarke Deutschtum, das seit 150 Jahren in Galizien angesiedelt ist und etwa 55’000 Menschen zählt, hat in den letzten Jahrzehnten schon manche Krise überwunden. Die jetzige Krise greift aber tiefer, da sie nicht nur wirtschaftlicher Art ist, sondern die Grundlagen des völkischen Lebens bedroht. Seit etwa 3 Monaten wird den Deutschen jede Betätigung ihres Volkstums immer schwerer und sogar unmöglich gemacht.

Mehrere deutsche Schulen sind bereits im Juni 1939 geschlossen worden, wie die privaten katholischen Gemeindeschulen in Angelöwka und Pöchersdorf und die evangelischen Schulen in Kaltwasser und Rosenberg. Weiteren Volksschulen dürfte dieses Schicksal bei Beginn des nächsten Schuljahres im September bevorstehen.

Die deutschen Angestellten und Arbeiter in staatlichen und

privaten polnischen Betrieben sind seit einigen Monaten systematisch entlassen worden. Auch bei einer Volksdeutschen Papierfabrik hat der Starost bereits amtlich gerügt, dass zuviel Deutsche beschäftigt werden. Danach ist selbst in Volksdeutschen Betrieben die Arbeitsmöglichkeit beschränkt. Für die zweiten und dritten Bauernsöhne ist allmählich jede Aussicht auf eine Berufstätigkeit verbaut.

In den gemischt besiedelten Dörfern stehen die Deutschen unter ständigem Druck der feindseligen Haltung der Polen. Sie müssen bei einer Verschlimmerung der deutsch-polnischen Spannung mit dem Äussersten, selbst Brandstiftung und Gefahr für Leib und Leben rechnen. Fast der ganze Ort Schönthal ist vor einigen Wochen einer Brandstiftung zum Opfer gefallen. In einem andern Ort hat man versucht, die Ernte anzuzünden.

Die deutsche Jugend in Galizien sieht schon jetzt keine Möglichkeit mehr für die Zukunft, da sie rücksichtslos durch Verhaftungen, Schikanen, Schläge u.a. unterdrückt wird. Infolgedessen hat seit etwa 2 Monaten eine hemmungslose Abwanderung eingesetzt, die in einigen deutschen Siedlungen, wie z.B. Josefsberg, fast alle jungen Burschen erfasst hat.

Seelos

Nr. 61 (410)

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 16. August 1939

Vizekonsul Schüller vom Deutschen Generalkonsulat in Kattowitz teilt soeben von Beuthen aus Folgendes telephonisch mit:

Die Befürchtungen des Generalkonsulats betreffend bevorstehende Verhaftungen von Volksdeutschen hätten sich be-

stätigt. Am Montag und Dienstag seien in grossem Umfange bei Volksdeutschen Haussuchungen vorgenommen worden; im Anschluss hieran seien sehr viele Volksdeutsche – schätzungsweise mehrere 100 – verhaftet worden, darunter zahlreiche Leiter von Volkstumsorganisationen, soweit sie nicht geflohen seien.

Schliep

Nr. 62 (412)

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitsz an das Auswärtige Amt Telegramm

Kattowitz, den 16. August 1939

Angekündigte Aktion polnischer Behörden seit 14. August durchgeführt. Zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vor allem in Kreisen Jungdeutscher Partei, Volksbund und Gewerkschaften; Zahl der Verhaftungen schätzungsweise gegen 200. Schliessung deutscher Zeitungen, Gewerkschaften usw. Fast völlige Sperrung der Grenze. Aktion nach Geflüchteten noch im Gange. Erhöhte Bewachung und Bewaffnung im Grenzstreifen.

Nöldeke

Nr. 63 (415)

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 20. August 1939

Dem Auswärtigen Amt sind in den letzten Monaten dauernd Berichte der deutschen Konsulate in Polen zugegangen über grausame Misshandlungen, denen die Volksdeutschen durch die in immer zunehmendem Masse aufgehetzten und in

ihrem Fanatismus völlig hemmungslosen Polen ausgesetzt sind. In der Anlage sind 38 besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt, bei denen die Gleichartigkeit bemerkenswert ist, mit der die Überfälle auf die Volksdeutschen inszeniert werden. Im Hinblick hierauf erscheint die Frage berechtigt, inwieweit diese Ausschreitungen von den Behörden geduldet oder gefördert werden. Trotz der Versicherungen, die der Botschaft in Warschau immer wieder von massgeblicher polnischer Seite erteilt wurden, wonach die Polnische Regierung ihre ganze Autorität aufbiete, die Deutschenverfolgungen zu verhindern, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass amtliche Stellen die Ausschreitungen gegen das Deutschtum nach Möglichkeit fördern, um auch auf diese Weise die Kriegsstimmung im polnischen Volke aufrechtzuerhalten.

Bergmann

Anlage

1. Am 2. April wurden 8 Mitglieder des deutschen Sportklubs in Kl. Komorsk, Kr. Schwetz, auf dem Hofe des Volksdeutschen Pankratz von Polen überfallen, die mit Knüppeln sowie Dreschflegeln auf die Deutschen einschlugen. Ein Niedergeschlagener wurde in die Jauchegrube gestossen. Pankratz wurde so zugerichtet, dass der Arzt ihn für 6 Wochen für arbeitsunfähig erklärte. Am Tage darauf wurde Pankratz von der Polizei verhaftet.

2. Am 17. April 1939 wurde der Volksdeutsche Fritz Pawlik aus Ciszowieco durch eine Gruppe von Polen unter Führung des Polen Malcharek so schwer geschlagen, dass er von der Polizei bewusstlos in die Wohnung seiner Eltern geschafft werden musste. Obwohl die Bewusstlosigkeit noch am folgenden Tage andauerte, lehnten die polnischen Behörden die Aufnahme in ein Krankenhaus ab.

3. Am 19. April 1939 wurden die Volksdeutschen Peter Kordys und Richard Mateja in Kattowitz von etwa 40 Auf-

ständischen überfallen. Die beiden Deutschen wurden so geschlagen, dass Kordys blutüberströmt flüchtete, während Mateja schwerverletzt liegenblieb. Er wurde von der Polizei abtransportiert und, ohne einem Arzt vorgestellt zu werden, in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

4. Am 23. April 1939 wurde ein Austräger der «Kattowitzer Zeitung», der Invalide Cofalka, der bereits im vorgerückten Alter und schwerhörig ist, von Aufständischen in Chorzow überfallen und blutig geschlagen. Cofalka hat als Folgen des Überfalls das Gehör auf einem Ohr ganz verloren.

5. Am 27. April wurden Hermann und Emil Mathies aus Liebenwalde, Kr. Schwetz, in ihrer Wohnung überfallen und so misshandelt, dass dem einen mehrere Zähne eingeschlagen und der Unterkiefer zertrümmert wurde, während der andere besinnungslos liegenblieb.

6. Am 28. April 1939 wurde der Volksdeutsche Fritz Köppke aus Zbiczno, Kr. Strasburg, von Mitgliedern des Reservistenverbandes überfallen und so schwer misshandelt, dass ihm zwei Rippen gebrochen wurden. Er musste wochenlang zu Bett liegen und war arbeitsunfähig.

7. Am 30. April wurden mehrere junge Volksdeutsche in Piaski, Kr. Schwetz, überfallen. Der Volksdeutsche Eckert wurde hierbei so zugerichtet, dass er besinnungslos liegenblieb. Dem Volksdeutschen Oswald Frey aus Schönreich würden mehrere Zähne ausgeschlagen.

8. Am 3. Mai wurde der Volksdeutsche Franz Hybiorz aus Bijasowice von etwa 20 Polen in Reservistenuniform überfallen und mit Gummiknüppeln derartig zusammengeschlagen, dass er bewusstlos auf der Strasse liegenblieb.

9. Am 4. Mai wurde der Volksdeutsche Ehrenfried Heiber auf dem Bahnhof in Bismarckhütte von hinten mit einem stumpfen Gegenstand niedergeschlagen, so dass er besinnungslos liegenblieb. Er erhielt eine 10 cm lange und 1 cm breite Wunde. Die Polizei weigerte sich, eine Anzeige über den Überfall aufzunehmen.

10. Am 5. Mai wurde der Schüler Rauhut des deutschen Gymnasiums in Bromberg von mehreren Polen überfallen, die ihm mit einer Flasche derart auf den Kopf schlugen, dass die Flasche zerbrach und Rauhut mit schweren Schnittwunden am Kopf zusammenbrach. Als er sich wieder aufraffte, wurde er von Passanten, die der rohen Tat Beifall gezollt hatten, erneut niedergeschlagen.

11. Am 9. Mai wurden die Volksdeutschen Richard Fandrey aus Neukirchen, Kr. Schubin, und der Bauer Damrau von etwa 30 Polen überfallen und mit Steinen und Stöcken so schwer misshandelt, dass ihr Gesicht bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen war.

12. Am 12.Mai drang der Aufständische Valentin Jendrzejak in die Wohnung des Volksdeutschen Robert Robotta in Kattowitz ein, ergriff einen Stuhl und schlug damit auf Robotta ein; dieser erhielt einen Schlag gegen den linken Arm, der im Handgelenk brach. Den Wehrlosen bearbeitete der Pole sodann mit Fusstritten gegen den Unterleib und die Hüfte. Die Tochter des Robotta wollte vom Kolonialwarengeschäft Poloczek aus die Polizei anrufen, doch liess es der Geschäftsinhaber nicht zu, da die Polizei nur für Polen da sei.

13. Am 14. und 15. Mai wurden in Tomaschow, Konstantynow und anderen Orten der Woiwodschaft Lodz Hunderte von Volksdeutschen überfallen, ihre Wohnungen geplündert und zerstört. Ein Volksdeutscher wurde bei dem Pogrom totgeschlagen, 10 andere so schwer verletzt, dass an ihrem Aufkommen gezweifelt wurde, zahlreiche andere Volksdeutsche wurden leichter verletzt.

14. Am 16. Mai 1939 überfiel der Aufständische Leo Krawczyk die Volksdeutsche Adelheit Cichy in Kattowitz. Er trat ihr mit dem Stiefel in die Leistengegend und versuchte, sie die Treppe des Hauses herunterzuwerfen. Frau Cichy erlitt zahlreiche Verletzungen am Kopf, Schenkel, der Leistengegend und der Hand.

15. Am 18. Mai wurde der Volksdeutsche Paul Enders in

Luck ohne Grund verhaftet. Bei den Verhören über seine Zugehörigkeit zur Jungdeutschen Partei wurde er mit Faustschlägen ins Gesicht und Fusstritten in den Leib traktiert. Am 20. Mai wurde er gefesselt nach Röwno übergeführt und dort am 25. Mai entlassen.

16. Am 24. Mai wurde der Volksdeutsche Erhard Ossadnik aus Kattowitz von vier uniformierten Polen überfallen, weil er mit einem Bekannten auf der Strasse deutsch gesprochen hatte. Ihm wurden zahlreiche Verletzungen in der linken Gesichtshälfte beigebracht und, vier Schneidezähne ausgeschlagen.

17. Am 27. Mai wurde der Volksdeutsche Josef Mazur aus Kobior von einer grösseren Gruppe Polen überfallen. Er wurde mit Gummiknüppeln zusammengeschlagen, so dass er bewusstlos wurde. Der ärztliche Befund ergab zahlreiche Blutergüsse und Schnittwunden am Kopf, im Gesicht und an den Ohren sowie zahlreiche Striemen, blaurot gefärbt und mit geronnenem Blut bedeckt auf der Brust, dem Rücken und Gesäss.

18. Am 29. Mai wurde der Landarbeiter Albert Kränk aus Kzywka auf dem Felde von zwei Polen, deren Gesicht unkenntlich gemacht war, überfallen. Er wurde durch Messerstiche und Schläge am Glied und am linken Hoden so schwer verletzt, dass er zur Behandlung in das Krankenhaus Lessen überwiesen werden musste.

19. Am 29. Mai 1939 wurde der Volksdeutsche Stühmer, Neudorf, Kr. Briesen, als er die Grenze überschreiten wollte, von Polen festgenommen und erschlagen. Die Angehörigen haben seine Leiche, aufs schwerste verstümmelt, im Graudenzer Krankenhaus wiedererkannt.

20. Am 1. Juni 1939 wurde der Volksdeutsche Grubeninvalide Johann Burdzik aus Giszowiec-Myslowice von einem Aufständischen überfallen. Er wurde zunächst gewürgt, dann in den Strassengraben geworfen und mit einem Stock schwer verletzt. Als der Aufständische versuchte, Burdzik die Augen auszudrücken, wurde er von Passanten zurückgerissen, so

dass Burdzik mit Blutergüssen am Auge, zahlreichen Quetsch- und Schlag wunden im Gesicht und am Körper sowie zwei losgeschlagenen Zähnen davonkam.

21. Am 2. Juni wurde der Volksdeutsche Theodor Stehr aus Konstantynow von einem Polen überfallen. Als er sich zur Wehr setzte, schlugen vier hinzueilende Polen so auf ihn ein, dass er zusammenbrach und mit einem Rippenbruch und anderen Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert werden musste.

22. Am 5. Juni wurde der Volksdeutsche Wilhelm Kübel in Kostuchna, der die «Kattowitzer Zeitung» austrägt, des Zeitungspaketes beraubt. Bei dem Versuch, es wiederzuerlangen, wurde er von anderen Polen zu Boden geschlagen und am Boden liegend mit Fusstritten bearbeitet. Die Polizei griff nicht ein.

23. Am 6. Juni wurden die Volksdeutschen Georg Kindler, Bykowina, und Bernhard Harmada, in Nowa Wies von Polen überfallen. Kindler wurde mit einer Flasche gegen die Rippen geschlagen, dass die Flasche zerschellte. Harmada, der schwerkriegsbeschädigt ist und ein steifes Bein hat, wurde mit Bierflaschen, Gummiknüppeln und einem Spazierstock so geschlagen, dass er am ganzen Körper Verletzungen und Quetschungen hatte.

24. In der Nacht vom 11. zum 12. Juni 1939 wurde der Volksdeutsche Gastwirt Anton Podszwa aus Trzyniec auf dem Heimwege von unbekannten Tätern erschossen.

25. Am 15. Juni wurde der Reichsdeutsche Alois Sornik von dem polnischen Waldarbeiter Onufrak in Zielona hinterrücks durch einen Schlag auf den Kopf so schwer verletzt, dass er einige Tage darauf verstarb.

26. Am 17. Juni wurde der Volksdeutsche Fritz Reinke aus Tonowo, Kr. Znin, von zwei polnischen Knechten von hinten mit Zaunlatten niedergeschlagen. Die Polen schlugen auch auf den am Boden Liegenden weiter ein, so dass er am Kopf, im Gesicht, an den Schultern, Armen und Händen

zahlreiche tiefe Wunden und Blutergüsse erlitt und zunächst arbeitsunfähig ist.

27. Am 17. Juni wurde der Volksdeutsche Hans Zierott, Oberausmass, Kr. Kulm, von drei Männern überfallen und aufgefordert zu sagen: «Der Hitler ist ein Schwein 1» Als er sich weigerte, zwang man ihn dazu mit vorgehaltenem Messer. Zierott ist ein Krüppel und konnte sich nicht wehren.

28. Am 20. Juni 1939 wurden die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Harazdze (Kr. Luck) der Jungdeutschen Partei, die Volksdeutschen Völpel, Dilk und Sawadski zum Polizeikommandanten bestellt. Völpel wurde mit Faustschlägen misshandelt, so dass ihm die Unterlippe durchschlagen wurde, sodann trat ihm der Polizist mehrfach in den Unterleib und riss ihn an den Haaren, bis er seine Austrittserklärung aus der Jungdeutschen Partei unterschrieb und am Tage darauf mit seinen Freunden die Selbstauflösung der ganzen Ortsgruppe beantragte. Kurze Zeit darauf meldete die polnische Presse, Ortsgruppen der Jungdeutschen Partei in Wolhynien lösten sich aus weltanschaulichen Gründen freiwillig auf.

29. Am 22. Juni wurde die Volksdeutsche Luzie Imiolczyk aus Chorzow in ihrem Hausflur von zwei Nachbarinnen, den Polinnen Maciejkowiak und Wietrzniak überfallen, und, obwohl sie ein 14 Monate altes Kind in den Armen hatte, schwer geschlagen. Schliesslich wurde sie auf den Boden geworfen und ihr wurden Haare ausgerissen. Als sie den Vorfall der Polizei meldete, wurde sie wegen Beleidigung der Polin Maciejkowiak verhaftet.

30. Am 2. Juli wurde die Volksdeutsche Luise Sprenzel, die auf dem Rade nach Zytna, Kr. Rybnik, fuhr, von zwei Aufständischen überfallen, und so gegen die Schläfe geschlagen, dass sie vom Rade stürzte und bewusstlos auf der Strasse liegenblieb.

31. Am 7. Juli 1939 wurde der Volksdeutsche Schwerkriegsbeschädigte einarmige Invalide Julius Saeftel aus Szopienice, Kr. Myslowice, nach einer von Polen gestörten

Beerdigungsfeier für einen Volksdeutschen von fünf Polen verfolgt und mit Faustschlägen im Gesicht verletzt.

32. Am 8. Juli 1939 drang der Pole Kaczmarek in die Wohnung der Volksdeutschen Margarete Plichta aus Tarnowskie ein, indem er mit einem Hammer gewaltsam die Tür sprengte. Sodann ging er mit dem Hammer auf die Volksdeutsche los und schlug ihr mit dem Hammei; eine in Notwehr ergriffene Waffe aus der Hand, so dass die Hand schwer verletzt ist. Dann würgte er die Volksdeutsche und drohte ihr an, sie umzubringen. Erst auf Hilfeschreie liess er von seinem Opfer ab.

33. Am 23. Juli drangen drei polnische Soldaten in die Wohnung des Volksdeutschen Ewald Banek in Sypiory, Kreis Schubin, ein und verlangten Lebensmittel und Getränke. Nachdem sie sie unentgeltlich erhalten hatten, beschimpften sie die anwesenden Familienmitglieder und schlugen auf sie ein. Banek wurde durch Seitengewehrstiche in die linke Schulter und den rechten Arm erheblich verletzt. Gleichzeitig erzwangen polnische Soldaten Zutritt zur Wohnung des Volksdeutschen Arthur Pahlke und versuchten Frau Pahlke zu vergewaltigen. Als Pahlke seine Frau verteidigen wollte, wurde er auf das schwerste misshandelt.

34. Am 6. August brach eine Bande junger Polen das Tor zum Anwesen des 72 jährigen Volksdeutschen August Mundt in Bialezynek auf, verletzte Mundt am Auge und Unterkiefer, schlug auf seinen Sohn Wilhelm mit Knüppeln und Steinen ein, so dass dieser bewusstlos niederbrach, und misshandelte auch den bei Mundt tätigen Landarbeiter Karl Jesser.

35. Am 9. August drang Polizei in das christliche Hospiz in Kattowitz ein, wo gerade eine Mitgliederversammlung des deutschen Volksbunds stattgefunden hatte. Die bewaffnete Polizei schlug auf die anwesenden 18 Volksdeutschen mit Gummiknüppeln und Kolben ein und schleifte sie zur Wache. Während der Nacht wurden sie unter schweren Misshandlungen über den Verlauf der Versammlung vernommen, so dass sie

bei ihrer Entlassung am folgenden Morgen mit blauen und roten Flecken und Striemen bedeckt waren. Einem Volksdeutschen war der Arm verrenkt worden, ein anderer hatte durch die Schläge auf den Kopf zunächst das Gehör verloren.

36. Am 14. August wurde der Volksdeutsche Thomalla aus Karwin auf Grund haltloser Verleumdungen festgenommen. In der zweitägigen Untersuchungshaft erhielt er weder Nahrung noch Wasser. Er wurde bei den Verhören mit Knüppeln und Fäusten blutig und besinnungslos geschlagen, so dass er bei seiner Entlassung am 16. August geistig verwirrt war.

37. Mitte August wurden in Oberschlesien zahllose Volksdeutsche unter dem Vorwand, Hochverrat begangen zu haben, verhaftet. Der verhaftete Volksdeutsche, Kreisleiter der Jungdeutschen Partei, Rudolf Wilsch aus Laurahütte, wurde während des Verhörs vollkommen zusammengeschlagen. Unter der Androhung der Vierteilung und ähnlicher Torturmethoden wurde der Schwermisshandelte erpresst, die gegen ihn zu Unrecht erhobene Anklage zuzugeben.

38. Der Reichsangehörige Jäger, der Volksdeutsche Grant, Fräulein Kiesewalter und Fräulein Neudam sowie andere Reichs- und Volksdeutsche wurden in polnischen Gefängnissen zur Erpressung von Geständnissen schwer misshandelt. Ihnen wurden z.B. Einspritzungen brennender Flüssigkeiten in die Geschlechtsorgane gemacht, Rippen gebrochen, sie wurden mit elektrischem Strom misshandelt und es wurde ihnen nach langem Aufenthalt in heissen Räumen Salzwasser als Getränk verabfolgt. Der Volksdeutsche Schienemann, der noch in Sieradz einsitzt, ist körperlich völlig zerrüttet und verlor bei der Inquisition fast alle Zähne.

Nr. 64 (416)

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 23. August 1939

Laut Mitteilung des Reichsministeriums des Innern sind bis zum 21. August d. J. etwa 70‘000 Volksdeutsche Flüchtlinge aus Polen in den Flüchtlingsdurchgangslagern untergebracht worden. Hiervon sind etwa 45‘000 aus Polnisch-Oberschlesien und dem Olsagebiet gekommen. Nicht einbegriffen sind die Flüchtlinge, die sich auf Danziger Gebiet begeben haben, sowie alle jene, die, ohne ein Flüchtlingslager zu berühren, bei Verwandten oder Bekannten in Deutschland Unterkommen finden konnten.

Bergmann

Nr. 65 (417)

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt
Bericht

Thorn, den 28. August 1939

Von einem als zuverlässig bekannten Vertrauensmann aus Usdau erhalte ich heute folgenden Bericht:

«In Usdau sollte vor acht Tagen eine polnische Kundgebung unter dem Motto «Erntefest mit blanken Waffen» stattfinden, welches aber infolge der Zurückhaltung der deutschen Bevölkerung eine äusserst klägliche Beteiligung aufwies.

Am vorigen Sonntag hielten die Polen die Stunde für gekommen, um Rache an der deutschen Bevölkerung nehmen zu können. Im Rahmen der Evakuierungsmassnahmen wurde der grösste Teil der Volksdeutschen wie eine Herde zusammengetrieben, und – da Fahrzeuge zum Abtransport nicht zur Verfügung standen – ins

Innere des Landes in Marsch gesetzt. Wer infolge des hohen Marschtempos zurückblieb, wurde mit Kolbenschlägen angetrieben.

Eine schwangere Frau, die einfach nicht mehr weitermarschieren konnte, wurde von der Begleitmannschaft so schwer geschlagen, dass sie frühzeitig niederkam und dabei verstarb.

Eine andere Frau musste ihr erst 4 Jahre altes Töchterchen mitführen. Bei einigen Kolbenschlägen, mit denen die Frau und das Kind traktiert wurden, erhielt das Kind eine schwere Kopfwunde und konnte überhaupt nicht weiterlaufen. Die Mutter versuchte nun das Kind zu tragen, war dadurch jedoch im Marschieren so gehindert, dass sie das äusserst scharfe Tempo nicht mithalten konnte. Der Anführer entriss ihr daher kurzer Hand unter überhaupt nicht wiederzugebenden Beschimpfungen das Kind und erschlug es. Seinen Spiessgesellen gegenüber rechtfertigte er seine Handlungsweise mit den Worten: ‚Das Balg bringt sonst später doch wieder neue deutsche Schweine zur Welt‘.»

Die Volksdeutschen dürften in eins der zahlreichen Konzentrationslager getrieben worden sein.

von Küchler

Nr. 66 (444)

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt
Bericht

Warschau, den 1. August 1939

Die Bevölkerung Polens hat den seit nunmehr vier Monaten andauernden Zustand der Teilmobilisierung und politischen Unsicherheit ertragen, ohne dass es bisher zu einem Zusammenbruch oder auch nur wesentlichen Abflauen der Stimmung gekommen wäre. Der alte Hass gegen alles Deutsche und die

Überzeugung, dass es Polens Schicksal ist, mit Deutschland die Waffen zu kreuzen, sitzen zu tief, als dass die einmal angefachten Leidenschaften sobald wieder zusammensinken könnten.

Wenn man dieser Einheitlichkeit der Stimmung der polnischen Bevölkerung auf den Grund gehen will, ist es wichtig, sich die besondere Struktur der polnischen Bevölkerung zu vergegenwärtigen.

Die polnische Intelligenz stammt grösstenteils aus Bevölkerungsschichten, die vor dem Weltkrieg und während des Krieges den revolutionären Kampf gegen die sogenannten Teilungsmächte geführt hatten. Diese polnische Intelligenz verwaltet heute den Staat, ihre einzige Existenzbasis ist die Staatsstellung. Sie fühlt sich als Hauptträger des nationalen Gedankens und der polnischen Staatsidee und ist auch infolge ihrer nationalrevolutionären Tradition von einem nationalen Fanatismus erfüllt, der durch gegnerische Propaganda nicht so leicht zu erschüttern ist. Grossgrundbesitz und Grossbürgertum, zahlenmässig an sich zu unbedeutend, um als besonderer Faktor bewertet zu werden, bleiben schon wegen ihrer starken Verbundenheit mit der französischen Kultur in ihrer Abneigung gegen Deutschland hinter den übrigen Kreisen der Intelligenz nur wenig zurück.

Die grosse Masse des polnischen Landvolkes ist stumpf und unwissend, zum grossen Teil analphabetisch und von jeder Regierung leicht zu lenken, die sich mit klaren nationalen Parolen an sie wendet. Pfarrer und Lehrer sind die Werkzeuge, mit deren Hilfe die politisch gestaltlose Masse der Dorfbewohner geleitet und beeinflusst wird. Auch die fortgeschrittenere Schicht der bäuerlichen Bevölkerung steht im deutschfeindlichen Lager.

Die polnische Arbeiterschaft, die in sehr gedrückten sozialen Verhältnissen lebt, ist überwiegend marxistisch eingestellt und steht schon daher dem nationalsozialistischen Deutschland feindlich gegenüber. Ihre politische Organisation hat überdies

alte Traditionen aus dem nationalen Freiheitskampf, die ihr das Zusammengehen mit bürgerlichen Nationalisten im Kampf gegen Deutschland erleichterten.*

Ein eigenvölkisches Kleinbürgertum ist in Polen fast nicht vorhanden. Seine Stelle wird von einer starken jüdischen Mittelschicht eingenommen, der das Nationalbewusstsein fehlt und der daher alle Untugenden des Kleinbürgertums, wie Neigung zu Ängstlichkeit und zum Gerüchtemachen in vervielfachtem Masse anhaften. Die jüdische Mittelschicht Polens ist, soweit es sich um den Kampf gegen Deutschland handelt, ein natürlicher und fanatischer Bundesgenosse des polnischen Chauvinismus.

Besondere Beachtung verdient die Tätigkeit des polnischen Klerus, dessen Einfluss bei der starken, noch alle Volksschichten umfassenden Religiosität ungeheuer gross ist. Er stellt sich für die persönliche Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne der polnischen antideutschen Propaganda um so williger restlos zur Verfügung, als seine eigenen Ziele sich völlig mit denen des Staates decken. Er verkündet dem Volke, dass Polen vor einem heiligen Kriege gegen das deutsche Neuheidentum steht, und lässt sich an Chauvinismus kaum übertreffen. So wird berichtet, dass einzelne Geistliche auf dem flachen Lande schon Gottesdienste für den polnischen Sieg abhalten und erklärt haben, dass sie nicht für den Frieden beten könnten, da sie für den Krieg seien. Ein vom Kardinal angeordneter Bittgottesdienst für den Frieden wurde von den Geistlichen vielfach in der Weise umgestaltet, dass für einen polnischen Sieg gebetet wurde.

Die Besonderheit der polnischen Bevölkerungsstruktur und die geschickt auf sie eingestellte Propaganda haben bewirkt, dass in Polen, auch in der Masse der Bevölkerung, der Widerstandswille offenbar ungebrochen fortbesteht. Die Parolen der Regierungspropaganda werden blindlings geglaubt; weiteste Kreise sind tatsächlich davon überzeugt, dass sich Polen auf seiten der künftigen Sieger befindet, dass in Deutschland die

Bevölkerung hungert, dass täglich Scharen von hungernden deutschen Soldaten und Arbeitsmännern nach Polen desertieren, dass das deutsche Kriegsmaterial von sehr fragwürdigem Wert sei, dass die deutsche Aussenpolitik eine Niederlage nach der anderen erleide. Ebenso ist es den polnischen Propagandastellen gelungen, die öffentliche Meinung weitgehend davon zu überzeugen, dass ein Kampf um Danzig einen Kampf um die Unabhängigkeit Polens bedeutet. Auch in den Schichten der Intelligenz, die über einige Ausländserfahrung verfügen und daher das wahre Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Polen richtig einzuschätzen vermögen, ist der Widerstandsgeist noch unvermindert vorhanden. Selbst für den Fall, dass Polen im Laufe eines Krieges gänzlich von deutschen Truppen besetzt würde, ist man davon überzeugt, dass Polen letzten Endes dank dem Siege der Koalition grösser und mächtiger denn je wieder erstehen müsse. Eine gewisse Neigung zum Vabanque-Spiel, die im polnischen Charakter liegt, verleitet sogar jetzt manche zu der Auffassung, dass Polen, um dem zermürbenden Einfluss der langdauernden Krise entgegenzuwirken, eher früher als später losschlagen solle. Diese ganze optimistische Einstellung hat freilich zur Voraussetzung, dass das Vertrauen auf die Bundesgenossen, im besonderen auf England, unerschüttert bleibt. Wenn in dieser Hinsicht der Misserfolg der polnisch-englischen Anleiheverhandlungen unzweifelhaft eine gewisse Nervosität hervorgerufen hat, so hat andererseits die polnische Propaganda das Ihrige getan, den Schlag zu parieren. Man wird daher gut tun, diese Vorgänge und ihre Rückwirkung nicht zu überschätzen.

Die vier Monate der polnischen Spannungen und der polnischen Teilmobilisierung haben, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, bisher keinen Einfluss auf die moralische und materielle Widerstandskraft der Polen gehabt. Bei dem Vertrauen der Polen in ihre Bundesgenossen, das vornehmlich von englischer Seite propagandistisch mit Sorgfalt

genährt wird, wird auch in der nächsten Zukunft mit einer Wandlung der Grundhaltung der Polen nicht zu rechnen sein.

von Moltke

Im gleichen Masse, in dem sich der polnische Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe seinem Höhepunkt zu entwickelte, nahmen Zahl und Ausmass der polnischen Provokationen gegen Danzig zu. Nachdem Polen jede Änderung des Status von Danzig als Casus belli erklärt und dafür die englische Deckung gefunden hatte, musste sich Danfig nach der Erteilung der britischen Blankovollmacht an Polen auf alles gefasst machen. Polnische Flugzeuge und polnisches Alilitär verübten schon im Mai 1939 Grenzverletzungen. Die polnische Besatzung der Westerplatte wurde unter Verletzung der geltenden Verträge verstärkt, rings um die Danziger Grenzen wurden Truppen zusammengezogen. Am 20. Mai wurde ein Danziger Staatsangehöriger im Kalthof durch Schüsse aus einem Auto der polnischen diplomatischen Vertretung in Deutschland niedergestreckt; dieser Mord wurde dann von Polen noch zum Gegenstand eines herausfordernden Notenwechsels gemacht. Gleichzeitig erhöhte Polen systematisch die Zahl der polnischen Zollinspektoren, was den Danziger Senat zu Protestschritten zwang – Polen antwortete mit Drohungen. Das polnische Zollpersonal wurde weiter verstärkt.

Im Juli verschärfte Polen seine wirtschaftlichen Druckmittel gegen Danzig; ganz besonders die Einfuhr von Lebensmitteln aus Polen und die Ausfuhr von Erzeugnissen der deutschen Lebensmittelindustrie nach Polen wurden verhindert. Danzig sollte wirtschaftlich blockiert werden. Ganz offen erklärte der Vertreter der polnischen Minderheit im Danziger Volkstag bei einer Kundgebung in Gdingen am 29. Juni: «dass die polnische Bevölkerung Danzigs die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Mutterlande Polen durch Hilfe der polnischen Armee erreichen werde». Einen Höhepunkt erreichte die Spannung durch ein polnisches Ultimatum in der Nacht vom 4. auf den 9. August. Den Vorwand zu diesem Ultimatum bildete eine niemals erlassene Anordnung des Danziger Senats.

Nr. 67 (432)

Der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig (Übersetzung)

Danzig, den 4. August 1939

An den

Herrn Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig,

Arthur Greiser, Danzig.

Ich habe erfahren, dass die lokalen Danziger Zollbehörden an den Grenzstellen zwischen der Freien Stadt Danzig und Ostpreussen sich an die polnischen Zollinspektoren mit der in ihrer Art beispiellosen Erklärung gewandt haben, dass die Danziger Ausführungsorgane beabsichtigen, sich vom 6. August um 7 Uhr ab der Ausübung der Kontrollfunktionen durch einen gewissen Teil der polnischen Inspektoren zu widersetzen, welche Funktionen sich aus den Rechten der Polnischen Regierung an der Zollgrenze ergeben. Ich bin überzeugt, dass dieses Vorgehen der lokalen Organe entweder auf einem Missverständnis oder auf einer irrigen Auslegung der Instruktion des Senats der Freien Stadt Danzig beruht.

Ich zweifle nicht, dass Sie, Herr Präsident des Senats, keine Zweifel darüber hegen, dass eine derartige Antastung der fundamentalen Rechte Polens unter keinem Vorwand von der Polnischen Regierung geduldet wird.

Ich erwarte Ihre zusichernde Antwort, dass Sie Anordnungen erlassen haben, die das Vorgehen Ihrer Untergebenen annullieren, spätestens bis zum 5. August um 18 Uhr.

Angesichts der Tatsache, dass das erwähnte Vorgehen an einer Reihe von Grenzstellen stattgefunden hat, bin ich gezwungen, Sie, Herr Präsident des Senats, zu warnen, dass alle polnischen Zollinspektoren den Befehl erhalten haben, ihren Dienst in Uniform und mit der Waffe am 6. August d. J. und den nachfolgenden Tagen an allen Grenzpunkten auszuüben,

die sie für die Kontrolle als notwendig erachten. Alle Versuche, ihnen die Ausübung des Dienstes zu erschweren, alle Überfälle oder Interventionen der Polizeibehörden wird die Polnische Regierung als einen Gewaltakt gegen die amtlichen Bediensteten des Polnischen Staates während der Ausübung ihres Dienstes betrachten. Falls die obenerwähnten Missbräuche angewandt werden sollten, wird die Polnische Regierung unverzüglich Vergeltung (Retorsion) gegen die Freie Stadt anwenden, für die die Verantwortung ausschliesslich auf den Senat der Freien Stadt fällt.

Ich hoffe, bis zu der erwähnten Zeit eine zufriedenstellende Aufklärung zu erhalten.

Chodacki

Nr. 68 (433)

Der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig (Übersetzung)

Danzig, den 4. August 1939

Herr Präsident des Senats !

Die Polnische Regierung gibt ihrer Verwunderung Ausdruck, dass der Senat bei der Beantwortung einer so einfachen Angelegenheit technische Schwierigkeiten hat. Im Interesse der Vermeidung drohender Folgen nehme ich einstweilen zur Kenntnis, dass keine Gewaltakte gegen unsere Zollinspektoren erfolgen werden und dass sie ihre Funktionen werden normal ausüben können. Ich bestätige jedoch, dass die in meiner Note vom 4. 8. – 23.40 Uhr – enthaltenen Warnungen in Kraft bleiben.

Genehmigen Sie, usw.

Chodacki

Nr. 69 (434)

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig
an den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig

Danzig, den 7. August 1939

Herr Minister,

Auf Ihre beiden Schreiben, datiert vom 4. d. M., von denen das zweite am 5. August zugestellt wurde, muss ich Ihnen mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, dass Sie ein völlig unkontrolliertes Gerücht zum Anlass nehmen, der Danziger Regierung ein kurzfristiges Ultimatum der Polnischen Regierung zu übersenden und damit in dieser politisch bewegten Zeit grundlos Gefahren heraufbeschwören, deren Auswirkung unübersehbares Unheil anrichten kann. Die plötzliche Anordnung der Polnischen Regierung, dass alle polnischen Zollinspektoren ihren Dienst in Uniform und mit Waffe auszuüben haben, verstösst gegen die vertragliche Abmachung und kann nur als eine beabsichtigte Provokation aufgefasst werden, um Zwischenfälle und Gewaltakte bedenklichster Art herbeizuführen.

Nach den von mir inzwischen getroffenen Feststellungen, von denen ich Ihnen sogleich am Sonnabend, dem 5. d. M. vormittags,- telephonisch Mitteilung machte, ist von keiner Stelle, insbesondere von keiner Dienststelle des Landeszollamts der Freien Stadt Danzig, eine Anordnung des Inhalts gegeben worden, dass die Danziger Ausführungsorgane sich vom 6. August, 7 Uhr früh, ab der Ausübung der Kontrollfunktionen durch einen gewissen Teil der polnischen Zollinspektoren zu widersetzen haben. Ich verweise ausserdem auf mein Schreiben vom 3. Juni d. J., in dem ich bereits das Verhältnis der Danziger Zollbeamtenschaft zu den polnischen Zollinspektoren an der Grenze genau präjudizierte.

Die Danziger Regierung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Polnischen Regierung angedrohten Retorsionen, die sie als völlig unzulässige Drohung ansieht

und deren Folgen allein auf die Polnische Regierung zurückfallen.

Genehmigen Sie, usw. Greiser

Nr. 70 (436)

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 24. August 1939

Ausser der bereits gestern gemeldeten Beschiessung des Lufthansa-Flugzeugs D-APUP vor Heia sind bei der Deutschen Lufthansa noch zwei weitere Meldungen über Beschiessung von Flugzeugen eingegangen:

1. Das Flugzeug D-APUP, Typ Savoia, Flugzeugführer Böhner, ist auf dem Flug von Danzig nach Berlin um 13.15 Uhr von Heia aus und auch von einem 40 km von der Küste liegenden polnischen Kreuzer durch Flak beschossen worden. Die Entfernung des Flugzeuges von der Halbinsel Heia betrug 15 bis 20 km, die Flughöhe 1‘500 m. Sprengwolken von 8 Schüssen wurden in grösserer Entfernung von der Maschine beobachtet.
2. Das Flugzeug D-AMYO, Typ Ju 86, Flugzeugführer Neumann, wurde auf dem Flug von Danzig nach Berlin um 16 Uhr von der Halbinsel Heia aus beschossen. Entfernung von der Küste 5 bis 6 Seemeilen, Flughöhe 1‘200 m. Die Schüsse lagen zu kurz und zu tief.

Schultz-Sponholz

Nr. 71 (437)

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt
Telephonische Mitteilung vom 31. August 1939 0.40 Uhr

Am 30. August 1939 etwa gegen 22.30 Uhr wurden an der Danziger Grenze bei Steinfliess nördlich Zoppot von polnischer Seite aus eine Anzahl Schüsse gegen Danziger Gebiet abgegeben.

Ob diese Schüsse Personen- oder Sachschaden angerichtet haben, konnte bisher nicht festgestellt werden. Nähere Mitteilung erfolgt heute vormittag.

Die Reichsregierung sah sich veranlasst, im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen der Polnischen Regierung ihre Besorgnis über die Entwicklung des polnischen Verhaltens gegenüber Danzig aus-Zudrücken. Die anmassende Antwort aus Warschau wie wenig Polen in diesen Tagen, immer unter dem Schutz der britischen Blanko-Vollmacht, geneigt war, von seiner Politik der Herausforderung abzugehen.

Nr. 72 (445)

Mitteilung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts
an den Polnischen Geschäftsträger, 9. August 1939

Die Reichsregierung hat mit grossem Befremden von der Note der Polnischen Regierung an den Senat der Freien Stadt Danzig Kenntnis erhalten, in der die Zurücknahme einer angeblichen – auf unwahren Gerüchten beruhenden – Anordnung des Senats zwecks Verhinderung der polnischen Zollinspektoren an der Ausübung ihres Dienstes, die in Wirklichkeit von dem Senat der Freien Stadt gar nicht erlassen war, in ultimativer Form gefordert wurde. Im Falle einer Weigerung wurden Vergeltungsmassnahmen gegen die Freie Stadt Danzig angedroht.

Die Reichsregierung* sieht sich veranlasst, die Polnische Regierung darauf hinzuweisen, dass eine Wiederholung solcher ultimativer Forderungen an die Freie Stadt Danzig und die Androhung von Vergeltungsmassnahmen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen die Verantwortung ausschliesslich auf die Polnische Regierung fallen würde und für die die Reichsregierung schon jetzt jede Verantwortung ablehnen muss.

Die Reichsregierung lenkt fernerhin die Aufmerksamkeit der Polnischen Regierung auf die Tatsache, dass die von der Polnischen Regierung getroffenen Massnahmen zur Verhinderung der Einfuhr gewisser Waren aus der Freien Stadt Danzig nach Polen geeignet sind, schwere wirtschaftliche Schädigungen für die Bevölkerung Danzigs hervorzurufen.

Sollte die Polnische Regierung auf der Aufrechterhaltung derartiger Massnahmen beharren, so bliebe nach Auffassung der Reichsregierung nach Lage der Dinge der Freien Stadt Danzig keine andere Wahl, als sich nach anderen Ausfuhr- und damit auch Einfuhrmöglichkeiten umzusehen.

Nr. 73 (446)

Mitteilung des Unterstaatssekretärs im Polnischen Aussenministerium an den Deutschen Geschäftsträger in Warschau, 10. August 1939 (Übersetzung)

Die Regierung der Republik Polen hat mit der lebhaftesten Überraschung von der Erklärung Kenntnis genommen, die der Staatssekretär im Deutschen Auswärtigen Amt dem Geschäftsträger Polens a. i. in Berlin am 9. August 1939 über die zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig bestehenden Beziehungen gemacht hat. Die Polnische Regierung kann tatsächlich keine juristische Grundlage erkennen, die eine Einmischung Deutschlands in die vorgenannten Beziehungen rechtfertigen könnte.

Wenn über das Danziger Problem zwischen der Polnischen Regierung und der Reichsregierung Meinungsaustausche stattgefunden haben, so war dies allein in dem guten Willen der Polnischen Regierung begründet und ergab sich keineswegs aus irgendwelcher Verpflichtung.

In Beantwortung der vorgenannten Erklärung der Reichsregierung ist die Polnische Regierung gezwungen, die Deutsche Regierung darauf hinzuweisen, dass sie wie bisher auch in Zukunft gegen jeden Versuch der Behörden der Freien Stadt, die Rechte und Interessen in Frage zu stellen, die Polen auf Grund seiner Abkommen in Danzig besitzt, Vorgehen wird, und zwar durch Mittel und Massnahmen, die sie allein für angebracht hält, und dass sie eventuelle Einmischungen der Reichsregierung zum Schaden dieser Rechte und Interessen als Angriffshandlung ansehen wird.

Eine Mitteilung des Oberkommandos der Wehrmacht an das Auswärtige Amt vom 3. November 1939, also nach Abschluss der militärischen Operationen in Danzig, gibt Aufschluss über das Ausmass, welches die vertragswidrige militärische Ausgestaltung der polnischen Stützpunkte in Danzig erreicht hatte:

Nr. 74 (457 Anlage)

Das Oberkommando der Wehrmacht an das Auswärtige Amt

Berlin, den 3. November 1939

Die nach Abschluss der militärischen Operationen in Danzig eingeleitete Untersuchung über den militärischen Zustand der Westerplatte und der ehemals polnischen Gebäude in Danzig hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Die polnische Besatzung der Westerplatte betrug rund 240 Mann*.

An Befestigungsanlagen befanden sich auf der Wester-

platte ausser einem alten deutschen offenen Stand aus dem Jahre 1911, in dem 3 oder 4 Maschinengewehre mit mindestens 10‘000 Schuss Munition vorgefunden wurden, 5 Maschinengewehr-Beton-Bunker, die offensichtlich von den Polen von langer Hand vorbereitet und nach einem wohldurchdachten System der gegenseitigen Flankierung errichtet worden waren. Ausserdem war die neue Kaserne zur Rundum-Verteidigung eingerichtet und ihr Untergeschoss ebenso wie das Kellergeschoss des sogenannten Unteroffizier-Hauses betoniert ausgebaut und zur Verteidigung hergerichtet. Schliesslich wurden u.a. vorgefunden: eine 7,5-cm-Kanone und 2 Panzerabwehr-Kanonen sowie eine Reihe von feldmässig ausgebauten Maschinengewehr-Nestern, Palisaden und Schützenlöchern in feldmässigem Ausbau.

2. An polnischen Stützpunkten befanden sich innerhalb Danzigs:

1. Polnische Post, Heveliusplatz,
2. Hauptbahnhof und polnische Bahnpost,
3. Polnische Eisenbahndirektion,
4. Polnische Diplomatische Vertretung, Neugarten,
5. Polnische Zollinspektion, Opitzstrasse,
6. Polnisches Pfadfinderheim, Jahnstrasse,
7. Polnischer Wohnblock, Neufahrwasser, Hindoriusstrasse,
8. Polnisches Studentenheim, Langfuhr,
9. Polnisches Gymnasium.

Es wurden u.a. bei der Besetzung der Gebäude festgestellt und sichergestellt:

1. in der polnischen Post: 3 leichte Maschinengewehre, 44 gefüllte und 13 leere Rahmen für leichte Maschinengewehre, 30 Armeepistolen, 1 Trommelrevolver, 1 Sack Infanterie- und Pistolenmunition, 150 Eierhandgranaten, 2 Höllenmaschinen, Handwaffen von 38 Gefangenen,
2. im Hauptbahnhof: 1 leichtes Maschinengewehr und kleine Waffen,

3. in der Bahnpost: 1 Maschinengewehr, 18 Pistolen, 4 Gewehre mit Munition, 2 Kisten Handgranaten,
4. in der polnischen Eisenbahndirektion: 45 Pistolen, 2‘660 Schuss Munition,
5. in der Polnischen Diplomatischen Vertretung, Neugarten: 1 leichtes Maschinengewehr, 5 Gewehre, 4 Pistolen und Munition,
6. in der polnischen Zollinspektion Opitzstrasse: 15 Gewehre und 1‘000 Schuss Munition,
7. in dem polnischen Pfadfinderheim: 1 Maschinengewehr mit Munition und 20 Gummiknüppel.

In sämtlichen anderen Stützpunkten sind teils Gewehre, teils Pistolen sowie Munition gefunden worden.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage: Bürkner

** Nach dem Beschluss des Volkerbundsrates vom 9. Dezember 1924 stand Polen das Recht zu, auf der Westerplatte eine militärische Wachabteilung von 2 Offizieren, 20 Unteroffizieren und 66 Mann zu unterhalten (vgl. Nr. 22 des amtlichen Weissbuches).*

*** Durch den Beschluss des Völkerbundsrates vom 14. März 1924, auf den in § 2 des Provisorischen Abkommens zwischen Danzig und Polen betreffend die Westerplatte vom 4. August 1928 Bezug genommen ist, wurde die Westerplatte der Polnischen Regierung ausschliesslich als Lagerplatz für Kriegsmaterial zur Verfügung gestellt. Im Übrigen blieb die Souveränität Danzigs über das Gebiet unberührt, was auch von der Polnischen Regierung anerkannt worden war (vgl. das dem Völkerbundsrat am 8. Dezember 1929 vom Ratsberichterstatter vorgelegte Rechtsgutachten der Juristen Sir Cecil Hurst und Pilotti; Société des Nations, Journal Officiel 1928 p. 1611/62).*

B) Die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise

So wie Deutschland seinen aufrichtigen Wunsch nach einer dauernden Freundschaft mit England und Frankreich auch noch zu einer Zeit wiederholt hatte, als diese Mächte ihre entscheidende Frontenstellung

gegen Deutschland schon bezogen hatten, so versäumte es auch dann nicht, diese Mächte auf die Gefährlichkeit und die Folgen der an Polen erteilten Blanko-Vollmacht hinzuweisen, als das polnische Verhalten zu erkennen gab, dass Polen sich beauftragt fühlte, den von England gegen Deutschland vorbereiteten Krieg auszulösen. Über die Unterredungen des Staatssekretärs Freiherr von Weizsäcker mit dem französischen und anschliessend dem britischen Botschafter vom 15. August und Später geben die Aufzeichnungen des Staatssekretärs Aufschluss:

Nr. 75 (449)

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15. August 1939

Der Französische Botschafter meldete sich heute bei mir nach Rückkehr von seinem Urlaub. Der Botschafter drückte sich zur Lage etwa folgendermassen aus und brachte dies ruhig und bestimmt vor: Frankreich habe seine Stellung bezogen. Sein Verhältnis zu Polen und zu England sei bekannt. Ein Konflikt zwischen Deutschland und Polen werde automatisch Frankreich einbeziehen. Das sei eine Tatsache, kein Wunsch Frankreichs. Vielmehr wünsche Frankreich nichts dringlicher als einen deutsch-polnischen Ausgleich, besonders hinsichtlich Danzigs. Er hoffe, dass einer Regelung dieser Sonderfrage auch eine allgemeine deutsch-polnische Entspannung folgen würde. So sei in kurzen Worten sein Eindruck aus seinen letzten Gesprächen mit Daladier und Bonnet. Sein frischer Eindruck in Berlin aber sei der einer gewissen Verschärfung der Lage. Besonders beschäftige ihn, dass in den neuesten deutschen Auslassungen der Ehrenpunkt wiederholt vorkomme; das bedeute doch offensichtlich eine ernste Zuspitzung.

Ich habe Coulondre daraufhin bestätigt, dass die Lage eine andere sei als vor seinem Urlaubsantritt im Juli. Alsdann holte ich ziemlich weit aus und zog die nötigen Argumente

heran, um die ungezügelte selbstmörderische Politik Polens zu kennzeichnen. Ich sprach Coulondre von der ultimativen Note Polens an Danzig vom Samstag vor acht Tagen, von der Aggressivität in dem vorwöchigen Meinungsaustausch zwischen Berlin und Warschau, von den provokatorischen Äusserungen der gesteuerten polnischen Presse, von den fortgesetzten Unterdrückungs-, Knebelungs-, Ausweisungs- und ähnlichen Massnahmen der polnischen unteren Instanzen (ich zeigte Coulondre dazu eine mir darüber frisch zugegangene Liste) und erklärte dieses alles als das faktische Ergebnis der Versprechungen Frankreichs und Englands an Polen. So also sei die Saat aufgegangen, welche die Westmächte in Polen ausgestreut hätten.

Coulondre machte dann einen kleinen Ausflug in die Vergangenheit und stellte die englisch-französische Garantieleistung an Polen hin als das unvermeidliche Ergebnis der deutschen Errichtung des Protektorats in der Tschechei. Im Übrigen behauptete der Botschafter, es herrsche nach der französischen Berichterstattung aus Warschau dort kein Übermut, vielmehr bewahre die Polnische Regierung kühles Blut.

Ich führte nun erhaltenem Auftrag gemäss eine sehr ernste, warnende Sprache und bestritt Coulondres Darlegungen auf das heftigste. Die Polnische Regierung regiere ausserdem ja gar nicht. In Paris wisse man anscheinend nicht, was «polnische Wirtschaft» sei. Die Polnische Regierung sei auch keineswegs bei Verstand, sonst könnten ultimative Drohungen, wie kürzlich in Danzig, nicht durch polnische Diplomaten ausgesprochen werden. Derartige Exzesse bewiesen nur den polnischen Glauben an die beiden grossen Brüder im Westen, die schon helfen würden. Wir könnten und würden uns eine Fortsetzung eines solchen polnischen Verhaltens nicht weiter gefallen lassen. Polen ziehe als Amokläufer sein Schicksal über sich zusammen.

Ich fuhr dann fort, wie jede Dummheit, habe auch die polnische ein gewisses Verdienst:

1. sähen daraus Polens Freunde, was sie selber angerichtet hätten, und
2. befreie Polen seine Freunde damit von ihrer Unterstützungspflicht,

denn man könne sich ja nicht vorstellen, dass etwa Frankreich oder England zugunsten ihres wild gewordenen Freundes ihre Existenz aufs Spiel setzen wollten. Ich verstünde daher auch nicht, wieso Coulondre zu Beginn unserer Unterhaltung die französische Hilfe an Polen als eine selbstverständliche und automatische habe bezeichnen können.

Coulondre sprach dann einen Augenblick davon, dass der französisch-polnische Bündnisvertrag durch die diesjährige Garantie noch verstärkt worden sei, die juristische Bindung an Polen sei aber nicht ausschlaggebend. Frankreich brauche zu seiner Sicherheit das Gleichgewicht Europas. Würde dies zugunsten Deutschlands gestört, d.h. würde Polen jetzt von uns überrannt, so käme in absehbarer Zeit Frankreich an die Reihe, oder aber es müsse herabsinken etwa auf das Niveau von Belgien oder Holland. Frankreich würde damit praktisch zum Vasallen Deutschlands und dieses wolle es eben nicht.

Ich legte dem Botschafter dringend nahe, sich über das tatsächliche Verhalten Polens zu unterrichten und sich von seinem totalen Irrtum über das Benehmen seiner Freunde kurieren zu lassen, dann werde er auch zu den richtigen Schlussfolgerungen kommen.

Als Coulondre mich nach diesen Schlussfolgerungen fragte, sagte ich ihm, Polen müsse den berechtigten Ansprüchen Deutschlands nachkommen und es müsse sein Gesamtverhalten gegenüber Deutschland total umstellen.

Schliesslich meinte der Botschafter, zu einem Druck auf Warschau wie im vorigen Jahr auf Prag werde seine Regierung sich nicht verstehen. Die Lage sei eine andere als damals.

Ich erwiderte Coulondre trocken, ich hätte ihm bzw. seiner Regierung keine Ratschläge zu erteilen. Sie möge sich die Tatsachen ansehen und diese sprechen lassen.

Zum Schluss versicherte mich der Botschafter seiner Bereitschaft zu jeder Art von Mitwirkung an der Bewahrung des Friedens. Ein europäischer Krieg würde enden mit einer Niederlage aller, auch des heutigen Russland. Der Sieger wäre nicht Stalin, sondern Trotzky. Weizsäcker

Nr. 76 (450)

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15. August 1939

Der Britische Botschafter kam heute nach längerer Zeit zu einer Aussprache zu mir. Er fragte mich ziemlich unvermittelt nach dem Ergebnis des Ciano-Besuches in Salzburg.

Auf Ciano und die Gespräche mit ihm ging ich in meiner Antwort nicht ein. Ich schilderte ihm aber die Verschlechterung der Lage zwischen Berlin und Warschau und hielt mich etwa an den Gedankengang, dem ich heute früh auftragsgemäss gegenüber dem Französischen Botschafter gefolgt war. Meine Ausdrucksweise über die polnische Politik habe ich gegenüber Henderson vielleicht noch um eine Kleinigkeit schärfer gewählt als gegenüber Coulondre.

Henderson knüpfte an die Zollinspektorenfrage die Behauptung deutschen Waffenschmuggels und einer weitgehenden Militarisierung Danzigs, womit polnische Rechte und Interessen berührt seien, ohne dass Polen remonstriert habe. Ich bestritt auf das energischste, dass die militärischen Massnahmen in Danzig unberechtigt seien. Danzig mache nichts anderes, als dass es sich gegen seinen Beschützer schütze. Das werde wohl doch noch erlaubt sein. Im Übrigen führte ich wieder aus, wie die britische Politik der Polnischen Regierung Narrenfreiheit gegeben habe, welche sich die Polen nunmehr ungezügelt zunutze machten. England müsse jetzt erkennen, wohin seine sogenannte Einkreisungspolitik geführt habe,

und werde doch wohl schwerlich geneigt und verpflichtet sein, sich von seinen wild gewordenen polnischen Freunden ins Unglück führen zu lassen.

Auch bei dem Gespräch mit Henderson heute Nachmittag ergab sich wieder ein fundamentaler Unterschied in der Auffassung von der Haltung der Polen. Henderson bzw. seine Regierung behauptet, Polen sei vernünftig und ruhig, und bestreitet, dass Polen in der Lage wäre, einen Angriflsakt gegen Deutschland zu begehen. In allen anderen Fällen eines deutsch-polnischen Zusammenstosses aber sei die Britische Regierung zur Waflenhilfe verpflichtet und zu dieser fest entschlossen. Im Übrigen werde Polen Schritte von grosser Tragweite nicht tun, ohne sich des Londoner Einverständnisses zu versichern.

Ich fragte darauf den Botschafter, ob etwa das Londoner Einverständnis zu der Drohnote an Danzig oder zu der polnischen Erklärung von Mitte voriger Woche an uns oder zu all den provokatorischen Reden und Artikeln und zu der fortgesetzten Bedrängung der deutschen Minderheit vorliege. Das Mass unserer Geduld sei bis an den Rand gefüllt. Die Politik eines Landes wie Polen setze sich aus tausend Provokationen zusammen. Ob England wohl damit rechne, Polen von jeder neuen Unbesonnenheit zurückhalten zu können? Es sei doch alles pure Theorie, wenn England glaube, Polen in der Hand zu haben, solange Warschau sich von London gedeckt fühle. Umgekehrt liege es.

Alsdann hatte ich noch gegenüber dem Botschafter die Behauptung zu dementieren, dass durch unseren Generalkonsul in Danzig verschärfende Instruktionen nach Danzig gelangt seien. Ich bezeichnete diese dem Botschafter hinterbrachte Behauptung als eine glatte Lüge.

Der Botschafter ging dann zu der Frage über, ob nicht das Problem Danzig so lange verschoben werden könne, bis es in einer ruhigeren Atmosphäre lösbar sei. Er verspreche sich dann auch für uns einen besseren Erfolg. Henderson

meinte, ich würde ihm auf diese Frage wohl nicht antworten können. Ich erwiderte ihm aber damit, seine Frage sei eine rein theoretische, denn eine Verschiebung würde in Polen zu nichts anderem ausgenützt werden, als das Unheil noch zu vergrössern, was es jetzt schon anrichte, so dass von einer Verbesserung der Atmosphäre gar keine Rede wäre.

Henderson meinte dann, ob denn nicht deutsch-polnische Verhandlungen zu führen wären, zu denen wir den Anstoss geben könnten. Hierauf erinnerte ich Henderson daran, dass Beck in seiner letzten Parlamentsrede sich wie ein Pascha auf den Diwan gesetzt habe mit der Erklärung, wenn Deutschland sich der polnischen Prinzipien anpasse, so sei er bereit, in diesem Rahmen Vorschläge gnädig entgegenzunehmen. Ausserdem hätte ja gerade in der vorigen Woche die Polnische Regierung erklärt, dass jede deutsche Initiative auf Kosten polnischer Ansprüche als eine Angriffshandlung anzusehen sei. Ich sähe also keinen Raum für eine deutsche Initiative.

Henderson deutete dann noch auf eventuelle spätere umfassende deutsch-englische Erörterungen in grossen Fragen wie Kolonien, Rohstoffe usw. hin, sagte aber gleichzeitig, die Lage sei doch viel schwieriger und ernster als im Vorjahre, denn Chamberlain könne nicht noch einmal bei uns angeflogen kommen.

Ich erklärte mich meinerseits ausserstande, andere Ratschläge zu geben, als dass Polen in dem akuten Problem Danzig und in seinem gesamten Verhalten zu uns schleunigst Vernunft annehmen müsse.

Henderson verliess mich mit dem Gefühl vom Ernst und der Dringlichkeit der Lage. Weizsäcker

Weder England noch Frankreich geigten sich bereit, Polen in seinem Verhalten gegenüber Danzig und dem Reich zur Vernunft zu bringen. England liess sich auch durch die historische Warnung, die in der Ankündigung eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion enthalten war, nicht zu einer Einflussnahme

auf Polen im friedlichen Sinne bewegen. Chamberlain beantwortete diese Warnung öffentlich und in einem Schreiben an den Führer mit der erneuten Wiederholung, dass man Polen im Genuss der Blanko-Vollmacht lassen werde, und mit einer unverhüllten Kriegsdrohung der britischen Regierung für den Fall eines deutsch-polnischen Konflikts.

Nr. 77 (454)

Der Britische Premierminister Chamberlain an den Führer, 22. August 1939
(Übersetzung)

London, den 22. August 1939

Euer Exzellenz !

Euer Exzellenz werden bereits von gewissen Massnahmen Kenntnis erhalten haben, die von Seiner Majestät Regierung getroffen und heute Abend in der Presse und im Rundfunk bekanntgegeben wurden.

Diese Massnahmen sind nach Ansicht Seiner Majestät Regierung notwendig geworden durch Truppenbewegungen, über die aus Deutschland berichtet worden ist, und durch die Tatsache, dass anscheinend die Ankündigung eines deutsch-sowjetischen Abkommens in gewissen Kreisen in Berlin als Anzeichen dafür aufgefasst wird, dass eine Intervention seitens Grossbritanniens zugunsten Polens nicht mehr eine Eventualität darstellt, mit der zu rechnen notwendig ist. Kein grösserer Fehler könnte begangen werden. Welcher Art auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Grossbritanniens Verpflichtung gegenüber Polen ändern, wie Seiner Majestät Regierung wiederholt öffentlich und klar dargelegt hat, und diese entschlossen ist, zu erfüllen.

Es ist behauptet worden, dass, wenn Seiner Majestät Regierung ihren Standpunkt im Jahre 1914 klarer dargelegt hätte, jene grosse Katastrophe vermieden worden wäre. Unabhängig

davon, ob dieser Behauptung Bedeutung beizulegen ist oder nicht, ist Seiner Majestät Regierung entschlossen, dafür zu sorgen, dass im vorliegenden Falle kein solch tragisches Missverständnis entsteht.

Nötigenfalls ist Seiner Majestät Regierung entschlossen und bereit, all ihr zur Verfügung stehenden Kräfte unverzüglich einzusetzen, und es ist unmöglich, das Ende einmal begonnener Feindseligkeiten abzusehen. Es würde eine gefährliche Täuschung sein, zu glauben, dass ein einmal begonnener Krieg frühzeitig enden würde, selbst wenn ein Erfolg auf einer der verschiedenen Fronten, an denen er geführt werden wird, erzielt worden sein sollte.

Nachdem unser Standpunkt auf diese Weise vollkommen klar dargelegt ist, möchte ich Euer Exzellenz wiederholt meine Überzeugung dahingehend zum Ausdruck bringen, dass Krieg zwischen unseren beiden Völkern die grösste Katastrophe darstellen würde, die überhaupt eintreten könnte. Ich bin überzeugt, dass weder unser Volk noch das Ihrige einen Krieg wünscht, und ich kann nicht ersehen, dass die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen irgend etwas enthalten, das nicht ohne Gewalt gelöst werden könnte und sollte, wenn nur ein Zustand des Vertrauens wiederhergestellt werden könnte, der es ermöglichen würde, Verhandlungen in einer besseren als der heute bestehenden Atmosphäre zu führen.

Wir sind immer bereit gewesen und werden es auch stets sein, zu der Schaffung von Bedingungen beizutragen, in denen solche Verhandlungen stattfinden könnten und in denen es möglich sein würde, gleichzeitig jene grösseren, zukünftige internationale Beziehungen berührenden Probleme zu erörtern, einschliesslich die uns und Euer Exzellenz interessierenden Angelegenheiten.

In dem heute bestehenden Spannungszustande nehmen jedoch die Schwierigkeiten zu, die friedlichen Verhandlungen im Wege stehen, und je länger dieseSpannung aufrechterhalten wird, desto schwerer wird sich die Vernunft durchzusetzen vermögen.

Diese Schwierigkeiten könnten jedoch gemildert, wenn nicht beseitigt werden, wenn über einen anfänglichen Zeitraum auf beiden Seiten – und überhaupt auf allen Seiten – eine Pause eingehalten werden könnte, in der Pressepolemik und jedwede Aufreizung einzustellen sei.

Wenn eine solche Pause herbeigeführt werden könnte, dann dürfte Grund zu der Hoffnung bestehen, dass, nach Ablauf dieses Zeitraums, in dem Schritte unternommen werden könnten, um die von beiden Seiten erhobenen Beschwerden bezüglich der Behandlung von Minderheiten zu untersuchen und in Angriff zu nehmen, geeignete Bedingungen geschaffen sein würden für die Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die zwischen ihnen bestehenden Fragen (unter Mitwirkung eines neutralen Vermittlers, sollten beide Parteien dies für zweckmässig erachten).

Ich fühle mich jedoch verpflichtet zu sagen, dass nur eine geringe Hoffnung bestehen würde, solche Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, wenn es nicht von Anfang an feststünde, dass ein zu erreichendes Abkommen bei seinem Abschluss von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung solcher Garantien Aach ihrem Vermögen beizutragen.

In diesem Augenblick gestehe ich, dass ich keinen anderen Weg sehe, eine Katastrophe zu vermeiden, die Europa in den Krieg führen wird.

Im Hinblick auf die schweren Folgen für die Menschheit, die aus einer Handlung ihrer Herrscher entstehen können, vertraue ich darauf, dass Euer Exzellenz mit tiefster Überlegung die Ihnen von mir dargelegten Gesichtspunkte abwägen werden.

Neville Chamberlain

Aus diesem Schreiben und der Erläuterung, die der britische Botschafter am 23. August in einer Unterredung mit dem Führer in

Berchtesgaden dazu gab, geht hervor, dass England nicht bereit war, über unverbindliche Worte hinaus in Warschau diejenigen Voraussetzungen zu schaffen, die für eine Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen mit Deutschland unerlässlich waren. Man hatte nahezu fünf Monate verstreichen lassen, Polen in seiner Unmässigkeit bestärkt und schob nun noch Deutschland die Aufgabe zu dem polnischen Übermut goldene Brücken zu bauen. Über die ganze Verantwortung Englands für die Zuspitzung der polnischen Zustände liess der Führer in seiner Unterredung keinen Zweifel. Der Führer wies darauf hin, dass England die Hand Deutschlands immer zurückgestossen habe und «lieber den Krieg, als etwas zum Vorteil Deutschlands geschehen lassen würde.»

Nr. 78 (455)

Unterredung des Führers mit dem Britischen Botschafter, Berchtesgaden, 29. August 1939
Aufzeichnung des Dolmetschers von Loesch

Der Britische Botschafter bemerkte einleitend, dass er im Auftrage der Britischen Regierung einen Brief überbringe. Zunächst habe ein Würdigerer dies tun sollen. Doch habe der Gang der Ereignisse zu schnellem Handeln gedrängt, zumal die Britische Regierung durch die Nachricht des deutsch-sowjetischen Paktes sehr überrascht worden sei.

Der Führer stellte fest, dass ihm bereits eine Übersetzung des Briefes vorliege. Er sei im Begriffe, eine schriftliche Antwort auszuarbeiten, doch wolle er einstweilen dem Botschafter im gleichen Sinne einige mündliche Ausführungen machen.

Henderson erwiderte, dass sich hoffentlich für die schwierige Lage eine Lösung finden lassen werde; es sei in England verstanden worden, dass für das Wohl Europas die deutsch-englische Zusammenarbeit erforderlich sei.

Hierauf antwortete der Führer, dass man das früher habe erkennen müssen. Auf den Einwand des Botschafters, dass die

Britische Regierung ihre Garantien gegeben habe und ihnen nun auch nachkommen müsse, antwortete der Führer, er habe in der Antwort klargestellt, dass Deutschland nicht die Verantwortung für die von England gegebenen Garantien trage, wohl aber England für die aus diesen Verpflichtungen entstehenden Folgen. Es sei Englands Sache, sich darüber klarzuwerden. Er habe der Polnischen Regierung mitgeteilt, dass jede weitere Verfolgung der Deutschen in Polen sofort ein Handeln seitens des Reiches nach sich ziehen werde. Wie er andererseits erfahren habe, hätte Chamberlain verstärkte militärische Vorbereitungen in England, vorgesehen. Deutsche Vorbereitungen seien auf reine Defensivmassnahmen beschränkt. «Sollte ich», so sagte der Führer, «von weiteren Massnahmen dieser Art hören, die englischerseits heute oder morgen durchgeführt werden, so werde ich die sofortige Generalmobilmachung in Deutschland anordnen.»

Auf die Bemerkung des Botschafters, dass der Krieg dann unvermeidlich sei, wiederholte der Führer seine Feststellung über die Mobilmachung.

Er führte dann aus, dass man in England immer von der «vergifteten Atmosphäre» spreche. Tatsache sei, dass die «Atmosphäre» von England «vergiftet» worden sei. Wäre England nicht gewesen, so hätte er im vergangenen Jahre eine friedliche Einigung mit der Tschecho-Slowakei erreicht, und es wäre mit Sicherheit auch dieses Jahr mit Polen in der Danzig-Frage dahin gekommen. England allein sei verantwortlich, und ganz Deutschland sei dieser festen Überzeugung. Hunderttausende von Volksdeutschen würden heute in Polen misshandelt, in Konzentrationslager verschleppt und vertrieben. Hierüber liege ihm ein umfangreiches Material vor, auf dessen Veröffentlichung er bisher verzichtet habe. Für all dieses habe England einen Blankoscheck gegeben, jetzt müsse es dafür zahlen. Seitdem England die Garantie erklärt habe, habe er, der Führer, einen festen Standpunkt in dieser Frage einnehmen müssen. Er könne es nicht zulassen, dass wegen

einer Laune Englands Zehntausende deutscher Volksgenossen hingeschlachtet würden.

Er erinnerte daran, dass Deutschland früher mit Polen in einem guten Verhältnis gelebt habe, und er habe Polen ein anständiges und faires Angebot gemacht. Dieses Angebot sei von den Westmächten sabotiert worden, und zwar weitgehend, wie schon im Falle der Tschecho-Slowakei, durch Berichte der Militär-Attachés, die falsche Gerüchte einer deutschen Mobilmachung ausgestreut hätten.

Hier wandte der Botschafter ein, dass die Polnische Regierung das deutsche Angebot abgelehnt habe, bevor England die Garantien ausgesprochen habe.

Der Führer fuhr fort, indem er sagte, dass Chamberlain keinen besseren Plan gefunden haben könnte, um alle Deutschen geschlossen hinter den Führer zu stellen, als dass er für Polen und eine polenfreundliche Regelung der Danziger Frage eingetreten sei. Er sehe keine Möglichkeit auf dem Verhandlungswege, weil er überzeugt sei, dass der Britischen Regierung gar nichts an einer solchen Regelung liege. Er könne nur noch einmal wiederholen, dass in Deutschland die Generalmobilmachung proklamiert werde, falls in England weitere militärische Massnahmen ergriffen würden. Das gleiche gelte für Frankreich.

Nachdem der Führer betont hatte, dass dies alles noch schriftlich fixiert würde, stellte er fest, dass er alles Menschenmögliche getan habe. England habe sich den Mann, der sein grösster Freund werden wollte, zum Feinde gemacht. Jetzt werde man in England ein anderes Deutschland kennenlernen, als man es sich so viele Jahre vorgestellt habe.

Henderson erwiderte, dass man in England wisse, dass Deutschland stark sei, und es habe es in letzter Zeit oft bewiesen.

Der Führer stellte fest, dass er Polen ein grosszügiges Angebot gemacht habe, doch habe sich England eingemischt.

Der Führer beschrieb dann, wie er an der gleichen Stelle vor

mehreren Monaten mit dem Oberst Beck über die gleiche Regelung gesprochen habe, der sie damals als zu plötzlich bezeichnete, aber darin doch eine Möglichkeit erblickte. Im März habe er seine Vorschläge wiederholt. Damals, so betonte der Führer, würde sich Polen sicherlich bereit erklärt haben, wenn nicht England sich dazwischen gestellt hätte. Die englische Presse habe damals geschrieben, dass nun die Freiheit Polens und auch Rumäniens bedroht sei.

Der Führer führte dann aus, dass er bei dem geringsten polnischen Versuch, noch weiterhin gegen Deutsche oder gegen Danzig vorzugehen, sofort eingreifen werde, ferner, dass eine Mobilmachung im Westen mit einer deutschen Mobilmachung beantwortet werden würde.

Der Botschafter Henderson: «Ist das eine Drohung **?**» –

Der Führer: «Nein, eine Schutzmassnahme **!**» –

Er stellte dann fest, dass die Britische Regierung alles andere einer Zusammenarbeit mit Deutschland vorgezogen habe. Sie hätte sich vielmehr in ihrem Vernichtungswillen an Frankreich, an die Türkei, an Moskau gewandt.

Der Botschafter beteuerte demgegenüber, dass England Deutschland nicht vernichten wolle.

Der Führer entgegnete, dass er dennoch der festen Überzeugung sei; darum habe er für 9 Milliarden einen Westwall gebaut, um Deutschland vor dem Angriff von Westen zu schützen.

Henderson wies darauf hin, dass der Umschwung in der englischen Auffassung seit dem 15. März eingetreten sei, worauf der Führer entgegnete, dass Polen sich aus eigenem Interesse über die Karpatho-Ukraine erregt habe. Ferner seien die inneren Zustände in der Tschecho-Slowakei für Deutschland untragbar geworden. Schliesslich seien Böhmen und Mähren von Deutschen und nicht von Engländern kultiviert worden. Er sei überzeugt, dass die tschechische Lösung die beste sei. Präsident Hacha sei glücklich gewesen, einen Ausweg aus der Krise zu sehen, den Engländern natürlich sei es gleichgültig, ob im Herzen Mitteleuropas geschossen würde.

Schliesslich versicherte der Führer dem Botschafter, dass er ihm keinen Vorwurf zu machen habe, und dass er seinen persönlichen Einsatz für die deutsch-englische Freundschaft stets zu schätzen gewusst habe.

Der Botschafter wies auf die grosse Tragödie hin, die sich nun abspielen werde, worauf der Führer feststellte, dass, falls es zum Kriege komme, es ein Krieg auf Leben und Tod sein würde, ausgehend von englischen Absichten in dieser Richtung. England habe dabei mehr zu verlieren.

Henderson bemerkte, dass nach Clausewitz der Krieg immer Überraschungen bringe, er wisse nur, dass jeder seine Pflicht tun werde.

Der Führer sagte, dass Deutschland niemals etwas zum Schaden Englands unternommen habe, trotzdem stelle sich England gegen Deutschland. Er verwies nochmals auf die Frage von Danzig und Polen, bei der England den Standpunkt einnahm, «lieber den Krieg als etwas zum Vorteil Deutschlands».

Henderson stellte fest, dass er sein Bestes getan habe. Er habe kürzlich einem Reichsminister geschrieben, dass der Führer, der io Jahre gebraucht habe, um Deutschland zu gewinnen, England auch länger Zeit lassen müsse.

Der Führer stellte fest, dass die Tatsache, dass England sich in der Danzig-Frage gegen Deutschland gestellt hätte, das deutsche Volk tief erschüttert habe.

Henderson wandte ein, man habe sich nur gegen den Grundsatz der Gewalt gestellt, worauf ihm der Führer entgegenhielt, ob etwa England für irgendeine der Versailler Idiotien jemals eine Lösung auf dem Verhandlungswege gefunden habe.

Der Botschafter hatte hierauf nichts zu entgegnen, und der Führer stellte fest, dass nach einem deutschen Sprichwort zum Lieben immer zwei gehören.

Henderson betonte sodann, dass er persönlich nie an einen englisch-französisch-russischen Pakt geglaubt habe. Es sei seine Ansicht, dass Russland durch die Verzögerung nur

Chamberlain loswerden und dann durch einen Krieg profitieren wollte. Ihm persönlich sei es lieber, dass Deutschland mit Russland einen Vertrag habe, als dass es England tue.

Der Führer antwortete: «Irren Sie sich nicht. Es wird ein langer Vertrag werden.»

Mit der Feststellung des Führers, dass dem Botschafter am Nachmittag die schriftliche Antwort übergeben werden würde, schloss die Unterredung. von Loesch

Der deutsche Standpunkt ist in der schriftlichen Antwort, des Führers an Chamberlain vom 2). August 1939 zusammenfassend niedergelegt: Das Fehlen der direkten Streitpunkte mit England und die Bescheidenheit und Billigkeit der deutschen Forderungen an Polen, die Auswirkungen der britischen Garantie und die Zuspitzung der Lage in Danzig sowie die Verfolgung der deutschen Volksgruppe in Polen, die Kenntnisnahme von der Entschlossenheit Englands zum Krieg, aber auch die deutsche Entschlossenheit, der angedrohten britischen Gewalt die Macht des Reiches entgegenzustellen und die englischen militärischen Vorbereitungen mit der deutschen Mobilmachung zu beantworten, sind darin festgelegt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Nr. 79 (456)

Der Führer an den Britischen Premierminister Chamberlain, 23. August 1959

Den 23. August 1939

Euer Exzellenz I

Der Königlich Britische Botschafter hat mir soeben ein Schreiben überreicht, in dem Eure Exzellenz namens der Britischen Regierung auf eine Reihe von Punkten hinweisen, die Ihrer Auffassung nach von grösster Wichtigkeit seien.

Ich darf dieses Ihr Schreiben wie folgt beantworten:

1. Deutschland hat niemals Konflikte mit England gesucht

und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil – wenn auch leider vergebens – jahrelang bemüht, die englische Freundschaft zu erwerben. Es hat aus diesem Grunde freiwillige Begrenzungen seiner eigenen Interessen in einem grossen Gebiet Europas vorgenommen, die ansonst nationalpolitisch nur sehr schwer tragbar wären.

2. Das Deutsche Reich besitzt aber – wie jeder andere Staat – bestimmte Interessen, auf die Verzicht zu leisten unmöglich ist. Sie liegen nicht ausserhalb des Rahmens der durch die frühere deutsche Geschichte gegebenen und durch wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen bedingten Notwendigkeiten. Einige dieser Fragen besassen und besitzen zugleich eine nationalpolitisch und psychologisch für jede Deutsche Regierung zwingende Bedeutung.

Zu ihnen gehören.die deutsche Stadt Danzig und das damit im Zusammenhang stehende Problem des Korridors. Zahlreiche Staatsmänner, Geschichtsforscher und Literaten, auch in England, waren sich wenigstens noch vor wenigen Jahren dessen bewusst. Hinzufügen möchte ich noch, dass alle diese Gebiete, die in der vorher erwähnten deutschen Interessensphäre liegen, und insbesondere die seit 18 Monaten zum Reich zurückgekehrten Länder ihre kulturelle Erschliessung nicht durch Engländer, sondern ausschliesslich durch Deutsche erhalten haben, und zwar zum Teil schon in und seit einer Zeit, die über tausend Jahre zurückliegt.

3. Deutschland war bereit, die Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig grosszügigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen. Die von England ausgestreuten Behauptungen über eine deutsche Mobilmachung gegenüber Polen, die Behauptung von Aggressionsbestrebungen gegenüber Rumänien, Ungarn usw. sowie die später abgegebenen sogenannten Garantieerklärungen hatten die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer solchen auch für Deutschland tragbaren Basis beseitigt.

4. Die von England Polen gegebene Generalzusicherung,

ihm unter allen Umständen beizustehen, ganz gleich, aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen könnte, konnte in diesem Lande nur als eine Ermunterung aufgefasst werden, nunmehr – gedeckt durch einen solchen Freibrief – eine Welle furchtbaren Terrors gegen die 1½ Millionen zählende deutsche Bevölkerung, die in Polen lebt, anlaufen zu lassen. Die Greuel, die seitdem dort stattfinden, sind für die Betroffenen entsetzlich, für das dabei Zusehen sollende Deutsche Reich als Grossmacht unerträglich. Der Freien Stadt Danzig gegenüber hat Polen zahlreiche Rechtsverletzungen begangen, Forderungen ultimativen Charakters geschickt und mit der wirtschaftlichen Abdrosselung begonnen.

5. Die Deutsche Reichsregierung hat der Polnischen Regierung nun vor Kurzem mitteilen lassen, dass sie nicht gewillt ist, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen, dass sie nicht dulden wird, dass weitere ultimative Noten an Danzig gerichtet werden, dass sie nicht dulden wird, dass man die Verfolgungen des deutschen Elements fortsetzt, dass sie ebenso nicht dulden wird, durch wirtschaftliche Massnahmen die Freie Stadt Danzig umzubringen, das heisst, durch eine Art von Zollblockade der Danziger Bevölkerung die Lebensgrundlagen zu vernichten, und dass sie auch nicht dulden wird, dass sich sonstige weitere Provokationsakte gegen das Reich ereignen. Unabhängig davon müssen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Lösung finden.

6. Sie teilen mir, Exzellenz, im Namen der Britischen Regierung mit, dass Sie in jedem solchen Fall des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein werden, Polen Beistand zu leisten. Ich nehme diese Ihre Erklärung zur Kenntnis und versichere Ihnen, dass sie keine Änderung in die Entschlossenheit der Reichsregierung bringen kann, die Interessen des Reiches in dem in Punkt 5 mitgeteilten Sinn wahrzunehmen. Ihre Versicherung, dass Sie in einem solchen Fall an einen langen Krieg glauben, teile ich ebenfalls. Deutschland ist – wenn es von England angegriffen wird –* darauf vorbereitet

und dazu entschlossen. Ich habe schon öfter als einmal vor dem Deutschen Volk und der Welt erklärt, dass es über den Willen des neuen Deutschen Reiches keinen Zweifel geben könne, lieber jede Not und jedes Unglücke und auf jede Zeit auf sich zu nehmen, als seine nationalen Interessen oder gar seine Ehre preiszugeben.

7. Die Deutsche Reichsregierung hat Kenntnis davon bekommen, dass die Britische Regierung beabsichtigt, Mobilmachungsmassnahmen durchzuführen, deren eindeutiger Charakter als nur gegen Deutschland gerichtet, nach den eigenen Erklärungen in Ihrem Schreiben an mich, Herr Ministerpräsident, feststeht. Dies soll auch für Frankreich zutreffen. Da Deutschland niemals die Absicht hatte, sei es gegen England oder gegen Frankreich, militärische Massnahmen ausser solchen defensiver Natur zu treffen, und – wie schon betont – nie beabsichtigte und auch für die Zukunft nicht beabsichtigt, England oder Frankreich anzugreifen, kann es sich in dieser Ankündigung, wie Sie sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Schreiben mir bestätigen, nur um einen in Aussicht genommenen Akt der Bedrohung des Reiches handeln. Ich teile daher Eurer Exzellenz mit, dass ich im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.

8. Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme im friedlichen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben. Erst nach der Änderung der Gesinnung der dafür verantwortlichen Mächte kann auch eine Änderung des Verhältnisses zwischen England und Deutschland in einem positiven Sinne eintreten. Ich habe Zeit meines Lebens für eine deutsch-englische Freundschaft gekämpft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie – wenigstens bisher – von der Zwecklosigkeit eines

solchen Versuches überzeugt worden. Wenn sich dies in der Zukunft ändern würde, könnte niemand glücklicher sein als ich. Adolf Hitler

Obwohl das Schreiben des Britischen Ministerpräsidenten vom 22. August und die am folgenden Tage von den britischen Staatsmännern gehaltenen Reden jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermissen liessen, machte der Führer am 25. August 13.30 Uhr einen neuen Versuch, sich mit Grossbritannien zu verständigen. Er wolle, so eröjfnete er dem Britischen Botschafter, «heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Russland gegenüber, der zu der kärglichen Vereinbarung geführt habe». Nach Zurückweisung der Unterstellung von Weltherrschaftsplänen entwickelte er das polnische Problem in seiner ganzen Gefährlichkeit und Dringlichkeit. Deutschland sei entschlossen, die makedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen. Einen Zweifrontenkrieg werde es nicht geben, das Abkommen mit Russland sei bedingungslos und eine Wende auf längste Zeit. Er sei bereit, nach der Lösung des deutsch-polnischen Problems England noch einmal ein umfassendes Angebot zu machen. Er bejahe das Britische Imperium und sei bereit, die Kraft des Deutschen Reiches für dessen Bestand einzusetzen, sofern seine begrenzten kolonialen Forderungen, die auf friedlichem Wege ausgehandelt werden könnten, erjüllt, seine Verpflichtungen gegenüber Italien und Sowjetrussland nicht berührt würden. Er sei ferner bereit, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen akzeptieren. Im Westen stehe jede Grenzkorrektur ausser Erwägung. Sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage werde er mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten. Es war ein Angebot von europäischem, ja weltweitem Ausmass. Seine Ablehnung durch England erscheint im Lichte der späteren kriegerischen Ereignisse und der Lasten, die auf der neutralen Welt nunmehr liegen, um so verantwortungsloser.

Nr. 80 (457)

Erklärung des Führers gegenüber dem Britischen Botschafter, 23. August 1939, 13-30 Uhr

Der Führer erklärte einleitend, dass der Britische Botschafter am Schluss der letzten Unterredung der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, dass doch noch eine Verständigung zwischen Deutschland und England möglich sein wird. Er, der Führer, habe sich daraufhin die Dinge noch einmal durch den Kopf gehen lassen und wolle heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Russland gegenüber, der zu der kürzlichen Vereinbarung geführt habe.

Auch die gestrige Unterhaussitzung bzw. die Reden Chamberlains und Lord Halifax' hätten den Führer veranlasst, noch einmal mit dem Britischen Botschafter zu sprechen. Die Behauptung, dass Deutschland die Welt erobern wolle, ist lächerlich. Das Britische Imperium umfasst 40 Millionen qkm, Russland 19 Millionen qkm, Amerika 9½ Millionen qkm, während Deutschland noch nicht 600'000 qkm umfasst. Wer also die Welt erobern will, ist klar.

Der Führer teilt dem Britischen Botschafter folgendes mit:

1. Die polnischen Akte der Provokation sind unerträglich geworden, gleich, wer verantwortlich ist. Wenn die Polnische Regierung die Verantwortung bestreitet, so beweist dies nur, dass sie selbst keinen Einfluss mehr auf ihre militärischen Unterorgane besitzt. In der letzten Nacht seien wieder 21 neue Grenzzwischenfälle erfolgt, auf deutscher Seite habe man grösste Disziplin gewahrt. Alle Zwischenfälle seien von der polnischen Seite hervorgerufen worden. Ausserdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen. Wenn die Polnische Regierung erkläre, nicht verantwortlich dafür zu sein, so beweise dies, dass es ihr nicht mehr möglich sei, ihre eigenen Leute im Zaume zu halten.

2. Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, diese mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens.

3. Das Problem Danzig und Korridor müsse gelöst werden. Der Britische Ministerpräsident habe eine Rede gehalten, die nicht im Geringsten geeignet sei, einen Wandel in der deutschen Einstellung herbeizuführen. Aus dieser Rede könne höchstens ein blutiger und unübersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen. Ein solcher Krieg würde blutiger sein als der von 1914 bis 1918. Im Unterschied zu dem letzten Kriege würde Deutschland keinen Zweifrontenkrieg mehr zu führen haben. Das Abkommen mit Russland sei bedingungslos und bedeute eine Wende in der Aussenpolitik des Reiches auf längste Zeit. Russland und Deutschland würden unter keinen Umständen mehr die Waffen gegeneinander ergreifen. Davon abgesehen würden die mit Russland getroffenen Abmachungen Deutschland auch wirtschaftlich für eine längste Kriegsperiode sichern.

Dem Führer habe immer an der deutsch-englischen Verständigung gelegen. Ein Krieg zwischen England und Deutschland könne im günstigsten Fall Deutschland einen Gewinn bringen, England aber überhaupt nicht.

Der Führer erklärt, dass das deutsch-polnische Problem gelöst werden müsse und gelöst werden würde. Er ist aber bereit und entschlossen, nach der Lösung dieses Problems noch einmal an England mit einem grossen umfassenden Angebot heranzutreten. Er ist ein Mann grosser Entschlüsse und wird auch in diesem Fall zu einer grossen Handlung fähig sein. Er bejaht das Britische Imperium und ist bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn

1. seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung finden, wobei er hier zu einer weitesten Terminbestimmung bereit ist,
2. seine Verpflichtungen Italien gegenüber nicht tangiert werden, d.h. mit anderen Worten: Er fordert von England nicht die Preisgabe seiner französischen Verpflichtungen, und könnte sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen.
3. Er wünscht ebenso den unverrückbaren Entschluss Deutschlands zu betonen, nie mehr mit Russland in einen Konflikt einzutreten.

Der Führer ist bereit, dann mit England Abmachungen zu treffen, die, wie schon betont, nicht nur die Existenz des Britischen Weltreichs unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch, wenn es nötig wäre, dem Britischen Reich die deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine derartige Hilfe erforderlich sein sollte. Der Führer würde dann auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren, die der neuen politischen Lage entsprächen und wirtschaftlich tragbar wären. Endlich versichert der Führer erneut, dass er an den westlichen Problemen nicht interessiert sei und dass eine Grenzkorrektur im Westen ausserhalb jeder Erwägung stehe; der mit Milliarden Kosten errichtete Westwall sei die endgültige Reichsgrenze nach Westen.

Wenn die Britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Grossbritannien aus diesem Krieg stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dies bewiesen.

Der Führer wiederholt, dass er ein Mann grosser und ihn selbst verpflichtender Entschlüsse sei und dass dies sein letzter

Vorschlag wäre. Er werde sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten.

Inzwischen wurde jedoch am gleichen 25. August der britisch-polnische Beistandspakt, mit dem England sein Schicksal endgültig mit dem Polens verband, in London vom britischen Aussenminister und vom polnischen Botschafter gezeichnet.

Wie sein Text zeigt, ging dieser Vertrag über die in Verteidigungsbündnissen üblichen Pflichten und Rechte weit hinaus, indem er u.a. auch solche Fälle deckte wie Präventivkrieg u.a. m. Ijt der diplomatischen Geschichte Englands jedenfalls steht dieser Vertrag einzig da.

Nr. 81 (459)

Britisch-Polnischer Vertrag über gegenseitigen Beistand, 25. August 1939
(Übersetzung)

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland und die Polnische Regierung haben in dem Wunsche, die Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern, die sich aus den bereits zwischen ihnen ausgetauschten Zusicherungen gegenseitigen Beistandes defensiver Art ergibt, auf eine dauernde Grundlage zu stellen beschlossen, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schliessen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland:

den sehr ehrenwerten Viscount Halifax, K. G., G. C. S. J., G. C. J. E., Ersten Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Die Polnische Regierung:
Seine Exzellenz den Grafen Eduard Raczyriski, Ausserordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Polnischen Republik in London;
die nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1

Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden, und zwar infolge eines Angriffs der letzteren auf diese Vertragspartei, so wird die andere Vertragspartei der in Feindseligkeiten verwickelten Vertragspartei sofort jede Unterstützung und jeden Beistand gewähren, die in ihrer Macht stehen*.

Artikel 2

(1) Die Bestimmungen von Artikel 1 sind auch dann anwendbar, wenn irgendeine Handlung einer europäischen Macht die Unabhängigkeit einer der Vertragsparteien offensichtlich unmittelbar oder mittelbar bedrohen und so geartet sein sollte, dass die betreffende Partei es für lebenswichtig hielte,
ihr mit ihrer bewaffneten Macht Widerstand zu leisten.

(2) Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden infolge einer Handlung dieser Macht, die die Unabhängigkeit oder Neutralität eines anderen europäischen Staates derart bedrohte, dass darin eine offensichtliche Bedrohung für die Sicherheit der erwähnten Vertragspartei läge, so sind die Bestimmungen von Artikel 1 anwendbar, jedoch unbeschadet der Rechte des anderen beteiligten europäischen Staates.

Artikel 3

Sollte eine europäische Macht versuchen, die Unabhängigkeit einer der Vertragsparteien durch ein Verfahren wirtschaftlicher Durchdringung oder auf irgendeine andere Weise zu

untergraben, so werden die Vertragsparteien einander bei dein Widerstand gegen solche Versuche unterstützen. Sollte die betreffende europäische Macht daraufhin Feindseligkeiten gegen eine der Vertragsparteien eröffnen, so sind die Bestimmungen von Artikel i anwendbar.

Artikel 4

Die Methoden für die Durchführung der in diesem Abkommen enthaltenen gegenseitigen Beistandsverpflichtungen werden zwischen den zuständigen Marine-, Heeres- und Luftwaffenbehörden der Vertragsparteien vereinbart.

Artikel 5

Unbeschadet der obigen Verpflichtungen der Vertragsparteien, einander beim Ausbruch von Feindseligkeiten unverzüglich gegenseitige Unterstützung und gegenseitigen Beistand zu gewähren, werden sie über alle Vorgänge, die ihre Unabhängigkeit bedrohen könnten, und insbesondere über alle Vorgänge, die dazu zu führen drohen, dass die erwähnten Verpflichtungen zur Auswirkung kommen, einen vollständigen und schleunigen Nachrichtenaustausch vornehmen.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien werden einander die Bedingungen jeglicher Beistandsverpflichtungen gegen Angriffe mitteilen, die sie anderen Staaten gegenüber bereits eingegangen sind oder künftig eingehen sollten.

(2) Sollte eine der Vertragsparteien beabsichtigen, nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eine derartige Verpflichtung einzugehen, so ist die andere Vertragspartei davon zu benachrichtigen, damit das ordnungsmässige Arbeiten des Abkommens gesichert wird.

(3) Alle neuen Verpflichtungen, die die Vertragsparteien etwa künftig eingehen sollten, sollen weder ihre Pflichten aus diesem Abkommen einschränken, noch mittelbar neue Pflichten zwischen der an diesen Verpflichtungen nicht beteiligten Vertragspartei und dem dritten Staat schaffen.

Artikel 7

Sollten die Vertragsparteien infolge der Durchführung dieses Abkommens in Feindseligkeiten verwickelt werden, so werden sie keinen Waffenstillstand oder Friedensvertrag schliessen, es sei denn im Einvernehmen miteinander.

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen soll für einen Zeitraum von fünf Jahren in Kraft bleiben.

(2) Wird es nicht sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt, so soll es weiter in Kraft bleiben; jede Vertragspartei hat nach diesem Zeitpunkt das Recht, es jederzeit mit sechsmonatiger Frist zu kündigen.

(3) Dieses Abkommen soll mit der Unterzeichnung in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die eingangs genannten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in doppelter Ausfertigung in englischer Sprache in London am 25. August 1939. Eine polnische Fassung soll nachträglich zwischen den Vertragsparteien vereinbart werden, und es werden dann beide Texte massgebend sein*.

(L. S.) Halifax

(L. S.) Eduard Raczyriski

** Auf eine Anfrage des Unterhaus-Mitgliedes Harvey, ob die Beistands-Verpflichtungen des britisch-polnischen Vertrages vom 25. August 1939 auch den Fall des Angriffs durch nichtdeutsche Mächte, einschliesslich Russlands, decken*

sollten, gab der Britische Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Butler am 19. Oktober 1939 folgende schriftliche Antwort: «Nein. Während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkommens führten, wurde zwischen der Polnischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät vereinbart, dass das Abkommen nur den Fall eines Angriffs durch Deutschland decken sollte; die Polnische Regierung bestätigt, dass dies zjärifft.»

Während die Britische Regierung noch über die Mitteilung des Führers vom 25. August beriet, fand ein Briefaustausch zwischen dem Französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem Führer statt. Der Führer begründete in seiner Antwort wiederum ausführlich den deutschen Standpunkt in der deutsch-polnischen Frage und wiederholte noch einmal seinen festen Entschluss, die gegenwärtige deutsch-französische Grenze als endgültig anzuerkennen.

Nr. 82 (460)

Der Französische Ministerpräsident Daladier an den Führer, 26. August 19f9
(Übersetzung)

Paris, den 26. August 1939

Sehr geehrter Herr Reichskanzler !

Der Französische Botschafter in Berlin hat mir Ihre persönliche Mitteilung zur Kenntnis gebracht.

In der Stunde, wo Sie von der schwersten Verantwortung sprechen, die zwei Regierungschefs unter Umständen übernehmen können, das heisst, das Blut von zwei grossen Völkern, die sich nur nach Frieden und Arbeit sehnen, zu vergiessen, bin ich Ihnen persönlich und unseren beiden Völkern schuldig zu sagen, dass das Schicksal des Friedens noch in Ihren Händen liegt.

Sie können weder an meinen Gefühlen Deutschland gegenüber noch an den friedlichen Gefühlen Frankreichs für Ihre

Nation einen Zweifel hegen. Kein Franzose hat mehr als ich selbst getan, um zwischen unseren beiden Völkern nicht nur den Frieden, sondern eine aufrichtige Mitarbeit in ihrem eigenen Interesse sowie, im Interesse Europas und der Welt zu bekräftigen.

Es sei denn, Sie trauen dem französischen Volke einen weniger hohen Begriff der Ehre zu, als ich selber dem deutschen Volke anerkenne, so können Sie nicht bezweifeln, dass Frankreich seine Verpflichtungen anderen Mächten gegenüber treu erfüllt, Mächten, wie zum Beispiel Polen, die, davon bin ich überzeugt, mit Deutschland in Frieden leben wollen.

Diese beiden Überzeugungen sind vollkommen vereinbar.

Bis heute gibt es nichts, das eine friedliche Lösung der internationalen Krise in Ehren und Würden für'alle Völker verhindern könnte, wenn auf allen Seiten der gleiche Friedenswille besteht.

Mit dem guten Willen Frankreichs bekunde ich denjenigen aller seiner Verbündeten. Ich übernehme selbst die Garantie für diese Bereitschaft, die Polen immer gezeigt hat für die gegenseitige Anwendung eines Verfahrens des freien Ausgleichs, wie man es sich vorstellen kann zwischen den Regierungen zweier souveräner Nationen. Mit dem besten Gewissen kann ich Ihnen die Versicherung geben, dass es unter den zwischen Deutschland und Polen mit Bezug auf die Danziger Frage entstandenen Differenzen keine gibt, die nicht.einem solchen Verfahren unterbreitet werden könnte zwecks einer friedlichen und gerechten Lösung.

Auf meine Ehre kann ich auch bekunden, dass es in der klaren und aufrichtigen Solidarität Frankreichs mit Polen und seinen Verbündeten nichts gibt, das die friedliche Gesinnung meines Vaterlandes irgendwie beeinträchtigen könnte. Diese Solidarität hat uns niemals daran gehindert und hindert uns auch heute nicht, Polen in dieser friedlichen Gesinnung zu erhalten.

In einer so schweren Stunde glaube ich aufrichtig, dass kein edelgesinnter Mensch es verstehen könnte, dass ein Krieg der Zerstörung unternommen würde, ohne dass ein letzter Versuch einer friedlichen Lösung zwischen Deutschland und Polen stattfindet. Ihr Friedenswille könnte sich in aller Bestimmtheit dafür einsetzen, ohne der deutschen Ehre irgendwie Abbruch zu tun. Ich, als Chef der Französischen Regierung, der ich eine gute Harmonie zwischen dem französischen und dem deutschen Volke wünsche, und der ich andererseits durch Freundschaftsbande und durch das gegebene Wort mit Polen verbunden bin, bin bereit, alle Anstrengungen zu machen, die ein aufrichtiger Mensch unternehmen kann, um diesen Versuch zu einem guten Ende zu führen.

Sie waren wie ich selbst Frontkämpfer im letzten Kriege. Sie wissen wie ich, welche Abscheu und Verurteilung die Verwüstungen des Krieges im Gewissen der Völker hinterlassen haben, ganz gleich wie der Krieg endet. Die Vorstellung, die ich mir von Ihrer hervorragenden Rolle machen kann als Führer des Deutschen Volkes auf dem Wege des Friedens, der Vollendung seiner Aufgabe in dem gemeinsamen Werk der Zivilisation entgegen, führt mich dazu, eine Antwort auf diesen Vorschlag zu erbitten.

Wenn das französische und das deutsche Blut von neuem fliessen, wie vor 25 Jahren, in einem noch längeren und mörderischeren Krieg, dann wird jedes der beiden Völker kämpfen im Vertrauen auf seinen eigenen Sieg. Siegen werden am sichersten die Zerstörung und die Barbarei.

Daladier

Nr. 83 (461)

Der Führer an den Französischen Ministerpräsidenten Daladier, 27. August 1939

Berlin, den 27. August 1939

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident 1

Ich verstehe die Bedenken, die Sie aussprechen. Auch ich habe niemals die hohe Verpflichtung übersehen, die denen auferlegt ist, die über das Schicksal der Völker gestellt sind. Als alter Frontsoldat kenne ich wie Sie die Schrecken des Krieges. Aus dieser Gesinnung und Erkenntnis heraus habe ich mich auch ehrlich bemüht, alle Konfliktstoffe zwischen unseren beiden Völkern zu beseitigen. Ich habe dem französischen Volk eins ganz offen versichert, dass die Rückkehr des Saargebietes die Voraussetzung dazu sein würde. Ich habe nach dieser Rückkehr sofort feierlich meinen Verzicht bekräftigt auf irgendwelche weiteren Ansprüche, die Frankreich berühren können. Das deutsche Volk hat diese meine Haltung gebilligt. Wie Sie sich selbst bei Ihrem letzten Hiersein überzeugen konnten, empfand und empfindet es gegen den einstigen tapferen Gegner im Bewusstsein seiner eigenen Haltung keinerlei Groll oder gar Hass. Im Gegenteil. Die Befriedung unserer Westgrenze führte zu einer steigenden Sympathie, jedenfalls von Seiten des deutschen Volkes. Einer Sympathie, die sich bei vielen Anlässen geradezu demonstrativ zeigte. Der Bau der grossen Westbefestigungen, der zahlreiche Milliarden verschlang und verschlingt, stellt für Deutschland zugleich ein Dokument der Akzeptierung und Festlegung der endgültigen Reichsgrenze dar. Das deutsche Volk hat damit auf 2 Provinzen Verzicht geleistet, die einst zum alten Deutschen Reich gehörten, später durch viel Blut erobert und endlich mit noch viel mehr Blut verteidigt wurden. Dieser Verzicht stellt, wie Sie mir, Exzellenz, zugeben müssen, keine taktische, nach aussen gezeigte Haltung dar, sondern einen Entschluss, der in allen unseren Massnahmen seine konsequente Erhärtung

erfuhr. Sie werden mir, Herr Ministerpräsident, nicht einen Fall nennen können, in dem auch nur durch eine Zeile oder eine Rede gegen diese endgültige Fixierung der deutschen Reichsgrenze nach dem Westen hin verstossen worden wäre. Ich glaubte, durch diesen Verzicht und durch diese Haltung jeden denkbaren Konfliktstoff zwischen unseren beiden Völkern ausgeschaltet zu haben, der zu einer Wiederholung der Tragik von 1914-1918 würde führen können. Diese freiwillige Begrenzung der deutschen Lebensansprüche im Westen kann aber nicht aufgefasst werden als eine auch auf allen anderen Gebieten geltende Akzeptierung des Versailler Diktats. Ich habe nun wirklich Jahr für Jahr versucht, die Revision wenigstens der unmöglichsten und untragbarsten Bestimmungen dieses Diktats auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es war dies unmöglich. Dass die Revision kommen musste, war zahlreichen einsichtsvollen Männern aus allen Völkern bewusst und klar. Was immer man nun gegen meine Methode anführen kann, was immer man an ihr aussetzen zu müssen glaubt, so darf doch nicht übersehen oder bestritten werden, dass es durch sie möglich wurde, ohne neues Blutvergiessen in vielen Fällen nicht nur für Deutschland befriedigende Lösung zu finden, sondern dass durch die Art des Verfahrens die Staatsmänner anderer Völker von der für sie oft unmöglichen Verpflichtung enthoben wurden, diese Revision vor ihren eigenen Völkern verantworten.zu müssen; denn immerhin eines werden Eure Exzellenz mir zugeben müssen: Die Revision musste kommen. Das Versailler Diktat war untragbar. Kein Franzose von Ehre, auch Sie nicht, Herr Daladier, hätte in einer ähnlichen Lage anders gehandelt als ich. Ich habe nun in diesem Sinne auch versucht, die allerunvernünftigste Massnahme des Versailler Diktats aus der Welt zu schaffen. Ich habe der Polnischen Regierung ein Angebot gemacht, über das das Deutsche Volk erschrocken ist. Kein anderer als ich konnte es überhaupt wagen, mit einem solchen Angebot vor die Öffentlichkeit zu treten. Es konnte

daher auch nur einmalig sein. Ich bin nun zutiefst überzeugt, dass, wenn besonders von England aus damals, statt in der Presse gegen Deutschland eine wilde Campagne loszulassen, Gerüchte von einer deutschen Mobilmachung zu lancieren, Polen irgendwie zugeredet worden wäre, vernünftig zu sein, Europa heute und auf 25 Jahre den Zustand des tiefsten Friedens geniessen könnte. So aber wurde erst durch die Lüge von der deutschen Aggression die polnische öffentliche Meinung aufgeregt, der Polnischen Regierung die eigenen notwendigen klaren Entschlüsse erschwert und vor allem durch die dann folgende Abgabe des Garantieversprechens der Blick für die Grenze realer Möglichkeiten getrübt. Die Polnische Regierung lehnte die Vorschläge ab. Die polnische öffentliche Meinung begann in der sicheren Überzeugung, dass ja nun England und Frankreich für Polen kämpfen würden, Forderungen zu erheben, die man vielleicht als lächerliche. Verrücktheit bezeichnen könnte, wenn sie nicht so unendlich gefährlich wären. Damals setzte ein unerträglicher Terror, eine physische und wirtschaftliche Drangsalierung der immerhin über 1V2 Millionen zählenden Deutschen in den vom Reich abgetretenen Gebieten ein. Ich will hier nicht über die vorgekommenen Scheusslichkeiten sprechen. Allein auch Danzig wurde mit fortgesetzten Übergriffen polnischer Behörden steigend zum Bewusstsein gebracht, dass es scheinbar rettungslos der Willkür einer dem nationalen Charakter der Stadt und der Bevölkerung fremden Gewalt ausgeliefert ist.

Darf ich mir nun die Frage erlauben, Herr Daladier, wie würden Sie als Franzose handeln, wenn durch irgendeinen unglücklichen Ausgang eines tapferen Kampfes eine Ihrer Provinzen durch einen von einer fremden Macht besetzten Korridor abgetrennt würde, eine grosse Stadt – sagen wir Marseille – verhindert würde, sich zu Frankreich zu bekennen und die in diesem Gebiete lebenden Franzosen nun verfolgt, geschlagen, misshandelt, ja bestialisch ermordet würden? Sie sind Franzose, Herr Daladier, und ich weiss daher,

wie Sie handeln würden. Ich bin Deutscher. Herr Daladier, zweifeln Sie nicht an meinem Ehrgefühl und an meinem Pflichtbewusstsein, genau so zu handeln. Wenn Sie nun dieses Unglück hätten, das wir besitzen, würden Sie dann, Herr Daladier, verstehen, wenn Deutschland ohne jede Veranlassung dafür eintreten wollte, dass der Korridor durch Frankreich bleibt, dass die geraubten Gebiete nicht zurückkehren dürfen, dass die Rückkehr Marseilles nach Frankreich verboten wird? Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, Herr Daladier, dass Deutschland aus diesem Grunde gegen Sie kämpfen würde,'denn ich und alle Welt haben auf Elsass-Lothringen verzichtet, um ein weiteres Blutvergiessen zu vermeiden. Um so weniger würden wir Blut vergiessen, um ein Unrecht aufrechtzuerhalten, das für Sie untragbar sein müsste, wie es für uns bedeutungslos wäre. Alles, was Sie in Ihrem Brief, Herr Daladier, schreiben, empfinde ich genau so wie Sie. Vielleicht können gerade wir uns als alte Frontsoldaten auf manchen Gebieten am leichtesten verstehen, allein ich bitte Sie, verstehen Sie auch dies: dass es für eine Nation von Ehre unmöglich ist, auf fast 2 Millionen Menschen zu verzichten und sie an seinen eigenen Grenzen gemisshandelt zu sehen. Ich habe daher eine klare Forderung aufgestellt: Danzig und der Korridor müssen an Deutschland zurück. Die mazedonischen Zustände an unserer Ostgrenze müssen beseitigt werden. Ich sehe keinen Weg, Polen, das sich ja nun im Schutze seiner Garantien unangreifbar fühlt, hier zu einer friedlichen Lösung bewegen zu können. Ich würde aber an einer ehrenvollen Zukunft meines Volkes verzweifeln, wenn wir unter solchen Umständen nicht entschlossen wären, die Frage so oder so zu lösen. Wenn das Schicksal nun dadurch unsere beiden Völker wieder zum Kampfe zwingt, dann würde doch in den Motiven ein Unterschied sein. Ich, Herr Daladier, kämpfe dann mit meinem Volk um die Wiedergutmachung eines uns zugefügten Unrechts, und die anderen um die Beibehaltung desselben. Dies ist um so tragischer, als viele der

bedeutendsten Männer auch Ihres eigenen Volkes den Unsinn der Lösung von 1919 ebenso erkannt haben, wie die Unmöglichkeit seiner dauernden Aufrechterhaltung. Ich bin mir im klaren über die schweren Konsequenzen, die ein solcher Konflikt mit sich bringt. Ich glaube aber, die schwerste würde Polen zu tragen haben, denn ganz gleich, wie auch ein Krieg um diese Frage ausginge, der Polnische Staat von jetzt wäre so oder so verloren. _

Dass nun dafür unsere beiden Völker in einen neuen blutigen Vernichtungskrieg eintreten sollen, ist nicht nur für Sie, sondern auch für mich, Herr Daladier, sehr schmerzlich. Ich sehe aber, wie schon bemerkt, von uns aus keine Möglichkeit, auf Polen in einem vernünftigen Sinne einwirken zu können zur Korrektur einer Lage, die für das Deutsche Volk und das Deutsche Reich unerträglich ist. Adolf Hitler

Die britische Stellungnahme zu den Vorschlägen des Führers vom 25. August war in dem Memorandum enthalten, das dem Führer vom Britischen Botschafter erst am 28. August, nach Verlust von drei kostbaren Tagen, abends 22.30 Uhr überreicht wurde. Die Britische Regierung lehnt es darin ab, die deutsch-englische Zukunft und die europäische Befriedung von der polnischen Intransigent zu trennen. Sie zeigt sich aber aller Gefahren bewusst, die der augenblickliche Zustand an der Ostgrenze in sich schliesst und stimmt mit Deutschland in der Notwendigkeit einer raschen Lösung überein. Sie schlägt daher als nächsten Schritt direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen vor und fügt hinzu, dass sie von der Polnischen Regierung bestimmte Zusicherungen erhalten habe, mit der Reichsregierung in direkte Verhandlungen über die deutsch-polnischen Fragen einzutreten, deren Ergebnisse von anderen Mächten garantiert werden müssen. Wir wissen heute, dass die Englische Regierung hierbei nicht vor einer bewussten Irreführung der Reichsregierung zurückgeschreckt ist. Aus dem inzwischen veröffentlichten Schriftwechsel des Britischen Aussenministers mit dem Britischen Botschafter in Warschau ergibt sich nämlich, dass die in der britischen Stellungnahme vom 28. August

enthaltene Behauptung, eine definitive Zusicherung der Bereitschaft Polens zu direkten Besprechungen in Händen zu haben, nicht dem Sachverhalt entspricht.

Nr. 84 (463)

Dem Führer vom Britischen Botschafter am 28. August 1939 22.90 Uhr übergebenes Memorandum der Britischen Regierung (Übersetzung)

Seiner Majestät Regierung hat die ihr vom Herrn Deutschen Reichskanzler durch den Britischen Botschafter in Berlin übermittelte Botschaft empfangen und hat dieselbe mit der ihr gebührenden Sorgfalt geprüft.

1. Seiner Majestät Regierung hat den vom Herrn Reichskanzler zum Ausdruck gebrachten Wunsch, dass Freundschaft die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Britischen Imperium bilden möge, zur Kenntnis genommen, und sie teilt diesen Wunsch voll und ganz. Auch sie glaubt, wie der Herr Reichskanzler, dass, wenn eine vollständige und dauernde Verständigung zwischen diesen zwei Nationen hergestellt werden könnte, es beiden Völkern unermesslichen Segen bringen würde.

2. Die Botschaft des Herrn Reichskanzlers behandelt zwei Gruppen von Fragen – diejenigen, die gegenwärtig Gegenstand von Differenzen zwischen Deutschland und Polen sind, und diejenigen, die die endgültigen Beziehungen zwischen Deutschland und Grossbritannien berühren. Im Zusammenhang mit diesen zuletzt genannten Fragen ersieht Seiner Majestät Regierung, dass der Herr Reichskanzler gewisse Vorschläge angedeutet hat, die er unter einer Bedingung der Britischen Regierung zur Herbeiführung einer allgemeinen Verständigung zu unterbreiten bereit sein würde. Diese Vorschläge sind naturgemäss in sehr allgemeiner Form gehalten und würden eine genauere Definierung erfordern, aber Seiner Majestät

Regierung ist voll und ganz bereit, sie mit einigen Zusätzen als Gegenstand von Unterhaltungen anzunehmen, und sie würde bereit sein, wenn die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen auf friedlichem Wege beigelegt werden, sobald wie möglich diesbezügliche Besprechungen einzuleiten mit dem aufrichtigen Wunsche, zu einer Verständigung zu gelangen.

3. Die Bedingung, die der Herr Reichskanzler festlegt, ist, dass eine Lösung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Differenzen vorangehen muss. In dieser Beziehung ist Seiner Majestät Regierung vollkommen gleicher Ansicht. Alles hängt jedoch ab von der Art der Lösung und von der Methode, die zur Erzielung derselben angewandt wird. Zu diesen Punkten, deren Wichtigkeit dem Herrn Reichskanzler gegenwärtig sein wird, ist in seiner Botschaft nichts gesagt, und Seiner Majestät Regierung fühlt sich gezwungen, darauf hinzuweisen, dass eine Verständigung bezüglich dieser beiden Punkte für die Erzielung eines weiteren Fortschrittes unbedingt notwendig ist. Die Deutsche Regierung wird sich dessen bewusst sein, dass Seiner Majestät Regierung gegenüber Polen Verpflichtungen hat, die sie binden und die einzulösen sie beabsichtigt. Sie könnte nicht wegen irgendeines Grossbritannien angebotenen Vorteils einer Lösung zustimmen, die die Unabhängigkeit eines Staates gefährden würde, dem sie ihre Garantie gegeben hat.

4. Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung könnte und sollte eine vernünftige Lösung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den beiden Nationen erzielt werden auf einer Grundlage, die die Sicherstellung der wesentlichen Interessen Polens einbeziehen würde, und Seiner Majestät Regierung erinnert sich, dass der Herr Reichskanzler in seiner Rede am 28. April die Wichtigkeit dieser Interessen für Polen anerkannt hat.

Wie jedoch der britische Premierminister in seinem Schreiben vom 22. August an den Herrn Reichskanzler zum Ausdruck brachte, ist es nach Ansicht Seiner Majestät Regierung un-

erlässlich für den Erfolg der Besprechungen, die der Vereinbarung vorangehen würden, dass es im Voraus feststünde, dass ein zu erzielendes Abkommen von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung einer solchen Garantie beizutragen.

Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung folgt hieraus, dass als nächster Schritt direkte Verhandlungen zwischen der Deutschen und Polnischen Regierung eingeleitet werden sollten auf einer Grundlage, die die obenerwähnten Grundsätze einschliessen würde, nämlich die Sicherstellung der unentbehrlichen Interessen Polens und die Sicherstellung des Abkommens durch eine Internationale Garantie. Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der Polnischen Regierung erhalten, dass diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten, und Seiner Majestät Regierung hofft, dass die Deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein würde, einem solchen Verfahren zuzustimmen.

Wenn, wie Seiner Majestät Regierung hofft, solche Besprechungen zu einer Vereinbarung führen würden, so wäre der Weg offen für Besprechungen über jene breitere und umfassendere Verständigung zwischen Grossbritannien und Deutschland, die beide Nationen erstreben.

5. Seiner Majestät Regierung stimmt mit dem Herrn Reichskanzler darin überein, dass eine der hauptsächlichsten Gefahren in der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Lage in Berichten über die Behandlung der Minderheiten ihren Ursprung hat. Der gegenwärtige Spannungszustand, zusammen mit den ihn begleitenden Grenzzwischenfällen, Berichten über Misshandlungen und der aufreizenden Propaganda ist eine ständige Gefahr für den Frieden. Es ist offensichtlich eine Frage äusserster Dringlichkeit, dass alle Zwischenfälle dieser Art unverzüglich und mit fester Hand unterdrückt werden, und dass die Verbreitung unbestätigter Gerüchte verhindert wird, um eine Frist zu erlangen, in der ohne Provokation auf

beiden Seiten eine eingehende Prüfung der Möglichkeiten einer Lösung unternommen werden könnte. Seiner Majestät Regierung ist überzeugt, dass beide beteiligten Regierungen sich dieser Erwägung völlig bewusst sind.

6. Seiner Majestät Regierung hat ihre eigene Haltung gegenüber den besonderen zwischen Deutschland und Polen strittigen Angelegenheiten erschöpfend zum Ausdruck gebracht. Sie vertraut darauf, dass der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, dass Seiner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluss für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Lösung einzusetzen.

Dass eine solche Lösung erzielt werden sollte, erscheint Seiner Majestät Regierung als unbedingt notwendig, nicht nur aus Gründen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Lösung selbst entstehen, sondern auch wegen der umfassenderen Erwägungen, von denen der Herr Reichskanzler mit solcher Überzeugung gesprochen hat.

7. Es ist unnötig, in der vorliegenden Antwort die Vorteile einer friedlichen Lösung hervorzuheben gegenüber einem Entschluss, die in Frage kommenden Probleme mit Waffengewalt zu lösen. Die Folgen eines Entschlusses, Gewalt zu gebrauchen, sind in dem Schreiben des Premierministers vom 22. August an den Herrn Reichskanzler klar dargelegt worden, und Seiner Majestät Regierung zweifelt nicht daran, dass diese Folgen vom Herrn Reichskanzler genau so klar erkannt werden wie von Seiner Majestät Regierung selbst.

Andererseits glaubt Seiner Majestät Regierung, indem sie mit Interesse den in der Botschaft des Herrn Reichskanzlers enthaltenen Hinweis auf eine Begrenzung der Rüstungen zur Kenntnis nimmt, dass, wenn eine friedliche Lösung erreicht werden kann, die Unterstützung der Welt zuversichtlich vorausgesetzt werden könnte für praktische Massnahmen, die es ermöglichen würden, den Übergang von einer Vorbereitung

zum Kriege auf eine normale Tätigkeit friedlichen Handels sicher und reibungslos durchzuführen.

8. Eine gerechte Lösung dieser zwischen Deutschland und Polen bestehenden Fragen kann den Weg zum Weltfrieden öffnen. Das Ausbleiben einer solchen Lösung würde die Hoffnung auf eine bessere Verständigung zwischen Deutschland und Grossbritannien zerschlagen, würde die beiden Nationen in Konflikt bringen und könnte sehr wohl die gesamte Welt in den Krieg stürzen. Ein solches Ergebnis wäre eine Katastrophe ohne Beispiel in der Geschichte.

In seiner Antwort, dem Britischen Botschafter am 29. August 18.4j Uhr überreicht, nimmt der Führer den britischen Vorschlag an. Er macht aber England darauf aufmerksam, dass die Zustände im Osten für eine Grossmacht unerträglich sind und ein Zustand erreicht ist, der ein weiteres Hinnehmen oder auch nur Zusehen ausschliesse. Der Führer weist weiter darauf hin, dass vielleicht nur noch Stunden zur Verfügung stehen, um die Spannung zu beseitigen. Deutschland habe lange versucht, auf dem Weg friedlicher Verhandlungen weiterZUkommen, ohne von der Polnischen Regierung unterstützt zu werden. Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der vor geschlagenen direkten Besprechungen nehme die Reichsregierung den britischen Vorschlag an und erkläre sich damit einverstanden, dass durch Vermittlung der Englischen Regierung eine mit allen Vollmachten versehene polnische Persönlichkeit nach Berlin komme, mit deren Eintreffen die Reichsregierungfür Mittwoch, den 30. August, rechne. Sie werde sofort Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung ausarbeiten und diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen.

Nr. 85 (464)

Dem Britischen Botschafter am 29. August 1939 18.4J Uhr übergebene Antwort des Führers an die Britische Regierung

Der Königlich Britische Botschafter in Berlin hat der Königlich Britischen Regierung Anregungen übermittelt, die ich vorschlagen zu müssen glaubte, um

1. dem Willen der Reichsregierung nach einer aufrichtigen deutsch-englischen Verständigung, Zusammenarbeit und Freundschaft noch einmal Ausdruck zu geben;
2. keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, dass eine solche Verständigung nicht erkauft werden könnte mit dem Verzicht auf lebenswichtige deutsche Interessen oder gar einer Preisgabe von Forderungen, die ebenso im allgemeinen menschlichen Recht wie in der nationalen Würde und Ehre unseres Volkes begründet sind.

Mit Befriedigung hat die Deutsche Regierung aus den Antwortschreiben der Königlich Britischen Regierung und den mündlichen Erläuterungen des Königlich Britischen Botschafters entnommen, dass die Königlich Britische Regierung auch ihrerseits bereit ist, das deutsch-englische Verhältnis zu bessern, es im Sinne der deutschen Anregungen zu entwickeln und auszubauen.

Die Königlich Britische Regierung ist dabei ebenfalls überzeugt, dass die Lösung der unerträglich gewordenen deutsch-polnischen Spannung die Voraussetzung für eine Realisierung dieser Hoffnung ist.

Seit dem Herbst des vergangenen Jahres und zuletzt im März 1939 wurden der Polnischen Regierung mündlich und schriftlich Vorschläge unterbreitet, die unter der Berücksichtigung der damals zwischen Deutschland und Polen bestehenden Freundschaft eine für beide Teile annehmbare Lösung der strittigen Fragen ermöglichen konnten. Es ist der Königlich Britischen Regierung bekannt, dass die Polnische Regierung glaubte, diese Vorschläge im März dieses Jahres

endgültig ablehnen zu müssen. Sie hat diese Ablehnung zugleich zum Vorwand oder Anlass genommen, militärische Massnahmen zu treffen, die seitdem eine fortgesetzte Steigerung erfuhren. Schon in der Mitte des vergangenen Monats hat der Polnische Staat tatsächlich mobil gemacht. In Verbindung damit haben zahlreiche Übergriffe in der Freien Stadt Danzig stattgefunden, hervorgerufen durch polnische Behörden; mehr oder weniger drohend ultimative Forderungen wurden an diese Stadt gerichtet. Die Verhängung einer erst zollpolitisch durchgeführten, nunmehr aber auch militärisch und verkehrstechnisch erweiterten Grenzsperre mit dem Ziel der politischen Zermürbung und wirtschaftlichen Zerstörung dieses deutschen Gemeinwesens fand statt.

Hinzu kommen himmelschreiende, barbarische Misshandlungen und sonstige Verfolgungen der grossen deutschen Volksgruppe in Polen, die bis zur Tötung vieler dort lebender Deutschen oder zur Verschleppung unter grausamsten Begleitumständen führten. Diese Zustände sind für eine Grossmacht unerträglich. Sie haben Deutschland gezwungen, nach monatelangem Zusehen nunmehr ebenfalls die notwendigen Schritte zur Wahrung der berechtigten deutschen Interessen zu ergreifen. Und die Deutsche Reichsregierung kann der Britischen Regierung nur auf das ernsteste versichern, dass nunmehr jener Zustand erreicht ist, der ein weiteres Hinnehmen oder auch nur Zusehen ausschliesst.

Die Forderung der Deutschen Reichsregierung entspricht der von Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrags in diesem Gebiet; Rückkehr von Danzig und dem Korridor an Deutschland, Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in den restlich Polen verbleibenden Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung nimmt mit Befriedigung Kenntnis, dass auch die Königlich Britische Regierung im grundsätzlichen überzeugt ist, dass die entstandene Lage einer Lösung entgegengeführt werden muss. Sie glaubt weiter an-

nehmen zu dürfen, dass sich auch die Königlich Britische Regierung keinem Zweifel darüber hingibt, dass es sich hier nicht mehr um Zustände handelt, zu deren Beseitigung Tage oder gar Wochen, sondern vielleicht nur Stunden zur Verfügung stehen. Denn es ist in jedem Augenblick angesichts der desorganisierten Verhältnisse in Polen mit der Möglichkeit des Eintretens von Akten zu rechnen, die hinzunehmen für Deutschland unmöglich sein könnte.

Wenn die Königlich Britische Regierung noch immer glaubt, dass diese schwerwiegenden Differenzen auf dem Wege direkter Verhandlungen zu lösen seien, so kann die Deutsche Reichsregierung diese Auffassung von vornherein leider nicht mehr teilen. Denn sie hat es ja versucht, den Weg einer solchen friedlichen Verhandlung einzuleiten, wurde aber dabei von der Polnischen Regierung nicht unterstützt, sondern durch brüsk eingeleitete Massnahmen militärischen Charakters im Sinne der schon angedeuteten Entwicklung abgewiesen.

Die Königlich Britische Regierung sieht 2 Momente als wichtig an:

1. dass durch direkte Verhandlungen schnellstens die vorhandene Gefahr einer drohenden Entladung beseitigt wird, und dass
2. der Existenz des im Übrigen dann fortbestehenden Polnischen Staates durch internationale Garantien wirtschaftlich und politisch die notwendige Sicherung gegeben wird.

Die Deutsche Reichsregierung hat dazu folgende Erklärung abzugeben:

Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der Aussichten solcher direkten Besprechungen will sie dennoch den englischen Vorschlag akzeptieren und in diese eintreten. Sie tut dies ausschliesslich unter dem Eindruck der – wie schon betont – ihr zugegangenen schriftlichen Mitteilung der Königlich Britischen Regierung, dass auch diese ein Freundschaftsabkommen unter Zugrundelegung der dem Botschafter Henderson ge-

gebenen Anhaltspunkte wünscht. Die Deutsche Regierung will dadurch der Königlich Britischen Regierung und dem englischen Volk einen Beweis für die Aufrichtigkeit der deutschen Absicht, zu einer dauernden Freundschaft mit Grossbritannien zu kommen, geben.

Die Reichsregierung muss die Britische Regierung pflichtgemäss aber darauf hinweisen, dass sie im Falle einer Neugestaltung der territorialen Verhältnisse in Polen nicht mehr in der Lage wäre, ohne Hinzuziehung der Sowjet-Union sich zu Garantien zu verpflichten oder an Garantien teilzunehmen.

Im Übrigen hat die Deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhängigen Polnischen Staates in Frage zu stellen. Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen daher damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlich Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30. August 1939.

Die Reichsregierung wird die Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese wenn möglich bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen.

Polens Antwort war die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung.

Nr. 86 (465)

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt
Telefonische Mitteilung vom 30. August 1939 17.30 Uhr

Seit einer Stunde ist in Polen durch Anschlag die allgemeine Mobilmachung befohlen worden. Erster Mobilmachungstag ist der 31. August; zu melden haben sich alle Personen, die eine weisse Einberufungskarte besitzen.

Die britische Regierung liess sich mit ihrer Antwort auf die deutsche Anregung der Entsendung einer bevollmächtigten polnischen Persönlichkeit wiederum Zeit, und erst um Mitternacht des 30. August, also nach Ablauf des Tages, an dem die deutsche Reichsregierung das Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten erwarten zu können glaubte, überbrachte Henderson ein Antwortsmemorandum der britischen Regierung und erklärte gleichzeitig, dass die britische Regierung nicht in der Lage sei, der polnischen zu empfehlen, einen Vertreter zu entsenden. Sie schlage vielmehr vor, Deutschland möge sich auf dem normalen diplomatischen Wege an Polen wenden. In ihrem Memorandum bestätigt die englische Regierung, dass Deutschland ihren Vorschlag angenommen habe. Obwohl sie sich der Gefahr bewusst sei, dass zwel mobilisierte Armeen einander in nächster Nähe gegenüberstünden, halte sie es doch für untunlich, schon heute (30.8.) die Fühlungnahme herzustellen.

England hat demnach mehr als 24 Stunden verstreichen lassen, ohne die von ihm selbst vorgeschlagene und von Deutschland angenommene unmittelbare Fühlungnahme herzustellen.

Dem Reichsaussenminister blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als festzustellen, dass Polens Antwort die Generalmobilmachung gewesen sei und dass man umsonst auf das Erscheinen eines polnischen Vertreters gewartet habe. Um zugigen, was Deutschland dem polnischen Bevollmächtigten vorzuschlagen beabsichtigt hätte, verlas der Reichsaussenminister die inzwischen ausgearbeiteten deutschen Vorschläge, die, in 16 Punkte zusammengefasst, die fairste Lösung der Streitfragen dar st eilen und von der deutschen Regierung als Verhandlungsbasis beabsichtigt waren:

Nr. 87 (466)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Britischen Botschafter, 30. August 1939 um Mitternacht Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Henderson übergab das in der Anlage* beigefügte Memorandum der Britischen Regierung. Er fügte hinzu, dass er den Auftrag habe, zwei weitere Punkte mündlich zur Sprache zu bringen.

Man könne von der Polnischen Regierung nur dann vollständige Zurückhaltung erwarten, wenn die Deutsche Regierung auf ihrer Seite der Grenze die gleiche Haltung einnehme und wenn keine Provokationen der deutschen Minderheit in Polen erfolgten. Es seien Berichte im Umlauf, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte verübten, die die schärfsten Gegenmassnahmen seitens der Polnischen Regierung rechtfertigen würden. Der Reichsaussenminister wies diese Bemerkung auf das nachdrücklichste zurück. Deutschland kenne ausschliesslich polnische Provokationen, aber die polnische Propaganda schiene bei der Britischen Regierung ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Unerhörteste Sabotageakte würden von den Polen verübt. Er lehne es ab, mit der Britischen Regierung über dieses Thema überhaupt zu sprechen.

Die weitere Weisung Hendersons bezog sich auf die Antwort der Deutschen Regierung vom Vortage, in der die Deutsche Regierung sich bereit erklärt hatte, in direkte Fühlung mit Polen zu treten, wenn die Polnische Regierung sofort einen bevollmächtigten Vertreter entsenden würde. Die Britische Regierung sei nicht in der Lage, der Polnischen Regierung zu empfehlen, auf dieses Verhandlungsverfahren einzugehen. Sie schlage der Deutschen Regierung vor, auf normalem diplomatischem Wege, d.h. durch Überreichung ihrer Vorschläge an den Polnischen Botschafter, die Dinge ins Rollen zu bringen, um den Polnischen Botschafter in die Lage zu versetzen, im Einvernehmen mit seiner Regierung

die Vorbereitungen für direkte deutsch-polnische Verhandlungen zu treffen. Wenn die Deutsche Regierung diese Vorschläge auch der Britischen Regierung zuleiten würde, und diese der Ansicht wäre, dass die Vorschläge eine vernünftige Grundlage für eine Regelung der zur Erörterung stehenden Probleme bilden, so würde sie ihren Einfluss im Sinne einer Lösung in Warschau zur Geltung bringen.

Henderson fragte unter Hinweis auf den letzten Absatz der deutschen Antwort vom Vortage, ob die deutschen Vorschläge bereits ausgearbeitet seien und ob ihm diese Vorschläge übergeben werden könnten.

Der Reichsaussenminister antwortete, dass 1. die britische Vermittlung bisher nur ein klares Ergebnis gezeitigt hätte, nämlich die polnische Generalmobilmachung. 2. Man habe deutscherseits mit dem Erscheinen eines polnischen Vertreters am heutigen Tage gerechnet. Es sei dies nicht, wie der Britische Botschafter irrtümlich angenommen habe, ein Ultimatum gewesen, sondern, wie der Führer bereits am Vortage auseinandergesetzt habe, es sei ein von den Zeitumständen diktierter praktischer Vorschlag gewesen. Bis Mitternacht habe man auf deutscher Seite nichts von den Polen gehört. Die Frage eines eventuellen Vorschlags sei daher nicht länger aktuell. Um aber zu zeigen, was Deutschland vorzuschlagen beabsichtigt hatte, wenn der polnische Vertreter gekommen wäre, verlas der Reichsaussenminister die in der Anlage beigefügten deutschen Vorschläge** und erläuterte sie im Einzelnen.

Henderson erwiderte, die Erklärung des Reichsaussenministers, dass infolge des Nichterscheinens des polnischen Vertreters bis Mittwoch Mitternacht die ursprünglich beabsichtigten deutschen Vorschläge nicht mehr aktuell wären, schiene seine Auslegung des Vorschlags als Ultimatum zu bestätigen.

Der Reichsaussenminister trat dieser Auffassung erneut energisch entgegen und wies auf die am Vortage vom Führer abgegebene Erklärung hin, dass die Eile durch die Tatsache bedingt sei, dass sich zwei mobilisierte Armeen in Schussweite

gegenüberständen und in jeder Minute ein Zwischenfall ernste Konflikte auslösen könne.

Zum Schluss schlug Henderson vor, der Reichsaussenminister möge den Polnischen Botschafter herbeirufen und ihm die deutschen Vorschläge übergeben.

Der Reichsaussenminister lehnte dieses Verfahren für seine Person ab und beendete die Unterredung, indem er dem Führer sämtliche Entscheidungen vorbehielt. Schmidt

** Vgl. Anlage I.*
*** Vgl. Anlage II.*

Zu Nr. 87

Anlage I

Dem Reichsminisler des Auswärtigen am 30. August 1939 24 Uhr vom Britischen Botschafter übergebenes Memorandum der Britischen Regierung
(Übersetzung)

1. Die Regierung Seiner Majestät weiss die Tatsache zu würdigen, dass die Deutsche Regierung in der in ihrer Antwort enthaltenen Erklärung freundlichst auf ihren Wunsch einer deutsch-englischen Verständigung hinweist, und weiss ebenso den Hinweis zu würdigen, dass diese Erwägung ihre Politik beeinflusst hat.

2. Die Regierung Seiner Majestät bringt wiederholt zum Ausdruck, dass sie den Wunsch der Deutschen Regierung nach einer Verbesserung der Beziehungen durchaus teilt; es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, dass sie um dieser Verbesserung willen nicht die Interessen ihrer Freunde preisgeben kann. Sie hat volles Verständnis dafür, dass die Deutsche Regierung Deutschlands Lebensinteressen nicht opfern kann, aber die Polnische Regierung befindet sich in der gleichen Lage, und die Regierung Seiner Majestät glaubt, dass die Lebensinteressen der beiden Länder nicht unvereinbar sind.

Die Regierung Seiner Majestät nimmt zur Kenntnis, dass die Deutsche Regierung den britischen Vorschlag annimmt und bereit ist, mit der Polnischen Regierung in unmittelbaren Meinungsaustausch zu treten.

4. Die Regierung Seiner Majestät glaubt annehmen zu dürfen, dass die Deutsche Regierung im Prinzip die Bedingung annimmt, dass jedwede Regelung zum Gegenstand einer internationalen Garantie gemacht werden sollte. Die Frage, wer sich an einer solchen Garantie beteiligen soll, wird später zu erörtern sei, und die Regierung Seiner Majestät hofft, dass, um Zeitverlust zu vermeiden, die Deutsche Regierung sofort Schritte unternehmen wird, um die Zustimmung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu erreichen, deren Beteiligung an der Garantie die Regierung Seiner Majestät stets vorausgesetzt hat.

5. Die Regierung Seiner Majestät nimmt gleichfalls zur Kenntnis, dass die Deutsche Regierung den Standpunkt der Britischen Regierung hinsichtlich der Lebensinteressen und der Unabhängigkeit Polens anerkennt.

6. Hinsichtlich besonderer Forderungen, die die Deutsche Regierung in einem früheren Absatz ihrer Antwort anmeldet, muss die Regierung Seiner Majestät einen ausdrücklichen Vorbehalt machen. Sie glaubt zu verstehen, dass die Deutsche Regierung zurzeit Vorschläge für eine Lösung ausarbeitet. Zweifelsohne werden diese Vorschläge während des Meinungsaustausches sorgfältigst geprüft werden. Es kann dann entschieden werden, wieweit diese mit den wesentlichen Bedingungen vereinbar sind, die die Regierung Seiner Majestät bekanntgegeben hat und die anzunehmen die Deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht hat.

7. Die Regierung Seiner Majestät wird die Polnische Regierung sofort von der Antwort der Deutschen Regierung verständigen. Die Art der Fühlungnahme und die Vorbereitungen für einen Meinungsaustausch müssen selbstverständlich in aller Eile zwischen der Deutschen und der Polnischen

Regierung vereinbart werden. Die Regierung Seiner Majestät ist jedoch der Ansicht, dass es untunlich wäre, diese Fühlungnahme schon heute herzustellen.

8. Die Regierung Seiner Majestät erkennt voll an, dass bei der Aufnahme der Verhandlungen Eile geboten ist, und teilt die Befürchtungen des Herrn Reichskanzlers, die sich aus dem Umstande ergeben, dass zwei mobilisierte Armeen sich in allernächster Nähe gegenüberstehen. Sie möchte daher auf das dringendste nahelegen, dass beide Parteien sich verpflichten, dass während der Verhandlungen keine aggressiven militärischen Bewegungen stattfinden. Die Regierung Seiner Majestät vertraut darauf, dass sie von der Polnischen Regierung eine derartige Zusage erhalten würde, wenn die Deutsche Regierung eine gleichzeitige Versicherung abgeben wollte.

9. Die Regierung Seiner Majestät möchte ferner noch Vorschlägen, dass vorläufig ein modus vivendi für Danzig geschaffen wird, um Zwischenfälle zu verhüten, die geeignet wären, die deutsch-polnischen Beziehungen noch schwieriger zu gestalten.

Berlin, den 30. August 1939.

Zu Nr. 87

Anlage II

Vorschlag für eine Regelung des Dawfig-Korridor-Problems sowie der Deutsch-Polnischen Minderheitenfrage

Die Lage zwischen dem Deutschen Reich und Polen ist zur Zeit so, dass jeder weitere Zwischenfall zu einer Entladung der beiderseits in Stellung gegangenen militärischen Streitkräfte führen kann. Jede friedliche Lösung muss so beschaffen sein, dass sich nicht bei nächster Gelegenheit die diesen Zustand ursächlich bedingenden Ereignisse wiederholen können und dadurch nicht nur der Osten Europas, sondern auch andere Gebiete in die gleiche Spannung versetzt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen

1. in der unmöglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde,
2. in der unmöglichen Behandlung der Minderheit in den abgetrennten Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung geht daher bei diesen Vorschlägen von dem Gedanken aus, eine endgültige Lösung zu finden, die die unmögliche Situation der Grenzziehung beseitigt, beiden Teilen ihre lebenswichtige Verbindungsstrassen sichert, das Minderheitenproblem – soweit irgendmöglich – beseitigt und, soweit dies nicht möglich ist, das Schicksal der Minderheiten durch eine sichere Garantie ihrer Rechte erträglich gestaltet.

Die Deutsche Reichsregierung ist überzeugt, dass es dabei unerlässlich ist, wirtschaftliche und physische Schädigungen, die seit dem Jahr 1918 stattgefunden haben, aufzudecken und im vollen Umfange wiedergutzumachen. Sie sieht selbstverständlich diese Verpflichtung als eine für beide Teile bindende an.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich folgende praktische Vorschläge:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.
2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder-Graudenz-Kulm -Bromberg (diese Städte einschliesslich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.
5. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiet wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und des-

gleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.

Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Grossmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt.

   Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreussen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Strassen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
8. Um nach erfolgter Abstimmung – ganz gleich, wie diese ausgehen möge – die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig – Ostpreussen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow-Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Strasse und der Eisenbahn wird so durchgeführt, dass die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder Über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

   Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Strassen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.
). Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmass vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.
10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch äusgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.
11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.
12. Die Halbinsel Heia, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland Vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, dass diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit,

die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Massnahmen. werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Am 31. August früh teilte Sir N. Henderson den Inhalt des deutschen Sechzehn-Punkt- Vorschlags dem polnischen Botschafter in Berlin mit. Dieser gab ihn noch vormittags telefonisch an seine Regierung in Warschau weiter. Dies wissen wir aus Sir Nevile Hendersons eigenem Schlussbericht an seine Regierung.

Die amtliche deutsche Mitteilung vom 31. August 21 Uhr aber musste feststellen, dass Deutschland, nachdem es schon am 30. August vergeblich auf das Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten gewartet habe, noch weitere 24 Stunden umsonst auf dessen Eintreffen gehofft hat, da der polnische Botschafter, der am 31. August 18,30 Uhr im Auswärtigen Amt erschienen war, keine Verhandlungsvollmacht besessen, sondern nur erklärt habe, Polen «erwäge die britischen Anregungen im günstigen Sinne».

Nr. 88 (468)

Amtliche Deutsche Mitteilung vom 31. August 1939 21 Uhr

Die Königlich Britische Regierung hat sich in einer Note vom 28. August 1939 gegenüber der Deutschen Regierung bereit erklärt, ihre Vermittlung zu direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die strittigen Probleme zur Verfügung zu stellen. Sie hat dabei keinen Zweifel darüber gelassen, dass auch ihr angesichts der fortdauernden Zwischenfälle und der allgemeinen europäischen Spannung die Dringlichkeit des Vorganges bewusst wäre.

Die Deutsche Regierung hat sich in einer Antwortnote vom 29. August 1939 trotz ihrer skeptischen Beurteilung des Willens

der Polnischen Regierung, überhaupt zu einer Verständigung zu kommen, im Interesse des Friedens bereit erklärt, die englische Vermittlung bzw. Anregung anzunehmen. Sie hat unter Würdigung aller der zurzeit gegebenen Umstände es für notwendig erachtet, in dieser ihrer Note darauf hinzuweisen, dass, wenn überhaupt die Gefahr einer Katastrophe vermieden werden soll, dann schnell und unverzüglich gehandelt werden muss. Sie hat sich in diesem Sinne bereit erklärt, bis zum 30. August 1939 abends einen Beauftragten der Polnischen Regierung zu empfangen, unter der Voraussetzung, dass dieser auch wirklich bevollmächtigt sei, nicht nur zu diskutieren, sondern Verhandlungen zu führen und abzuschliessen.

Die Deutsche Regierung hat weiter in Aussicht gestellt, dass sie glaubt, bis zum Eintreffen dieses polnischen Unterhändlers in Berlin der Britischen Regierung die Grundlagen über das Verständigungsangebot ebenfalls zugänglich machen zu können.

Statt eine Erklärung über das Eintreffen einer autorisierten polnischen Persönlichkeit erhielt die Reichsregierung als Antwort auf ihre Verständigungsbereitschaft zunächst die Nachricht der polnischen Mobilmachung und erst am 30. August 1939 gegen 12 Uhr nachts eine mehr allgemein gehaltene britische Versicherung der Bereitwilligkeit, ihrerseits auf den Beginn von Verhandlungen hinwirken zu wollen.

Trotzdem durch das Ausbleiben des von der Reichsregierung erwarteten polnischen Unterhändlers die Voraussetzung entfallen war, der Britischen Regierung noch eine Kenntnis über die Auffassung der Deutschen Regierung in Bezug auf mögliche Verhandlungsgrundlagen zu geben, da die Britische Regierung ja selbst für direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen plädiert hatte, gab Reichsaussenminister v. Ribbentrop dem Britischen Botschafter anlässlich der Übergabe der letzten englischen Note eine genaue Kenntnis des Wortlautes der für den Fall des Eintreffens des polnischen Bevollmächtigten als Verhandlungsgrundlage vorgesehenen deutschen Vorschläge.

Die Deutsche Reichsregierung glaubte ein Recht darauf zu haben, dass unter diesen Umständen wenigstens nachträglich die sofortige Benennung einer polnischen Persönlichkeit stattfinden würde. Denn es ist der Reichsregierung nicht zuzumuten, ihrerseits fortgesetzt die Bereitwilligkeit zur Inangriffnahme solcher Verhandlungen nicht nur zu betonen, sondern auch dafür bereitzusitzen, von der polnischen Seite aber nur mit leeren Ausflüchten und nichtssagenden Erklärungen hingehalten zu werden.

Aus einer inzwischen stattgefundenen Demarche des Polnischen Botschafters geht erneut hervor, dass auch dieser nicht bevollmächtigt ist, in irgendeine Diskussion einzutreten oder gar zu verhandeln.

Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun 2 Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet.

Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, dass diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären.

Die Reichs regierung hält es für angebracht, der Öffentlichkeit Kenntnis von diesen dem Britischen Botschafter durch den Reichsaussenminister von Ribbentrop mitgeteilten Verhandlungsgrundlagen zu geben*.

** Im Wortlaut der amtlichen deutschen Mitteilung folgte hier der oben unter Anlage II abgedruckte Vorschlag.*

Dass Polen von keinerlei Verständigungswillen mehr erfüllt war, sondern den Augenblick, gekommen sah, unter Ausnützung der britischen Blankovollmacht in der ihm von England zugedachten Rolle den Krieg gegen Deutschland auszulösen, zeigt die Meldung des Warschauer Rundfunksenders, die am 31. August 23 Ubr durchgegeben wurde:

Nr. 89 (469)

Meldung des Polnischen Rundfunksenders Warschau vom 31. August 1939 23 Uhr

(Übersetzung)

Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. Die Bedingungen, unter denen das Dritte Reich bereit ist, mit Polen zu verhandeln, lauten: Danzig kehrt sofort zum Reich zurück. Pommerellen mit den Städten Bromberg und Graudenz unterliegt einem Plebiszit, wobei alle Deutschen, die nach dem Jahre 1918 aus irgendwelchen Gründen von dort ausgewandert sind, hineingelassen werden sollen. Polnisches Militär und Polizei evakuiert Pommerellen. Die Polizei Englands, Frankreichs, Italiens und der Sowjetunion übernimmt die Gewalt. Nach Ablauf von 12 Monaten findet das Plebiszit statt. Das Gebiet der Halbinsel Heia wird vom Plebiszit gleichfalls erfasst. Gdingen ist als polnische Stadt ausgeschlossen. Unabhängig vom Ausgang des Plebiszits wird eine exterritoriale Strasse in der Breite eines Kilometers gebaut.. .

Die deutsche Agentur gibt bekannt, dass der Termin für die Annahme dieser Bedingungen gestern abgelaufen ist. Deutschland hat vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort waren die militärischen Anordnungen der Polnischen Regierung.

Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern. Deutschland strebt die Herrschaft über Europa an und durchstreicht mit einem bisher nicht dagewesenen Zynismus die Rechte der Völker. Dieser unverschämte Vorschlag beweist deutlich, wie notwendig die militärischen Anordnungen der Polnischen Regierung gewesen sind.

Auf wessen Seite jedoch die Aggression vorlag, konnte nach der tatsächlichen Lage der Dinge nicht zweifelhaft sein. Eine von einem Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes gefertigte Zusammenstellung der amtlichen Meldungen über Grenz~ zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze weist allein für die Zeit vom 24. bis 31. August 1939 44 Fälle auf:

Nr. 90 (470)

Von einem Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts gefertigte Zusammenstellung der dem Auswärtigen Amt vorliegenden amtlichen Meldungen über schwere Grenzzwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze zwischen dem 24. und dem 31. August 1939

Berlin, den 1. September 1939

24. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 22 Uhr brannte auf dem unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze gelegenen Anwesen des Bauern Reinhard Briese in Scharschau, Kreis Rosenberg, Westpreussen, ein Stall nieder. An der Brandstelle wurde eine Brandbombe polnischer Herkunft gefunden.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 23 Uhr verbrannte infolge Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern das unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze liegende Anwesen der Witwe Martha Zerkowski in Schönerswalde, Kreis Rosenberg, Westpreussen.

3. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

In der Nacht vom 25. zum 26. August wurde durch Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Anwesen des Holzschlägers Schlegel in Neukrug, Kreis Rosenberg, Westpreussen, vernichtet.

4. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
In der Nacht vom 25. zum 26. brannte infolge Brandstiftung durch aus Polen gekommene Täter die an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Försterei Dietrichswalde, Kreis Marienwerder, vollständig nieder.

5. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
In der Nacht vom 25. zum 26. wurde das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Anwesen des Bauern Gehrke in Niederzehren, Kreis Marienwerder, durch Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern vernichtet.

6. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
In der Nacht vom 25. auf den 26. wurde das Wärterhaus 34 an der Strecke Deutsch-Eylau-Alt-Eiche-Soldau durch eine Bombe zerstört.

7. Meldung der Staatspolizeistelle Köslin.
In der Nacht vom 25. auf den 26. brannte die unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze stehende Scheune des Müllers Domke in Somminer Mühle, Kreis Bütow, ab. Eine Durchsuchung der Brandstätte ergab, dass die Scheune durch einen elektrischen Zeitzünder in Brand gesetzt worden war.

8. Meldung des Oberfinanzpräsidenten Ostpreussen.
In der Nacht vom 25. zum 26. August wurden die auf deutschem Gebiet gelegenen Teile der Strassenbrücke und der Eisenbahnbrücke Zandersfelde-Neuliebenau von polnischem Militär.gesprengt und völlig zerstört.

26. August

1. Meldung des Hauptzollamtes Neidenburg.
Um 0.45 Uhr wurde von dem Standposten vor dem Zollamt Wetzhausen ein polnischer Soldat festgestellt und angerufen, der sich aus dem dem Zollamt gegenüberliegenden Wäldchen auf das Gebäude zu bewegte. Der Soldat ergriff die Flucht und wurde durch zwei Schüsse anscheinend verletzt.

Nachträglich wurde festgestellt, dass der Soldat zu einer Gruppe von 6 polnischen Soldaten gehörte, die an dieser Stelle die deutsch-polnische Grenze überschritten hatten.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 15 Uhr brannte infolge Brandstiftung das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Wohn- und Wirtschaftshaus der Familien Werner und Scheffler in Neukrug, Kreis Rosenberg, Westpreussen, bis auf die Umfassungsmauern ab. Es wurde festgestellt, dass die Täter in Polen zu suchen waren.

3. Meldung des Hauptzollamts Lauenburg.

Um 23 Uhr flüchtete der Volksdeutsche Tatulinski aus Seelau gegenüber der Zollaufsichtsstelle Gross Sellnow über die Grenze, nachdem sein Gehöft von einer polnischen Bande angezündet worden war. Auf den Flüchtigen wurden von den Polen mehrere Schüsse abgegeben, die auf deutschem Gebiet einschlugen.

4. Meldung des Hauptzollamts Meseritz.

Volksdeutsche Flüchtlinge, die am 26. August bei Betsche-Süd über die Grenze kamen, wurden von polnischen Grenzbeamten mehrfach beschossen, nachdem sie sich schon in einem Maisfelde auf deutschem Boden verborgen hatten.

27. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

In den frühen Morgenstunden brannte das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Gehöft des Bauern Guzinski in Klein Heyde, Kreis Rosenberg, Westpreussen, nieder. Es wurde festgestellt, dass die polnischen Brandstifter über die Grenze gekommen waren.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 3.15 wurde die Eisenbahnhaltestelle und das Sägewerk in Alt-Eiche, Kreis Rosenberg, Westpreussen, von einer etwa 15 Mann starken, mit Gewehren bewaffneten

polnischen Bande überfallen. Nachdem die Polen mehrere Schüsse abgegeben hatten, wurden sie durch eine Gruppe des deutschen Grenzschutzes vertrieben.

3. Meldung des Zollamtes Lindenhorst.

Gegen 4 Uhr wurden von einem Posten der Grenzwache 6 polnische Soldaten beobachtet, die sich gegen den Grenzstein 127 zu bewegten. Sodann teilten sie sich zu dreien, überschritten die Reichsgrenze und gingen in Richtung der Strasse Neumittelwalde-Schönstein vor. Gegen 4,25 Uhr stellte der Gruppenführer der Grenzwache einen am Boden kriechenden polnischen Soldaten fest. Er gab darauf 4 Schüsse ab, worauf die Polen sich zurückzogen.

4. Meldung des Hauptzollamtes Schneidemühl.

Gegen 10.30 Uhr wurden in der Gegend Vorwerk-Dreilinden, etwa 300 m diesseits der Grenze, drei deutsche Grenzwacht-Offiziere, Hauptmann Täschner, Oberleutnant Sebulka und Leutnant Dinger, von der polnischen Grenze her beschossen.

5. Meldung des Hauptzollamtes Neidenburg.

Gegen 17 Uhr postierte eine Streife der Zollamtsstation Flammberg bei Punkt 128, der etwa 100 m vom Grenzfluss Orzyc an einem Waldrande westlich Flammberg gelegen ist. Plötzlich fielen von polnischer Seite her etwa 20 Schüsse, die auf deutschem Gebiet einschlugen. Wie sich später ergab, rührten sie von einer polnischen Grenzstreife her, die sich unter Führung eines polnischen Offiziers der deutschen Grenze genähert und das Feuer auf einen deutschen Wehrmachtsposten eröffnet hatte. Es konnte ferner festgestellt werden, dass hierbei seitens der Posten 4 Eierhandgranaten geworfen wurden.

6. Meldung des Hauptzollamtes Kreuzberg.

Um 20.15 Uhr wurde der Zollassistent Scheffler nahe Reidenwalde von polnischer Seite mit 7 bis 8 Gewehrschüssen beschossen.

7. Meldung des Oberfinanzpräsidenten Ostpreussen.
Gegen 21.45 Uhr wurde der Zoll Wärter Will, als er einen unweit der Grenze gelegenen Gutshof mit dem Fahrrade verliess, mehrfach von polnischen Grenzwachtbeamten, die in Kleinfelde bei Mewe stationiert waren, beschossen.

28. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing*
Gegen 0.30 Uhr wurden von einer deutschen Feldwache, die an der Eisenbahnbrücke Deutsch-Eylau-Neumark lag, mehrere polnische Soldaten auf deutschem Gebiet gesichtet. Als die Feldwache Feuer gab, verschwanden die Polen im Walde, wobei sie das Feuer erwiderten.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Oppeln.
Gegen 1 Uhr wurden auf dem alten, von Ratibor nach Hohenbirken, Ostoberschlesien, führenden Promenadenweg marschierende polnische Truppen von einem deutschen Flakkommando gesichtet, als sie die Reichsgrenze etwa 150 m überschritten hatten. Das Flakkommando eröffnete daraufhin das Feuer, worauf sich die polnischen Truppen zurückzogen.

3. Meldung des Hauptzollamtes Beuthen.
Gegen 1 Uhr wurden von einem polnischen Maschinengewehr mehrere Schüsse abgegeben. Sie schlugen dicht neben einer Maschinengewehrgruppe der Grenzwacht ein, die an der Schlackenhalde beim Sportplatz Borsigwerk in Stellung lag.

4. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
Gegen 1.45 Uhr wurde die Feldwache in Alt-Eiche, Kreis Rosenberg, Westpreussen, von regulären polnischen Truppen überfallen. Zunächst griffen die Polen eine Gruppe der Grenzwacht an, die an dem dortigen Grenzübergang postiert war und sich daraufhin bis zum Bahnhof Alt-Eiche zurückzog. In diesem Augenblick kamen aus einer anderen Richtung etwa 10 polnische Soldaten,

welche zum Sturmangriff ansetzten. Die deutsche Gruppe ging nunmehr wieder in Stellung und eröffnete das Feuer. Die Polen waren in Schützenlinie ausgeschwärmt und schossen ebenfalls. Hierdurch wurde der Gefreite Grudzinski aus Hansdorf tödlich getroffen und ein weiterer deutscher Schütze an der Schulter verletzt. Die polnischen Soldaten zogen sich sodann wieder auf polnisches Gebiet zurück.

5. Meldung des Hauptzollamtes Gleiwitz.

Gegen 22.45 Uhr wurden die deutschen Zollbeamten Fleischer und Quenzel, die an der Panzerschranke beim Zollamt Neuberstein Dienst taten, von polnischer Seite mit Maschinengewehr und Gewehr beschossen. Erst nach einem anschliessenden Feuergefecht von 20 Minuten mit der deutschen Grenzwacht stellten die Polen das Feuer ein.

29. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

In den frühen Morgenstunden kamen in der Nähe der Sägemühle Alt-Eiche polnische Soldaten auf deutsches Gebiet, die durch den deutschen Grenzschutz vertrieben wurden.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Köslin.

In den frühen Morgenstunden führten polnische Grenzschutzsoldaten einen Feuerüberfall auf das deutsche Zollhaus Sonnenwalde-Bahnhof aus. Bei der Abwehr wurden ein deutscher Bezirkszollkommissar und ein deutscher Hilfsgrenzangestellter verwundet.

3. Meldung der Staatspolizeistelle Breslau.

Um 13.40 Uhr wurde der Zollbetriebsassistent Dippe von einem polnischen Grenzposten mit Gewehr beschossen, als er sich in einem Wäldchen bei Neu-Vorberg an der Strasse Lesten-Tharlang aufhielt.

4. Meldung des Hauptzollamtes Beuthen.

Gegen 21.45 Uhr wurden von polnischem Militär wiederholt auf deutsches Gebiet in der Nähe des Zollamtes III

Beuthen Schüsse abgegeben. Zunächst erfolgten etwa 20 bis 30 Pistolenschüsse über die Zollstrasse beim Zollamt hinweg in Richtung auf den Grubenhof der Beuthen-Grube, die etwa 10 m vor der dritten Gruppe eines dort befindlichen Zuges der 8. Grenzwachtkompanie einschlugen. Es folgten dann 10 bis 15 Gewehrschüsse und unmittelbar darauf weitere 4 bis 5 Schuss, die von einer Maschinenpistole herrührten. Das Feuer wurde von deutscher Seite nicht erwidert.

5. Meldung des Hauptzollamts Gleiwitz.

Gegen 23.50 Uhr wurden deutsche Zoll- und Grenz wach t-beamte auf deutschem Gebiet nahe dem Zollamt Neubersteich von einer polnischen Formation heftig unter Feuer genommen. Hierbei waren zwei leichte Maschinengewehre, die auf deutschem Gebiet in Stellung gebracht waren, sowie ein schweres Maschinengewehr einwandfrei festzustellen. Nach einem Feuergefecht stellten die Polen um 1.15 Uhr das Feuer ein.

30. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 0.30 Uhr wurde das Zollgehöft Neukrug, Kreis Rosenberg, Westpreussen, von der Waldseite aus von regulären polnischen Truppen angegriffen. Die Polen beabsichtigten offenbar, der Besatzung des Zollgehöftes in den Rücken zu fallen. Sie hatten unweit des Zollgehöftes hinter einer Autogarage ein leichtes Maschinengewehr in Stellung gebracht. Als sie von der deutschen Feldwache aus einem oberen Zimmer des Zollgehöftes beschossen wurden, erfolgte Stellungswechsel des polnischen Maschinengewehrs in eine dichte Schonung, die sofort gleichfalls unter Feuer genommen wurde. Der Kampf dauerte bis etwa 5 Uhr. Ein Schütze der deutschen Feldwache wurde tödlich verletzt. Im Zollgehöft wurden mehrere Fensterscheiben und die Telephonleitung zerstört.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
Gegen 0.45 Uhr wurden in der Nähe der Sägemühle Alt-Eiche 3 bis 4 polnische Soldaten vom deutschen Grenzschutz festgestellt, als sie sich an die Mühle heranschleichen wollten. Sie wurden sodann durch den Grenzschutz vertrieben.

3. Meldung der Staatspolizeistelle Breslau.
Gegen 7 Uhr befand sich der Landwirt Ferdinand Braun aus Golgas, Kreis Militsch, etwa 100 m diesseits des Grenzsteines 233 bei der Feldarbeit. Er wurde plötzlich von einem polnischen Soldaten mit der Pistole beschossen, blieb aber unverletzt.

4. Meldung des Oberfinanzpräsidenten in Troppau.
Um 15.03 Uhr wurde ein über deutsches Gebiet befindliches Flugzeug – anscheinend ein deutsches Aufklärungsflugzeug – von polnischem Gebiet aus Richtung Oderberg und Wurbitz von Flakartillerie beschossen. Sprengstücke wurden gefunden und sichergestellt.

31. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
Gegen 1 Uhr wurde das Zollgehöft in Neukrug von polnischem Militär angegriffen. Es handelte sich um etwa 25 Mann mit einem leichten Maschinengewehr. Sie versuchten, das Zollgehöft zu umzingeln. Der Angriff wurde abgeschlagen.

2. Meldung des Hauptzollamts Gleiwitz.
Gegen 2 Uhr erfolgte von polnischer Seite ein Feuerüberfall auf die das Zollamt Neubersteich sichernde deutsche Grenzwache. Ein Angriff der Polen auf das Zollamt wurde durch deutsches Abwehrfeuer verhindert.

3. Meldung des Zoll-Bezirkskommissars Deutsch-Eylau.
Gegen 3 Uhr früh wurde bei Scharschau auf deutschem Reichsgebiet durch polnische Truppen auf eine Streife der Grenzwacht ein Feuerüberfall verübt. Als die Streife

Verstärkung heranzog und das Feuer erwiderte, zogen sich die Polen zurück.

4. Meldung des Polizeipräsidenten Gleiwitz.

Gegen 20 Uhr wurde der Sender Gleiwitz durch einen Trupp polnischer Aufständischer überfallen und vorübergehend besetzt. Die Aufständischen wurden durch deutsche Grenzpolizeibeamte vertrieben. Bei der Abwehr wurde ein Aufständischer tödlich verletzt.

5. Meldung des Oberfinanzpräsidenten Troppau.

Tn der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde das Zollamt Hoflinden durch polnische Aufständische angegriffen und vorübergehend besetzt. Durch einen Gegenangriff der SS-Verfügungstruppe wurden die Aufständischen wieder vertrieben.

6. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 24.30 Uhr wurde das Zollgehöft Neukrug von 30 polnischen Soldaten angegriffen, die mit Maschinengewehren und Karabinern ausgerüstet waren. Der Angriff wurde durch die deutsche Feldwache zurückgeschlagen.

7. Meldung der Staatspolizeistelle Liegnitz.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde ein deutscher Zollbeamter bei Pfalzdorf, Kreis Grünberg, etwa 73 m von der polnischen Grenze entfernt, durch polnische Truppen tödlich verletzt.

8. Meldung der Staatspolizeistelle Liegnitz.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde ein deutscher Zollbeamter während der Ausübung seines Dienstes bei Röhrsdorf, Kreis Fraustadt, durch polnische Truppen erschossen, ein weiterer Zollbeamter schwer verletzt.

9. Meldung der Staatspolizeistelle Liegnitz.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September erfolgte ohne jede Veranlassung ein Feuerüberfall von polnischer Seite auf das deutsche Zollhaus in Pfalzdorf, Kreis Grünberg.

10. Meldung der Staatspolizeistelle Liegnitz.
In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde das deutsche Zollhaus in Geyersdorf durch polnische Aufständische vorübergehend besetzt, die einen erheblichen Sachschaden verursachten.

11. Meldung der Staatspolizeistelle Brünn.
In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde durch polnischen Grenzschutz auf die deutsche Zollbaude in Hruschau ein Feuerüberfall mittels eines Maschinengewehrs verübt. Als deutsches Gegenfeuer einsetzte, ergriffen die Polen die Flucht.

Schliep

Somit waren alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Regelung der deutsch-polnischen Krise erschöpft. Polen hatte, wie die vorhergegangenen Dokumente beweisen, bereits den Weg der Gewalt beschritten und damit einen Zustand geschaffen, der die Deutsche Reichsregierung dazu zwang, diese Gewalt selbst mit Gewalt abzuwehren. Die polnische Herausforderung, die schon in den letzten Tagen und Stunden der Krise jedes Mass überschritten und eine friedliche Regelung aussichtslos gemacht hatte, duldete kein Zögern mehr. In den Morgenstunden des 1. September erhielt die deutsche Wehrmacht den Befehl, gegen die unablässigen polnischen Angriffe auf deutsches Hoheitsgebiet nun ihrerseits zum Gegenangriff überzugehen. Die Rede des Führers vor dem Reichstag am 1. September vormittags fasste den deutschen Standpunkt abschliessend zusammen und rechtfertigte damit das deutsche Vorgehen vor aller Welt:

Nr. 91 (471)

Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 1. September 1939

Abgeordnete, Männer des Deutschen Reichstags!

Seit Monaten leiden wir alle unter der Qual eines Problems, das uns einst das Versailler Diktat beschert hat und das nunmehr in seiner Ausartung und Entartung unerträglich ge-

worden war. Danzig war und ist eine deutsche Stadt. Der Korridor war und ist deutsch. Alle diese Gebiete verdanken ihre kulturelle Erschliessung ausschliesslich dem deutschen Volk, ohne das in diesen östlichen Gebieten tiefste Barbarei herrschen würde. Danzig wurde von uns getrennt, der Korridor von Polen annektiert, die dort lebenden deutschen Minderheiten in der qualvollsten Weise misshandelt. Über eine Million Menschen deutschen Blutes mussten schon in den Jahren 1919 auf 1920 ihre Heimat verlassen. Wie immer, so habe ich auch hier versucht, auf dem Wege friedlichster Revisionsvorschläge eine Änderung des unerträglichen Zustandes herbeizuführen. Es ist eine Lüge, wenn in der Welt behauptet wird, dass wir alle unsere Revisionen nur unter Druck durchzusetzen versuchten. 15 Jahre, bevor der Nationalsozialismus zur Macht kam, hatte man Gelegenheit, auf dem Wege friedlicher Verständigung die Revision durchzuführen. Man tat es nicht. In jedem einzelnen Falle habe ich dann von mir aus nicht einmal, sondern oftmals Vorschläge zur Revision unerträglicher Zustände gemacht.

Alle diese Vorschläge sind, wie Sie wissen, abgelehnt worden. Ich brauche sie picht im Einzelnen aufzuzählen: die Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung, ja, wenn notwendig, zur Rüstungsbeseitigung, die Vorschläge zur Beschränkung der Kriegführung, die Vorschläge zur Ausschaltung von in meinen Augen mit dem Völkerrecht schwer zu vereinbarenden Methoden der modernen Kriegführung. Sie kennen die Vorschläge, die ich über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die deutschen Reichsgebiete machte, die endlosen Versuche, die ich zu einer friedlichen Verständigung über das Problem Österreich unternahm und später über das Problem Sudetenland, Böhmen und Mähren. Es war alles vergeblich. Eines aber ist unmöglich: zu verlangen, dass ein unerträglicher Zustand auf dem Weg friedlicher Revision bereinigt wird, und die friedliche Revision konsequent zu verweigern. Es ist auch unmöglich, zu behaupten, dass derjenige, der in einer solchen Lage dann dazu übergeht, von sich

aus diese Revisionen vorzunehmen, gegen ein Gesetz verstösst. Das Diktat von Versailles ist für uns Deutsche kein Gesetz. Es geht nicht an, von jemand mit vorgehaltener Pistole und der Drohung des Verhungerns von Millionen Menschen eine Unterschrift zu erpressen und dann das Dokument mit dieser erpressten Unterschrift als ein feierliches Gesetz zu proklamieren.

So habe ich auch im Falle Danzigs und des Korridors versucht, durch friedliche Vorschläge auf dem Wege der Diskussion die Probleme zu lösen. Dass sie gelöst werden mussten, das war klar. Und dass der Termin dieser Lösung für die westlichen Staaten vielleicht uninteressant sein kann, ist begreiflich; aber uns ist dieser Termin nicht gleichgültig, vor allem aber war er und konnte er nicht gleichgültig sein für die leidenden Opfer. Ich habe in Besprechungen mit polnischen Staatsmännern die Gedanken, die Sie von mir hier in meiner letzten Reichstagsrede vernommen haben, erörtert. Kein Mensch kann behaupten, dass dies etwa ein ungebührliches Verfahren oder gar ein ungebührlicher Druck gewesen wäre.

Ich habe dann die deutschen Vorschläge formulieren lassen, und ich muss es noch einmal wiederholen, dass es etwas Loyaleres und Bescheideneres als diese von mir unterbreiteten Vorschläge nicht gibt. Und ich möchte das jetzt der Welt sagen: ich allein war überhaupt nur in der Lage, solche Vorschläge zu machen; derin ich weiss ganz genau, dass ich mich damals zur Auffassung von Millionen von Deutschen in Gegensatz gebracht habe.

Diese Vorschläge sind abgelehnt worden. Aber nicht nur das: sie wurden beantwortet mit Mobilmachungen, mit verstärktem Terror, mit gesteigertem Druck auf die Volksdeutschen in diesen Gebieten und mit einem langsamen wirtschaftlichen, politischen und in den letzten Wochen endlich auch militärischen und verkehrstechnischen Abdrosselungskampf gegen die Freie Stadt Danzig. Polen hat den Kampf gegen die Freie Stadt Danzig entfesselt. Es war weiter nicht bereit, die

Korridorfrage in einer irgendwie billigen und den Interessen beider gerecht werdenden Weise zu lösen. Es hat endlich nicht daran gedacht, seine Minderheitsverpflichtungen einzuhalten. Ich muss hier feststellen: Deutschland hat diese Verpflichtungen eingehalten. Die Minderheiten, die im Deutschen Reich leben, werden nicht verfolgt. Es soll ein Franzose aufstehen und erklären, dass etwa die im Saargebiet lebenden Franzosen unterdrückt, gequält und entrechtet werden. Keiner wird dies behaupten können.

Ich habe nun dieser Entwicklung vier Monate lang ruhig zugesehen, allerdings nicht, ohne immer wieder zu warnen. Ich habe in letzter Zeit diese Warnungen verstärkt. Ich habe dem Polnischen Botschafter vor nun schon über drei Wochen mitteilen lassen, dass, wenn Polen noch weitere ultimative Noten an Danzig schicken würde, wenn es weitere Unterdrückungsmassnahmen gegen das Deutschtum vornehmen würde oder wenn es versuchen sollte, auf dem Wege zollpolitischer Massnahmen Danzig wirtschaftlich zu vernichten, dann Deutschland nicht länger mehr untätig Zusehen könnte. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, dass man in dieser Hinsicht das heutige Deutschland nicht mit dem Deutschland, das vor uns war, verwechseln darf.

Man hat versucht, das Vorgehen gegen die Volksdeutschen damit zu entschuldigen, dass man erklärte, sie hätten Provokationen begangen. Ich weiss nicht, worin die «Provokationen» der Kinder oder Frauen bestehen sollen, die man misshandelt und verschleppt, oder die «Provokationen» derer, die man in der tierischsten, sadistischsten Weise gequält und schliesslich getötet hat. Eines aber weiss ich: dass es keine Grossmacht von Ehre gibt, die auf die Dauer solchen Zuständen ruhig zusehen würde.

Ich habe trotzdem noch einen letzten Versuch gemacht. Obwohl ich innerlich überzeugt war, dass es der Polnischen Regierung – vielleicht auch infolge ihrer Abhängigkeit von einer nunmehr entfesselten wilden Soldateska – mit einer

wirklichen Verständigung nicht ernst ist, habe ich einen Vermittlungsvorschlag der Britischen Regierung angenommen. Sie schlug vor, dass sie nicht selbst Verhandlungen führen sollte, sondern versicherte, eine direkte Verbindung zwischen Polen und Deutschland herzustellen, um noch einmal in das Gespräch zu kommen.

Ich muss hier folgendes feststellen: Ich habe diesen Vorschlag angenommen. Ich habe für diese Besprechungen Grundlagen ausgearbeitet, die Ihnen bekannt sind, und ich bin dann mit meiner Regierung zwei volle Tage dagesessen und habe gewartet, ob es der Polnischen Regierung passt, nun endlich einen Bevollmächtigten zu schicken oder nicht. Sie hat uns bis gestern Abend keinen Bevollmächtigten geschickt, sondern durch ihren Botschafter mitteilen lassen, dass sie zurzeit erwäge, ob und inwieweit sie in der Lage sei, auf die englischen Vorschläge einzugehen; sie würde dies England mitteilen.

Meine Herren Abgeordneten! Wenn man dem Deutschen Reich und seinem Staatsoberhaupt so etwas zumuten kann und das Deutsche Reich und sein Staatsoberhaupt das dulden würden, dann würde die deutsche Nation nichts anderes verdienen, als von der politischen Bühne abzutreten. Meine Friedensliebe und meine endlose Langmut soll man nicht mit Schwäche oder gar mit Feigheit verwechseln. Ich habe daher gestern Abend der Britischen Regierung mitgeteilt, dass ich unter diesen Umständen auf seiten der Polnischen Regierung keine Geneigtheit mehr finden kann, mit uns in ein wirklich ernstes Gespräch einzutreten.

Damit sind diese Vermittlungsvorschläge gescheitert. Denn unterdes war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag erstens die polnische Generalmobilmachung gekommen und zweitens neue schwere Greuel taten. Diese Vorgänge haben sich nun heute nacht abermals wiederholt. Nachdem schon neulich in einer einzigen Nacht 21 Grenzzwischenfälle zu verzeichnen waren, sind es heute nacht 14 gewesen, darunter drei ganz schwere.

Ich habe mich daher nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit «Monaten uns gegenüber anwendet.

Wenn nun Staatsmänner im Westen erklären, dass dies ihre Interessen berühre, so kann ich eine solche Erklärung nur bedauern. Sie kann mich aber nicht eine Sekunde in der Erfüllung meiner Pflicht wankend machen. Ich habe es feierlich versichert und wiederhole es, dass wir von diesen Weststaaten nichts fordern und nie etwas fordern werden. Ich habe versichert, dass die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland eine endgültige ist. Ich habe England immer wieder eine Freundschaft und, wenn notwendig, das engste Zusammengehen angeboten. Aber Liebe kann nicht nur von einer Seite geboten werden, sie muss von der anderen ihre Erwiderung finden. Deutschland hat keine Interessen im Westen. Unser Westwall ist zugleich für alle Zeiten die Grenze des Reiches. Wir haben auch keinerlei Ziel für die Zukunft, und diese Einstellung des Reiches wird sich nicht mehr ändern.

Die anderen europäischen Staaten begreifen zum Teil unsere Haltung. Ich möchte hier vor allem Italien danken, das uns in dieser ganzen Zeit unterstützt hat. Sie werden aber auch verstehen, dass wir für die Durchführung dieses Kampfes nicht an eine fremde Hilfe appellieren wollen. Wir werden diese unsere Aufgabe selber lösen.

Die neutralen Staaten haben uns ihre Neutralität versichert, genau so, wie wir sie ihnen schon vorher garantierten. Es ist uns heiliger Ernst mit dieser Versicherung, und solange kein anderer ihre Neutralität bricht, werden wir sie ebenfalls peinlichst beachten; denn was sollten wir von ihnen wünschen oder wollen?

Ich bin glücklich, Ihnen nun von dieser Stelle aus ein besonderes Ereignis mitteilen zu können. Sie wissen, dass Russland und Deutschland von zwei verschiedenen Doktrinen regiert werden. Es war nur eine Frage, die geklärt werden musste: Deutschland hat nicht die Absicht, seine Doktrin zu exportieren,

und in dem Augenblick, in dem Sowjetrussland seine Doktrin nicht nach Deutschland zu exportieren gedenkt, sehe ich keine Veranlassung mehr, dass wir auch nur noch einmal gegeneinander Stellung nehmen sollen ! Wir sind uns beide darüber klar: Jeder Kampf unserer Völker gegeneinander würde nur anderen einen Nutzen abwerfen. Daher haben wir uns entschlossen, einen Pakt abzuschliessen, der zwischen uns beiden für alle Zukunft jede Gewaltanwendung ausschliesst, der uns in gewissen europäischen Fragen zur Konsultierung verpflichtet, der das wirtschaftliche Zusammenarbeiten ermöglicht und vor allem sicherstellt, dass sich die Kräfte dieser beiden grossen Staaten nicht gegeneinander verbrauchen.

Jeder Versuch des Westens, hier etwas zu ändern, wird fehlschlagen! Und ich möchte das eine hier versichern: Diese politische Entscheidung bedeutet eine ungeheure Wende für die Zukunft und ist eine endgültige !

Ich glaube, das ganze deutsche Volk wird diese politische Einstellung begrüssen ! Russland und Deutschland haben im Weltkrieg gegeneinander gekämpft und waren beide letzten Endes die Leidtragenden. Ein zweites Mal soll und wird das nicht mehr geschehen ! Der Nichtangriffs- und Konsultativpakt, der am Tage seiner Unterzeichnung bereits gültig wurde, hat gestern die höchste Ratifikation in Moskau und auch in Berlin erfahren.

In Moskau wurde dieser Pakt genau so begrüsst, wie Sie ihn hier begrüssen. Die Rede, die der Russische Aussenkommissar Molotow hielt, kann ich Wort für Wort unterschreiben.

Unsere Ziele: Ich bin entschlossen,
erstens die Frage Danzig,
zweitens die Frage des Korridors zu lösen und
drittens dafür zu sorgen, dass im Verhältnis Deutschlands zu Polen eine Wendung eintritt, die ein friedliches Zusammenleben sicherstellt !

Ich bin dabei entschlossen, so lange zu kämpfen, bis entweder die derzeitige Polnische Regierung dazu geneigt ist, diese Änderung herzustellen, oder bis eine andere polnische Regierung dazu bereit ist ! Ich will von den deutschen Grenzen das Element der Unsicherheit, die Atmosphäre ewiger bürgerkriegähnlicher Zustände entfernen. Ich will dafür sorgen, dass im Osten der Friede an der Grenze kein anderer ist, als wir ihn an unseren anderen Grenzen kennen.

Ich will dabei die notwendigen Handlungen so vornehmen, dass sie nicht dem widersprechen, was ich Ihnen hier, meine Herren Abgeordneten, im Reichstag selbst als Vorschläge an die übrige Welt bekanntgab.

Das heisst, ich will nicht den Kampf gegen Frauen und Kinder führen ! Ich habe meiner Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich bei den Angriffen auf militärische Objekte zu beschränken. Wenn aber der Gegner glaubt, daraus einen Freibrief ablesen zu können, seinerseits mit umgekehrten Methoden zu kämpfen, dann wird er eine Antwort erhalten, dass ihm Hören und Sehen vergeht !

Polen hat nun heute nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen. Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen ! Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten ! Wer mit Gift kämpft, wird mit Giftgas bekämpft. Wer sich selbst von den Regeln einer humanen Kriegführung entfernt, kann von uns nichts anderes erwarten, als dass wir den gleichen Schritt tun.

Ich werde diesen Kampf, ganz gleich gegen wen, so lange führen, bis die Sicherheit des Reiches und seine Rechte gewährleistet sind !

Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden für den Aufbau unserer Wehrmacht angewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914 ! Mein Vertrauen auf sie ist unerschütterlich !

Wenn ich diese Wehrmacht aufrief und wenn ich nun vom deutschen Volk Opfer und, wenn notwendig, alle Opfer fordere, dann habe ich ein Recht dazu, denn auch ich selbst bin heute genau so bereit, wie ich es früher war, jedes persönliche Opfer zu bringen ! Ich verlange von keinem deutschen Mann etwas anderes, als was ich selber über vier Jahre lang bereit war, jederzeit zu tun. Es soll keine Entbehrungen Deutscher geben, die ich nicht selber sofort übernehme ! Mein ganzes Leben gehört von jetzt ab erst recht meinem Volke ! Ich will jetzt nicht anderes sein als der erste Soldat des Deutschen Reiches.

Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg – oder ich werde dieses Ende nicht erleben !

Sollte mir in diesem Kampf etwas zustossen, dann ist mein erster Nachfolger Parteigenosse Göring. Sollte Parteigenossen Göring etwas zustossen, ist sein Nachfolger Parteigenosse Hess. Sie würden diesen dann als Führer genau so zu blinder Treue und Gehorsam verpflichtet sein wie mir. Für den Fall, dass auch Parteigenossen Hess etwas zustossen sollte, werde ich durch Gesetz nunmehr den Senat berufen, der dann den Würdigsten, das heisst den Tapfersten, aus seiner Mitte wählen soll !

Als Nationalsozialist und deutscher Soldat gehe ich in diesen Kampf mit einem starken Herzen ! Mein ganzes Leben war nichts anderes als ein einziger Kampf für mein Volk, für seine Wiederauferstehung, für Deutschland, und über diesem Kampf stand nur ein Bekenntnis: der Glaube an dieses Volk !

Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heisst: Kapitulation. Wenn irgend jemand aber meint, dass wir vielleicht einer schweren Zeit entgegengehen, so möchte ich bitten zu bedenken, dass einst ein Preussenkönig mit einem lächerlich kleinen Staat einer der grössten Koalitionen gegenübertrat und in drei Kämpfen am Ende doch erfolgreich bestand, weil

er jenes gläubige, starke Herz besass, das auch wir in dieser Zeit benötigen.

Der Umwelt aber möchte ich versichern: Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen !

So wie ich selber bereit bin, jederzeit mein Leben für mein Volk und für Deutschland einzusetzen, so verlange ich dasselbe auch von jedem anderen !

Wer aber glaubt, sich diesem nationalen Gebot, sei es direkt oder indirekt, widersetzen zu können, der fällt ! Verräter haben nichts mit uns zu tun ! Wir alle bekennen uns damit nur zu unserem alten Grundsatz: Es ist gänzlich unwichtig, ob wir leben; aber notwendig ist es, dass unser Volk, dass Deutschland lebt.

Ich erwarte von Ihnen als den Sendboten des Reiches, dass Sie nunmehr auf allen Plätzen, auf die Sie gestellt sind, Ihre Pflicht erfüllen ! Sie müssen Bannerträger sein des Widerstandes, koste es, was es wolle ! Keiner melde mir, dass in seinem Gau, in seinem Kreis oder in seiner Gruppe oder in seiner Zelle die Stimmung einmal schlecht sein könnte ! Träger, verantwortliche Träger der Stimmung sind Sie ! Ich bin verantwortlich für die Stimmung im deutschen Volk, Sie sind verantwortlich für die Stimmung in Ihren Gauen, in Ihren Kreisen. Keiner hat das Recht, diese Verantwortung abzutreten. Das Opfer, das von uns verlangt wird, ist nicht grösser als das Opfer, das zahlreiche Generationen gebracht haben. All die Männer, die vor uns den bittersten und schwersten Weg für Deutschland antreten mussten, haben nichts anderes geleistet, als was wir auch zu leisten haben; ihr Opfer war kein billigeres und kein schmerzloseres und damit kein leichteres, als das Opfer sein würde, das von uns verlangt wird.

Ich erwarte auch von der deutschen Frau, dass sie sich in eiserner Disziplin vorbildlich in diese grosse Kampfgemeinschaft einfügt !

Die deutsche Jugend aber wird strahlenden Herzens ohnehin erfüllen, was die Nation, der Nationalsozialistische Staat, von ihr erwartet und fordert !

Wenn wir diese Gemeinschaft bilden, eng verschworen, zu allem entschlossen, niemals gewillt zu kapitulieren, dann wird unser Wille jeder Not Herr werden !

Ich schliesse mit dem Bekenntnis, das ich einst aussprach, als ich den Kampf um die Macht im Reich begann. Damals sagte ich: Wenn unser Wille so stark ist, dass keine Not ihn mehr zu zwingen vermag, dann wird unser Wille und unser deutscher Stahl auch die Not zerbrechen und besiegen.

Deutschland – Sieg Heil !

Noch immer war, nachdem die Waffen zu sprechen begonnen hatten, deutscherseits die Hoffnung und Bereitschaft vorhanden, den Konflikt zu lokalisieren und seine Ausbreitung in einen allgemeinen Krieg zu verhindern. Die Entscheidung lag bei den Westmächten: Würden sie die Verantwortung auf sich nehmen, durch vorbehaltlose Einlösung des dem polnischen Übermut ausgestellten Blankoschecks den deutsch-polnischen Konflikt zu einem europäischen Krieg werden zu lassen? Grossbritannien war dazu entschlossen, wie endgültig durch die Note bestätigt wurde, die Sir Nevile Henderson am 1. September 21 Uhr im Auswärtigen Amt überreichte. Darin werden die Einstellung «jeglicher Angriffshandlung gegen Polen» und Zusicherungen gefordert, dass Deutschland bereit sei, seine Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet «zurückzuziehen, «andernfalls würde Grossbritannien ohne Zögern seine vertraglichen Pflichten gegenüber Polen erfüllen», also zum Krieg gegen Deutschland schreiten. Eine Stunde später überbrachte der französische Botschafter eine Note gleichen Wortlauts.

Nr. 92 (472)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Britischen Botschafter, 1. September 1939 21 Uhr

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Sir Nevile Henderson übergab im Auftrag seiner Regierung folgende Note, der er auch eine unverbindliche schriftliche Übersetzung in deutscher Sprache hinzufügte:

Berlin, den 1. September 1939

Euer Exzellenz,

Im Auftrage des Ministers Seiner Majestät für Auswärtige Angelegenheiten beehre ich mich, folgende Mitteilung zu machen:

In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages hat der Deutsche Reichskanzler einen Aufruf an die deutsche Wehrmacht erlassen, aus dem klar hervorging, dass er im Begriff war, Polen anzugreifen.

Aus Nachrichten, die zur Kenntnis der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich und der Französischen Regierung gelangt sind, geht hervor, dass deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten haben und dass Angriffe auf polnische Städte im Gange sind.

Unter diesen Umständen sind die Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs der Auffassung, dass die Deutsche Regierung durch diese ihre Handlung die Voraussetzungen geschaffen hat (nämlich einen aggressiven Gewaltakt gegenüber Polen, der dessen Unabhängigkeit bedroht), welche seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, Polen Beistand zu leisten, erheischen.

Ich bin daher beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen wird,

wenn nicht die Deutsche Regierung bereit ist, der Regierung des Vereinigten Königreichs befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, dass die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt hat und bereit ist, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Ich benutze diese Gelegenheit, usw.

Nevile Henderson

Der Reichsaussenminister erwiderte, eine deutsche Aggression läge nicht vor, sondern Polen habe seit Monaten Deutschland provoziert. Nicht Deutschland habe gegen Polen, sondern Polen gegen Deutschland mobilisiert. Am Vortage hätten nun noch direkte Einfälle polnischer regulärer und irregulärer Truppenverbände in deutsches Gebiet stattgefunden.

Die vom Englischen Botschafter soeben überreichte Mitteilung würde er an den Führer weiterleiten und dann eine sofortige Antwort erteilen. Der Reichsaussenminister fügte hinzu, dass, wenn die Britische Regierung Polen gegenüber eine solche Aktivität entfaltet hätte, wie sie dies anscheinend jetzt Deutschland gegenüber beabsichtige, eine Regelung mit Polen längst gefunden worden wäre.

Sir Nevile Henderson erwiderte, er würde diese Bemerkungen seiner Regierung übermitteln und bäte, den Inhalt des Schreibens an den Führer weiterzuleiten. Er bat um eine möglichst baldige Antwort.

Der Reichsaussenminister erwiderte, es hätten und für sich keine Veranlassung vorgelegen, die deutschen Vorschläge der Britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, nachdem durch Nichterscheinen eines polnischen Unterhändlers diese Vorschläge hinfällig geworden seien. Trotzdem habe er (der Reichsaussenminister) diese Vorschläge Henderson vorgelesen in der stillen Hoffnung, dass England doch noch Polen zur Vernunft bringen würde. Der Führer hätte noch einen ganzen weiteren Tag vergeblich gewartet. Von polnischer Seite sei weiter nichts erfolgt als neue schwere Provokationen.

Sir Nevile Henderson erwiderte, es täte ihm furchtbar leid, dass der Reicljsaussenminister es bei seiner letzten Unterredung ablehnte, ihm (Henderson) den Text der Vorschläge zu überreichen. Es sei begreiflich, dass er bei dem schnellen Vorlesen des deutschen Textes dieses ziemlich langen und komplizierten Dokuments das meiste nicht verstanden habe.

Der Reichsaussenminister wies darauf hin, dass er das Dokument langsam und deutlich vorgelesen habe und dass er sogar noch zu den Hauptpunkten (Danzig, Abstimmung im Korridor, Minderheitenschutz) mündliche Erklärungen abgegeben habe. Er sei nicht ermächtigt gewesen, ihm das Dokument auszuhändigen, und habe es daher vorgelesen in der Hoffnung, dass wenigstens am nächsten Tage noch von polnischer Seite darauf eingegangen würde. Der Führer habe noch einen ganzen Tag gewartet und schliesslich den Eindruck gewonnen, dass England nichts weiter tun wolle.

Als Henderson noch einmal sein Bedauern darüber aussprach, dass ihm trotz seiner Bitte die Vorschläge nicht übergeben worden sind, wiederholte der Reichsaussenminister, dass er das Dokument langsam vorgelesen und einzelne Punkte erläutert hätte, so dass er der Ansicht sein konnte, Henderson habe alles verstanden.

Schmidt

In diesem Augenblick setzte ein Vermittlungsversuch Mussolinis ein. Er enthält den Vorschlag eines Waffenstillstands und der Einberufung einer Konferenz in zwei bis drei Tagen.

Nr. 93 (474)

Dem Auswärtigen Amt am 2. September 1939 vormittags vom Italienischen Botschafter übergebene Notiz

Zur Information lässt Italien wissen, natürlich jede Entscheidung dem Führer überlassend, dass es noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgenden Grundlagen annehmen zu lassen:

1. Waffenstillstand, der die Armeen lässt, wo sie jetzt sind;
2. Einberufung der Konferenz in zwei bis drei Tagen;
3. Lösung des polnisch-deutschen Streits, welche, wie die Sachen heute liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde.

Für den Gedanken, der ursprünglich vom Duce ausgegangen ist, setzt sich heute besonders Frankreich ein.

Die Reichsregierung erklärte sich bereit, auf den Vorschlag ein-Zugehen. Diese, dem Italienischen Botschafter mitgeteilte Bereitwilligkeit wurde der Öffentlichkeit in dem Memorandum vom 3. September 1939 (Nr. 97 [479] Ziffer 3) bekanntgegeben. Auch die Französische Regierung erteilte eine positive Antwort, wie aus einer Mitteilung der Havas-Agentur vom 2. September hervorgeht.

Nr. 94 (475)

Mitteilung der Havas-Agentur, 2. September 1939

(Übersetzung)

Die Französische Regierung ist gestern ebenso wie mehrere andere Regierungen mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befasst worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die Französische Regierung eine positive Antwort gegeben.

Diese Mitteilung wurde jedoch, wie sich herausstellte, unter englischem Druck später zurückgezogen. England hatte inzwischen die Französische Regierung gezwungen, sich der englischen Auffassung anzuschliessen, die auf Zurückziehung der deutschen Truppen bestand und in einer Erklärung von Lord Halifax im Oberhaus am selben 2. September nachmittags zum Ausdruck gebracht wurde.

Nr. 95 (476)

Aus der Erklärung des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Lord Halifax im Oberhaus, 2. September 1939 nachmittags
(Übersetzung)

... Auf die mahnende Botschaft, die gestern Abend Deutschland übermittelt wurde, ist bisher noch keine Antwort eingelaufen.

Es ist möglich, dass diese Verzögerung auf die von der Italienischen Regierung gemachten Vorschläge zurückzuführen ist, wonach eine Einstellung der Feindseligkeiten erfolgen und unverzüglich eine Konferenz zwischen Grossbritannien, Frankreich, Polen, Deutschland und Italien einberufen werden sollte.

Der Britischen Regierung ist es aber nicht möglich, an einer Konferenz teilzunehmen zu einer Zeit, da Polen einer Invasion ausgesetzt ist, polnische Städte mit Bomben belegt werden und Danzig durch Gewalt Gegenstand einer einseitigen Lösung geworden ist ... .

Eine gleichlautende Erklärung war zur selben Zeit vom britischen Premierminister im Unterhaus abgegeben worden.

Damit war Mussolinis Vermittlungsversuch von Deutschland und Frankreich angenommen, von England jedoch in dem Augenblick torpediert worden, in dem er kurz vor dem Erfolg stand. Stattdessen sandte England am 9. September vormittags 9 Uhr ein auf zwei Stunden befristetes Ultimatum, in dem es die Forderungen auf Einstellung der Kampfhandlungen und Zurückziehung der deutschen Truppen wiederholte und sich für den Fall der Ablehnung nach Ablauf dieser Zeit als im Kriege mit Deutschland befindlich erklärte.

Nr. 96 (477)

Vom Britischen Botschafter am **7.** *September 1939,9 Uhr, im Auswärtigen Amt übergebene Note*

(Übersetzung)

Den 3. September 1939

Euer Exzellenz,

In der Mitteilung, welche ich die Ehre hatte, Ihnen am 1. September zu machen, unterrichtete ich Sie auf Weisung des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Seiner Majestät, dass die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, dass die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Obwohl diese Mitteilung vor mehr als 24 Stunden erfolgte, ist keine Antwort eingegangen, hingegen wurden die deutschen Angriffe auf Polen fortgesetzt und verstärkt. Ich habe demgemäss die Ehre, Sie davon zu unterrichten, dass, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britischer Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September, eine befriedigende Zusicherung im obenerwähnten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

Ich benutze diese Gelegenheit usw. Nevile Henderson

11 Uhr 15 desselben Tages unterrichtete Lord Halifax den deutschen Geschäftsträger in London davon, dass sich England vom 3. September 1939, 11 Uhr vormittags ab, als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich ansehe.

Es war selbstverständlich, dass die Reichsregierung es ablehnen musste, die ultimativen Forderungen Englands «entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen». In einem Memorandum, vom Reichsaussenminister dem britischen Botschafter am 3. September 11 Uhr 30 überreicht, wies Deutschland diese Forderungen unter nochmaliger Darlegung des deutschen Standpunktes und der englischen Verantwortung für eine kriegerische Auseinandersetzung zurück und erklärte, «jede Kampfhandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form zu beantworten.»

Nr. 97 (479)

Dem Britischen Botschafter vom Reichsminister des Auswärtigen am 3. September 1939 11.30 Uhr ausgehändigtes Memorandum der Reichsregierung

Die Deutsche Reichsregierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie beehrt sich, darauf Folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.
2. Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der Versailler Vertrag Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen. Es ist mit in erster Linie die Britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte. Ohne das Dazwischentreten der Briti-

schen Regierung wäre – dessen sind sich die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk bewusst – zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden. Denn Deutschland hatte nicht die Absicht oder die Forderung gestellt, Polen zu vernichten. Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einsichtsvollen Staatsmännern aller Völker schon zurzeit der Abfassung dieses Diktates als für eine grosse Nation sowohl als für die gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen Osteuropas auf die Dauer als untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren. Auch britische Staatsmänner erklärten die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Reichsregierungen und besonders die Absicht der neuen nationalsozialistischen Volksregierung. Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die Schuld der britischen Kabinettspolitik.

3. Die Britische Regierung hat – ein einmaliger Vorgang in der Geschichte – dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der Polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, dass sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu. Daraufhin hat der polnische Terror gegen die in den einst von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen sofort unerträgliche Formen angenommen. Die Freie Stadt Danzig wurde gegen alle gesetzlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt, erst wirtschaftlich und zollpolitisch mit der Vernichtung bedroht und endlich militärisch zerniert und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Ver-

stösse gegen das Gesetz des Danziger Status wurden gebilligt und durch die ausgestellte Blankovollmacht an Polen gedeckt. Die Deutsche Regierung hat, ergriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschlich misshandelten deutschen Bevölkerung, dennoch 5 Monate lang geduldig zugesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnlich aggressive Handlung zu betätigen.

Sie hat nur Polen gewarnt, dass diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden und dass sie entschlossen sei, für den Fall, dass dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe würde, zur Selbsthilfe zu schreiten. Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, ihren grossen Einfluss in Warschau aufzubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren. Die Britische Regierung hat aus diesem Geiste heraus den den Frieden Europas immer noch retten könnenden Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die Deutsche Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, darauf einzugehen. Die Britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, das jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

4. Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschliessen, durch die Intransigenz der von England gedeckten Polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, nachdem die schon seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reichs, ohne dass die Britische Regierung etwas dagegen einzuwenden hätte, sich allmählich zu offenen Angriffen

auf das Reichsgebiet verstärkten, hat sich die Deutsche Reichsregierung entschlossen, dieser fortdauernden und für eine Grossmacht unerträglichen Bedrohung des erst äusseren und dann endlich auch inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten, mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichkeiten praktisch sabotiert hatten, allein noch übrigbleiben, um die Ruhe, die Sicherheit und die Ehre des Deutschen Reiches zu verteidigen. Sie hat auf die letzten, das Reichsgebiet bedrohenden Angriffe der Polen mit gleichen Massnahmen geantwortet. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischer Absichten oder Verpflichtungen im Osten Zustände zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem unter britischem Protektorat stehenden Palästina vorfinden. Das deutsche Volk aber ist vor allem nicht gewillt, sich von Polen misshandeln zu lassen.

5. Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutze des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe und das alte Unrecht erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, Deutschland ansonsten im Kriege zu bekämpfen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr sie eine Verständigung, ja eine engste Freundschaft mit ihm wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte und nunmehr mit einer offenen Kriegsdrohung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschliesslich Schuld des britischen Kabinetts bzw. jener Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes predigen. Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie

Grossbritannien die Absicht, die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre eigene Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen. Die im Auftrag der Britischen Regierung von Herrn King Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den Versailler Vertrag, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten.

Berlin, den 3. September 1939.

12 Uhr 30 desselben Tages erschien der Französische Botschafter im Auswärtigen Amt und überreichte eine Note des Inhalts, dass Frankreich sich verpflichtet sehe, vom 3. September 17 Uhr ab «die vertraglichen Bindungen zu erfüllen, die Frankreich gegenüber Polen eingegangen sei», eine Mitteilung, die sich nicht nur zeitlich, sondern auch inhaltlich von der englischen unterschied.

Nr. 98 (480)

Dem Reichsminister des Auswärtigen am 3. September 1939 12.20 Uhr vom Französischen Botschafter überreichte Note (Übersetzung)

Berlin, den 3. September 1939

Exzellenz,

Da ich am 3. September 12 Uhr mittags keine befriedigende Antwort der Reichsregierung auf die Note erhalten habe, die ich Ihnen am 1. September 22 Uhr übergab, habe ich die Ehre, Ihnen im Auftrag meiner Regierung folgende Mitteilung zu machen:

Die Regierung der Französischen Republik betrachtet es als ihre Pflicht, ein letztes Mal an die schwere Verantwortung

zu erinnern, die von der Reichsregierung dadurch übernommen wurde, dass sie ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten gegen Polen eröffnete und dem Vorschlag der Regierungen der Französischen Republik und Seiner Britischen Majestät nicht Folge leistete, jede Angriffshandlung gegen Polen zu unterlassen und sich zur unverzüglichen Zurückziehung ihrer Truppen aus polnischem Gebiet bereit zu erklären.

Die Regierung der Republik hat daher die Ehre, der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen, dass sie sich verpflichtet sieht, von heute, dem 3. September, 17 Uhr, ab die vertraglichen Bindungen zu erfüllen, die Frankreich gegenüber Polen eingegangen ist und die der Deutschen Regierung bekannt sind.

Genehmigen Sie, usw. Coulondre

Der Reichsaussenmini st er verwies auf die Zerschlagung des italienischen Vermittlungsversuchs durch England sowie auf die auf i'wei Stunden befristete ultimative Forderung Englands und sprach sein Bedauern aus, wenn es trotz des gesuchten Ausgleichs mit Frankreich zu einem durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland kommen würde. Die heutige Französische Regierung trage die Verantwortung für das Leid, das dann den Ländern zugefügt werde. Über die bei der Überreichung der französischen Note statt gehabte Unterhaltung zwischen dem Reichsaussenminister und dem Französischen Botschafter unterrichtet eine Aufzeichnung des Gesandten Schmidt:

Nr. 99 (481)

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Französischen Botschafter 3. September 1939 12.20 Uhr Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Auf die Frage Coulondres, ob der Herr Reichsaussenminister in der Lage sei, die in der am 1. September um 22 Uhr übergebenen Note enthaltene Frage befriedigend zu beantworten,

erwiderte der Herr Reichsaussenminister, dass, nachdem England und Frankreich ihre Noten übergeben hätten, der Italienische Regierungs-Chef einen neuen Vermittlungsvorschlag gemacht habe, und zwar mit dem Bemerken, dass die Französische Regierung diesem Vorschlag zustimme. Deutschland habe dem Duce am Vortage mitgeteilt, dass es ebenfalls bereit sei, dem Vorschlag zuzustimmen, darauf habe jedoch später am Tage der Duce mitgeteilt, dass sein Vorschlag an der Intransigenz der Englischen Regierung gescheitert sei. Heute vormittag habe England eine auf 2 Stunden befristete ultimative Forderung an Deutschland gestellt. Deutschland habe die in dieser Forderung enthaltenen Zumutungen in einer schriftlichen Mitteilung abgelehnt. Die Gründe der Ablehnung des englischen Ultimatums seien in diesem Dokument, das er (Reichsaussenminister) dem Französischen Botschafter zur Kenntnis übergebe, enthalten. Wenn die Haltung Frankreichs zu Deutschland durch dieselben Erwägungen bestimmt sein sollte wie die der Englischen Regierung, so könne die Deutsche Regierung dies nur bedauern. Deutschland habe immer einen Ausgleich mit Frankreich gesucht. Sollte die Französische Regierung trotzdem auf Grund ihrer polnischen Verpflichtungen eine feindliche Haltung Deutschland gegenüber einnehmen, so würde die Deutsche Regierung dies als einen durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland ansehen. Deutschland selbst würde sich jeder Angriffshandlung gegen Frankreich enthalten. Sollte Frankreich jedoch eine andere Haltung einnehmen, so würde Deutschland gezwungen sein, in entsprechender Weise zu antworten.

Coulondre erwiderte, er entnehme den Ausführungen des Herrn Reichsaussenministers, dass die Deutsche Regierung nicht in der Lage sei, der in der französischen Note vom 1.September enthaltenen Anregung stattzugeben.

Der Herr Reichsaussenminister erklärte, dass dies zutreffend sei.

Coulondre erwiderte darauf, dass er unter diesen Umständen die unangenehme Pflicht habe, die Reichsregierung noch einmal auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, die sie durch Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Polen ohne Kriegserklärung auf sich genommen habe, und ihr mitzuteilen, dass die Französische Regierung gezwungen sei, vom heutigen Tage, dem 3. September 1939, 5 Uhr nachmittags, ab ihre Polen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Gleichzeitig übergab Coulondre die anliegende schriftliche Mitteilung. Nachdem der Herr Reichsaussenminister sie gelesen hatte, fügte er abschliessend hinzu, dass Deutschland nicht die Absicht habe, Frankreich anzugreifen, und dass die heutige Französische Regierung für das Leid, das den Ländern zugefügt wird, falls Frankreich Deutschland angreife, die volle Verantwortung trage. Schmidt

In einem Rundtelegramm des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes an die deutschen diplomatischen Vertretungen wird die Verantwortung Englands für den Kriegsausbruch abschliessend festgestellt.

Nr. 100 (482)

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts
an die Deutschen Diplomatischen Missionen
Rundtelegramm

Berlin, den 3. September 1939

Zur Information und Regelung der Sprache.

Nachdem Versuch direkter deutsch-polnischer Aussprache durch Nichterscheinen Polnischen Bevollmächtigten trotz zweitägigen Wartens Deutscher Regierung ergebnislos geblieben war, und wir gezwungen waren, polnische militärische Übergriffe mit Übergang zu militärischer Aktion zu erwidern,

forderten England und Frankreich am 1. September von uns Zurückziehung deutscher Truppen von polnischem Gebiet. Kriegsgefahr schien jetzt noch beschworen werden zu können durch Eingreifen Mussolinis, der Waffenstillstand und anschliessende Konferenz zur Lösung deutsch-polnischen Konflikts vorschlug. Dieser Vorschlag ist von uns und auch von Französischer Regierung positiv beantwortet worden; Britische Regierung hat hingegen heute mit zweistündiger Befristung Forderung Zurückziehung deutscher Truppen wiederholt und sich nach Ablauf dieser Zeit als im Krieg mit Deutschland befindlich erklärt. Frankreich ist dann mit Mitteilung gefolgt, dass es sich gezwungen sehe, Polen beizustehen.

Vernünftige deutsch-polnische Regelung wäre ohne Englands Dazwischentreten und seine antideutsche Einkreisungspolitik sicher längst zu erzielen gewesen. Statt aber Polen zum Einlenken zu ermahnen, hat England ihm Generalvollmacht gegen Deutschland erteilt, sich selbst in Abhängigkeit von Polens Entschlüssen gebracht und schliesslich im letzten Augenblick auch noch Vorschlag Mussolinis durch sein Verhalten zum Scheitern verurteilt. Damit ist Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf Ereignisse zeigt klar volle Verantwortlichkeit Englands für Kriegsausbruch. Weizsäcker

Deutschland hat im Bewusstsein, bis zum letzten Augenblick alles getan zu haben, was die friedliche Beseitigung des letzten und brennendsten europäischen Konfliktherdes ermöglicht hätte, die englische Herausforderung angenommen. Es hat, nachdem der beispiellose Siegeszug seiner Armeen durch Polen mit der Erfüllung der gestellten Aufgabe seinen Abschluss gefunden hatte, nochmals, am 6. Oktober 1939, durch den Mund seines Führers der Welt und damit auch seinen Gegnern eine Neuordnung Europas als Grundlage eines dauernden und gerechten Friedens vorgeschlagen. Auch dieser Vorschlag wurde von England in einer Form zurückgewiesen, die erkennen liess, dass es der Britischen Regierung weder um die Existenz des von ihr gegen Deutsch-

land auf gehetzten Polens, noch um eine dauerhafte Neuordnung Europas ging, sondern um die Niederringung und Zerschlagung Deutschlands um jeden Preis. Deutschland und England haben sich dem Urteil der Geschichte gestellt. Das im Vorstehenden zusammengetragene dokumentarische Material aus dem amtlichen Deutschen Weissbuch möge der Urteilsfindung dienen.